



Monatsschrift für Gemüt und Geist.

Herausgeber:

**Jeannot Emil Frh. von Grotthuss.**

Vierteljährl. (3 Hefte) 4 Mk., einzelne Hefte 1 Mk. 50 Pfg.

Mit Oktober beginnt der **IV. Jahrgang.**

Der Türmer pflegt alle Künste und Wissenschaften, er ist eine Rundschau grössten Stils über alle Gebiete des Wissenswerten und Schönen, gleichzeitig eine Heimstätte  
 was für  
 eutung

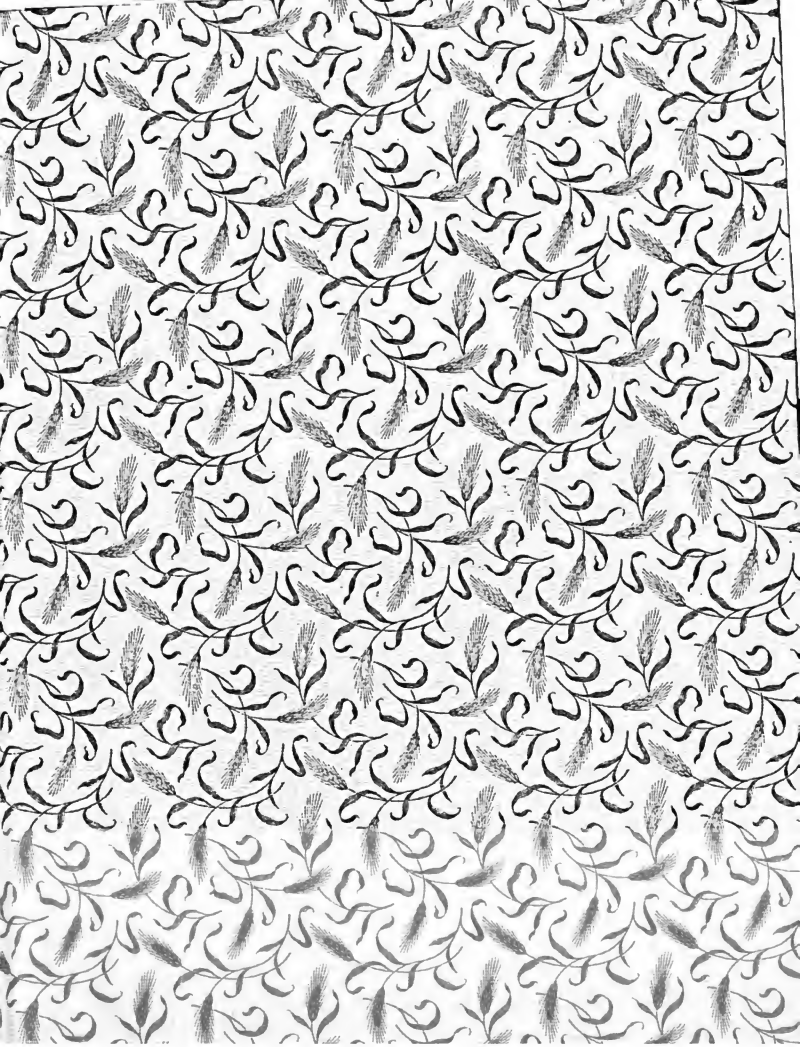
*Patria*

avière).

en, so-  
 e vom

Verlag Greiner & Pfeiffer in Stuttgart.









# Patria

## Jahrbuch der „Hilfe“ 1902



Herausgegeben von

**fr. Naumann, Pfarrer a. D.**

Herausgeber der beiden Wochenschriften „Die Zeit“ und „Die Hilfe“.



**Buchverlag der „Hilfe“**

Berlin-Schöneberg 1902.

STANFORD UNIVERSITY  
LIBRARIES

JUL 12 1985



## für's Vaterland!

---

**D**ie „Patria“ geht zum zweiten Male in die Welt hinaus, und zwar kommt sie dieses Mal zeitiger als bei ihrem ersten Erscheinen, wo sie für den Weihnachtstisch etwas zu spät sich blicken ließ. Geist und Art sind dieselben geblieben: sozial und vaterländisch. Einige Worte über das Vaterland sollen dem Ganzen das Geleit geben.

Was ist des Deutschen Vaterland? Es ist nicht das fruchtbarste Land der Erde, ein Land ohne Palmen, ohne Baumwolle, ohne Gold; auch nicht das schönste Land, denn seine Sonne ist Monate lang grau umschleiert und seinen Gewässern fehlt der Glanz von Neapel; aber es ist unser Land, das Land unserer Vorgeschichte und unseres Blutes. In diesem Lande wurde die deutsche Seele. So wenig man die geistigen Eigenschaften eines Volkes allein aus geographischen Ursachen erklären kann, so richtig ist es doch, die Natur des Landes als das Anschauungsfeld des Volksbewußtseins sehr hoch in Anrechnung zu bringen. Was die alten Germanen, Wenden und Gallier, die zuerst diesen Boden in Kultur nahmen, an Muttererbe aus fernem Osten mitgebracht haben, ist gewiß nicht unbedeutend, aber unser Wesen entstand doch erst hier zwischen Alpen, Nord- und Ostsee, hier wurde die deutsche Sprache im Lauf zweier Jahrtausende gerundet, wie sich Steine im Gebirgswasser runden. Bei allen einfachen, natürlichen Begriffen wirkte die Natur

des Landes mit. Unsere Worte „Wald“, „Moor“, „Haide“, „Gebirge“, „Bach“, „Wiese“, „Feld“, „Haus“, „Hof“, „Garten“, sind gesättigt mit Anschauungen, die unserem Vaterlande zugehörig sind. Man übersetze dieselben Worte ins Französische oder Italienische, und man wird, falls man des Sprachgefühls nicht ermaugelt, sofort empfinden, daß man von etwas anderen Dingen redet. Auch dort gibt es alle Sachen, aber in anderer Beleuchtung, unter anderem Wetter, mit anderem Gestein, in anderer Gestalt. Das Vaterland machte den Oberdeutschen anders als den Niederdeutschen, es machte beide zusammen anders als alle Völker rechts und links, nördlich und südlich.

Nun ist es ja sicher, daß der moderne Verkehr vieles vom alten heimatlichen Denken und Reden abschleift. Die Volksdialekte weichen trotz treuer Pflege in einzelnen Landschaften der allgemeinen, farblosen Schriftsprache, und die Menge der modernen Begriffe vertreibt die Eindringlichkeit der alten väterlichen Urbegriffe. Die Zahl der Menschen wächst, die einen Teil ihres Lebens unter anderem Himmel zubringen und zahlreiche Fremdlinge bringen Teile ihres Geistes und damit Wiederklänge ihrer Heimaten zu uns. Wir können und wollen nicht schollenklebend sein, weder leiblich noch geistig, wir freuen uns der ungeahnten Erweiterung des geistigen Horizontes, die der neuzeitliche Wirbel der Menschen bringt; aber soviel ist doch klar und bleibt wahr: hier sind die starken Wurzeln deiner Kraft, hier im Urboden deines Wesens, wo deine Ahnen stammelten, sangen, redeten, beteten, wo unser deutsches Volkstum in seiner Eigenart wurde!

Wer nun ist der eigentliche Träger des volkstümlichen Charakters? Das sind niemals die oberen Schichten, denn diese sind stets am beweglichsten, veränderlichsten, am meisten international. Unsere Fürsten sind Vettern und Neffen von den Potentaten aller Nationen, unsere Diplomaten sind, wie Bismarck einmal sagte, „europäische Menschen“, unsere Großkaufleute sind über den Grenzen so gut zu Haus wie im Inland, der älteste Hochadel heiratet in den Adel aller Nachbarstaaten hinein, die Gelehrten sind vielsprachige, ja teilweise weltbürgerliche Wesen geworden. Daß der Kapitalismus keine Landesgrenzen kennt, lehrt

jeder Tag. Wer also erhält das eigentlich Deutsche und frisch es stets von neuem auf? Das thut die Menge der einfachen Leute, für die es ein Naturgebot ist: bleibe im Lande und nähre dich redlich! Wieviel näher steht die Volksschule, die der Masse dient, dem Vaterland als die Hochschule mit ihrem unendlich weiteren Stoffgebiet! Auf der Hochschule ist es notwendig, allen Ländern und Zeiten soweit als möglich sich zu nähern, die Kinder der Masse aber leben im deutschen ABC, im deutschen Volkslied, im deutschen Choral, im deutschen Katechismus, sie haben „Heimatkunde“ und vor allem, sie sprechen, „wie ihnen der Schnabel gewachsen ist“.

Es besteht darum ein enger sachlicher Zusammenhang zwischen Masse und Vaterland — die Masse hängt wirtschaftlich absolut davon ab, welche Menge von Gütern in diesem Lande erzeugt und erworben werden, denn als Masse ist sie nicht verschiebbar. Diese einfache Tatsache ist zeitweilig durch irrige Theorien verdunkelt worden, aber ihre schlichte Sprache ist zu eindringlich, um dauernd überhört zu werden. Die Mehrzahl der deutschen Arbeiter wurde „vaterlandslos“, weil ihr die Vaterlandsliebe allzuhäufig in Verbindung mit Ausbeutung begegnet war. Aber was in aller Welt hat wirkliche Vaterlandsliebe mit den vorübergehenden selbstnützigen Interessen gewisser Inhaber von Bodenrenten und von Bergwerksaktien zu thun? Vaterlandsliebe ist die Idee von der Selbsterhaltung des deutschen Volkstums im Ganzen. Als solche Idee gehört sie in den Gedankenbestand der deutschen Volksmasse, und wir wollen thun was wir können, damit hinter dem künstlichen Internationalismus eine materiell und geistig wohl begründete Vaterlandsliebe der Menge trete. Daß diese Vaterlandsliebe, wenn sie erwacht, kein bloßes unpolitisches Heimatgefühl sein und bleiben darf, versteht sich von selbst. Man kann den Geist und die Arbeitskraft, die aus dem deutschen Boden herauswächst, garnicht erhalten, wenn man gegen den deutschen Staat und seine Staatserhaltung gleichgültig ist. Darum ist nationaler Sozialismus notwendig zugleich Massenpolitik und Militärpolitik.

In diesem Sinne arbeiten unsere beiden Blätter „Die Zeit“ und



„Die Hilfe“, zwei Geschwister in etwas ungleichem Alter und Kleid, beide aber einig in ihrer festen Verbundenheit mit Volk und Vaterland. Was dort wochenweis in knappen Aufsätzen dargeboten wird, bietet sich hier ausführlicher dem Leser dar. Möge das, was wir bringen, dazu dienen, in allerlei Gemütern die Flamme zu entzünden, die uns erwärmt! Es kostet viel Mühe und gemeinsames Ringen, ehe alte verkehrte Gedankenbilder vom Volkstum und seinem Zukunftsweg besserer und klareren Anschauungen Platz machen. Aber wodurch anders bekommt das kurze Leben des Einzelnen einen wertvollen Inhalt als durch die Teilnahme an dem Kommen der neuen Zeiten, in denen sein Volk alte Kräfte in neuer Weise bewährt?

Willkommen ihr Leser!

**fr. Naumann.**

## Inhalt.

---

	Seite.
Vorwort des Herausgebers . . . . .	3
Jakob Veyhl, Die Befreiung der Volksschullehrer aus der geistlichen Herrschaft . . . . .	9
Friedrich Raumann, Das Brot des Volkes . . . . .	35
Paul Schubring, Voedstin—Veibf—Segantini . . . . .	55
Helmuth von Gerlach, Ein Brief zur Landarbeiterfrage . . . . .	73
Martin Wend, Freuden und Leiden eines Provinzialredakteurs . . . . .	91
Max Maurenbrecher, Capribi und die politischen Parteien . . . . .	98
Carl Krauß, Die soziale Bedeutung des Fahrrads . . . . .	117
Paul Rohrbach, Ein Monument moderner Geschichtswissenschaft . . . . .	135
Immanuel Weibrecht, Die evangelischen Arbeitervereine . . . . .	147
Friedrich Weinhauen, Die Berliner Dienftbotenbewegung . . . . .	167
Erich Schlawtjer, Von den „Überbretteln“ . . . . .	182







## Die Befreiung der Volksschullehrer aus der geistlichen Herrschaft.

Von

Jakob Beyhl.

---

**S** im Kampfe um die Herrschaft in der Schule ringen mittelalterliche und moderne Gedanken um den Sieg.

Im Mittelalter war die Kirche die große Erzieherin der Menschheit. Alle Welt beugte sich unter ihre Allgewalt. Sie beherrschte die natürlichen Lebensgebiete mit ihrer Zucht und arbeitete an der weltlichen Wohlfahrt der Völker. Sie verließ Ämter, Würden und Einkünfte an ihre Schüllinge. Sie sorgte für die Armen. Die Geister lagen im Vanne der geistlichen Gewalt. Die Kirche umschloß das gesamte geistige Leben. Sie allein wußte sich im Besiz der Wahrheit. Sie allein besaß die Lehrbefugnis. Unterricht war ihr ein Teil der Seelsorge und darum standen alle Schulen im Dienste der Kirche. So bedeutet das Mittelalter das Polizeiregiment der Mönche über unmündige Menschheit. Es bedeutet neben der geistigen Führung das äußere Hineinregieren der Geistlichen in alle Weltgeschäfte.

Dem gegenüber betont die Neuzeit den selbständigen Wert und das ureigene Recht der Einzelpersönlichkeit. Wider alle Menschenmacht und Menschenmeinung stellt sie den Einzelnen nur auf das eigene, in Gott gebundene Gewissen. Sie scheidet die natürlichen Lebensgebiete von den geistlichen. Nicht die Kirche verleiht den menschlichen Ordnungen die Daseinsberechtigung und göttliche Weihe, sondern alle irdischen Lebensgemeinschaften sind in sich gottwohlgefällig und geheiligt. Ehe

Familie, Gesellschaft, öffentliches Leben, Staat, Beruf, Schule, Wissenschaft und Kunst sollen sich nach den Gesetzen ihres eigenen Wesens wachstümlich entfalten und ausleben. Die Kirche ist auf ihre eigentliche Aufgabe beschränkt, die Seelenführung.

Durch Jahrhunderte hindurch währte der Befreiungskampf der weltlichen Mächte wider die mittelalterlichen Gebaufen und Gewalten. Zunächst errang sich der Staat volle Selbständigkeit. Sein Aufstieg währte vom 15. bis 17. Jahrhundert und im 18. Jahrhundert war das Unerhörte geschehen: er hatte die Kirche in sein Joch gespannt. Die Allgewalt des Staates war eine unbedingte. Aus der Umklammerung durch die Kirche löste sich auch das geistige Leben der Nation, die Wissenschaft, die Litteratur, die Kunst, das Bildungswesen, die Rechtspflege. Die Kirche hatte die Herrschaft über die Geister verloren. Der Gedanke des allgemeinen Priestertums hatte die Überherrschaft der Seelsorger zerbrochen. Von dem mittelalterlichen Dogmenkram und orthodoxen Buchstabengezänk mußten sich die Kreise der Bildung notgedrungen abwenden. Durch Erstarrung im Formelwesen verlor die Kirche an sittlicher Kraft. Sie verlor mehr und mehr die Fähigkeit, das geistige Leben in ihrem Sinne zu beeinflussen und sich dem Volksunterricht zu widmen. In dieser Zeit begann sich der Staat auf das hohe Amt, eine allumfassende, alle menschlichen Zwecke umschließende Wohlfahrtseinrichtung zu sein. Die Fürsten traten an die Spitze der Kulturbewegung. Jüdische Glückseligkeit durch Hebung des Wohlstandes, das war das Ziel der Staatspolitik. Sofort wurden Wissenschaft und Schulwesen in den Dienst des Staatsinteresses gestellt. Durch Steigerung der geistlichen Leistungsfähigkeit der Unterthanen sollte die Staatsmacht gestärkt werden. Die vom Staate beschützte Wissenschaft wurde seine treue Bundesgenossin. Die Staatswissenschaft blühte empor. Naturwissenschaft und Philosophie wendeten ihre Waffen gegen die Kirche und minderten das Ansehen der Geistlichkeit. So wurde im Aufklärungszeitalter der ganze kirchliche Unterbau des Schulwesens in seinen Grundfesten erschüttert. Der Staat wurde zum Lehrmeister des Volkes und zum Herren der Schule.

Die Kirche ist nicht befugt, das Schulwesen nach geistlichen Gesichtspunkten zu beherrschen. Auch das Schulwesen ist ein natürliches Lebensgebiet. Es ruht auf der natürlichen Sittlichkeit. Es arbeitet im Auftrage der weltlichen Ordnungen Familie, Gemeinde und Staat. Darum wendet sich der Theologieprofessor Frank in seinem „System der christlichen Sittlichkeit“ mit Recht gegen die irrige Forderung kirchlicher Kreise, als hätten Staat und bürgerliche Gesellschaft die Pflicht, die Schule auf



christlichen Fuß zu setzen: „Ei, es wäre ja recht schön, wenn diese natürlichen Gemeinschaften sich von dem christlichen Glauben durchdringen ließen, daß das Evangelium innerhalb des gemein-Menschlichen, insofern auch in der Schule, der maßgebende Faktor wurde. Aber das sind Dinge, die sich nicht machen und erzwingen lassen, auch nicht von gläubigen Regenten und Bürgermeistern. Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, daß die Schule ohne Weiteres der Kirche gehöre, etwa um der Verdienste willen, welche die Kirche von Alters her um die Schule sich erworben hat. Dieser Verdienste willen soll man sich allerdings erinnern, und die Kirche hat ein Recht, sie in Erinnerung zu bringen. Aber gleichwohl folgt daraus nicht, daß die Ordnung und Leitung der Schule in kirchlichen Händen liegen müsse; daß es sittliche Notwendigkeit sei, die Schule schlechtthin nach kirchlichen Prinzipien einzurichten. Überlassen wir der römischen Kirche diese grobe Vorstellung vom Verhältnis des Geistlichen zum Natürlichen; sie respektiert das natürliche Gewissen nicht und nicht die persönliche Freiheit.“ Und der Professor der Theologie Herrmann verlangt in seiner „Ethik“: „Der Christ muß darauf dringen, daß der Unterricht der Jugend dem nationalen Kulturstaat überwiesen wird. Denn wer diesen aufrichtig will, muß auch wollen, daß er aus sich heraus seine Wege in die Zukunft bestimme. Das Wichtigste dabei ist aber, daß die Schule nach den Bedürfnissen der nationalen Kultur gestaltet wird. Gegen einen Staat, der dieses Gebiet Anderen überläßt, muß daher der Christ, der den Kulturstaat will, protestieren. Der Staat kann aber nur deshalb die Leitung der Schule für sich in Anspruch nehmen, weil es für die Disziplinierung der Jugend und die Bildung ihrer geistigen Kräfte eine Technik giebt.“ Die Technik läßt sich nicht kirchlich regulieren, sie entwickelt sich nach den Gesetzen, die in der Natur der Sache ruhen, der sie dient. Die Arbeit an der Bildung der Menschenseele wird sich aus dem Evangelium zwar Ziele und Triebkräfte holen, aber das Christentum giebt keine Anweisung über Lehrgang und Lehrverfahren in den einzelnen Unterrichtsfächern, gerade so wenig wie die Bibel Vorschriften enthält über wissenschaftliche Methoden oder Brückenbau oder Ackerbodenverbesserung. Die Kirche ist auch geradezu unfähig zum Schulregiment, weil ihr zur Förderung des Schulwesens die äußere Macht und die nötigen Mittel fehlen; sie ist unbedingt unfähig, den Bildungstrieb der Volksgenossen angemessen und sachgemäß zu befriedigen und ihre Zersplitterung in auseinandergehende Richtungen kann unmöglich die Grundlage abgeben zu jener geistigen Einheit, in die ein das ganze Volk umfassende Bildungswesen zusammenklingen muß, wenn

eine Nation zu ihrem äußeren Zusammenschluß sich um ihrer Zukunft willen auch die innere Einigung erringen will. Das nationale Bildungsweisen ist ein wesentliches Glied in der Arbeit an der Volkseinigung und Stärkung der Staatsmacht, darum ist es Sache des Staates. So ist der Staat auf allen Gebieten des Schulwesens der natürliche Erbe der Kirche. Aber auch allen ihm eingegliederten menschlichen Ordnungen, wie Familie und Gemeinde gegenüber hat der Staat naturgemäß das Recht der Oberhoheit. Er hat die Pflicht, die Lebensinteressen der Gesamtheit durchzusetzen, indem er auf allen jenen Gebieten die nötige Arbeit auf seine Schultern läßt, wo die Bemühung des Einzelnen oder der kleinen Körperschaften nicht ausreicht oder wo von diesen die Interessen der Gesamtheit nicht gefördert werden. Die geistige Ausbildung des heranwachsenden Geschlechts ist aber von hervorragendem öffentlichen Interesse und darum ist das Unterrichtswesen ein bedeutungsvolles Glied der Staatsverwaltung geworden. Den Familien und Gemeinden hat, besonders früher, lange genug der gute Wille und die rechte Einsicht, sowie das Vermögen gefehlt zu einer systematischen und methodischen Einwirkung auf die Unerwachsenen. Die Masse der Volksgugend durch allgemeine Veranstaltung gleichmäßig geistig zu heben, dazu war nur staatliche Macht imstande, umso mehr als bei dem steigenden Bildungsbedürfnis und der Vervollkommenung des Schulwesens sich die Notwendigkeit der Bereitstellung von Mitteln ergab, die die Kräfte der Familien und Gemeinden überschreiten.

Die Entwicklung zur Verstaatlichung des gesamten Schulwesens entspricht also einer zwingenden Notwendigkeit. Daß diese Entwicklung auch ihre Gefahren in sich birgt, daß durch die Überhandnahme des juristischen Elements, durch Vermehrung der Zentralisierung und die Bureaufkräftigung des Schulwesens ein fühlbarer Bildungsschaden erwächst, liegt offen zu Tage. Es ist aber im Rahmen der vorliegenden Aufgabe nicht möglich, über die naturgemäße Art der Schulverfassung zu reden und die Teilnahme aller berechtigten Erziehungsfaktoren ins rechte Licht zu setzen. Es handelt sich hier nur um die Feststellung und Beleuchtung historischer Thatfachen und damit kommen wir zu einem Hauptpunkte unserer Ausführungen, zur eingehenderen Darstellung der Befreiungsgeschichte des Schulwesens aus der Kirchenherrschaft.

Der Selbständigkeitsbewegung des Staates gegenüber der geistlichen Gewalt folgt im Verlauf der Zeit die Mündigkeitsbewegung der Volksbildungsanstalten, der Universitäten, Gymnasien und Volksschulen in gemessenen Abständen. Zunächst ist es immer der Staat, der

die Schulen allmählich von der Kirche löst; in seinem Bestreben wird er jedesmal von der jemeiligen Lehrerbewegung unterstützt.

Die Hochschulen gehen in diesem Befreiungskampf, wie billig, voran. Im Mittelalter waren sie rein kirchliche Lehranstalten. Vom Ende des 16. Jahrhunderts an werden sie immer entschiedener Staatsanstalten. Noch zweihundert Jahre später haben sie ihren kirchlichen Charakter vollständig verloren. Die Professoren sind Staatsbeamte. Auch die Emporentwicklung der Universitätsprofessoren ist eine Befreiungsgeschichte wie die Aufwärtsbewegung der Gymnasiallehrer und Volksschullehrer. Auch sie befanden sich einmal in dem gesellschaftlichen Tiefstand, der als ein Fluch auf dem Schulmeistertum seit Jahrhunderten her liegt. Auch sie haben schwere Zeiten der Geringschätzung und kümmerlichen Lebenshaltung durchlebt. Sie stammten auch meistens aus niederen Gesellschaftsklassen. Ihre Besoldung war gering, die Honorare waren unzureichend. Der Professorengelohnte stand nicht selten unter der Höhe eines gewöhnlichen Studentenwechsels. Die meisten Professoren genossen öffentliche Wohlthaten oder halfen sich mit Unterricht durch. Ein Übermaß von Arbeit drückte sie. Erst als am Ende des 18. Jahrhunderts die wissenschaftlichen Leistungen führender Geister die Welt in Bewunderung setzten, stieg das Ansehen der Professoren und stieg in wachsendem Maße die Fürsorge des Staates. Und heute stehen die „Gelehrtenrepubliken“ in ihrem Glanze und ihrer Größe da. Ihre Bedeutung für das moderne Geistesleben ruht auf dem königlichen Grundsatz der von menschlichen Machtprüchen und Meinungen unabhängigen, nur dem aufrichtigen Ringen nach Wahrheit dienstbaren freien Forschung. Bei ihnen ist der Befreiungskampf wider mittelalterliche Bevormundung restlos zu Ende. Wo aber eine Einschränkung der Lehrfreiheit und der Selbstbestimmungsrechte der Hochschullehrer erwogen wird, da findet er den geschlossenen Widerstand der Dozenten.

Den Universitäten folgen in gemessenem Abstand die Gymnasien. Diese in alter Zeit von der Kirche behufs Ausbildung der Geistlichen gegründeten Lateinschulen lebten im 18. Jahrhundert noch in derselben kirchlichen Verfassung wie zweihundert Jahre vorher, wo die Verstaatlichung der Hochschulen anhub. In den katholischen Landesteilen waren sie im wesentlichen Ordens- oder Klosteranstalten und die weltliche Obrigkeit hatte keinen Einfluß auf sie. Auch in protestantischen Ländern unterstanden die Gymnasien der geistlichen Schulaufsicht. Zu Fortschritten hatten sie es unter kirchlicher Leitung wenig gebracht. Schon 1661 sagte J. B. Schuppius: „So lange die Einbildung währt, daß der status

scholasticus notwendig müsse verbunden sein mit dem statu ecclesiastico, so lange werden keine guten Schulen in Deutschland sein.“ Da brachte die Gedankenrevolution der Aufklärungszeit auch den Gymnasien die Erlösung. Der Staat erblickte in ihnen wichtige Gehilfen in der Erziehung tüchtiger Staatsdiener und förderte ihre Selbständigkeit. Am Ende des 18. Jahrhunderts bahnte sich die Befreiung von der Kirchenherrschaft an, und die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts unterstellte die Lateinschulen völlig dem Staate. Innerhalb dieser Schulbefreiung verlief nach gleichem Ziele die Selbständigkeitsbewegung der Gymnasiallehrer. Wer in Paulsens „Geschichte des gelehrten Unterrichts“ diese Standesentwicklung verfolgt, der ist geradezu überrascht von deren Übereinstimmung mit dem Laufe der bisherigen Mündigkeitsbewegung der Volksschullehrer. Die Lateinschulmeister der kleinen Städte waren dieselben Kirchendiener, wie ihre Leidensgenossen, die Küster auf dem Lande. Ihre Stellung war verächtlich, ihre Einnahmen waren äußerst gering. Wie die Dorfschulmeister führten sie die Jugend zu den Gottesdiensten, Begräbnissen, Hochzeiten und holten sich ihr Almosen durch Stadtumgang mit den Chorknaben von Hausthüre zu Hausthüre. Nur Söhne geringer Leute ergriffen das Schulamt. Die Vornehmen schickten ihre Kinder nicht zu ihnen, allmählich genierte sich sogar die Bürgererschaft, das zu thun. Am Ausgang des 18. Jahrhunderts kam die Wandlung. Die Lateinschullehrer begannen sich als Berufsstand zu fühlen. Der neue Hellenismus verlieh ihrem Studium Selbständigkeit und Würde. Dazu kam eine neue Wissenschaft, die Pädagogik. Sie machte klar, daß Erziehen und Unterrichten eine besondere Kunst sei und daß ein Theologe von Haus aus noch lange kein Lehrer sei. Vor allem drang die Überzeugung durch, daß der Lehrerberuf den ganzen Mann fordere. Das Schulamt war nicht mehr eine trostlose Vorstufe zum geistlichen Amt sondern ein besonderer Lebensberuf, ein selbständiges Amt. Das Selbständigkeitsgefühl der Lateinschulmeister wurde aber ständig dadurch bedrückt und gereizt, daß trotz der inneren Umgestaltung und trotz des gehobenen Standesbewußtseins die altüberlieferte geistliche Schulaufsicht weiter bestand. Mehr und mehr erhoben sich bittere Klagen über die Herrschaft der Geistlichen. Man klagte über die Verminderung der Berufssehre durch eine unsachgemäße Bevormundung. Man klagte über den Hochmut der Aufseher, die gar nichts verstanden. Man wünschte Fachaufsicht. Die Widerpenstigkeit regte sich. Der niedere Kirchendienst wurde als eine peinliche, erniedrigende Leistung empfunden; das hatte auch bald die Einsichtigen auf der Seite und um die Wende des 18. und

19. Jahrhunderts wurde er abgelöst. In verstärktem Maße erhoben sich aber die Fehden gegen die geistliche Schulaufsicht. Büsching, Resewitz, Gedike, Schulz, Stephani und Seidenstücker schrieben öffentlich dawider. Der Philosoph F. A. Wolf wies nach, daß gelehrte und fachkundige Schulmänner das sicherste Mittel seien, die Schulen zu verbessern. Durch vertiefte pädagogische Bildung erweiterten die Gymnasiallehrer fortwährend die Kluft zwischen sich und den Trägern des mittelalterlichen Aufsichtsamtes. Immer unhaltbarer wurde die Sache. Endlich war die Entwicklung zur Reife gelangt: das Gymnasialregiment wurde Fachmännern übertragen und damit war die seit Jahrhunderten geheiligte Herrschaft der Geistlichen endgiltig begraben. Der Staat erhob die Lateinschullehrer zu Staatsbeamten und schon in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts konnte der ehemals so verachtete Stand zu der regierenden Gesellschaftsklasse gerechnet werden, so daß Thiersch in seinem Buch über den Zustand des öffentlichen Unterrichts die soziale Stellung des emporgekommenen Standes wie folgt charakterisierte: „Im Ganzen ist der Dienst des Gymnasiallehrers gleich den übrigen Zweigen des öffentlichen Dienstes geordnet, mit Besoldungen sattfam bedacht und mit der ihm nötigen Gewähr und Auszeichnung, zugleich auch mit den Aussichten auf Beförderung umgeben, welche dem fähigen Unterlehrer zunächst auf den Oberlehrer offen steht, diesem aber in den Stand der Direktoren, welche ihre Befähigung in den Stand der Provinzialschulräte und selbst in das Ministerium zu den Stellen der geheimen Oberregierungsräte zu Sachen des Kultus und Unterrichts führen kann. Diese Gründe zusammen, die wissenschaftliche Auszeichnung, die vorzügliche Befähigung im Beruf, verbunden mit der rücksichtsvollen Behandlung der Schulmänner haben diesen Stand mit einer Achtung und Anerkennung in der bürgerlichen Gesellschaft umgeben, die ihm sonst nicht zu teil wurde und die sehr vorteilhaft auf ihn zurückfließt. Ein junger Oberlehrer von Auszeichnung ist darum in sozialer Hinsicht ein sicher gestellter Mann, geht den Beamten anderer Dienstskategorien, selbst den angesehenen parallel, und jedes Jahr liefert Beispiele von Heiraten, die zwischen ihnen und den Töchtern aus den angesehensten Familien im Staatsdienst, von Generalen, Staatsräten, Regierungspräsidenten oder Direktoren geschlossen werden.“

Die Volksschule muß in dem Befreiungskampf wider die geistliche Herrschaft naturgemäß nachstehen. Als die Universitäten sich von der Kirche zu lösen begannen, im 16. Jahrhundert, da keimten gerade die ersten Anfänge der modernen Volksschule aus der Katechismusbelehrung



der Kirche empor und als die Gymnasiallehrer mitten im Kampfe wider die geistliche Schulherrschaft standen, gegen Ende des 18. Jahrhunderts, da begann der Staat erst die Schaffung eines Volksschullehrerstandes. Zur selben Zeit aber, als die Lateinschullehrer den Befreiungskampf als beendet erklären konnten, in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts, da regte sich zum ersten Male das Selbstständigkeitsgefühl der Volksschullehrer in Deutschland und seit jener Zeit stehen sie im Kampfe wider die geistliche Herrschaft und die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte auch schon die guten Anfänge einer äußeren Lösung aus der kirchlichen Bevormundung. Die volle Beseitigung der Kirchenherrschaft auf dem Volksschulgebiet wird auch über kurz oder lang so sicher erfolgen wie bei den älteren Bildungsaufstalten und die Mündigkeitsbewegung der Volksschullehrer wird so sicher zum Ziele gelangen wie die Aufwärtsentwicklung der Hochschullehrer und der Lateinschullehrer. Der Befreiungskampf, den der Staat im Bunde mit dem Volksschullehrerstand in den letzten hundert Jahren gegen die Kirche geführt hat, birgt in sich auch die sichereren Aussblicke auf diesen Schluß, so daß vorübergehende Verwaltungsmeinungen einzelner Regierungen für die Dauer die Vorwärtsbewegung nicht hemmen können. Zur Stärkung dieses Glaubens sei dieser Befreiungskampf in einzelnen charakteristischen Zügen nun eingehender dargestellt.

Der westfälische Frieden hatte die Schulen noch als kirchliche Anstalten ausdrücklich anerkannt. In den evangelischen Landeskirchen nahmen sich nun nach der Verwüstung durch den Religionskrieg die Landesherren als oberste Bischöfe ihrer Landeskirche der Volksbildung ganz besonders an. Doch waren die Schulgesetze auch hier nicht mehr Anhängsel der Kirchenordnungen, sondern es wurden eigene Schulordnungen erlassen, die vereinzelt schon den staatlichen Schulzwang aussprachen. Damit war der Weg gebahnt zur Verstaatlichung der Volksschule und das 18. Jahrhundert erblickte denn auch im Schulwesen nur noch eine Angelegenheit der landesherrlichen Polizei. 1786 wurde in Braunschweig ein eigenes Schuldirektorium geschaffen. Das Allgemeine preussische Landrecht, das auf Befehl Friedrich des Großen ausgearbeitet worden war und 1794 veröffentlicht wurde, erklärte die Volksschulen als Staatsanstalten. Andere Staaten folgten. Selbst in rein katholischen Staaten kam der Gedanke der Staatshoheit gegenüber dem Schulwesen zum Durchbruch. So erklärte Kurfürst Karl Theodor von Bayern am 31. August 1781 schon, daß er „das supremum protectorium et curatelam der Studien hochselbst unmittelbar auf sich nehme“ und er hat diese Leitung seit dem

19. September 1781 auch über die Volksschule durch staatliche Organe ausgeübt. Durch kurfürstliche Entschliebung vom 26. November 1804 wurde auch ausdrücklich erklärt, daß die bürgerlichen Schulen nicht als eine kirchliche, sondern als eine wichtige Polizeianstalt zu betrachten seien. So stark war zur Zeit der Aufklärung der Gedanke der Staatsgewalt in das öffentliche Leben eingebracht, daß die Geistlichkeit diese bedeutungsvolle Wandlung als ein notwendiges Ereignis ohne Widerspruch hinnahm. Auch die katholische Kirche ereiferte sich nicht. Franz Ludwig von Erthal, Bischof von Würzburg (1779—1791), bezeichnete es als einen Wahn, „als sei das Schulwesen eine Sache, welche man der Geistlichkeit überlassen müsse, als gebühre ihr die Direktion des Schulwesens allein, und der Beamte sei nur da, um Vollstrecker derjenigen Befehle zu sein, welche das Seelsorgeramt zu erlassen für gut finde, aber selbst in Vollzug zu setzen aus Abgang äußerer Zwangsmittel nicht vermöge.“

Diese Neuordnung im Schulwesen konnte aber nur auf dem geschichtlichen Untergrund zu Leben kommen und so blieb die alte, kirchlich eingeführte und gepflegte Pfarr- oder Küsterschule vorerst noch bestehen. Der kirchliche Gehilfe des Ortsgeistlichen war zugleich Schulmeister. Im 18. Jahrhundert forderte der Staat allerdings nicht nur bloßen Katechismusunterricht, sondern er betonte mehr und mehr die Ausbildung für das bürgerliche Leben und übernahm vollständig die oberste Schulleitung. Die untere Schulaufsicht überließ er als ein staatliches Amt in eigenen Interesse der Geistlichkeit. Es gab noch keinen Volksschullehrerstand. Die einzelnen Schullehrer, ehemalige Dorshirten, Handwerker, abgedankte Soldaten standen gesellschaftlich auf der tiefsten Stufe. Ihre Bildung war armselig. Ihre Lebenshaltung die ständige Not. Ihr Schulhalten war ein klägliches Mechanismus. Ihnen gegenüber konnte der universitätsgebildete Ortsgeistliche als der „geborene Schulinspektor“ gelten. Zudem besorgte er die Geschäfte der Schulpolizei kostenlos. Der Staat selbst, der bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts konfessionell geschlossen war, erblickte in der konfessionellen Erziehung seiner Unterthanen eine Pflicht der Landespolizei. Somit war damals das Festhalten an der geistlichen Schulaufsicht auf dem Gebiete der Volksschule eine geschichtliche Notwendigkeit.

Das 19. Jahrhundert brachte den Kampf der Volksschullehrer gegen die geistliche Schulaufsicht. Er war das Ergebnis derselben natürlichen Entwicklung wie der Kampf der Lateinschullehrer um die Selbständigkeit. Zur Zeit der tiefsten Erniedrigung des Vaterlandes war in den Edelsten der Nation der Gedanke erwacht,

durch die bessere Bildung der Volksmassen dem Staate einen der wichtigsten Dienste zu leisten. Es brach eine Zeit hoher Erziehungsbegeisterung an. Der Geist Pestalozzis hielt Einzug bei Fürsten und Regierungen. Die Hebung des Lehrerstandes wurde zur Haupt Sorge des Staates. Rasch wuchsen Lehrerbildungsanstalten aus dem Boden. Während z. B. Preußen 1811 nur 11 Seminare zählte, hatte es 1831 schon 34 solche Anstalten; nach weiteren 6 Jahren zählte man 45 Lehrerseminare. Was das Ministerium von Altenstein, was die Staatsräte Nikolovius, Sünern, Beckedorff und Dreist, was die Schulräte v. Türl, Klöden, Schulz, Natorp und Zerener, was die Seminar Direktoren und Seminarlehrer in jener Zeit geschaffen, gearbeitet, erstrebt und erreicht haben, das war für jene Zeit einfach beispiellos. Es wird wohl mit Recht behauptet, daß Preußen in den 20er und 30er Jahren des 19. Jahrhunderts die besten Schulen in Deutschland besaß. Mehr und mehr mühten sich die Seminarlehrer und Schullehrer, die pädagogischen Gedanken Pestalozzis in der Schulstube durchzuführen. Es entwickelte sich ein Interesse an der Volksschulpädagogik als einer gesonderten Wissenschaft für den Lehrerstand. Die Berufsarbeit vervollkommnete sich. Der Mechanismus wurde bekriegt. Man drang auf Anschaulichkeit im Unterricht und selbständiges Denken. In einzelnen Teilen Deutschlands erwarben sich die Lehrer eine Berufsbildung, die nicht zu unterschätzen war, die wenigstens die gewaltige Kluft zwischen ihnen und dem Lehrermaterial des 17. und 18. Jahrhunderts offenbarte. Allmählich fühlten sich die Volksschullehrer auch als einen geschlossenen Stand. Der Gemeinsamkeitsgedanke wurde immer reger. Das Standesehrgefühl wurde lebendig. Man spürte, daß die Schularbeit eine Sache sei, die gelernt sein wolle, die den Einsatz der ganzen Persönlichkeit verlange, daß diese Arbeit auch aller Ehren wert sei, daß die Schule nur von innen heraus gefördert werden könne durch gründliche Sachkenntnis auf grund persönlicher Erfahrung. Es erhoben sich Klagen über die unsachgemäße Bevormundung durch die Geistlichen. Die geistliche Überwachung wurde als ein Druck empfunden. Und siehe da, in den 40er Jahren erhob sich ganz unabhängig von einander in den verschiedensten Teilen Deutschlands derselbe Widerstand und überall kamen dieselben Beschwerden und dieselben Wünsche zum Ausdruck. Der Befreiungskampf gegen die geistliche Herrschaft begann.

Es gereichte der Lehrerbewegung zur Förderung wie zum Verhängnis, daß in derselben Zeit, in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts, der bürgerliche Liberalismus seine Fahnen entrollte und die Forderungen der Lehrer als berechtigte anerkannte. In der Gewißheit, daß die

Mündigkeitsbewegung des Standes und das Verlangen nach besserer Volksbildung und damit eine bessere Zukunft des Lehrerstandes durchaus ein Lebensinteresse der Nation sei, von der Kirche hartherzig abgewiesen, von den Feudalen verhöhnt, und in der Hoffnung, daß ein politischer Kampf der Volksbildungssache zum Sieg verhelfe, mußten sich die Volksschullehrer zu einer politischen Partei wenden. Der Liberalismus hat sich auch im 19. Jahrhundert unbestreitbar um die Förderung des Volksschulwesens in Deutschland große Verdienste erworben und hat bis heute auch die meisten der noch nicht erfüllten Lehrerwünsche mit gar schönen Worten auf seine Programme geschrieben. Aber gerade in den 40er Jahren erhob sich im Liberalismus eine radikal kirchenfeindliche Strömung. Bald erschienen die berechtigten Forderungen des Lehrerstandes mit der Abneigung gegen die kirchlich geprägte Religiosität verquickt. Die orthodoxe Kirche war unfähig, sich den objektiven Blick zu wahren und das geschichtliche Recht der Lehrerbewegung anzuerkennen; sie fühlte sich auch viel wohler in dem überlieferten patriarchalischen Regiment; ihrem verstockten konservativen Sinn erschien das mannhafte Sehnen der Lehrer nach Selbständigkeit als sündige Regung des Fleisches und so erhob sich in ganz Deutschland der Widerstand der Geistlichen gegen die Lehrerschaft und der Ruf nach beruflicher Selbstverwaltung wurde als ein Verlangen nach Entchristlichung des Volkes mit Heftigkeit zurückgewiesen. In derselben Stadt, in der Bischof von Erthal so vernünftige Worte über die Schulaufsicht sprach, in Würzburg verlangte nun eine Versammlung deutscher Bischöfe die kirchliche Beherrschung der Schule und von jener Zeit datiert der Widerstand der katholischen Partei, deren Bestreben Windthorst auf dem Katholikentag zu Trier 1889 klaren Ausdruck gab: „Die Schule gehört der Kirche ganz allein. Die Schule muß das wieder werden, was sie früher war, ganz und gar geistlich.“ Dieses Hineintragen politischen Kampfes in die Berufsbewegung des Volksschullehrerstandes hat der ruhigen Entwicklung geschadet.

Trotz aller Hemmnisse, Wirren und Störungen meldet der Befreiungskampf des 19. Jahrhunderts Sieg um Sieg. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts ist bereits ein Stück Mittelalter zum größten Teil in Deutschland beseitigt, das in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch fast ausnahmslos mit dem Lehrerstand verknüpft war, der Rüsterdienst. Er bedeutete die Vergangenheit des Standes. Im Mittelalter hatte der niedere Klerus diese Geschäfte besorgt, das Rüsterramt war ein rein kirchliches. Später ernannte die Kirche Laien als Gehilfen. Vom 15. bis 18. Jahrhundert hatte der Schulmeister das Rüsterramt besorgt,

um leben zu können. Das Küsteramt war das ursprüngliche Amt, von der Kirche bezahlt. Das Schulhalten war nur der geringe Nebenverdienst. In der Abhängigkeit des Einkommens von dem Kirchenvermögen verkörperte sich lange hin die historische Abhängigkeit des Schullehrers von den kirchlichen Autoritäten noch zu den Zeiten, wo das gesamte Volksschulwesen bereits verstaatlicht war. Neben dem Küsterdienst flochten auch der Organisten- und Kantordienst, sowie die Pflicht zur Vertretung des Geistlichen im Lesegottesdienst den Lehrer an die Kirche. Mit der Entwicklung des Volksschullehrerstandes mußte der niedere Kirchendienst, der mit dem Hauptberuf in keinem Zusammenhang stand, als ein Dienst empfunden werden, der sich für einen Tagelöhner eignet. Dem Kirchenpatron in seiner Loge vor dem Gottesdienst die Gesangsbüchler aufzuschlagen, den Klingelbeutel herumzutragen, die Glocken zu schmieren, die Gräber zu graben, die Wege zum Gotteshaus von Schmutz oder Schnee zu reinigen, dem Priester die Maßgewänder umzuhängen, den Eierkorb beim Einjammeln der Beichtzettel zu tragen, den Leichenbittern zu machen und dergleichen andere persönliche Dienstleistungen, mußten das Berufsgefühl verletzen. Bald lehnten sich die Volksschullehrer auf. Aber Kirche und Geistlichkeit stemmten sich hartnäckig dagegen. Mit bekümmerten Mienen erblickten sie in dem erwachten Ehrgefühl einen revolutionären, antikirchlichen Geist. Wie ganz anders hätte sich doch das Verhältnis der Kirche zu den Volksschullehrern im Laufe der Geschichte entfalten können, hätte die Geistlichkeit in vorurteilsfreier Duldsamkeit die Berechtigung der Lehrerwünsche rechtzeitig anerkannt und sich die Herzen der Lehrer bewahrt. Aber die Kirche scheint im Laufe der Geschichte manchmal vom heiligen Geist ganz verlassen. So kam denn der Kampf der Volksschullehrer gegen die Kirche und auch der Sieg über den Kirchenkonservatismus. 1828 wurde in Hessen-Raffan die Abtrennung des niederen Kirchendienstes angebahnt, 1835 in Ostpreußen, 1861 wurde der Küsterdienst in Schwarzburg-Rudolstadt abgelöst, 1864 in Sachsen-Weimar, 1868 in Baden, 1872 in Elsaß-Lothringen, 1874 in Hessen, 1875 in der Rheinprovinz, 1879 in Hamburg, 1883 in Schwarzburg-Sondershausen, 1884 in Bremen, 1886 in Anhalt, 1901 in Württemberg, Coburg-Gotha und Waldeck. Abgetrennt ist er ferner in Altenburg und Lüneburg. In Oldenburg besorgt den Dienst seit 1865 ein Gehilfe des Lehrers. Nicht verpflichtet zur Übernahme sind die Lehrer in Sachsen (1873), in Meiningen, Meuß j. L. In Preußen hat Kultusminister Boffe 1894 die Abtrennung amtlich befürwortet, in Bayern schweben gegenwärtig Verhandlungen über eine Ablösung.



Ein Stück Mittelalter war auch das patriarchalische Alleinregiment der Geistlichkeit im Schulorte. Im Jahre 1848 waren die deutschen Volksschullehrer einstimmig der Meinung, daß dem Lehrer Sitz und Stimme im örtlichen Schulvorstand gebühre. Dieser moderne Gedanke des Mitregierens Untergebener wurde von den Klerikalen und den Konservativen von Anbeginn unbedingt abgelehnt. In der bayerischen Reichsratskammer erklärte der Präsident des Oberkonsistoriums diese Forderung als Überhebung. Auch der preußische Kultusminister von Bethmann-Hollweg wandte sich sofort dagegen. Heute ist der Wunsch der Lehrer in Preußen auf Grund einzelner Verfügungen erfüllt. Besonders entsprach das einem Wunsche des Kultusministers Boffe vom Jahre 1893. Der Kampf um dieses Stück Selbständigkeit war ein zäher und füllte die ganze zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Es genehmigten die Lehrerforderung 1855 Waldeck und Oldenburg, 1870 Hamburg, Neuß j. L., 1872 Sachsen-Gotha, 1873 Sachsen, Anhalt, 1874 Sachsen-Gotha, Sachsen-Weimar, Hessen, 1875 Sachsen-Meiningen, Schaumburg-Lippe, 1876 Baden, 1877 Altenburg, 1886 Bremen, 1887 Neuß ä. L., 1892 Braunschweig, 1893 Schwarzburg-Sondershausen, 1896 Württemberg, 1898 Bayern.

Die geistliche Orts- und Bezirksaufsicht selbst zu beseitigen, ist das schwerste Stück im Befreiungskampfe. Wir treffen im Kampfe wider diesen Überrest aus dem Mittelalter den Staat bald auf der Seite der Lehrer, bald auf der Seite der Klerikalen. Nachdem im ganzen Reiche das Volksschulwesen Sache der Landesregierungen ist und die Geistlichen nur im staatlichen Auftrag das Aufseheramt besorgen, stehen die Geistlichen in einer eigentümlichen Zwitterstellung. Als Glieder der Staatsverwaltung müssen sie in allen Schuldingen sich den staatlichen Anordnungen fügen und auf Ausführung der Staatsgesetze dringen. Als Kirchendiener sind sie von der Kirchenleitung abhängig. Das erschwerte eine einheitliche Schulleitung namentlich dort, wo die Kirche voll Begehrlichkeit nach den staatlichen Rechten zu greifen gesonnen war. Es erschwerte auch die Förderung des Schulwesens, wo die Geistlichkeit dem übertragenen Amt mit Gleichgültigkeit, Trägheit oder innerem Widerstreben gegenüberstand. Gegen den letzteren Übelstand hatte z. B. die bayerische Regierung durch die Jahrzehnte zu kämpfen, so daß sie schon früher, als die Lehrerbewegung einsetzte, dem Gedanken einer technischen Leitung nicht fern stand. Ministerialentscheidungen von 1833 betonen infolge von vielfach erhobenen Klagen über die geistliche Schulaufsicht, die auch in der Abgeordnetenkammer zur Erörterung kamen, daß man

in den Geistlichen tüchtige Schulmänner wünsche und seit jener Zeit war man bestrebt durch Beiziehung von Fachleuten besserere Erfolge zu erzielen. Im Schulgesetzentwurf von 1867 war auch geplant, die Bezirkschulaufsicht in eine rein technische Leitung zu verwandeln und hierzu einen pragmatisch angestellten Beamten aus den Reihen der tüchtigen und erfahrenen Schulmänner zu ernennen. Das Gesetz wurde jedoch von der Kammermehrheit abgelehnt. Nun entschied das Ministerium 1873, daß bei jeder der acht Kreisregierungen dem juristischen Volksschulreferenten Schulmänner aus den Reihen der Volksschullehrer als technische Beiräte beizugeben seien und unterstellte diesen die außerordentlichen Schulvisitationen im ganzen Königreich. Bei der bekannten Stellung der Klerikalen in Bayern ist freilich die Beseitigung der geistlichen Ortsschulaufsicht durch die Regierung für die nächste Zeit ohne besondere Aussicht. Daß aber diese Loslösung durch die Energie einer Regierung auch unter schwierigen Verhältnissen möglich ist, beweist die Entwicklung in Baden. Dort erhoben die Lehrer 1861 ihre Forderungen im Interesse der Volksbildung und die Staatsregierung machte die wesentlichen Wünsche 1864 zum Gesetz. Das entfachte einen Entrüstungsturm bei den Klerikalen. Man bedrohte die Lehrer, die sich am Ortsschulvorstande beteiligten, mit Exkommunikation; man verweigerte ihnen die Bezüge für das Kirchenamt. Man klagte, das Gesetz habe der Schule das Gewissen genommen, nämlich die geistliche Aufsicht. Auch die protestantischen Geistlichen verlangten die volle Leitung zurück. Aber schon ein Jahr nach der Einführung der Fachleitung mußten strengkatholische Blätter eingestehen, daß die Religion nicht gelitten habe, und 1871 gab die Kurie ihren Segen zu der Neuerung. Gleich Baden haben auch Hessen, Sachsen, Elsaß-Lothringen, Sachsen-Meinungen und Sachsen-Coburg-Gotha die Leitung der Volksschulen der Obhut von tüchtigen Schulmännern anvertraut. Gegenüber solchen Erscheinungen erscheint das große „Land der Schulen und Kasernen“ gegenwärtig ganz rückständig. Das war einmal anders. Das Allgemeine preußische Landrecht von 1794 hatte sich nicht auf die geistliche Schulaufsicht festgelegt und das unter dem Ministerium von Altenstein durch Sövern ausgearbeitete Schulgesetz hatte gewollt, daß auch Nichtgeistliche zur Schulleitung beigezogen würden. Dörpfeld, ein besonnener Mann, behauptet auch, daß in dem bergisch-niederrheinischen Lande schon im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts Lehrer in beträchtlicher Zahl zu finden gewesen wären, die die KreischulinSpektion hätten übernehmen können. Das Ministerium Eichhorn freilich wollte die zur Selbständigkeit erwachten Volksschullehrer wieder unter die geist-

liche Gewalt drücken und empfahl die Anstellung von Unteroffizieren. Nach dem Erlaß vom 12. Januar 1845 hatten die Behörden „auf dergleichen Unteroffizier-Material zu scharfen und im Betretungsfalle in ein Seminar abzuliefern.“ Zugleich erfolgte unter dem entrüsteten Widerspruch der in ihrer Ehre gekränkten Geistlichkeit der Erlaß, der die Predigtamtskandidaten zwang, zur Ausbildung als künftige Schulleiter sechs Wochen lang ein Lehrerseminar zu besuchen. Mit solchen einander gleichwertigen Mitteln suchte die Reaktion die Selbständigkeitsbewegung der Volksschullehrer einzudämmen. Es wurde aber nur der verschärfte Widerstand der Emporstrebenden herangezogen. Der Volksmann Harfort und der Regierungsbeamte Landfermann stellten sich auf die Seite der Lehrerschaft. Das Jahr 1848 kam mit seinen Versammlungen. Überall dieselbe Forderung: Entfernung der Geistlichen von der Schulaufsicht und Verwaltung der Schule durch Fachmänner. Minister von Schwerin stand den Forderungen freundlich gegenüber. Das folgende Ministerium von Brandenburg war 1849 gesonnen, die geistliche Ortschulaufsicht aufzuheben und an der Schulverwaltung den Volksschullehrerstand zu beteiligen. Da stand plötzlich wieder die Reaktion vor den Schulkühen, in langem schwarzem geistlichen Gewande, mit salbungsvoller Miene, unter einem Arm den Katechismus, unter dem anderen die Regulative. Das sollte die übermütigen Volksschullehrer zur vorschriftsmäßigen Zufriedenheit zurückführen! Und seit der frommen Regulativzeit ist in Preußen in der geistlichen Schulaufsicht im Wesentlichen nicht viel geändert worden. Immer war es die Geistlichkeit, die den Forderungen der Lehrer und Plänen der Regierung gegenüber an dem mittelalterlichen Zustand festhielt. Kultusminister Falk hatte 1872 die geistliche Ortschulaufsicht beseitigen wollen. Sein Gedanke war: „Wir müssen dahin kommen, daß die Lehrer zur Selbständigkeit gebildet werden.“ Geistlicher Einfluß hat seinen Plan im Keim erstickt. In der Kulturkampfzeit bewies dann die preußische Regierung durch Einsetzung von Rittergutsbesitzern, Rittmeistern, Apothekern, Oberförstern, Rechnungsrevisoren, Steuerinspektoren und Obersteigern als Lokalschulinspektoren an Stelle unbotmäßiger Geistlicher, daß sie auch Sinn für Humor hat. Die Lehrerschaft sah sich überall in ihrem guten Rechte betrogen, und als Minister von Puttkamer 1880 mit einer von Sachkenntnis nicht beeinflussten Sicherheit proklamierte, „die Schule müsse wieder mehr an ihre alten natürlichen Autoritäten angeknüpft werden“ und er auch die technische Schulleitung ausschließlich in den Händen der Geistlichen wissen wollte, da antwortete ihm ein Sturm der Entrüstung aus dem Heerlager der zur Kampfgenossenschaft verbundenen

Berufsvereine des ganzen deutschen Volksschullehrerstandes. Mit schlagenden Gründen auf Grund eigener Erlebnisse und gewissenhafter Erforschung der tatsächlichen Verhältnisse trat besonders ein Volksschullehrer dem Minister frank entgegen, ein treuer Sohn seiner Kirche, ein tiefreligiöser Mann, ein Schulmeister von Gottes Gnaden, der tapfere Rektor F. W. Dörpfeld, und bewies in seinem „Beitrag zur Leidensgeschichte der Volksschule“, daß die geistliche Schulaufsicht „in pädagogisch-administrativer Hinsicht höchst unzweckmäßig, in sozialer Hinsicht unnatürlich und in ethischer Hinsicht ungerecht und demoralisierend“ sei. Nach zehn Jahren tauchte der Zedlitz'sche Schulgesetzentwurf am Horizont auf, welcher die Vergeistlichung der Volksschule zum Landesgesetz erheben wollte. Damals war es das erste Mal seit dem Jahre 1848, daß sich in den Lehrerkreisen Deutschlands von der Dorfschule bis zur Hochschule ein Gefühl der Interessengemeinschaft regte und daß die Universitätsprofessoren mit Sturm liefen gegen das drohende mittelalterliche Gespenst. Und wieder nach zehn Jahren, am 11. März 1901 erklärte Minister Studt unter dem Beifall der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, daß er mit der thunlichsten Verbindung der Schulleitung mit dem geistlichen Amte grundsätzlich einverstanden sei. Zugleich stemmten sich die Konservativen und Klerikalen gegen den Zug nach Verselbständigung der Volksschule, der in dem ständig wachsenden Bedürfnis sich kundgibt, die Zahl der hauptamtlichen Kreisschulinspektionen zu vermehren. Hier siegte die rückständige Kammermehrheit über den in schultechnischen Erwägungen begründeten Willen der Regierung. Solche Zeiten sind günstig für klerikalen Eifer und so sehen wir gerade in der Gegenwart in der preußischen Geistlichkeit eine sich ausdehnende Strömung, die für eine Hebung und Mehrung der geistlichen Ortschulgewalt in aller Fröhlichkeit sacht.

Die Schulgeschichte in Preußen zeigt deutlich, wo die Feinde der Lehrerbewegung stehen. Sie stehen auf der Seite der alten Herrschaft, die ihre Ideale in der Vergangenheit finden und in aller gefunden, freiheitlichen Volksentwicklung mit richtigem Gefühl eine Einschränkung oder Beseitigung ihrer überlieferten Herrschaftsrechte wittert. Mittelalterliches Beharren und moderne Bewegung, das sind die Gegensätze, die sich gegenüberstehen. Die Sehnsucht nach Befreiung aus unwürdiger Lage sitzt dem deutschen Volksschullehrer aber viel zu tief im Gemüt, als daß Kammerreden und papierene Erlasse und pastoraler Wagemut sie könnten auflösen. Der mannhafte Zug nach Selbständigkeit hat seinen Lauf begonnen und wird ihn vollenden, und aller zeit-

liche Druck kann nur die Spannkraft der Emporstrebenden stählen. Die Befreiung der Volksschullehrer aus der geistlichen Herrschaft ist eine geschichtliche Notwendigkeit.

Aus sittlichen, pädagogischen und kirchlichen Gründen muß die geistliche Schulherrschaft nachdrücklich bekämpft werden.

Daß in der Selbstständigkeitsbewegung des deutschen Volksschullehrerstandes sich ein Kulturfortschritt offenbart, das hat die Kirche lange nicht eingesehen. Sie hat die Notwendigkeit dieser Entwicklung anfänglich so wenig begriffen, wie die Notwendigkeit der Arbeiterbewegung. Die Lehrerbewegung ist gleich der Bewegung der Berufsgenossenschaften des Arbeiterstandes nur eine Welle im Strome der Aufwärtsbewegung der Volksmasse. Die Volksschullehrer und die Arbeiter wollen im Grunde daselbe. Sie begehren ihren Teil an den reichen Gütern der Kultur und verlangen Anerkennung als selbständige und gleichberechtigte Glieder der Gesellschaft. Und diese Sehnsucht der emporkommenden Volksschichten nach Recht und Freiheit, dieses tiefe Gefühl für den Wert der Persönlichkeit, dieses heiße Ringen um die Menschenwürde, das ist der Kern der modernen Befreiungsbewegung, das ist der tiefe sittliche Grundzug, den jeder Volksgenosse und jeder Christ froh begrüßen muß. Die Befreiung des Volksschullehrerstandes aus der geistlichen Herrschaft ist eine ernste sittliche Forderung. Das Evangelium bevorzugt keinen einzelnen Stand. Jeder Stand, der sich in den Dienst einer sittlichen Aufgabe stellt, ist von Gott geheiligt. Jede Berufsarbeit, jede Werktagsmühe ist ein Gottesdienst. Der Lehrerstand ist von Natur aus dem geistlichen Stande nicht untergeordnet, sondern gleichgeordnet. Beide sind für das Volksleben wichtig. Volkserziehung, Seelsorge soll beider Stände Arbeit sein. Und doch ist jeder Beruf eigengeartet. Der Geistliche übt sein Erzieheramt vorzugsweise an den Erwachsenen, der Lehrer ausschließlich an den Unmündigen. Die Berufsarbeit des Geistlichen besteht darin, daß er der Menschenseele das Evangelium verkündigt, damit sie ihr Leben in ihrem lebendigen Gott führe und aus diesem Verhältnis Kraft und Friede und Fröhlichkeit schöpfe. Gewiß wird der Geistliche eine lebhafte Teilnahme an der Förderung des gesamten Seelenlebens haben, aber seine eigentliche Aufgabe ist, das tiefste Sehnen im Menschen gemüte stillen zu helfen, und dieses tiefmenschliche Verlangen ist unabhängig von dem Grade der Bildung. Die Beschränkung auf diesen Beruf giebt dem geistlichen Stande die rechte Weihe. Dem gegenüber hat die Volksschule den ausdrücklichen Beruf zu allgemeiner Ausbildung der Unerwachsenen. Der Volksschullehrer hat nicht nur das religiöse

Gefühl zu bilden, sondern auch andere Seelenkräfte zu erhöhen. Er soll auch zu selbständigem Denken erziehen und ein wirkliches Wissen erarbeiten. Er soll die Kinder befähigen, ihre Gedanken darzustellen. Er führt seine Pflégbefohlenen ein in das Reich der Natur und in die Geschichte seines Volkes. Er erfreut sie am Schönen. Alle Anlagen, wie sie Gott gab, haben ihr Recht zur Ausbildung. Diesen Zweck zu erfüllen, bedarf es aber der eigenen Erfahrung und ständigen Arbeit im Beruf. Jeder Beruf kann sich nur aus sich selbst heraus vervollkommen. Die Berufe des Geistlichen und Volksschullehrers sind getrennte Gebiete und jeder Stand kann nur vorwärts kommen durch Vertiefung in den eigentlichen Beruf. Jeder selbständige Lebensberuf hat aber auch kein Recht auf Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltung ist die Verwirklichung sittlicher Selbständigkeit in einem abgeschlossenen Lebensgebiet. Pädagogische Selbstverwaltung ist die Verwirklichung sittlicher Selbständigkeit im Schulberuf. Pädagogische Selbstverwaltung muß die Fachleitung fordern. Nur in der Selbständigkeit ist wahre Sittlichkeit möglich. In der Erhebung des Einzelnen zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortlichkeit liegt die Abhebung seiner Persönlichkeit. Und in der Befreiung eines Standes aus der Fremdherrschaft durch einen anderen Stand, und in der Zubilligung der Selbstverwaltung liegt die Abhebung eines Standes. Sittliche Selbständigkeit und Berufsabhebung aber sind Gottes Wille. Und darum ist die Befreiung der Volksschullehrer aus der geistlichen Fremdherrschaft Gottes Wille. Diese Befreiung liegt um so tiefer im Lehrerberuf begründet, als die Lehrer die Aufgabe haben, zur Selbständigkeit und Selbstthätigkeit zu erziehen. Wer die Jugend zu einem eigenmächtigen inneren Leben emporziehen soll, der muß auf eigenem Boden frei sich entfalten haben, der muß nach eigener Überzeugung an der Verwirklichung seiner Berufsideale arbeiten können.

Die Gegner der Lehrerbewegung verbarrickadieren sich aber auch des Ofteren hinter Gründe, denen man manchmal eine gewisse Berechtigung nicht so leicht aberkennen kann. Da weist man mit vornehmer Zurückhaltung hin auf den „Radikalismus“ und die unruhige Kampfesfreudigkeit der Volksschullehrer oder man lächelt müde über die Überschätzung der Bedeutung der Volksschularbeit, die sich hier und da kundgibt, oder man spottet, daß es Lehrer giebt, die sich kritiklos an hohen Worten heraufschweben, und klagt über die Empfindlichkeit in Dingen der Standeschre. Das rasche Aburteilen ist freilich leichter als das Verstehen. Wer gewöhnt ist, die Erscheinungen psychologisch und historisch zu er-

fassen, der wird finden, daß ähnliche Dinge die Begleitercheinung aller gesunden Bewegung aufwärtsstrebender Schichten sind. Wer die durch die öffentlichen Gewalten und die Geschichte geheiligten Rechte und Vorurteile der Gegner niederkämpfen will, der muß mit zäher Energie das Feld behaupten. Der muß, damit sein Mut nicht sinke, hohe Ziele auf seine Fahnen schreiben. Das thut die moderne Arbeiterbewegung ähnlich wie die Lehrerbewegung es gethan hat. In freiem Felde kämpfende Truppen sind auch leichter verwundbar als solche, die geschützt von Wall und Graben, sich des erlangten Sieges behaglich freuen. Wer aber das alte Weh der Volksschullehrer durch die Geschichte hindurch verfolgt, der wird sich manchmal wundern, daß sie so lang geduldet haben und daß ihr Kampf nicht viel erbitterter war; er wird auch zugeben, wie die Schwächen und Gebrechen des Standes in seiner kurzen Entwicklung begründet sind; er weiß, daß diese Entwicklung nicht abgeschlossen ist; er wird wünschen, daß die Hebung des Lehrerstandes um der Vertiefung der Volksbildung willen immer größere Fortschritte mache und er wird den sehnlichen Wunsch haben, Staat und Gesellschaft möchten sich doch wieder einmal von so hoher Erziehungsbegeisterung erfüllen lassen wie in den Zeiten der Königin Luise, des Freiherrn von Stein, des Ministers von Altenstein, des Staatsrates Sövern, des Professors Fichte und des Schulmeisters von Zfferten — es war in Preußens großer Zeit.

Eine Stufe in der Höherentwicklung des Lehrerstandes ist es gegenwärtig, daß die geistliche Schulaufsicht als eine überlebte Einrichtung abgeschafft werde und zwar nicht nur aus sittlichen Gründen, sondern vor allem aus pädagogischen Erwägungen. Die bessere Ausbildung des Kindes verlangt es. Der Zweck der Schule verlangt es. Seit jener Zeit, wo geistig unmündige Schulhandwerker ihr geisttötendes mechanisches Gewerbe trieben und sich willig von dem Geistlichen führen ließen, hat ein ganzes Jahrhundert voll pädagogischen Lebens die Sachlage von Grund aus geändert. Aus dem Schulhandwerk hat sich die Lehrkunst entwickelt. Dem mechanischen Eindrillen von Wörtern, dem Abrichten zu äußerlichen Fertigkeiten, dem Nachplappern überlieferter Meinungen, dem Bekennen fremder Erlebnisse steht das psychologische Lehren gegenüber, das sich auf die äußere und innere Erfahrung des Kindes und auf das selbsttätige Erfassen der unmittelbaren Wirklichkeit, auf das persönliche Erleben baut. Der psychologische Unterricht wendet sich an den Kern der Persönlichkeit und sucht das Wesen des Kindes zu ändern, zu bessern, zu bilden. Er stellt die Ge-

wissensbildung in den Mittelpunkt und arbeitet daran, daß die Kinder auf Grund des Erlebens der Wahrheit zu einer eigenen Überzeugung kommen. Der Mechanismus war das Kennzeichen der mittelalterlichen Lernschule. Persönlichkeitsbildung ist der Grundzug der modernen Erziehungsschule. Er entspricht ganz dem Geiste der neuen Zeit. Das 19. Jahrhundert stellt den Kampf zwischen der mittelalterlichen und modernen Unterrichtsweise dar, wie es den Kampf zwischen der mittelalterlichen und modernen Schulaufsicht darstellt. Das 20. Jahrhundert wird den Sieg der Seelenführung im Unterricht und den Sieg der Fachleitung bringen. Aller Übergang ist freilich voll Ungleichheit und es giebt rückständige Schulen in Deutschland. Das Schulwesen aber zu heben, giebt es neben der Erhöhung der Lebenshaltung der Volksschullehrer und der Befreiung von aller Nebenarbeit, die an der Krast lehrt, welche der Bildungsberuf allein für sich in Anspruch nimmt, nur zwei Hauptmittel: die bessere Lehrerbildung und die bessere Leitung der Schulen. Auch bei der heutigen Bildung giebt es aber geistig lebendige, tüchtige Schulmänner, die rückständige Lehrer vorwärts bringen können. Die geistliche Schulaufsicht kann das nicht und damit ist ihr der Totenschein ausgestellt. Die Unmöglichkeit ist in der Wandlung zur psychologischen Lehrweise begründet. Die Psychologie ist eine Erfahrungswissenschaft. Wenn sie den Volksschulunterricht fördern soll, kann sie nicht aus Büchern gelernt werden, sondern sie geht in Fleisch und Blut nur über durch Beobachtung und Nachdenken bei der Arbeit an der Kindesseele selbst. Darum kann auch nur der die Schularbeit vorwärts bringen, der in der Arbeit am Kinde emporgewachsen ist. Nicht bloße Meinungen, zufällige Beobachtungen, Erinnerungen aus der Kindheit und angelesene Buchweisheit dienen der inneren Förderung, sondern die tägliche Arbeit im Lebensberuf. Nur wer darin ein Meister wurde, kann seine Mitarbeiter inuerlich führen. Nur die Berufenen können dem Beruf dienen. Den Geistlichen mangelt aber nicht nur die Erfahrung und Übung im psychologischen Volksschulunterricht, sondern es ist ihnen durch ihre langjährige Ausbildung auf der Mittel- und Hochschule, wo der logische, der fachwissenschaftliche Gesichtspunkt maßgebend ist, nicht selten der Sinn abhanden gekommen für einen psychologischen, schlichten, kindesgemäßen Unterricht. Dieses Gefangensein von fachwissenschaftlichen Interessen macht sich z. B. deutlich in den landesüblichen Katechismen bemerkbar, die von der Mehrzahl der Geistlichen durchaus nicht als das hinge- nommen werden, was sie sind, als grobe Verjüngungen an der Kindesseele. Gerade diese Katechismen beweisen die pädagogische Un-



fähigkeit des geistlichen Schulregiments und die Notwendigkeit der Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht. Der rechte Schulleiter ist ein Volksschullehrer, der zeitlebens in seiner Schularbeit bleibt, um sich stetig fortzubilden in der Arbeit am Kind, der sich im steten Umgang mit dem naiven, lebensfrischen jungen Volk die geistige Jugend, Frische und Spannkraft bewahrt und den freien Blick und Takt für die Bedürfnisse der jungen Seelen, der froh ist, wenn Kollegen zu ihm kommen, um von ihm zu lernen, der seinen Amtsgenossen in praktischer Hinsicht ein Berufsbeispiel vorleben kann, der der Mittelpunkt pädagogischen Lebens in seinem Amtsbezirke ist, der die wissenschaftliche Auffassung des Berufs fördert. Ein solcher Mann wird die energische Vertiefung in die Berufsinteressen, die selbstlose Hingabe in die Berufsarbeit bei seinen Mitarbeitern pflegen, er wird die innere Neigung zu der Arbeit am Kind kräftigen und die Freude des Lehrgemütes erhöhen. Das alles kann die geistliche Schulaufsicht nicht, weil sie nicht von innen heraus, sondern von außen hinein regiert. Ihre Autorität ruht nicht in der inneren Überwältigung des Untergebenen durch das bessere Berufsbeispiel, sondern in dem staatlichen Anstellungsbefehl. Die geistliche Schulaufsicht ist nichts anders als der aus der Zeit des Schulmechanismus überlieferte Überrest der Polizeikontrolle. Polizeiaufsicht kann aber nur äußerliche Ableistung und selbst nur den Schein gesellschaftlichen Lebens erzeugen, kann aber niemals die Gewähr schaffen für den rechten Schulgeist, für die Beteiligung des Lehrgemütes an der Tagesarbeit. Ihre einzige Leistung ist die historisch überlieferte Generalrevision am Ende eines Schuljahres. Dieses Abnehmen der Prüfungsparade ist keine schwierige Aufgabe für einen gebildeten Laien, denn wenn in dieser knappen Zeit sämtliche Schüler zeigen sollen, was sie in allen Fächern durch das ganze Jahr gelernt haben, so können nur gewisse äußerliche Leistungen festgestellt werden, die jeder bessere Polizeibeamte auch finden könnte. Nachdem aber die ganze Schularbeit sich auf diese Parade zuspitzen muß und das Wohl und Wehe des Lehrers an dem Ausfall dieser Revision geknüpft werden kann, werden die Lehrer, meist zu ihrem großen Leidwesen, genötigt, auf das äußerlich Zähl- und Meßbare ein Hauptgewicht zu legen. Somit leisten die Revisionen der mittelalterlichen Schulaufsicht der mittelalterlichen Lehrweise vorschub, sie zwingen zum Mechanismus, zum Drill, zum Gedächtniskult, zur Wortmacherei, zur Leitfadengewirtschaft, zur Scheinarbeit. Das Endergebnis ist nicht rechte Bildung, Persönlichkeitsveredlung, sondern Verbildung. Die geistliche Schulaufsicht lähmt dazu das pädagogische Interesse und die Arbeitsfreudigkeit bei den

Lehrern, die einer Aufmunterung bedürfen. So ist die geistliche Schulaufsicht tatsächlich ein Hemmschuh in der Entwicklung des deutschen Volksschulwesens geworden.

Der Hinweis, daß die heutige „Fachaufsicht“ da und dort zu einem Fiasko geführt habe, ist ganz berechtigt. Diese sogenannte „Fachaufsicht“ ist nicht viel mehr wert wie die geistliche Schulaufsicht. Sie ist Polizeikontrolle. Der Konservatismus im Schulregiment hat nämlich, anstatt die historisch überlieferte Form der Schulunterforschung dem pädagogischen Zwecke der modernen Zeit anzupassen, die alte Schulrevision einfach beibehalten. Diese „Fachaufsicht“ hat die mittelalterliche Revision kopiert, den Charakter der Polizeikontrolle aber durch die genaue Kenntnis und Handhabung der Technik verschärft. Sie hat einen Schulpolizeibeamten geschaffen, der wie der Geistliche außerhalb des Schullebens steht, der aber durch Überhäufung mit bureaukratischen Dingen seine Auffassung von der Schule noch mehr veräußerlichte, so daß sich mitunter unerträgliche Zustände ergeben. Damit ist aber nur bewiesen, daß diese Karrikatur einer Fachleitung durch die eigentliche Schulpflege zu ersetzen ist. Und gottlob, es giebt in Deutschland genug ganz gut geleitete Schulen. Alles ist noch in Entwicklung! Die Notwendigkeit von Verbesserungen in der Fachleitung beweist aber gar nichts für die geistliche Schulaufsicht. Wie wenig die mittelalterliche Schulführung aber geistig befähigt ist, ihren Zweck zu erfüllen, das beweist das Armutzeugnis, daß sie sich fortwährend durch ihr Ausschweigen in der pädagogisch-methodischen Volksschullitteratur ausstellt. In dieser verkörpert sich doch die geistige Führung der Schule. In ihr verkörpern sich die Bestrebungen zur Verbesserung der Volksschulbildung. Die Geistlichen arbeiten höchstens dort mit, wo sie sich Erfahrungen sammeln können, in der Methodik des Religionsunterrichtes. Weil sie aber anderswo keine persönliche Erfahrung haben, sind sie unbedingt unfähig, die pädagogisch-methodische Wissenschaft zu fördern. In jedem Berufe sollten doch die amtlichen Leiter auch die Berufsweisenschaft fördern können. Wer aber ein Arbeitsgebiet nicht innerlich vorwärts bringen kann, wer unfähig ist, auf die Arbeitsförderung geistigen Einfluß zugewinnen, wer gar einen Hemmschuh für die zeitgemäße Fortentwicklung der Volksschule darstellt und sich trotzdem die äußere Leitung eines solchen wichtigen Lebensgebietes anmaßt, dem dürfte doch zum Bewußtsein zu bringen sein, wie unsittlich ein solches Unterfangen ist.

Die Verteidiger der geistlichen Schulaufsicht lassen aber gemeinhin die eigentliche Aufgabe der Volksschule, die Bildung des Kindes, als

etwas Untergeordnetes links liegen. Anstatt des Schulzweckes schieben sie den kirchlichen Zweck in den Vordergrund und sehen sich verpflichtet, an der mittelalterlichen Einrichtung festhalten zu müssen, damit „dem Volk die Religion erhalten bleibe“. Die Selbstständigkeitsbewegung der Volksschullehrer aber belegen sie als das vom „leibhaftigen Bösen“ oder den „Freimaurern“ geplante „Neuheidentum“ zur „Entchristlichung des lieben deutschen Volkes“ mit dem großen Kirchenbann. Das ängstliche Inkamern an die geistliche Polizeiaufsicht ist aber nichts anderes als das Eingeständnis kirchlicher Schwäche. Kirchlichkeit, Christentum, Religion lassen sich weder durch ständige und aufmerksame, äußere Überwachung erzeugen, noch erhalten, noch erzwingen. Die Kirche kann nur ein Amt haben, das ist die Gewinnung der Menschheit zur freiwilligen Mitarbeit an dem übersinnlichen Gottesreich. Und das einzige Mittel hierzu ist das alte und ewigjunge Evangelium von der Gottes- und Nächstenliebe. Und möglich ist diese Seeleneroberung nur durch die Überwältigung des Menschengemütes auf dem Wege der persönlichen Überzeugung. Christentum ist der freie Zug des Herzens zu Gott. Es wäre der Kirche sehr heilsam, würde sie auf ihre eigenste Aufgabe beschränkt, das würde sie zu einer reininnerlichen Auffassung der Religion, zu einer Vereinfachung und Vertiefung des Christentums zwingen, zu einer Vergeistigung der Kirchenarbeit. Die Kirche hat zu lange auf Einrichtungen, Vorrechten und Verordnungen ausgeruht. Sie hat unter dem Schutze der staatlichen Gewalt durch eine sorgfältige Überlieferung veralteter Vorstellungen und überlebter Formen gerade jene Entfremdung der Gebildeten und der Massen mit herbeigeführt, vor der sie nun klagend steht. Die Mehrzahl der heutigen „Ungläubigen“, das sind meist solche Leute, die das nicht innerlich erlebt haben, was die Kirche ihnen in festgelegten Gedankengängen als unantastbare Richtschnur vor die Seele stellte und die um der Wahrhaftigkeit willen sich abkehrten, sind zur Zeit der strengen geistlichen Schulaufsicht groß geworden. Das Bedürfnis der Menschenseele nach Gotteskraft und Gottesfrieden ist aber unauslöschlich und die Kirche kann nur auf dem Wege der inneren Wahrhaftigkeit dies Verlangen stillen. Diese Missionsaufgabe der Kirche in der Gegenwart ist eine so gewaltige, daß sie nicht Zeit und Kraft hat, die Schulüberwachung nebenbei zu besorgen. Wie die Zeiten des friederizianischen Unteroffizierschulmeisters vorbei sind, so sind auch die Zeiten seines Herrn Lokalschulinspektors, des „ehrwürdigen Pfarrherrn von Gröman“ vorbei. Der moderne Geistliche muß ein Glaubenszeuge, ein Mann des Geisteskampfes, eine Brunnenstufe der Innerlichkeit und des weckenden Lebens sein, wenn

er das Evangelium in neuen Zungen dem neuen Geschlechte lebend verkündigen soll. Weit ab muß er aber von sich weisen, was ihn zu einem Werkzeug der staatlichen Macht degradiert und was ihn hindert, sich allein in seinen Beruf zu vertiefen. Mit seinem Mitbruder an der Volkserziehung, dem Volksschullehrer, wird er nur in der freien und erfrischenden Luft des Vertrauens, des gegenseitigen Verständnisses, der gegenseitigen Hochachtung und der brüderlichen Anteilnahme verkehren wollen; er wird eine Zeit der Geistesgemeinschaft und Waffenbrüderschaft zwischen beiden Ständen herbeisehnen und das äußere Abhängigkeitsverhältnis nicht nur aus sittlichen und pädagogischen Gründen, sondern auch im kirchlichen Interesse, ablehnen. Der Seelsorger wird es ablehnen, im Auftrage der Staatsgewalt ein wichtiges Glied seiner Gemeinde in dessen weltlichen Dienstgeschäften polizeimäßig zu überwachen und mit Mitteln äußerer Macht sich Geltung zu verschaffen. Er wird es ablehnen, vom Lehrer religiöse Haltung und kirchliche Sitte zu heischen, weil er weiß, daß er das seinem Beichtkinde befehlen kann und geistliche Polizeiaufsicht der Tod des christlichen Lebens ist. Es soll nicht verkannt werden, daß viele würdige Geistliche durch ihre tiefchristliche Persönlichkeit es verstanden haben, die Härten, die eine veraltete Einrichtung brachte, zu mildern und freundschaftliche und segensreiche Beziehungen zwischen dem Pfarrhaus und Lehrershaus dauernd zu erhalten, es muß aber auf Grund der Wirklichkeit darauf hingewiesen werden, daß diese Einrichtung an sich die ständige Quelle unchristlichen Haders darstellen kann und daß besonders die geistliche Schulgewalt neben dem Widerstande der Kirche gegen die Lehrerbewegung viele Volksschullehrer am kirchlichen Christentum irre gemacht hat. Und doch ergibt sich gleichzeitig eine merkwürdige Erscheinung. Noch auf jeder Lehrerversammlung, wo man voll Bitterkeit gegen die kirchliche Schulherrschaft zu Felde zog, hat man im gleichen Atemzug ausgerufen: „Aber den Religionsunterricht, den lassen wir uns nicht nehmen!“ Das waren nicht scheinheilige Worte, die eine Religionsfeindschaft maskieren sollten. Das war ein aufrichtiges Bekenntnis. Die deutschen Lehrer wissen, daß sie „den Frühling aus dem Jahre streichen“, wollten sie auf jenes Erziehungsmittel verzichten, das ihnen wie kein anderes Macht verleiht über das Kindesgemüt und das wie kein anderes dem Zwecke der modernen Volksschulbildung, der Persönlichkeitsveredlung dient. Und sollte der Volksschullehrer, der täglich zwischen dem Kinde und dem Evangelium steht, unberührt bleiben von der Kraft und Hoheit des göttlichen Wortes? „O ihr Kleingläubigen, was seid ihr so furchtsam!“ Freilich, wer in der

Religion hauptsächlich ein gewisses und sicheres Maß überlieferter Vorstellungen erblickt, der behaglich zusieht, wie man die künftigen Kinderlehrer in der Zeit der erwachenden Fragen und bohrenden Zweifel mit einer überaus dürftigen Katechismusbildung abspeist und dann die armen Volksschullehrer in dem Kampfe um die Weltanschauung völlig ratlos allein stehen und sie in ihrer religiösen Not verbluten läßt, wie der Priester den armen Samariter, wer aber diese innerlich kämpfenden, nach Gewißheit dürstenden Menschen dann zwingt, den Kindern im Interesse „der Religion“ eine Unsumme von Bibelsprüchen einzublauen, von denen die meisten den inneren Erlebnissen der Kinderseele ferne stehen, wenn der Volksschullehrer in den Stunden keuscher Innerlichkeit und Wahrhaftigkeit die schlichten Kinder nötigen muß, Dinge als persönliches Eigentum zu bekennen, die fremde Menschen vor Zeiten in sich erlebten, wenn der ehrliche Lehrer sich selbst und seine Kinder so mißbrauchen lassen muß, dann wird man den Zugrimm verstehen, mit dem der un einen psychologischen Unterricht, um wirkliche Seelenbildung, um die Erziehung zu wahrhaftiger Religion, zu einem evangelischen Christentum bemühte Lehrer den kirchlichen Maßregeln oft gegenüber steht. Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß es Pflicht der Kirche ist, sich auch um die religiöse Erziehung der Kinder des Volkes zu kümmern. Die Kirche und die Lehrer wünschen religiöse Bildung. Aber nicht das ist der Weg zur Eroberung der Kinderherzen für das Gottesreich, daß man den Mangel an Teilnahme für das religiöse Leben, Fragen und Kämpfen der Lehrer durch verschärfte Aufsicht über das regelrechte Ableisten der religiösen Lehrplanstoffe ersetzt, sondern daß man sich die Gemüter der Volksschullehrer erobert. Wenn das Christentum nur noch durch Bevormundung und Zwang aufrecht erhalten werden kann, dann möge man es in einen Sarg legen und in die große Gruft der Vergangenheit senken. Eine Kirche, die das warublüttige Leben der Gegenwart mit den versteinerten Einrichtungen einer ehrwürdigen Vergangenheit regulieren will und zu dieser Beherrschung den Arm der weltlichen Gewalt nötig hat, ist tot. Auch die geistliche Schulaufsicht ist ein abgestorbenes Instrument der veralteten geistlichen Volksbeherrschung. Die Gemüter der Volksschullehrer zu erobern, daß sie im Dienst der religiösen Volksbildung ihr eigenes Innere freudig ausleben, das ist nicht das letzte Stück einer echten und edlen „Kirchenpolitik“, die nur das eine Ziel haben kann, das Christentum auf dem Wege der Freiwilligkeit wieder zur Volksangelegenheit zu machen. Die Eroberung des selbständigen Volksschullehrerstandes für die Mitarbeit an der Seelenführung des Volkes,

das ist eine Aufgabe, des Schweiges der Edlen wert. Gottlob giebt es schon jetzt genug Geistliche in Deutschland, die das alte Herrenrecht als eine lästige Bürde betrachten, die in dem Volksschullehrer den Freund und Bruder erblicken. Gott gebe, daß ihre Zahl ständig sich mehre.

Die Kirche hat die Lehrerbewegung lange bekämpft oder sich scheu vor ihr zurück gehalten. Wann kämpft sie kraftvoll mit an der Spitze, wenn es gilt, den Lehrerstand von äußerer und innerer Not zu befreien, damit er ausschließlich seinem Bildungsberuf lebe und durch vertiefte Bildung angespornt werde, auch außerhalb der Schulzeit sich in die Aufgaben der Jugendbildung zu versenken und sich die Bürgerschaft im Reiche des Geistes zu erwerben, alles zu dem Zweck, um in dem heranwachsenden Geschlechte ein ideales, reiches und reines inneres Leben zu wecken und zu pflegen? Wann empfindet die Kirche diese Mitarbeit als eine Pflicht der Seelsorge am Volke? Wann entäußert sie sich freiwillig aller äußeren Gewalt über die Volksschule? Wann erblickt sie in der Scheidung des geistlichen Standes und des Volksschullehrerstandes und in der Vertiefung und Verinnerlichung der Arbeit in jedem dieser eigengearteten Berufszweige Gottes Willen? Wann erblickt sie in der Mündigkeitsbewegung der Volksschullehrer mit ihrem tiefsttlichen Grundzug die Ertüchtigung eines emporwachsenden Standes zur selbständigen Mitarbeit am Reich Gottes? — Die Zeit pocht immer vernehmlicher an die Thore der Konsistorien, an die Pforten der Bischofsitze und an die Thüren der Pfarrhäuser und ruft hinein: Macht Frieden mit den kämpfenden Volksschullehrern. Verwirklicht das Wort der heiligen Schrift:

„Weidet die Heerde Christi, so euch befohlen ist, und sehet wohl zu, nicht gezwungen, sondern williglich, . . . von Herzensgrund; nicht als die über das Volk herrschen, sondern werdet Vorbilder der Heerde. So werdet ihr, wenn erscheinen wird der Erzhirte, die unverweckliche Krone der Ehren empfangen.“ (1. Petri 5, 2—4).





## Das Brot des Volkes.

Von

**Friedrich Naumann.**

---

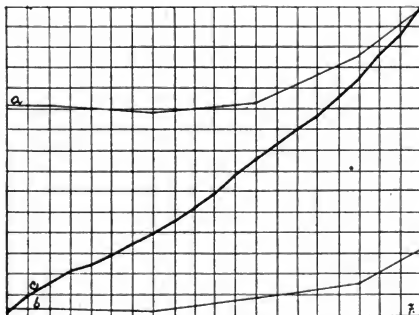
**E**s ruht große Weisheit in den allerersten Kapiteln der Bibel. Nachdem Gott die Menschen erschaffen hat, redet er mit ihnen über die zwei wichtigsten Gegenstände, die es in der Menschheit giebt, über die Kinder und über das Brot. Beides faßte er göttlicher Weise in seiner ewigen Zusammengehörigkeit. Erst hören wir: seit fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde! und dann: sehet da, ich habe euch gegeben allerlei Kraut auf der ganzen Erde und allerlei fruchtbare Bäume zu eurer Speise! Und von diesem Zusammenhang der Bevölkerungsfrage und der Ernährungsfrage wird man nichts hinwegstreichen können. Je mehr die Zahl der Menschen wächst, desto mehr muß ihr Ernährungsquantum steigen, und wo ein Volk mehr Menschen hat, als der einheimische Boden nährt, da rechnet es, um beim biblischen Ausdruck zu bleiben mit dem „allerlei Kraut auf der ganzen Erde“, das ihm Gott gegeben hat. Und wer ihm den Weg zu dem Gewächs der ganzen Erde versperrt, der muß zugleich das andere Bibelwort in's Wasser werfen: seit fruchtbar und mehret euch!

Das deutsche Volk ist eifrig darauf bedacht, der ersten der zwei göttlichen Vorschriften nachzukommen. Wir zählten an neugeborenen Kindern:

1895	1,942,000
1896	1,980,000
1897	1,991,000
1898	2,030,000
1899	2,045,000

Diese alle wollen essen. Für diese alle wächst auch genug auf der Erde. Noch immer bleibt im Gesamthaushalt der Menschheit das Gebetswort

alter Frömmigkeit wahr: „aller Augen warten auf dich und du giebst ihnen ihre Speise zu seiner Zeit“. Niemand kann davon reden, daß Brotmangel an sich vorhanden sei. Wenn deshalb Brotknappheit eintritt, so ist menschliche, veränderliche Einrichtung daran schuld. In keiner Weise bewahrheitet sich im Verlauf der Geschichte die Theorie des Engländer's Malthus und seiner Schule, daß die Menschheit nötig habe, sich absichtlich auf verengten Nahrungsspielraum einzurichten. Im Gegenteil: die Ackerflächen sind noch ausdehnbarer als die Bevölkerungsmengen. Nun allerdings liegt Acker und Brotverbrauch oft weit von einander. Ein Teil des täglichen Brotes wächst am La Plata. Die Steigerung der deutschen Ackererträge hat mit der Steigerung der Volkszahl nicht Schritt halten können. Unsere kleine Zeichnung versucht für die



Jahre 1878—98 das Verhältnis der Steigerung des Roggenertrages (a), des Weizenertrages (b) und der Bevölkerungszunahme (c) darzustellen. Natürlich ist es schwer möglich eine völlig zutreffende Vergleichung dieser auf zwei verschiedenen Gebieten liegenden

Bewegungen zu geben, da das Verhältnis von Kopfszahl und Verbrauch nicht ohne Schwankungen ist. Im Ganzen aber ist die Darstellung der Sache entsprechend. Wenn die Linie c so weiter steigt wie bisher, so können a und b ihr nie nachkommen. An diesem Ergebnis ändert auch die Behauptung nichts, daß wenn man kein Getreide verfüttern wollte, wenn man Zuckerkäfer in Getreideäcker verwandeln würde, wenn man dies und das sonst noch thäte, wir heute noch das Brot des Volkes im eigenen Lande bauen könnten, denn zugegeben, daß es für jetzt und noch für etliche Zeit an sich möglich ist, so geschieht es eben doch nicht. Gerade auch unsere Agrarier denken garnicht daran, den Zeitpunkt herbeizuwünschen, wo wir alles Getreide selber erzeugen. Indem sie mit den Getreidepreisen zugleich die Futterpreise, Viehpreise, Holzpreise, Obstpreise



durch Zölle in die Höhe schieben wollen, verzichten sie offenkundig darauf, soviel Acker in Getreidekultur und soviel Getreide in Menschenkonsum einzustellen als nötig sein würde, um Deutschland Selbsternährung in Brot zu erreichen. Ihnen liegt nichts an der Selbstgenügsamkeit Deutschlands in Roggen und Weizen, aber alles liegt ihnen an der Hochhaltung ihrer Preise und Renten. Wenn ihnen an Ertragssteigerung der Getreideflächen läge, so müßten sie für Fortdauer der jetzigen Handelsverträge sein, denn diese haben, wie unsere Abbildung zeigt für Erhöhung der Lonnenzahl des Getreides besser gesorgt als die vorhergehenden Zeiten mit den höheren Preisen. Das Ideal des sich selbst mit Getreide versorgenden Volkes wird nur von einer Anzahl von Theoretikern noch gepflegt. Die Praktiker des agrarischen Kampfes sind längst darüber hinweggeschritten und kämpfen um nichts als den Preis, als den Tribut, den ihnen das wachsende Volk für sein Brot zahlen soll. Wenn wir darum jetzt vom „Brot des Volkes“ reden wollen, so haben wir lediglich mit der Frage zu thun: wie wirkt Erhöhung des Brotpreises oder künstliche Hochhaltung desselben auf das Volk als Ganzes? Naturgemäß werden wir dabei unser Augenmerk besonders auf die ärmeren Volksklassen zu richten haben. Wir thun es, indem wir vom Brotbedarf des Einzelnen ausgehen, um von da zum Brotbedürfnis der Massen fortzuschreiten.

Im Durchschnitt verzehrt der europäische Kulturmensch im Jahr 200 kg Brotgetreide. So einfach dieser Satz ist, so wichtig ist er doch für das ganze Wirtschaftsleben der modernen Völker. Der Bedarf von 200 kg im Jahre ist die bleibendste Größe unter den wechselnden Zahlen der Getreideebatte. Zwar auch diese Zahl, die von den älteren Wirtschaftslehrern her bis zu unserem gelehrtesten Wirtschaftshistoriker Schmoller gegolten hat, ist nicht ganz unangefochten geblieben. Dr. Dade versucht neuerdings in interessanter Weise diese Grundziffer zu stürzen. Er prüft zahlreiche seit 30 Jahren aufgestellte Haushaltungsbudgets und berechnet nach ihnen den Brot- und Mehlbedarf der verschiedenen Volksteile. Als größten Brotesser notiert er den männlichen Arbeiter in der Landwirtschaft mit 365 kg im Jahre, dann kommen die Gutsbesitzer, Inspektoren, Industriearbeiter, Lohnarbeiter, Soldaten, Diener u. s. w. mit 273,75 kg. Ebenso hoch wird im Broteszen die landarbeitende Frau gestellt. Die Bauerfrauen aber, Industriearbeiterinnen, Lohnarbeiterinnen, Dienstmädchen stehen zusammen mit den gewerblichen Unternehmern, Industrieangestellten und Gelehrten auf 182,49 kg. Die Gattinnen der Unternehmer, weibliche Angestellte, Telephonistinnen u. s. w.

essen 136,88 kg, die Kinder unter 6 Jahren 91,25 kg, die Kleinen unter 1 Jahr verzehren kein nennenswertes Quantum. Als Gesamtergebnis erscheint auf diese Weise 188,16 kg Brot pro Kopf. 188 kg Brot aber sollen sich nach Dade mit 171 kg Getreide decken, eine Aufstellung, die wir beim heutigen Mahlverfahren nicht für ganz richtig halten, da bei diesem ziemlich genau 100 kg Getreide ebensoviel Brot geben. Eine Ausnahme in dieser Hinsicht machen nur Kommissbrot und die dunklen Brotarten in Westfalen, Hamburg, Bremen und angrenzenden Gebieten. Die beste Ausnahme macht das jetzt in den Handel kommende Simonsbrot. 100 kg Getreide erzeugen nämlich 115 kg Kommissbrot und noch mehr Pumpernickel. Keinesfalls darf deshalb bei jetzigen Brotforten Dade nach seiner eigenen Bedarfsgruppierung der Verufe weniger als 180 kg Brotgetreide pro Kopf rechnen. Er selbst kommt aber auch auf einem anderen Wege zu 188 kg. In dem er sich auf eine schätzungsweise Statistik der Getreidefütterung an Vieh beruft und diese von der vorhandenen Gesamtmenge abzieht, bleibt ihm für die Menschen der letztgenannte Betrag übrig. Genau nachzählen, was verfüttert, verbäcken, gekocht wird, kann ja trotz aller statistischen Ämter kein Mensch. Auch ist der Brotverbrauch der einzelnen Jahre schwankend nach Preisen und Geschäftslage, und sicher ist nur soviel, daß in Deutschland bei aufsteigender allgemeiner Lebenshaltung bis jetzt der Brotbedarf sich aufwärts bewegt. Mag also Dade selbst für vergangene Jahr mit der Ansetzung von etwa 180 kg Recht haben, so ist große Wahrscheinlichkeit, daß man für die neueste Zeit richtigerweise die alte Ziffer benutzen kann, eine Auffassung, die sehr unterstützt wird durch eine Vergleichung verschiedener ärztlicher Aufstellungen über den wünschenswerten Bedarf an Brotfurcht für den erwachsenen Menschen. Von 9 derartigen uns vorliegenden Generalrezepten enthalten zwei 500 gr täglich, drei 600, drei 750, eins 800. Das heißt der gewünschte Normalbedarf schwankt zwischen 182,5 kg und 292 kg im Jahre. Dieser ärztlich gewünschte Normalbedarf wird aber vielfältig deshalb überschritten, weil die vom Arzt gewünschte tägliche Fleischnahrung von 150 bis 250 gr von der Menge der Bevölkerung längst nicht erreicht wird und Brot darum als Lückenbüßer für Fleisch eintreten muß. Behält man dies im Auge, zieht dann aber schätzungsweise das ab, was die Kinder weniger essen (übrigens sind wachsende Kinder oft recht kräftige Brotvertilger), so gelangt man dazu, im Allgemeinen festzuhalten: 200 kg Getreidebedarf auf den Kopf der Bevölkerung in Form von Brot und Mehl!

Natürlich essen die wohlhabendsten Kreise verhältnismäßig das wenigste Brot, denn bei ihnen wird Fleisch zum Hauptnahrungsmittel und die Fülle von pflanzlichen Genußmaterialien verdrängt das schlichte Produkt der fruchttragenden Gräser. Die Masse des Volkes aber spricht heute wie vor Jahrhunderten: Unser täglich Brot gib uns heute! Im Haushalt der kleinen Leute ist Brot ein Hauptposten. Wenn beispielsweise im Jahre 1898 Roggenbrot im Kleinhandel 25 Pf. pro kg kostete, so betrug in runder Zahl der Brotverbrauch eines Durchschnittsmenschen 50 M. im Jahre. Fünfzig Mark für den Kopf, verdoppelt oder vervierfacht je nach dem Umfang der Familie, ist eine kleine Leistung für die oberen Zehntausend, eine große Frage für jene Millionen, die vom Lohn ihrer täglichen Arbeit leben. Trotz allgemeiner Steigerung der Lohnsätze ist ja doch der wirtschaftliche Spielraum der Masse des Volkes unendlich klein. Calwer hat in seinem wertvollen Buche „Handel und Wandel“ neuerdings auf Grund amtlicher und halbamtlicher Angaben Zusammenstellungen über deutschen Löhne gemacht, denen wir Folgendes entnehmen: Im Jahre 1899, dem besten der bisher erlebten Jahre, verdiente bei regelmäßiger Arbeit ein Berg- und Hüttenarbeiter über 1000 M. im Jahre, ein Metallarbeiter, Maschinenbauer, Arbeiter der chemischen Industrie und der Leuchtstoffgewerbe über 900 M., ein Arbeiter im Verkehrsgewerbe, Buch- und Stein-drucker, Lederarbeiter über 800 M., ein Holzarbeiter, Nahrungsmittelarbeiter, Papierarbeiter über 700 M., ein Arbeiter im Baugewerbe, in der Bekleidungsbranche und in der Textilindustrie über 600 M., ein Erdarbeiter noch unter 500 M. Als Gesamtdurchschnitt aller gewerblichen Löhne wird 755 M. anzunehmen sein. Alle diese Leute essen Brot, die Mehrzahl von ihnen aber sorgt auch für brotessende Frauen und Kinder. Bei ihnen macht jeder Pfennig Brotpreis etwas aus. Für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie, die wir um der Kinder willen nur mit 800 kg Brot im Jahre ansetzen wollen, treten bei bloßer Schwarzbrottnahrung folgende Schwankungen ein:

Berliner Roggenbrotpreis à kg		Familienbrotausgabe.
1891	32 Pf.	256 M.
1892	30 "	240 "
1893	22 "	176 "
1894	20 "	160 "
1895	21 "	168 "
1896	21 "	168 "
1897	22 "	176 "
1898	25 "	200 "

In 8 Jahren ist also das Brot für diese Familie von so verschiedenem Werte gewesen! Wer will nun sagen: sie merken es nicht, wenn es teurer oder billiger wird? In den ärmsten Familien merkt es der Magen und in den etwas besser gestellten merkt es die Kleidung, wie hoch der Brotpreis sich stellt.

Leider ist es sehr schwer, aus den verschiedenen bis jetzt veröffentlichten Haushaltungsbudgets endgültige Angaben über den Getreideverbrauch bestimmter Familien zu entnehmen, da in ihnen zwar Schwarzbrot und Weißbrot in Ausgabe kommt, soweit es von der Frau für den heimischen Tisch gekauft, nicht aber soweit es von dem Mann mit anderen Dingen zugleich in der Frühstückstube, Werkstätte, Gastwirtschaft und bei Sonntagsausgängen bezahlt, und da der hauswirtschaftliche Mehilverbrauch meist nur im Zusammenhang mit anderen Waren gebucht wird. Die Angaben dieser Budgets geben also im allgemeinen zu niedrige Verbrauchszahlen, sind aber doch wichtig genug, um etwas genauer ins Auge gefaßt zu werden. Die beste Zusammenstellung von Arbeiterhaushalten bietet die Broschüre eines Schülers von Professor Brentano: Paul Nombert „die Belastung des Arbeitereinkommens durch die Kornzölle.“ Nombert bietet sorgfältige statistische Tabellen über 75 Arbeiterhaushalte. Man kann seine Zahlentafeln nicht ohne lebhafteste Bewegung lesen. Wer die hier berührten Gedankengänge weiter verfolgen will, greife zu seiner Arbeit! Um einiges Einzelmaterial in derselben Richtung zu bieten, halten wir uns neben ihm an das 1897 erschienene Heft von Max May „Wie der Arbeiter lebt.“ Die Untersuchungen beziehen sich auf Jahre billigsten Brotpreises, 1894—96, und bieten nur das für den Haustisch gekaufte Brot: Ein Klempnergefelle mit Frau und 5 Kindern zahlt für Schwarz- und Weißbrot 198 M., ein Schneider mit Frau, Mutter, frankem Bruder und 2 kleinen Kindern 104 M., ein Maschinenbauer mit Frau und 4 kleineren Kindern 131 M., ein Tapezierer mit Frau und 2 Kindern von 5 und 7 Jahren 133 M., ein Zimmergefelle mit Frau und 4 Kindern 125 M., ein Lackierer mit Frau und 5 kleineren Kindern 136 M., ein Kanalarbeiter mit Frau und 6 Kindern 215 M., eine Wittve mit 2 erwachsenen Töchtern und einem Sohn 106 M., ein Maschinenbauer mit Frau und 4 Kindern 193 M. u. s. w. Für die stärksten Broteßer, die Landarbeiter, Tagelöhner, Knechte, Straßenarbeiter fehlen Haushaltungsbudgets überhaupt. Immerhin genügen die angeführten Zahlen zu folgender Erwägung: Familien, die bei einem Brotpreis von 20 oder 21 Pf. für das kg 150 oder 200 M. für Brot ansgeben, zahlen bei einem Brotpreis von

30 oder 31 Pf. bei wahrscheinlich sonst gleichbleibender Einnahme 225 oder 300 M. Das ist für die Leute, die sehr genau rechnen müssen, eine Lebensfrage im buchstäblichen Sinne des Wortes: Mit dem teureren Brote wird ihre Lebenskraft und Lebensmöglichkeit geringer!

Billiger Brotpreis ist leichteres Leben der Menge. Billiges Brot wirkt wie Sonnenschein in den Stuben der Armen. Man gehe zu den hausindustriellen Arbeiterinnen, wie sie uns von Gertrud Dyhrenfurth in einer sorgfältigen Arbeit über die Berliner Blusen-, Unterrock-, Schürzen- und Trikotkonfektion dargestellt sind und vergegenwärtige sich eine Brotverteuerung im Lebensgebiete dieser Beflagenswerten. Ein Mädchen näht Mohairröcke mit rundem Gurt, plissiertem Volant mit Köpfchen und Plättchen das Duzend für 4,80 M. Am Duzend arbeitet sie 48 Stunden und hat 1,10 M. Auslagen. Wenn sie 10 Stunden gearbeitet hat, beträgt ihr Reinverdienst 77 Pfennige. Oft aber ist die Arbeit so unregelmäßig, daß sie in der Woche nur 2,50 M. verdient. Dieses Mädchen mag eine schwache Brotefferin sein und nur 150 kg im Jahr verbrauchen, mehr Schwarzbrot als Weißbrot essen, so wird sie doch im Jahr nicht unter 52 M., in der Woche nicht unter 1 M. zum Bäcker tragen, da sie gezwungener Weise kein oder fast kein Fleisch verzehrt. Diese 1 Mark wöchentlich kann auf 80 Pf. sinken oder auf 1,30 M. steigen, je nachdem der Brotpreis sinkt oder steigt. Wer den Brotpreis in der Hand hat, hält dieses arme Leben an einem Faden.

Für eine Familie, in der der Mann als Maurer, Pferdebahnschaffner oder Handwerksgefelle wöchentlich 17 M., die Frau als Nähterin 5 M. verdient, eine regelrechte Arbeiterfamilie mit 3 Kindern von 13, 8 und 4 Jahren, stellt G. Dyhrenfurth einen Wochenplan des Hausverbrauches auf, in dem Mehl mit 25 Pf., Backwaren mit 90 Pf. und Brot mit 1,50 M. vorkommen. Also Brotziffer 2,65 M. für die Woche, 137,80 M. im Jahr. Diese Berechnung entstammt ebenso wie die früher erwähnten der billigen Brotzeit. Man erhöhe den Brotpreis, man lasse ihn nur bis 200 M. im Jahre steigen! Wird man nicht damit offenbar einfaches häusliches Glück zertreten?

Und so müßten wir lange, lange fortfahren und Haus an Haus und Mensch an Mensch stellen, damit aus der Fülle des angeschauten Einzellebens der tiefe unverlöbliche Eindruck beim Leser entstände, daß es ein Frevel ist, die Brotpreisfrage als etwas kleines und nebensächliches zu behandeln. Man redet in diesen Tagen vom Brot, als ob es ein Spiel sei. Man ruft nach Brotverteuerung! Weiß man, was man damit thut? Man thut dasselbe, was der kalte Gelehrte thut, der ein

Thier unter der Luftpumpe zittern läßt. Man thut dasselbe, was der Belagerer thut, der einer Stadt die Zufuhr kürzt. Seht sie kommen, die braven und ehrlichen Menschen alle, die nichts großes erleben, deren Tagewerk mit Arbeit anfängt und aufhört, diese tapferen und unentbehrlichen Urelemente unseres Wirtschaftslebens, diese Männer von den Webstühlen, diese Frauen zwischen Wiege und Ofen, diese Alten, die noch nicht aufhören dürfen zu spinnen und zu spulen, diese Kinder, die für 1,50 M. in der Woche alle ihre jugentliche Freizeit opfern; laßt sie zu Haus kommen mit allen ihren Brüdern und Schwestern und sagt ihnen allen, daß ihr Brot zu billig sei, daß sie für's Brot noch länger arbeiten sollen als bisher, daß sie es zu gut haben, viel zu gut, und daß eine weise Staatsverwaltung ihnen den Brotkorb höher hängen muß, sagt es ihnen ordentlich, das Unglaubliche, und behaltet dann die Augen offen, wenn ihr sie mit der neuen Kunde davonerschleichen seht! Sie gehen weiter in ihre Tretmühle, wer denkt ihrer Last? Die Brotverteurer aber gehen zur Kirche und danken Gott, der sie ernährt, erhält und kleidet!

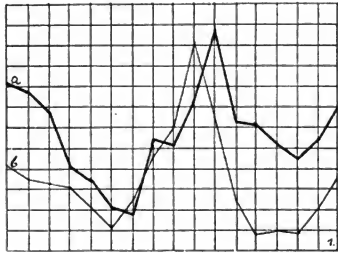
Aber sagt, ihr Kenner menschlichen Lebens, ob die Masse der Ärmeren nicht stets das Opfer großer Berechnungen der Reicheren war? Die Menge Pfennige, die die Menge täglich erwirbt und täglich zum Krämer trägt, macht große Herren lüstern, so daß sie sprechen: wozu in aller Welt brauchen diese vielen Leute so billige Wohnung, so billige Kohle, so billiges Petroleum, so wohlfeiles Salz, so preiswerte Fische, so günstigen Zucker und so gut kaufbares Brot? Wenn Gott reiche Naturgaben austreut und seine Wasser für alles Volk regnen läßt, dann setzen sich die schlauesten unter den alten menschlichen Fächsen zusammen und ratschlagen, wie man den Segen Gottes aus der Masse in die Aristokratien emporpumpen könne. Die Brotverteurer sind wahrlich nur Brüder unter Brüdern. Ihr Thun ist nicht schlechter als das aller der Ausnutzer der vielen Pfennige der Menge. Denkt an die Bodenucherer, die sich Geld auf Geld dafür zahlen lassen, kleine Stückchen Erdboden zur Verfügung zu stellen, für deren Wert sie selbst nichts thaten! Denkt an das Kohlenyndikat, das die Produktion im Winter hemmt, damit frierende Menschen zahlen müssen, zahlen! Warum soll nun der Blitz unseres Jornes allein den Brotverteurer treffen? Hat er nicht ein Recht unter den Übrigen zu verschwinden und zum ewigen Richter zu rufen: Vater, ich bin nicht schlechter als die Andern!

Dieses Recht, sich für nicht schlechter zu halten als andere Ausbeuter, mag er haben. Es sei ihm zugestanden. Rechtfertigt ihn etwa

dieses, wenn endlich die Welle des Unwillens über die Ausnutzung des Lebens der Ärmern in die Höhe steigt und ihn zuerst erfaßt? Was hilft es ihm, über die Schuld der anderen zu deklamieren, wenn der Tag kommt, wo das Volk vor die Brotfrage gestellt wird? Einst hieß es: brich dem Hungrigen dein Brod! Das ist jetzt hinter gothische Fenster und an schöne Altäre gekrochen, und die herrschende Majorität sagt: mach es ihm teuer, lehre ihn zahlen!

Man weiß, daß teure Brotpreise das Verbrechen aus seinen Tiefen locken. Der erste, der in Deutschland den Blick auf dieses dunkle Gebiet lenkte, war der Statistiker Georg v. Mayr, der im Jahre 1867 die bayerischen Verhältnisse auf den Zusammenhang von Brotpreis und Diebstahl untersuchte. Sein Urteil formulierte sich in dem Satz, „daß in den Jahren 1835 bis

1861 so ziemlich jeder Sechser, um den das Getreide im Preis gestiegen ist auf je 100 000 Einwohner einen Diebstahl mehr hervorgerufen hat, während andererseits das Fallen des Getreidepreises um einen Sechser je einen Diebstahl bei der gleichen Zahl von Einwohnern verhütet hat.“



Und was damals der süddeutsche Statistiker mit unabweisbaren Zahlenreihen feststellte, wird durch die seit 1882 existierende deutsche Kriminalstatistik bestätigt. Jede größere Schwankung des Getreidepreises drückt sich in Diebstahlsziffern aus, nur so daß der Diebstahl teilweise im folgenden Jahre zur Aburteilung kommt. Eine bildliche Darstellung, die bereits in der Probenummer der „Zeit“ Verwendung fand, wird hier wieder dargeboten. Sie zeigt das Verhältnis zwischen Diebstahlverurteilungen (a) und Roggenpreisen (b) von 1882 bis 1898. Die höchsten Roggenpreise hat das Jahr 1891 mit 211,2 M. pro Tonne. Die höchste Diebstahlsziffer hat das darauf folgende Jahr 1892 mit 109,195 Verurteilungen.

Geht hin, ihr Brotderteurer und baut neue Gefängnisse, stellt Gefangenwärter an und Gefängnisgeistliche, vermehrt Richter und Polizisten! Gleichzeitig aber dürft ihr auch an Krankenhäuser, Ärzte, Pflegegeschwestern

und Gottesäcker denken, denn höhere Brotzinsen locken die Schwindsucht. Was helfen unsere neuen peinlich sauberen Lungenheilstätten, solange wir die Ernährung der Proletarier erschweren? Der Bazillus weicht dem besseren Brote. In den gut ernährten Volksteilen kommt Tuberkulose als gelegentliches Unglück vor, aber in den Industriekreisen mit Unterernährung hört die Volksseuche der Neuzeit nicht auf. Schlechte Wohnungen, geringe Löhne und teures Brot werfen die Menschen vorzeitig in's Bett und in's Grab, mit dem billigeren Brote aber werden die Lungen freier und stärker. Ich weiß nicht, wer von meinen Lesern Gelegenheit hatte, an vielen Krankenbetten in ärmeren Stuben zu weilen. Ärzte und Geistliche kennen die Eindrücke: ein Leben quält sich langsam zu Ende. Muß das so sein? Ist das Gottes Wille? Sollen im Jahr 60 000 Deutsche oder mehr so zeitig und mühsam enden? An diese Lagerstätten gehören die, denen es ein leichtes scheint, Zölle auf Brod zu legen.

Im Jahre 1899 hat die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins dem Reichsversicherungsamt ein kleines Schriftchen über „Schwindsuchtsbekämpfung“ unterbreitet, dem wir Folgendes entnehmen: „Bei der Crefelder Ortskrankenkasse waren über 60 % der Todesfälle von Kassenmitgliedern durch Schwindsucht veranlaßt, in Dresden im Durchschnitt mehrerer Jahre über 37 %, in Leipzig bei der großen zentralisierten Ortskrankenkasse 46,26 % im Jahre 1895. In Berlin ergibt sich für eine Zahl größerer Kassen mit etwa 150 000 Mitgliedern eine durchschnittliche Mortalität von 52,6 % lediglich an Schwindsucht, bei den Maurern 35 %, Zimmerern 41 %, Buchdruckern 47 %, Goldschmieden, Gelbgießern, Handlungsgehilfen 50 %, Posaamentieren 60 %, Buchbinder 64 %, Tapezierern 65 %, Vergoldern 85%. So wandert der langsame Tod von Beruf zu Beruf. Das neue deutsche Massenvolk der gewerblichen Arbeiter ist noch nicht zu gesunden Lebensbedingungen gelangt. Vom Brot lebt es nicht allein, aber doch auch vom Brot. Gebt billiges Brot, und ihr werdet Samen des Lebens säen!

\*  
\*  
\*

Die Brotpreise bilden sich wie alle Preise im modernen Verkehr durch Angebot und Nachfrage und bewegen sich in Wellenlinien. Jetzt beschäftigt uns nur die Wirkung der Preiserhöhungen auf die Konjumenten. Wodurch die Erhöhung hervorgerufen ist, ob durch schlechtes Wetter, Spekulation oder Zoll kann dem Konjumenten zunächst gleich



sein, denn auf ihn wirkt der Preis an sich. Nun wird der Konsument sich unvermeidlichen Preissteigerungen fügen wie man sich Naturgewalten unterwirft, die man zu bekämpfen zu schwach ist, er wird aber jeden Versuch machen, willfürliche und künstliche Brotvertenerungen von sich abzuwenden. Einmal zahlt er 200 M. für die Tonne ohne Groll, weil er diesen Preis für das normale Ergebnis wirtschaftlicher Vorkommnisse und Zustände hält, ein anderes Mal aber giebt er dasselbe Geld mit berechtigtem, stürmischem Unwillen, weil er weiß, daß er für 165 M. kaufen könnte, wenn es keine Zollverteurer gäbe. Nicht so stehen die Sachen, als ob der Zoll unter allen Umständen höchste und die Zollfreiheit unter allen Umständen niederste Getreidepreise garantierte. Wir haben vor 25 Jahren in der zollfreien Zeit teureres Brot gehabt als jetzt. So aber stehen sie, daß wir jetzt durch die Zölle den Genuß der billigen Zeiten nicht genießen, den Druck teurer Zeiten aber mit bleiernen Gewichten erschweren. Auf den allgemeinen Getreidepreis setzen wir ein Zollstockwerk auf und befinden uns darum stets, bei Sonnenschein und Regen, bei Flut und Ebbe hoch über dem Maaße dessen, was wir zu zahlen verpflichtet sind. Wir vermehren die Krankheiten, häufen die Verurteilungen künstlich, mag die Zahl an sich auch sinken. Wenn unsere arbeitende Menge für 120 M. kaufen könnte, dann bestimmen wir, daß sie 155 M. zahlen soll. Damit aber nicht genug! Der Bund der Landwirte verlangt, daß sie statt 120 M. zu zahlen, 195 M. opfert, denn er verlangt statt des bisherigen Zolles von 35 M. für die Tonne 75 M.

Wenn jetzt La Plata-Weizen von der Güte 76 kg pro Hektoliter am 31. Mai dieses Jahres in London 132 M. kostet, dann zahlt man in Mannheim 175 M. und in Berlin 173 M., denn man zahlt in Mannheim und Berlin zum Londoner Preis noch Transport und Zoll hinzu. Wir würden ohne Zoll in Mannheim für 140 M. und in Berlin für 138 M. kaufen. Eine Möglichkeit giebt es freilich, eine unbeweisbare, theoretisch behauptete Möglichkeit, daß der Londoner Preis von vorn herein höher sein würde, wenn es keinen deutschen Zoll gäbe. Auf die Einzelheiten dieser schwierigen Frage gehen wir hier nicht ein und sprechen nur hier als Resultat umfassender Erwägungen aus, daß denkbar ist, der Londoner Preis könnte um 10% des deutschen Zollbetrages höher sein, wenn es keine deutschen Zölle gäbe. Die absolute Vertenerung soll also von uns nicht mit 35 M. sondern mit 31,50 M. auf die Tonne berechnet werden. Damit bleiben wir etwas unter der Berechnung, die auf liberaler Seite üblich ist, und die auch wir sonst

geübt haben, aber es ist besser, auf keine Weise den Eindruck einer Vergewaltigung der Wahrheit zuzulassen und darum zweifelhafte Dinge zuzugeben.

Wenn die jetzige Brotverteuerung durch den Zoll mit 31,50 M. für die Tonne angefeht wird, dann beträgt sie etwas über 3 Pf. auf das kg. Wahrscheinlich zwar ist, daß sie in der Hand des Bäckers auf 4 Pf. steigt, aber wir wollen hier auf nichts unser Augenmerk lenken als auf den Teil der Verteuerung, dessen Ursache der Zoll und nur der Zoll ist. Wie sehen die Spuren aus, die gerade dieser Druck auf dem Leibe des Volkes hinterläßt? Eine einsame Konfektionsarbeiterin, die im Jahr nur 150 kg Brot verzehrt, zahlt für den Zoll 4,73 M. Ihrem dürftigen Verbrauch entspricht ein geringer Zoll, aber ist er für sie nicht doch eine Arbeit von 61 Stunden, also von einer Woche? Dieser Wochenverdienst wird ihr abgenommen; er ist nicht das einzige, das man ihr nimmt, Ein Fabrikarbeiter, der für sich allein lebt und im Jahr 275 kg Brot verzehrt, zahlt 8,66 M. Zoll. Es kann sein, daß er daran nicht stirbt, aber 3 Arbeitstage sind es doch! Ein Tagelöhner, der Gelblöhnung empfängt und im Jahr 365 kg Brot verzehrt, zahlt jetzt 11,50 M. Zoll, wenn er nur sich allein zu versorgen hat; das heißt: auch er giebt eine Woche seiner Arbeit hin. Von ihnen allen will man jetzt den doppelten Tribut verlangen. Wie trifft das aber erst die Familienväter! Der Leser erinnert sich des Kanalarbeiters, dessen Familie, wie wir den Haushaltungsberechnungen von May May entnahmen bei einem Brotpreis von 20 Pf. pro kg im Jahre 1896 für 215 M. Brot kaufen mußte = 1075 kg. Dieser Kanalarbeiter, der am Tag 3,20 M. verdient, zahlt im Jahr bei jetzigem Zoll 33,86 M.! Er arbeitet 10½ Tag für den Zoll. An diesen Tagen kann er früh von zu Hause weggehen und zu den Seinen sprechen: Kinder, heute arbeite ich nicht für euch, heute schaffe ich für den Zoll! Dieser Mann soll nun doppelt so lange für den Zoll arbeiten. Ein Strumpfwirker in Sachsen, der zu Haus am Stuhl arbeitet, verbraucht mit Frau und 3 Kindern im Jahr 720 kg Brot und Mehl. Er zahlt 22,68 M. Zoll, wofür er etwa 15 Tage arbeiten muß. Man will, daß er 30 Tage dafür arbeitet. So geht es fort, endlos fort, durch alle Hausindustriellen, armen Industriezweige, Handarbeiter, Kleinbauern hindurch. Es packt uns bis in's Mark, was für ein Herz die haben müssen, die den erhöhten Brotzoll fordern. Eine Familie von fünf Köpfen bei normaler Ernährung verbraucht 1000 kg und zahlt 31,50 M. bei jetzigem Zollsatz. Ist das noch immer nicht genug? Was für Nerven muß ein Volk haben, das willig das verdoppeln lassen soll?

\*  
\*  
\*

Wird das Brot verteuert, so fallen andere Bedürfnisse hinweg. Um zu überlegen, was wegfällt, überdenken wir den Haushaltsplan des bereits zweimal erwähnten Kanalarbeiters. Er verdient, wie wir wissen, am Tag 3,20 M. Seine Frau trägt mit den Kindern Zeitungen aus. Die Familie besteht aus Vater, Mutter und 6 Kindern im Alter von 3 bis 12 Jahren.

## Einnahme:

Verdienst des Mannes	942 M.
Verdienst der Frau	184 "
Weihnachtsgelder und Trinkgelder	43 "
	<hr/>
	1169 M.

## Ausgaben:

Brot	215 M.
Milch	57 M.
Kartoffeln	32 "
Fleisch	56 "
Fleischwaren, Butter, Fett, Spezereiwaren, Mehl, Gemüse, Margarine, Eier, Käse	147 "
Getränke	23 "
Wohnung	168 "
Heizung und Licht	63 "
Kleider	85 "
Schuhe	52 "
Wäsche u. s. w.	27 "
Versicherung und Steuer	28 "
Arzt und Apotheke	20 "
Schulbedarf	16 "
Hausrat	9 "
Taschengeld des Mannes und Sonstiges	102 "
	<hr/>
	1169 M.

Wenn in dieser Rechnung das Brot eine Zollerhöhung von 3 M. pro Doppelzentner erfährt, so gilt es, 32,25 M. von anderen Bedarfsartikeln abzustreichen. Ich bitte jeden Leser, zu versuchen, wo er streichen möchte. Und dabei ist dieser Fall kein Fall von eigentlicher Armut. Die Einnahme der Familie steht weit über Durchschnitt, nur allerdings hat sie viele Kinder. Kornzölle sind eben Strafen auf Kinderlegen. Je mehr Kinder, desto mehr Zoll! Man hüte sich also und schaffe wenig Kinder! Das ist die Folge des agrarischen Systems.

Warum aber reden wir nur vom Brotzoll? Ist denn nicht alles von Staatswegen künstlich verteuert? Jeder Bissen ist von Zöllen und Steuern umspinnen. Alles, was die Masse in den Mund steckt, giebt Abgaben: Salz, Zucker, Hering, Mehl, Gries, Grütze, Graupen, Reis,

Schmalz, Kaffee, Gewürz, Tabak, Petroleum, alles! Die untersten Klassen sind finanziell die staaterhaltendsten, denn sie geben prozentual von ihrem Leben mehr pro patria als irgend jemand sonst. Ich versuche zu berechnen, wieviel Zölle und Steuern der Kanalarbeiter zu zahlen hat, bin aber nicht imstande eine ganz genaue Aufstellung zu machen, da zu diesem Zweck noch viel größere Spezialisierung der einzelnen Posten und genaue Quantitätsangaben nötig sein würden. Immerhin beruht es auf wohlbedachter Schätzung der einzelnen Posten, wenn ich behaupte, daß er und seine Familie, indem sie essen, im Jahr über 60 M. an künstlicher Verteuerung der Nahrungsmittel zahlen, fast 20 Arbeitstage. Es würde mehr sein, wenn sie sich hygienisch zureichend nähren könnten, schon jetzt aber ist es so viel, daß diese Familie ihren Fleischkonsum oder ihr Milchquantum verdoppeln könnte, wenn man ihr die Zölle und indirekten Steuern abnehmen würde. Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt Zoll und Steuern vom Petroleum 122 Pf., vom Kaffee 113 Pf., vom Schmalz 24 Pf., von Fleisch, Wurst, Fleischextrakt 23 Pf., von Süßfrüchten 14 Pf., von Reis 10 Pf., von Gewürz 7 Pf., von Heringen 6 Pf., von Käse 5 Pf., Branntwein 295 Pf., Tabak 120 Pf., Salz 92 Pf., Zucker 199 Pf. Natürlich wissen wir alle, daß kein großer Staat bei heutigen Verhältnissen ganz ohne Verbrauchsabgaben durchkommt. Branntwein, Tabak, Thee sind auch in England Einnahmequellen. Was wir bekämpfen, ist die übermäßige Ausdehnung, die die indirekte Besteuerung und Zollbelastung bei uns gewonnen hat, und der tolle Mißbrauch, der in Zukunft von ihr gemacht werden soll. Wenn man die Träume der Zöllner prüft, dann wird dem ruhigsten Menschen angst und bange vor dem Zustand des Volkslebens, in den wir hineingleiten. Die sauer erworbenen Groschen der Menge werden wie herrenloses Gut betrachtet. Greif zu, greif zu, wo Masse ist, da ist etwas zu holen!

Drüben im Hinterhause sitzt eine alte einsame Nährtlerin, die jetzt nur noch für Ausbesserarbeit gut ist. Weißhaarig, mager, fast zahlos kämpft sie mit ihren 72 Jahren dennoch tapfer den Kampf ums Dasein. Alle Achtung vor dieser Alten! Sie geht früh fort und hat ihr Mittagbrot in den Familien, wo sie die Wäsche verjüngen hilft. Der Tag bringt ihr 1 M. Wenn es sehr gut geht, hat sie im Jahr 280 M. Davon zahlt sie 180 M. für eine hochgelegene Stube. Bodenwucher! Alles übrige geht in den Kramladen für Petroleum, Kaffee, Salz, Zucker, Brot. Indirekte Steuer und Zoll auf allem, was sie angreift! Wer hat den Mut, ihr und ihren tausend Mitschwestern das Brot verteuern zu wollen?

Als ich noch Pastor war, begrub ich eines Tages einen alten Mann, dessen Frau mir sagte: „Mein Mann hat 60 Jahre lang gearbeitet, war immer fleißig und brav und hat nie in einer Woche mehr verdient als 2 Thaler.“ An diese schlichte, erschütternde Lebensbeschreibung muß ich denken, wenn ich im statistischen Handbuch die Tabellen der indirekten Steuern und Zölle aufschlage. Eine solche Lebensgeschichte macht tausend kalte Zahlen lebendig. Vielleicht sagen die Agrarier, wer so hungern gelernt habe wie dieser Alte, dem schade auch kein Brotzoll mehr. Seit Jahren lese ich die „Deutsche Tageszeitung.“ Nie wird berechnet, was das Brot der Armen und Alten bedentet, selbst nicht in den christlichen Festtagsartikeln.

Im Erzgebirge hängt am Rande des Waldes ein Dorf kleiner Leute: Waldarbeiter und Wiesenbauern. Dort giebt es schon an sich magere Kost. Man verkauft Vieh, aber man lebt von Brot, Kartoffeln, Kaffee und Hering. Auf, ihr Leute im Gebirge, hört das Wunderbare: das Brot soll verteuert werden, und der Reichskanzler hat den Brotvertheurern zugesagt, daß er ihnen helfen will! Was wollt ihr thun? Ihr werdet zahlen müssen!

Es kam die liebe Sonne über den Berg und strahlte auf das dampfende taufrische Land. Der Acker quoll vom weichem Grün der Winterjaat. Auf jedes Gräslein drückte die Sonne ihren Kuß, segnete es und sprach: sei fruchtbar für die Armen! Eine Wolke aber überschattete das sonnige Ackerland, die Wolke des Zolles. Die Sonne meint es gut, aber die Menschen, die Menschen!

Freilich die Menschen merken ja den Zoll und die indirekten Steuern wenig, so wenig wie man schlechte Luft merkt oder schleichende Krankheit. Adolf Wagner sagt in seinem Lehrbuch der Finanzwissenschaft, im zweiten Theile über die Verbrauchsbesteuerungen im Gegensatz zur direkten Steuer:

Es ist nicht zu leugnen, daß fast allgemein und überall die direkte Besteuerung unangenehmer empfunden wird als die andere; „die erstere sieht man, die zweite sieht man nicht,“ auch wenn sie vorhanden und im Grunde viel höher als die andere ist. . . Die Verbrauchssteuer verschmilzt mit dem Preise in eins, sie hat ihn vielleicht stark gesteigert, aber Preischwankungen kennt der Konsument ohnedem. Selbst wenn er sich des Zusammenhanges zwischen Steuer und Preis bewußt ist, kann er ihn schwer genauer verfolgen, ja darf er sich sogar sagen: es ist praktisch zweifelhaft, ob und wie weit der Preis um die Steuer, den Zoll gesteigert wird.

Diesen letzten Trostgrund allerdings darf sich der Konsument nur dann

sagen, wenn er auf nähere Prüfung der in- und ausländischen Getreidepreise freiwillig verzichtet, sonst aber hat Professor Wagner ganz recht: im Brotzoll wie in jeder Verbrauchsabgabe steckt eine gewaltige List: man sieht ihn nicht! Es giebt wenig Arten der Ausbeutung, die so schmerzlos vor sich gehen: das Brot ist aufgeschlagen! Woher das kommt, wie das gemacht wurde, welche raffinierte Vorbereitung dazu gehört hat, welche Miesensummen dadurch gewonnen werden, von dem allen weiß die Frau nichts, die nach Hause kommt und traurig, tonlos in die Stube hineinspricht: „eßt nicht soviel, das Brot ist wieder teurer worden!“ Die Frauen sind es in erster Linie, die vom Brotzoll getroffen werden, diese Zahlerinnen fast aller indirekten Abgaben. Sie sollen die Familie trotz Brotzoll satt machen. Wenn sie greinen „es wolle nicht reichen“, dann sagen die Männer, die Frauen könnten nicht wirtschaften! Nirgends in aller Welt wirkt der Brotzoll grausamer als in der Seele der Hausfrau ärmerer Haushaltungen. Was hilft dann eine Festschreide über „die deutsche Frau“, wenn man ihr erst diese Last aufgelegt hat? Es ist darum richtig und nötig, daß die Frauen mit den Männern ihre Stimme erheben und solange protestieren, bis die Kette vom Brot des Volkes hinweggenommen wird. Aber ehe man protestieren kann, muß man den Zusammenhang wissen. Daran fehlt es noch trotz aller Mühen eifriger Volksgenossen. Das Volk in seiner Masse läßt die Strafe des Brotzolls über sich ergehen: „wat kann unieriner dorbi dhann?“ Die große List der verschleierte Abgabe wirkt noch immer. Pfennige rollen, Pfennige, bis es Groschen werden, Groschen bis es Thaler werden. O, daß jeder Pfennig, der für Brotzoll gegeben wird, eine Stimme hätte, um zu sagen: ich bin Brotzoll! Er brauchte nichts weiter zu sagen, keine Schreide zu halten, nicht zu schelten, nicht zu fluchen, er sollte nur zu der Frau, die ihn ausgiebt sagen: ich bin Brotzoll! Mit anderen Worten: der größte Schutz der Brotzöllnerie ist die Unwissenheit des Volkes. Man weiß, welche Teile der Nation der Schulbildung am kühlfsten gegenüberstehen. Die sind es, die auf den von Adolf Wagner angeführten „relativen Rechtfertigungsgrund“ der Verbrauchsabgaben zählen.

\* \* \*

Aus dem Haushalt der Einzelnen entsteht der Haushalt der Dörfer und Städte. Daß es Dörfer giebt, die vom Brotzoll Vorteil haben, bekämpfen wir keineswegs. Es kann sogar im Getreideland liegende Kleinstädte geben, die vom Getreidezoll mehr Vorteil als Nachteil haben.

Eine so breite, flutende Bewegung wie die der Getreidezollerei kann nicht bestehen, wenn in ihr nicht ein Quantum starker unzweifelhafter Interessen liegt. Was wir aber behaupten ist, daß weitaus die Mehrzahl des deutschen Volkes im Brotzoll nichts anderes sehen kann und darf als eine harte Last und Frohn.

Es zahlen Brotzoll alle größeren Städte, die nicht oder fast nicht Landwirtschaft treiben. Nehmen wir an, daß der Stadtbewohner, weil er mehr Fleisch verzehrt, etwas unter dem Durchschnitt Getreide verbraucht. Vorhin berechneten wir die Verteuerung durch den Zoll, abzüglich des vom Ausland getragenen  $\frac{1}{10}$  auf 31,50 M. die Tonne. Wir wollen für den Stadtbewohner, obwohl der deutsche Bevölkerungskopf bei 200 kg mit 6,90 M. anzusehen ist, nur 6,00 M. Zollschaden bei jetzigen Zollverhältnissen im Jahr rechnen. Bei Zollerhöhung bis 5 Mk. nehmen wir pro Kopf nicht 10 M. als Zollschaden an sondern aus bereits erörterten Gründen nur 8,50 M. Es zahlen also an Brotzoll:

		bei jetzigem Zoll (à 6,00 M.):	bei Zoll von 5 M. (à 8,50 M.):
1. Berlin	1,850,000 Einwohner	11,280,000 M.	15,980,000 M.
2. Hamburg	706,000 „	4,236,000 „	6,001,000 „
3. München	500,000 „	3,000,000 „	4,250,000 „
4. Leipzig	455,000 „	2,730,000 „	3,867,000 „
5. Breslau	423,000 „	2,538,000 „	3,595,000 „
6. Dresden	395,000 „	2,370,000 „	3,357,000 „
7. Köln	372,000 „	2,232,000 „	3,162,000 „
8. Frankfurt a. M.	288,000 „	1,728,000 „	2,304,000 „
9. Nürnberg	261,000 „	1,566,000 „	2,218,000 „
10. Hannover	236,000 „	1,416,000 „	2,006,000 „
		<u>33,096,000 M.</u>	<u>46,740,000 M.</u>

Für die 10 größten deutschen Städte macht also schon jetzt, milde gerednet, der Zolltribut allein an Brotgetreide über 33 Millionen Mark im Jahr. Der Agrarier wird sagen: sie können's zahlen! Das ist an sich richtig. In diesen Städten rinnt soviel Geld, daß im Gesamtgeschäft dieser Städte 33 Millionen keine Sache von Leben oder Streben sind, aber wer zahlt sie denn? Es ist Kopfsteuer, Steuer der Masse, Steuer der Hinterhäuser und Höfe, Steuer der Keller- und Dachwohnungen in Höhe von 33 Millionen Mark! Und wenn der Zoll „mäßig“ erhöht werden soll, von 3,50 M. auf 5,00 M. für den Doppelzentner, dann beträgt die Erhöhung für diese Großstädte über 13½ Millionen Mark Tributvermehrung. Das ist es, wogegen die Stadtverwaltungen protestieren müssen. Was aber hier von den größeren

Städten vorgerechnet wurde, gilt natürlich auch für die mittleren und meisten kleineren. Überall, wo man nicht säet und erntet und doch essen will, wirkt der Zoll wie das Hagelwetter für den Landmann. Das Wetter aber ist Naturgewalt, der Zoll ist künstliche Einrichtung.

bleiben wir noch einen Augenblick bei den Stadtverwaltungen! Ein Maß für die Leistungskraft der städtischen Bevölkerung sind die Einlagen und Rückzahlungen der Sparkassen. Wir vergleichen Zollabgabe und Sparkraft von den vier größten Städten:

	Jetziger Zoll:	Sparguwachs 1897/98:
Berlin	11,280,000 M.	9,737,000 M.
Hamburg	4,236,000 „	5,643,000 „
München	3,000,000 „	1,297,000 „
Leipzig	2,730,000 „	1,346,000 „

Es wird also im Allgemeinen mehr Brotzoll gezahlt als gespart. Wenn der Brotzoll erhöht wird, muß das auf die Sparkassen drücken. Die Sparkassen der städtischen Massen liegen dann auf den östlichen Gütern.

Auch wirkt der Brotzoll als Zuschlag zu den Kommunalsteuern. Das Verhältnis vom Gesamtbetrag der Kommunalbesteuerung zum Brotzoll ist folgendes:

	Jetzige Zollabgabe:	Gesamtbetrag kommunaler Steuern:
Berlin	11,280,000 M.	51,077,000 M.
München	3,000,000 „	9,158,000 „
Leipzig	2,730,000 „	8,946,000 „
Breslau	2,538,000 „	9,849,000 „
Dresden	2,370,000 „	9,805,000 „

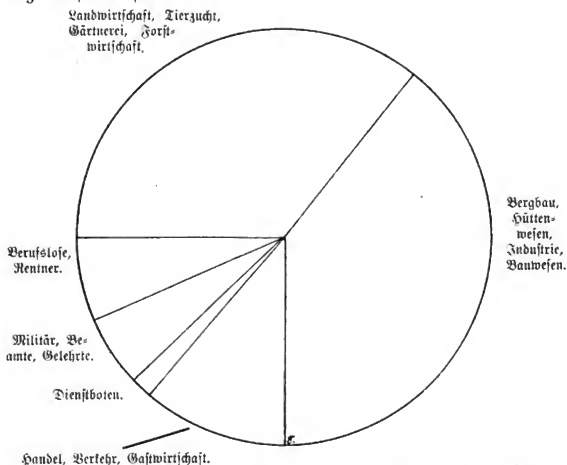
Darf es bei dieser Sachlage den Stadtverwaltungen gleichgültig sein, wenn ihnen mehr Millionen als bisher in Form vom Brotzoll aus den Städten herausgezogen werden? Auch die Stadtverwaltungen sind auf die Leistungskraft der Masse angewiesen. Es ist lächerlich, den Stadtvertretern zu sagen, daß die Brotzollfrage sie nichts angehe. Sonst verlangt man doch, daß sie der Stadt Vestes suchen. Warum sollen sie jetzt mit einem Male schweigen?

\* \* \*

Wir schrieben vorhin, daß es neben den Rittergütern in der That Dörfer und Kleinstädte giebt, die von der Brotvertheuerung Vorteil haben. Wie groß für die Größten der Feldmagneten dieser Vorteil ist, wie klein er für die kleineren Bauern und Akerbürger wird, können wir in diesem Zusammenhange nicht darstellen. Eins nur ist ganz sicher: sehr viele Arme müssen sehr viele Pfennige geben, damit die



25 000 Großgrundbesitzer sehr viele Thaler einnehmen können. Der Brotzoll ist eine Finanzoperation im Großen, eine Millionenverschiebung von der Industriemasse zum Landbesitz. Eine Millionenverschiebung ist zu wenig gesagt, denn es handelt sich um hunderte von Millionen. Machen wir uns doch einmal die Zusammensetzung des deutschen Volkes klar. Beifolgende Illustration giebt die Berufszählung von 1895 in allgemeinsten Gestalt.



Von der Kreisfläche kommt für den Vorteil des Brotzolles direkt nur der Ausschnitt Landwirtschaft in Betracht und auch dieser längst nicht zum dritten Teile der darin besetzten Menschen. Indirekt kommen noch gewisse Bestandteile von Handel, Gastwirtschaft und Handwerk in Agrargegenden hinzu. Im Ganzen ist es zu hoch gerechnet, wenn man den Volksteil, der von der Verteuerung irgendwo Nutzen hat, auf  $\frac{1}{5}$  der Gesamtheit veranschlagt. Nur dieser Teile willen sollen alle Armen, die ländlichen Armen und die städtischen Armen, die ländlichen Arbeiter, soweit sie Geldlohn haben, und die städtischen Arbeiter ohne Ausnahme leiden! Mit welchem Gefühl mag wohl Jemand, der zu dem vermehrten Drucke für alle diese Leute beigetragen hat, nach der erfolgten Zollerhöhung sein tägliches Brot essen!

Die Leser wissen, daß Professor Adolph Wagner am Abend eines Lebens, dem stets unsere ganze Bewunderung gehören wird, sich zum wissenschaftlichen Schutzheiligen der Brotverteurer gemacht hat. Wie konnte das geschehen? Wie kann man sich die Psychologie eines so bedeutenden Gelehrten zurecht schlagen, der so etwas thut? Er weiß, daß Brotverteuerung Lebensverfälschung der Mehrzahl bedeutet und will sie doch, er, dessen ethischer Idealismus über allen Zweifel erhaben ist! In seiner Person verkörpert sich geradezu das Rätsel der Vorliebe unserer materiell unbeteiligten gebildeten Klassen für Kornzölle. Was treibt die Bildungsvertreter den Zöllnern in die Arme? Adolph Wagner schreibt einmal in seiner Grundlegung der politischen Ökonomie Folgendes:

Die Opferung von Lebenden um der dauernden Interessen des ganzen Volkes willen erfolgt im Kriege mit Notwendigkeit und vollständig mit Recht. Nach einem analogen Gesichtspunkte kann auch für Teile des Volkes eine ungünstige ökonomische und soziale Lage in dauernden wahren Gesamtinteresse des Volkes gerechtfertigt werden. (pag. 732).

Das würde eine Erklärung sein, aber allerdings eine Erklärung, die uns mit den Augen der Verzweiflung ansieht. Um der Erhaltung der agrarischen Aristokratie willen muß das Brot des Volkes bluten! Um dieser Aristokratie willen muß aller Druck und alle Schmach sein, von der wir geredet haben. Wie man im Krieg eine Division opfert, wenn eine Hauptstadt gerettet werden soll, so opfern wir, opfern — uns selbst? nein diejenigen, die schon an sich das wenigste Brot haben!

In der Idee, Deutschland sei verloren, wenn es 10% seiner Großgrundbesitzer verliert, beruht die Kraft der Zollgefinnung bei unseren Gebildeten; daß der Bauer verloren geht, wenn keine Kornzölle mehr sind, glauben im Ernst wenige — dagegen spricht zu mächtig die Thatsache, daß in England seit Fall aller Getreidezölle keine Bauerngüter mehr untergegangen sind. Aber allerdings etliche Rittergüter könnten in andere Hände kommen. Mögen es 2 oder 3000 sein oder wieviel man will! Hängt an der ungetrühten Erbfolge dieser Güter die ganze Zukunft des deutschen Volkes? Thut sie das wirklich? Hier geht die volkswirtschaftliche Frage in die politische über. Wer glaubt im Zeitalter der auch von Adolph Wagner verteidigten Flotte, daß wir bei einer gewissen Auslese unter den alten Geschlechtern zu existieren aufhören werden? Wir glauben es nicht.





## Boecklin — Leibl — Segantini.

Von

Paul Schubring.

Das letzte Jahr hat nicht nur unter den Fürsten und Staatsmännern, sondern auch unter den Künstlern große Lücken gerissen; die drei Namen der Überschrift buchen den Hauptverlust, den die Malergilde in diesem Jahr betrauert. Nur einer, der Zweite, ist ein reiner Deutscher; der Erste ist ein Sohn der Schweiz, der Dritte gleichfalls ein Alpen Kind, um das sich Oesterreich und Italien streiten. Alle drei aber sind Träger und Propheten der germanischen Kultur gewesen. Sie haben unser deutsches Empfinden tief getroffen und dem Drang der Gegenwart eigenartigen und starken Ausdruck verliehen. Stumme Welten haben durch sie einen Mund bekommen, der laut und feierlich, deutlich und bitter, zart und heimlich zu reden wußte. Alle drei dienten einer Welt der reineren Wirklichkeit, die mit der empirischen Technik des Tages durchaus nichts gemein hat. Das Jahr 1870, so entscheidend für die europäische Frontstellung, bildet im Leben dieser drei Toten keinen Schnitt. Die in ihren Werken sich auswirkende Welt kann durch politische und wirtschaftliche Potenzen zwar gepflegt und gesichert werden, durchläuft aber ihrem inneren Werdeprozeß nach eine gänzlich abseits liegende Bahn. Man darf vielmehr sagen: stets war der politisch = wirtschaftliche Aufstieg der Kunst nicht günstig; erst der satte Zustand einer schon absteigenden politischen Beharrung gestattet die volle Entwicklung des künstlerischen Lebens. Wenn nicht alles täuscht, wird für uns Deutsche etwa in fünfzig Jahren diese die Kunst fördernde Epoche anbrechen. Dann wird auch das deutsche Volk in die Lage kommen, in den Wettkampf um die künstlerische Durchbringung des ganzen Lebens mit einzutreten, der bisher den

Romanen und Orientalen überlassen bleiben mußte. Heute sind wir in unserer Armut noch auf die Wenigen angewiesen, die aus einer tiefen Notwendigkeit heraus ihr Leben zu einem Protest gegen den heutigen Zustand entwickelten. Alle äußere Herrlichkeit des politischen Außenbaues kann uns über die Trostlosigkeit des Innenraumes, dessen Grundmauern 1870 errichtet wurden, nicht hinweg täuschen; eine flüchtige äußere Dekoration vermag diesen Interimszustand nur zu verschleiern.

## I.

Arnold Boecklin starb in derselben Woche wie die Königin Victoria von England. Hatten diese beiden Menschen während der Überfahrt auf Charons Nachen sich irgend etwas mitzuteilen? Es waren zwei Fürsten, die über ganz verschiedene Reiche herrschten. Was dem Einen als Erfolg erschien, deutete der Andere ganz anders; die Mittel ihrer Macht waren so verschieden wie Lafette und Pinsel. Nur in der Stellung als Herrscher fanden sie sich.

Boecklins Eigenart war der seiner Landsleute Gottfried Keller und Jacob Burckhardt nah verwandt. Alle drei suchten sich die tiefere Wirklichkeit des Lebens aus dem Märchen, und der Geschichte zu deuten. Gewiß haben sie alle dem Spiel der Gegenwart teilnahmvoll gelauscht; aber sie fühlten sich der Vergangenheit näher, die ihnen auf Grund des Bewußtseins von der Einheit aller Lebensprozesse unmittelbaren Ausdruck schenkte. Während Gottfried Keller mit sinniger Beschauung das Spiel des Lebens im Kleinsten Spiegel hell auffing, und die zierlichen Tänze und Berrenkungen der Menschlein mit unbändiger Detailfreude nachzeichnete, stieg Boecklins Feuerseele auf den tragischen Grund des Lebens hinab, wo die großen widerspruchsvollen Gewalten mit plastischer Klarheit, in leuchtender Nacktheit um den Sieg ringen. Aber dieses düstere Pentathlon, dessen grausen Ernst Max Klinger uns immer wieder so erschütternd vorführt, wurde von Boecklin in die lichte Sphäre einer verklärenden farbigen Sinnlichkeit heraufgehoben. Rechtzeitig vermochte seine erschrockene Seele das Heilmittel des Humors zu finden, dessen die nicht entraten können, die den Zusammenprall der Lebensmächte einmal völlig erlebt haben. Leidenschaftliche Kraftfülle führte ihn tief in die Widersprüche hinein; schwere äußere Schicksale halfen ihn zu verwirren. Von allem Drucke sich befreiend, sprang der Mächtige eines Tages mit Gewalt auf, die schwere Last hinter sich werfend und ans Licht kehrend, daß die goldene Sonne den farbigen Abglanz hier entzünde.

Suchen wir nach einem Generalnemer für Voeklins Kunst, so ist es die Natur. Ihr gilt sein einziger ewiger Lobgesang. Die Herrlichkeit des Alls, die Wunder des Gottesgartens, der Einklang alles Lebendigen und das machtvolle Ringen elementarer Gewalten — das ist immer wieder sein Thema. Der Mensch spielt nur eine bescheidene Rolle dabei; er ist eine der Kreaturen Gottes, aber sicher nicht die erfreulichste. Der alte semitische Wahn, daß die Welt dem Menschen gehorchen solle, ist hier gründlich gebrochen. Als der junge Knabe Adam vom Herrgott zum erstenmal durch Eden geführt wird, da sagte der Schöpfer nicht: „Dies alles ist dir unterthänig“; sondern er senkte die Ahnung ihm ins junge Herz, daß Mensch und Tier, Baum und See alles Geschwister seien, von einem Leben gezeugt und bewegt, alle den einen Gang zum Tod mit heiterem Zögern wandelnd. Es ist kein Zufall, daß der Held im romantischen Sinn so selten bei Voeklin auftritt; wohl sehen wir den Reiter durch die Steppe reiten, aber mit schwermütiger Seele, ohne hellen Kriegesruf. Ebenso ist es tief begründet, daß Voeklin der eigentliche Neuschöpfer jener Zwischenwesen der Nymphen und Tritone, Kentauren und Dryaden, der Faune und Enyphiden geworden, die wir aus der antiken Kunst und dem alten See- und Waldmärchen kannten, ohne an ihre Wirklichkeit glauben zu können. Hat nicht Goethes großes Naturgedicht im zweiten Faust durch Voeklins Kunst erst die volle Farbe erhalten? Klingt es nicht wie eine Ahnung von Voeklins Fabelwelt, wenn die Nymphen den großen Pan umtauzen und ihm zujubeln:

Auch er kommt an;  
 Das All der Welt  
 Wird vorgestellt  
 Im großen Pan.  
 Ihr Heitersten, umgebet ihn,  
 Im Gaukeltanz umschwebet ihn;  
 Denn weil er ernst und gut dabei,  
 So will er, daß man fröhlich sei.  
 Auch unterm blauen Wölbedach  
 Verhielt er sich beständig wach;  
 Doch rieseln ihm die Bäche zu  
 Und Lüftlein wiegten ihn mild in Ruh.  
 Und wenn er zu Mittage schläft,  
 Sich nicht das Blatt am Zweige regt;  
 Gesunder Pflanzen Balsamduft  
 Erfüllt die schweigjam stille Luft.  
 Die Nymphe darf nicht munter sein,  
 Und wo sie stand, da schläft sie ein.

Wenn unerwartet mit Gewalt,  
Dann aber seine Stimm erschallt,  
Wie Bligesknattern, Meergeraus,  
Denn Niemand weiß, wo ein noch aus. . .

Eine der schönsten Stellen der klassischen Walpurgisnacht, am Peneios, hat Voeklin in „dem Gesilde der Seligen“ (Berliner Nationalgalerie) illustriert:

- Peneios. Rege Dich du Schiffsgeflüster!  
Hauche leise, Rohrgeschwister,  
Säuselst, leichte Weidenträucher,  
Lispelt Pappelzitterzweige,  
Unterbrochenen Träumen zu!
- Faust. Ich wache ja! O laß sie walten,  
Die unvergleichlichen Gestalten,  
Wie sie dorthin mein Auge schiebt.  
So wunderbar bin ich durchdrungen!  
Sinds Träume, sinds Erinnerungen?  
Schon einmal warst du so beglückt.  
Gewässer schleichen durch die Friche  
Der dichten sanft bewegten Büsche,  
Nicht rauschen sie, sie rieseln saun;  
Von allen Seiten hundert Quellen  
Vereinen sich im reinlich hellen,  
Zum Bade flach vertieften Raum.  
Gesunde, junge Frauenglieder.  
Vom feuchten Spiegel doppelt wieder  
Ergößtem Auge zugebracht. . . .  
Wunderjam, auch Schwäne kommen  
Aus den Buchten hergeschwommen,  
Majestätisch rein bewegt.  
Ruhig schwebend, zart gefellig  
Aber stolz und selbstgefällig  
Wie sich Haupt und Schnabel regt. . .

Der Reiter vorn, der die „schönste Frau“ auf seinem Rücken trägt, ist Niemand anders als Chiron, der Helena in dieses Wunderreich trägt. Fausts Klage:

Und sollt' ich nicht sehnsüchtiger Gewalt,  
Ins Leben ziehn die einzigste Gestalt?

hat hier Erhörung gefunden.

Wenn Faust in seinem berühmten Monolog im Anfang des zweiten Teils von dem Flammenübermaaß betroffen steht, das ihn blendet, und nur im farbigen Abglang des Lebens Sinn gedeutet findet, so geht Voeklin mit kühnem Schritt über solche Bescheidung hinaus. Das Maaß der

Zurückhaltung, dessen Goethes Natur bedurfte, um die Form nicht preiszugeben, wird von Voecklin ebenso wie von Wagner um ein beträchtliches überschritten. In beiden Künstlern drängt die höchste Fülle organischer Mächte mit Posaunenstößen hervor. Diese Unerfrodenheit hat Beiden unendlichen Tadel der Besserwissenden eingebracht, die aus Goethes Sonderart einen klassischen Kanon schnitzeln wollten. Jene durften diesen höchsten Ausdruck wagen, da sie auf Goethes Schultern stehend da angingen, wo er aufhörte. Alle Kunst strebt nach einem höchsten Ausdruck mit der Absicht höchster Täuschung; das Geheimnis ist nur die Bewältigung aller Ausdrucksmittel durch die künstlerische Kraft. Diese Fähigkeit erringt nicht ein Einzelner, sondern stufenweis gelingt die Erweiterung der Ausdrucksmöglichkeit. Wagner und Voecklin haben Beide einen Punkt erreicht, der uns müüberbietbar scheint. Wir müssen heut an andern Momenten einsehen, um die Steigerung nach einer andern Seite hin fortzusetzen.

Voecklin steht, bei aller Eigenart, mit seinem Naturhymnus in idealer Gemeinschaft mit der mächtigen Bewegung unserer Zeit, die der historischen Bildung überfarr, in der von den Naturwissenschaften ganz neu eroberten Wirklichkeit neue Ideale finden will. In der Kunst geht dies Bemühen bis auf die Künstler von Barbizon zurück, vor allem Manet, Millet, Roujjeau, Diaz, Monet, welche die Kunst von dem öden Pathos der Gloire-Hymnen erlösten und die ehrliche schlichte Schönheit der hellbeschiedenen Waldecke feierten. Der Ruf: die Fenster auf und Licht und Luft herein ist seitdem nicht mehr erklingen. Wir Alle haben eine Sehnsucht zu Roujjeauschen Gefilden in uns; der „neue freie Mensch“, der so herzlich gesucht wird, schreitet vor unserem ahnenden Auge ohne Hüllen durch die sonnenatmenden Felder. Auch Voecklins Kunst ist ein Bekenntnis zu diesem Naturevangelium. Auch er glaubt, daß das rückhaltlose Vertrauen zu der natürlichen Anlage das Fundament für unsere sittliche Zukunft bilden muß. Freilich nur das Fundament; mit dieser Natürlichkeit allein ist es nicht gethan. Die Fäunchen und Seeweiber Voecklins wollen gar keine „Charaktere“ sein, sondern nur ein Stück reiner Natur, in dem sich des Daseins volle Lust und Kraft verklärt. Das sei des freien Menschen junge Lust. Der in gesunder Natürlichkeit aufwachsende Mensch wird — das ist Voecklins Meinung — dadurch gekräftigt und freudig an Leib und Seele, um den schweren Aufstieg zu den gefährlichen Höhen des Lebens schwindelfrei zu bestehen. Von einem „Übermensch“ ist hier nicht die Rede, sondern von einem treuen Naturkind, das von Gottes Sonne sich auf die Höhe führen läßt.

Ernste Menschen legten sich bei Voecklins Tode bang die Frage vor, ob er ein Christ gewesen sei. Made hat bei der Anzeige von Pastor Lessings Grabrede diese Sorge, die wir ehren, kurz angedeutet. Uns liegt es völlig fern, Voecklin gewaltsam für das Christentum zu reklamieren; es ist zu schwer, sich darüber zu verständigen, was Christ sein heute heißt. Tiefe Ehrfurcht vor den Mächten des Lebens, die er nur deshalb darstellen konnte, weil er sie furchtlos und liebend begriff — das charakterisiert Voecklins Eigenart; diese Ehrfurcht ist jedenfalls nichts Unchristliches. Im übrigen dürfen wir, glaube ich, im Kunstwerk nicht ein Bekenntnis zu unserem geschichtlich gewordenen Glauben suchen. Nur die hingebende Verehrung befähigt uns, in die Geisteswelt eines Großen einzubringen. Noch immer gilt das Wort Schopenhauers: „Vor ein Kunstwerk hat jeder sich hinzustellen, wie vor einen Fürsten, abwartend, ob und wann es zu ihm sprechen werde, und wie jenen auch dieses nicht selbst anzureden: denn da würde er nur sich selbst vernehmen.“

Die Mythologie hat Voecklin doch nicht dahin geführt, sich der klassischen Welt zu beugen. Der langjährige Verkehr mit Feuerbach, Hans von Marées, Hildebrand, hätte ihn leicht dahin führen können. In diesen Männern lebte und lebt der Glaube an die Griechen mit einer reinen Kraft, die aller historischen Ermägung spottet. Voecklin liebte seinen Homer gerade so wie jene Hellenophilen; er hat noch in der letzten großen „Jagd der Diana“ sich an Homers zartes Bild eng angeschlossen. Und wem wäre das mit seinem persönlichen Schicksal so eng verbundene Bild: „Odysseus und Kalyppo“ nicht tief in die Seele gedrungen? Dennoch suchte Voecklin den Mythos noch lieber in der Zeit ungebändigter Formlosigkeit auf. Das Dionysische lag ihm näher als das Apollinische. fand er aber die Gelegenheit, das Urmächtige darzustellen, so wob er in die Kraft stets den Schauer, in die Katastrophe die abgrundtiefe Tragik. Stuck z. B. kennt nur das Erstere; darum erschöpft er sich bald. In all den Tritonenfamilien und Kentaurenkämpfen kämpft die milde Lebensfreude mit einer Trauer, die an die dunkle Heimat der Wasserfinder mahnt. Dadurch bekommen diese Naturschlachten eine ungeheuerere psychische Tiefe, die zu beschreiben das Wort nicht imstande ist. Man muß die Musik zu Hilfe nehmen, etwa Tristans „Alte Weise“ im dritten Akt.

Wir Modernen fragen beim Künstler fast immer, wie er sich zum Weibe gestellt hat. Bei Wagner ist diese Frage zentral. Bei Voecklin nicht in dem Sinne. Man darf hier kurz sagen: trotz allem faßte er den Mut, das Weib als den höchsten Edelstein in der Krone der Natur-



wunder zu verehren. Das Leben hat ihn persönlich in dieser Beziehung keinen leichten Weg geführt; aber nie hat er es vergessen, daß seine Gattin die Tage bitterer Not mit ihm tapfer geteilt hat. Nur in religiösen Bildern, wie den beiden Kreuzabnahmen, ist die Frau bei ihm der Träger einer sittlichen Welt. Öfters erscheint sie als güldenes Kleinod jommenhafter Schönheit. Seine Venus Anadromene ist ein höchster Ausdruck dieser tiefen Bewunderung — ich rechne gerade dies Bild zu den unvergänglichen Schöpfungen Boecklins. Gern läßt er die Menschenblume über Wiesenblumen blühen. Von der Verdrossenheit, mit der Gottfried Kellers Grüner Heinrich über das Weibl denkt, wo schließlich nur Judith übrig bleibt, ist bei Boecklin nicht zu spüren. Das ist bei einem Schweizer nicht selbstverständlich. Auch daß er nicht müde wurde, die Heiterkeit seiner jungen und alten Seele am tollsten Kinderjubel anzulassen, mag erwähnt sein; uns allen sind mehr als einmal dabei die Augen übergegangen. Oder wer lachte nicht in innigster Lust, der an das Amörchen auf dem Triptychon der Frau Venus Vulgivaga denkt!

Mit dieser heiteren Scene, nicht mit der Toteninsel nehmen wir von Boecklin Abschied. Er hat uns ein Selbstbildnis hinterlassen, auf dem er getrost weiter malt, obwohl der Tod die letzte tiefe Saite der Geige, den letzten Ton mit vollem Klang spielt. Boecklin kannte die Schönheit dieses Tiefstons; aber er entschloß sich damals zu leben; und so lebt er auch heute. Seine ganze Kunst ist ein Bekenntnis zum Leben, von dessen Frische und Herrlichkeit er so beredt zu reden wußte. Er wird leben; nicht in dem Sinne, wie der heutige Kunstmarkt es hofft, nicht in dem Sinne, den ein übertriebener, leider nur allzuspät begonnener Kultus heute fordert. Aber der starke Glauben an das Leben wird seine Schöpfungen herübertragen in die Zukunft, wo man namentlich seiner Farbe noch unbedingter zujubeln wird, als es die Gegenwart mit ihrem noch stumpfen Auge vermag. Der Lynkeus wird diesem Lebenswerk nie fehlen, auf das der zum Schauen Geborene von der Binne herabrufte:

Ich seh in die Ferne  
 Ich seh in die Näh',  
 Den Mond und die Sterne,  
 Den Wald und das Reh.  
 So seh ich in allem  
 Die göttliche Bier  
 Und wie mirs gefallen,  
 Gefall ich auch mir.

Ihr glücklichen Augen,  
 Was je ihr gesehn,  
 Es sei wie es wolle,  
 Es war doch so schön!

Zur Erinnerung der Geistesgemeinschaft Voecklins und Kellers sei das Gedicht des letzteren abgedruckt, mit dem er den sechzigjährigen Freund grüßte:

Sei du bei uns eingezogen  
 Und dein leichtes Haus gebant,  
 Schauen wir der Iris Vogen,  
 Wenn der hellste Himmel blaut!

Sehn die Fülle der Gesichte  
 Dich im Reigentanz umziehen,  
 Sehn die Knospen, Blumen, Früchte  
 Mastlos deiner Hand entfliehn.

Heute raucht ein leises Wehen,  
 Lausche nicht zu lang, o Mann,  
 Um Enistchen und Vergehen  
 Range nicht zu zählen an.

Wie dir kürzlich hat gegohten  
 In der Seele neuer Wein,  
 Also sollst du neugeboren  
 Selber jeden Morgen sein.

Und erst spät mag es geschehen,  
 Daß es fern herüberhallt:  
 „Seht, auf jenen grünen Höhen  
 Got der Meister einit gemalt.“

Lichten Herzens, stillen Blickes  
 Teilt' er Licht und Schatten aus.  
 Meister jeglichen Geschickes  
 Schloß gelassen er das Haus.“

## II.

Es giebt kaum größere Gegensätze zwischen Künstlern wie den zwischen Voecklin und Leibl. Die körperliche Größe und Kraft ist fast das Einzige, was beide gemein haben. Voecklin war Dichter; seine Phantasie benutzte die Natur zum Sprungbrett. Leibl hat nie gedichtet, auch nicht das kleinste Sprüchlein. Über die ganz kurze Bauernnovelle ist er nie herausgekommen. Die Natur ist ihm nicht Anfang, sondern Ziel und Ende der Kunst.

Der Masse wird Leibl immer fern bleiben, da sie das Eigenartige

seiner Kunst nicht würdigen kann. Andererseits werden auch die „Kenner“, die das ungeheunere, über Voetlin weit hinausgehende Können Leibls bewundern, nicht immer so dithyrambisch reden wie heute. Wie die wahnfinuige Überschätzung der holländischen Kleinmeister des XVII. Jahrhunderts, die an den exorbitanten Zahlen des Kunstmarktes abgelesen werden kann, sich bald selbst überschlagen wird, so wird auch das Können der Modernen nicht immer so absolut um seiner selbstwillen geschätzt werden, wie heute; Männern wie Menzel und Leibl wird ein guter, aber nicht der vornehmste Ehrenplatz eingeräumt werden. Soll die Kunst die Erscheinung der unsichtbaren, tieferen Wirklichkeit uns vermitteln, so genügen Täuschungen der Struktur, der Tessitur, der Epidermis zc. nicht. Die Selbstbezeugung des Objekts ist noch kein Gedicht, noch keine Schöpfung. Wir kommen nicht ohne Gedanken aus. Ich weiß, es handelt sich hier um einen Gegensatz prinzipieller Art, der unverfälscht mitgeteilt sein mag. Die allgemeine Strömung geht heute auf die Würdigung der spezifisch malerischen Qualitäten; man fragt bei einem Bild, wie das und jenes gemacht ist und freut sich über die geistreiche Überwindung der Schwierigkeiten. Das ist schon ein erfreulicher Fortschritt gegen den kindlichen Standpunkt der vorigen Generation, die frag: „was stellt das Bild dar? Wem sieht Jener doch gleich ähnlich? Ob es wohl zum Mord oder zur Verlobung kommt?“ Dennoch ist der Qualitätsstandpunkt noch nicht der höchste; bei ihm wird nur ein Teil des Menschen verpflichtet, sein Geschmack, seine Delikatesse, seine Gourmandie. Das Herz bleibt bei diesem Spiel der Sinne unbeteiligt. Und gerade diesem verrät doch die hohe Kunst ihren heimlichsten Zauber. Die Schauer der gehobenen und überwältigten Seele tragen uns in die lichte Klarheit, wo nicht der Schein, sondern das Wesen der Dinge uns mit großem Auge ansieht. Wir können nicht lassen, uns immer wieder hierhin zu sehnen, und in der Kunst, die uns zu diesen Gefilden heraufträgt, die höchste Absicht zu finden. Man pflegt die Qualitatskunst als die absolute, die andere als die „Kunst als Ausdruck“ zu bezeichnen. In der Musik hat Wagner den Kampf beider Richtungen, namentlich durch seinen schroffen Gegensatz zu Brahms, zu einer gewissen Entscheidung gebracht; in der bildenden Kunst drehen sich die Kampfe der Gegenwart immer wieder um diesen Punkt. Thoma wird hauptsächlich deshalb in Berlin so wenig geliebt, weil wir hier sein absolutes Gegenbild in Menzel haben. Dagegen hat beispielsweise der technisch so geschulte Vegas im Wettkampf mit Hildebrand doch unterliegen müssen, obwohl dessen absolutes Können nicht so hoch steht, wie die

geistige Kraft seiner Konzeption. Sollte der alte Satz: „Wenn Ihr nicht das Herz verpflichtet, seid Ihr bald zu Grund gerichtet.“ nicht auch hier schließlich die Entscheidung enthalten? Verhält sich nicht das Können der Gegenwart zu der Erfüllung, auf die wir warten, wie ihre Voraussetzung, die sich gerade als solche dadurch charakterisiert, daß sie eiferfüchtig sich selbst als Ziel hinstellt? So war es bei allen kräftigen Durchgängen.

Da Leibls Lebensumstände wenig bekannt geworden sind, erzähle ich ein wenig. Er ist ein rheinisches Kind, katholisch, ein guter Kölner, der Sohn eines Domkapellmeisters. Die frühen Eindrücke haben sein Wesen geprägt. Dem rheinischen Katholiken eignet oft eine hohe Leistungsfähigkeit, die mit dem Wesen der Person nicht eigentlich verwachsen scheint. Wie gesonderte Provinzen erscheinen in solchen Menschen Berufsarbeit und persönliche Art. Es ist ein Geheimnis der katholischen Kirche, daß sie dem modernen Leben nur da entgegentritt, wo es sich direkt feindlich äußert. Das non possumus wird nur in dringendsten Fällen gesprochen. Dadurch bleibt die ganze Technik des modernen Berufslebens von der kirchlichen Kontrolle unberührt; aber die Menschen, die um 8 Uhr ihre Messe hören, sind dann auch ganz andere als wenn sie um 10 aus Bureau gehn. Der hier aufbrechende Dualismus rächt sich aber schwer im Leben; denn solche Menschen haben kein sittliches Bollwerk, das alle Regungen umspannte. Leibl ist in diesem Kreis groß geworden und hat ihn eigentlich nie verlassen. Der Mangel einer schöpferischen Phantasie mag dadurch bedingt worden sein. Ich suchte vergebens nach einer Andeutung, ob Leibl Goethe las; ich bezweifle es. Man stelle überhaupt im Geiste einmal Voedlins und Leibls kleine Handbibliothek zusammen; welch lustiger Gegensatz! Leibl's Vater (1784 geboren) dessen Bild der Sohn festgehalten hat, trägt die feinen Züge eines im Westen heute nach häufigen, geistig distinguierten, leicht französischen Typus. Die Mutter scheint eher derb und treuherzig, kaum geeignet, die Lust zum Fabulieren beim Sohn zu regen. Als Mechanikus verwendet Wilhelm der Jüngling von siebzehn Jahren seine riesigen Körperkräfte in einer Schlosserwerkstatt; den Neunzehnjährigen treffen wir schon auf der Münchener Kunstakademie. Wie er unter dem Einfluß Pilotys und Hambergs seine so gänzlich verschiedene Malweise entwickelte, bleibt schlechtthin ein Rätsel. Jedenfalls malte er seine ersten Porträts mit einer klaren Festigkeit und Eigenart, die er bei Niemandem gelernt hatte. Nicht die Münchener waren es, die die ungeheure Sicherheit seines Vortrags sofort herausfanden, — wenigstens enthielt er bei der Ausstellung von 1869 nicht die vorgeschlagene große goldene Medaille — sondern die

Pariser. Vor 1870 herrschte ja ein viel unbefangenerer und vollständigerer Austausch deutscher und französischer Kunst als es nach dem Krieg bis 1890 möglich war. In Paris fand Leibl seinen eigentlichen Lehrer in Courbet, dessen „Stein-Klopfer“ ihn tief ergriffen. Courbet gehört zu den Barbizonisten, deren Freilichtmalerei Leibl allerdings nicht mit derselben Entschiedenheit aufnahm wie die Intimität des impressionistischen Augenblicks. Zu früh brach der Krieg auch in Leibls pariser Lehrzeit ein. Neben dem lebenden Meister Courbet hat der Louvre ihn viel gelehrt. Er hat dort fleißig kopiert; wer mag sein Liebling gewesen sein? Leibls Biographen meinen, van Dyck; ich glaube, daß er damals schon sich in die Altniederländer tief hineingesehen hat, die neben Holbein so wichtig für ihn wurden.

In den siebziger Jahren malt er nun ganz im Stil jener französischen Impressionisten. Die Berliner Nationalgalerie besitzt aus jener Zeit die vielgenannten „Dachauer Bäuerinnen,“ die Alte und die Junge, die über den Freter verhandeln. Um 1878 hat sich dann Leibl noch einmal gehäutet, zum letzten Stil hin. Ich kann es nicht anders verstehen als eine Auswirkung deutscher Ehrlichkeit, wenn er jetzt alle geistreichelnde Augenblicksstimmung fahren ließ und zu der festen Form des strengen Konturs und präzisen Objekts zurückkehrte. Der Impressionismus ist eine Kunst der Dekadenz, die eigentlich aus Überraschungen für müde und überfeine Seelen besteht. Seine virtuose Leistung besteht darin, mit geringstem Aufwand den Zufall eines scheinbar nur flüchtig erhaschten Augenblicks geistvoll zu schildern. Diese Kunst gleicht der feinpointierten kurzen Novelle, mit Gedankenstrichen und kurzen Halbsätzen; sie sucht nicht das Bleibende mit stolzer Freude am charaktervollen Gepräge, sondern bannt die Kaprixe der flüchtigen Sekunde ohne Rücksicht auf die Kraft ihres Inhalts. Leibl lebte damals nicht mehr in der Bohème des pariser quartier latin, sondern auf einem oberbayerischen Dorf unter Bauern. Statt der Sammetjoppe trug er das Jägerwams; Jagen ist immer sein Liebstes gewesen. Gern saß er auch Abends auf der Dorfbank der Wirtstube und schaute in die wetterfesten Züge der Zecher. Da verging ihm die Delikatesse der Impression; die leidenschaftliche Liebe zur festen Form brach durch. Hier prägte sich der Stil seiner letzten zwanzig Jahre. Er hat dreimal sein Bauernhaus gewechselt, aber zur Stadt ist er nie zurückgekehrt. Ob er Dachauerinnen oder Aiblingerinnen malt, ob er die Mädchen im Kirchenstuhl, oder die Dorfpolitiker in der Schenke darstellt, ist ganz gleich. Während Voedlin den Menschen durchaus als Teil der Natur und faum als den edelsten

auffaßt, lebt Leibls ganze Kunst von dem Charakter fest ausgeprägter Menschengesichter. Die müden blaffen weichen Städter malt er nicht; wohl aber die Zechsumpane vom Sonnabendstisch mit ihrer frischen Derbheit. Dabei ist er aber keineswegs der Bauernmaler, wie man das Wort meist versteht. Diesen Titel tragen Leute wie Bantier und Defregger, die gern eine Dorfnovelle Bauernfelds und Auerbachs illustrieren. Leibl liebt die Bauern um der charaktervollen Ehrlichkeit des hier geprägten Menschentypus, nicht um des Schuhplattlers und der Gamsjagden willen. Die völlige Hingabe an die einzelne Erscheinung bewahrte ihn vor der so gefährlichen Wiederholung. Niemand war strenger gegen seine Kunst als er selbst. Man sieht jetzt häufig auf Ausstellungen Ausschnitte aus Leibls Bildern, eine Hand, eine Mädchenschürze u. a. zeigend. Die Schnitte hat Leibl selbst gemacht; mehr als ein Bild, das die Probe vor ihm nicht bestand, ist schonungslos zerschnitten worden. Am meisten beklagen wir den Verlust der vier Wildschützen, die neben den „Dorfpolitikern“ (Besitzer Kommerzienrat Arnhold, Berlin) und den „Frauen in der Kirche“ (Worms, F. von Schoen) wohl sein bedeutendstes Bild waren. Das hier versuchte Raumproblem schien ihm nicht gelöst; und als das Bild von seinem Siegeszug durch die Ausstellungen zurückkam, wurde es unbarmherzig gevierteilt.

Man kann von Leibls Bildern nicht sagen, daß sie viel Stimmung enthielten. In Paris strebte er das an; und die alte betende Frau mit dem Rosenkranz hat Stimmung, obwohl sie nicht darauf hin gemalt ist. Es passiert aber auch wenig auf Leibls Bildern; ihr novellistischer Inhalt ist bald genug erzählt. Das Thema ist der Charakterkopf; nicht im Sinne des absoluten Portraits, sondern als typische Darstellung eines festabgegrenzten Menschenschlages. Mancher Männer- und Mädchenkopf wird so zu dem Vertreter einer ganzen Gattung. Wenn die Gegenwart, von den holländischen Kleinmeistern allzu begeistert, Leibl in erster Linie um seiner malerischen Dualitäten willen feiert, so lieben wir ihn als den Charakterschilderer, der deutsche Gesundheit, deutsche Kunst, deutsche Ehrlichkeit im Bild festhielt. Obwohl Katholik, steht seine kernfeste schlichte Art dem Protestanten näher als fast die ganze moderne religiöse Malerei, E. von Gebhard vielleicht nicht ausgenommen! Spätere Geschlechter werden einmal unsere Zeit sich vorzustellen suchen. Vielleicht holen sie dann zunächst die große Reihe der Lenbachbilder hervor. Aber unsere Enkel werden erschrecken über den decadenten Typus dieser Frauen und dieser Männer. Leibls Köpfe werden dann eine schöne Korrektur in ihrer Vorstellung vornehmen.

## III.

Giovanni Segantini gehörte nicht im eigentlichen Sinne unter die deutschen Todten des Jahres 1900. Er starb im September 1899 und ist in Arco geboren, das politisch zu Oesterreich, der Rasse und der Sprache nach aber zu Italien gehört. Man wird es aber verstehen, weshalb ich ihn mit Voeklin und Leibl zusammen stelle.

Sein Leben begann romantischer als man es selbst beim Künstler erwartet. Gewiß hat auch Voeklin Tage und Jahre der Sorge gehabt; aber so tief in äußerster Not ist er doch nie gewesen wie Segantini. Dieser ist 1858 geboren, also nur 43 Jahre alt geworden; die schlechte Ernährung in der Jugend ließ die Kräfte verkümmern, sodaß sie so bald verbraucht waren! Sein Vater lebte in dritter Ehe mit einer adligen Tochter der südtlichen Alpen, von der ihr Sohn gesagt hat: sie war schön, nicht wie eine südtliche Morgenröte, sondern wie ein nordischer Frühling.“ Die Geburt Giovanni's kostete ihr die Gesundheit; fünf Jahre drauf starb sie, 29jährig und ließ den fünfzigjährigen, nun zum dritten Mal verwitweten Mann mit zwei Kindern trostlos zurück.

Der Witwer zieht nach Mailand, wo es nicht glücken wollte; die kleine Parfümeriefabrik mußte wieder geschlossen werden. So wanderte der Vater weiter und er überließ den sechsjährigen Ruben der Obhut seiner älteren Schwester. Herzbeweglich lautet die Schilderung des Lebens, das nun anfang; Segantini hat sie selbst aufgeschrieben. Die Schwester geht früh weg, kehrt abends heim; so lang bleibt der Knabe eingeschlossen in dem Stübchen, dessen Fenster so hoch waren, daß der Knabe nicht durchsehen konnte. „Ob es regnete oder schön war, meine Seele war traurig und resigniert; ich verstand noch nicht, ob diese Existenz in dieser Eintönigkeit lange dauern oder ob sie ein plöfliches Ende haben könnte. Wenn die Glocken vom nahen Campanile läuteten, verdoppelte sich die Empfindung der Verlassenheit und ich empfand sie wie eine Seelenqual. Und was ich dachte? Ich glaube, nichts, aber ich fühlte intensiv; ich litt, ohne zu wissen, was Schmerz sei.“

Die Verzweiflung in der Stubenenge führt zur Flucht. Der Vater hatte ihm den Triumpfbogen gezeigt, den Napoleon gebaut, durch den die Franzosen eingerückt waren. Eines Morgens stiehlt Giovanni sich mit seiner harten Kinde zu dem Arco hin und wandert mit kleinem eiligen Schritt die breite Straße, „die nach Frankreich führt.“ „Ich erinnere mich, daß es ein heißer, schwüler Tag war; aber das volle Licht, die strahlende Sonne, die Felder, die Bäume machten mich trunken vor

Frende und beflügelten meine Schritte; und doch als sich meine Gedanken unwillkürlich zurückwandten zum Stiegenabsatz und zu meiner Schwester, schnürten Gewissensbisse mein kleines Herz zusammen. Aber ich wanderte immer weiter, knabberte mein Brot und hielt nur inne, um zu trinken, so oft ich zu einer Quelle oder einem Brunnem kam.“ Erschöpft sinkt er abends in den Graben; selbst der Regen weckt das todtmüde Kind nicht auf. So finden ihn zwei gutmütige Männer, die ihn aufheben und daheim wieder warm kriegen. Er fleht, daß man ihn nicht nach Mailand zurückbringe; schließlich geben die Leute nach und der siebenjährige Giovanni wird ein regelrechter Schweinehirt.

In der Muße des Hütens versucht sich bald seine Hand; an den Felsen wird die schönste Mutterjau abkonterteit. Man findet die Zeichnung, ist erstaunt, und eines Tages sitzt Giovanni in Mailand in der Kunstschule neben andern Lernenden. Segantini hat einmal bekannt, er sei Maler geworden, weil eine ihrer Töchter beraubte Mutter verzweifelt ausgerufen habe: „O wenn ich wenigstens ihr Bild hätte; sie war so schön.“ Jedenfalls ist der Künstler aus Not und bitterer Entbehrung heraufgewachsen; und das tiefe Mitleid mit aller leidenden Kreatur im Sinne persönlicher Haftbarkeit hat ihn durchs ganze Leben begleitet. Vor die Jahre in der Kunstschule fällt aber noch eine bittere Zeit; im Journal des Mailänder: „Nahezu Hauses für verlassene und der Zwangserziehung benötigende Kinder“ finden wir folgende Notizen: „Giovanni Segantini, geboren am 15. Januar 1858 im Trentino, aufgenommen am 9. Dezember 1870, entflohen am 16. August, wieder eingeliefert am 1. September 1871, entlassen im Jahre 1873, wurde in der Schuhmacherwerkstätte beschäftigt.“

Der Kerker der Großstadt hatte in dem Knaben und Jüngling nicht die Leidenschaft für die Alpenheimat, nicht die tiefe Liebe zur klarer Freiheit der Höhenwelt abtöten können. Licht, Sonne, Klarheit, Freiheit — danach sehnte sich sein Herz und das suchte sein Pinsel.

Segantini hatte keine Ahnung, daß sich gleichzeitig die größten Maler in Paris mit demselben Problem beschäftigten, wie statt des goldigdunkeln Galerietons, der über den Meisterwerken der Brera und des Louvre lag, der junge helle Tag mit seinem silbernen Fittig über die offene Landschaft gelockt werden könne. Er erfundet sich eine ganz neue Maltechnik, die heute weite Kreise beschäftigt und unter dem Namen „Pointillieren“ bekannt ist, damals aber im Bauernhäuschen der Brianza und in pariser Ateliers gleichzeitig und unabhängig von einander entdeckt wurde. Es ist das eine Technik, bei der



die einzelnen Farbenwerte in kleinen Punkten und Flecken nebeneinander-gesetzt werden, deren Verschmelzung dem Auge des Betrachters über-lassen wird. Segantini hat seine Malweise selbst folgendermaßen be-schrieben:

„Ich denke, daß ein Gemälde kein wahres Werk der Malerei ist, wenn es nicht in sich eine Harmonie der Farben enthält. Auf diese kommt es an. Die muß man in dem Werk intensiv fühlen. Malerei ist nichts ohne das Mysterium der Faktur, und diese ergiebt sich in jedem einzelnen Fall organisch auf dem Wege der natürlichen Nach-forschung und Betrachtung der Dinge, die man malen will. Aus solcher organischen Wiedergabe entsteht das Licht: und das Licht ist das Leben der Farbe. Sobald ich deshalb die Linien auf der Leinwand bestimmt habe, die meinem idealen Wollen entsprechen, fahre ich fort, die Farben aufzutragen und die Leinwand mit schmalen, aber jetten Pinselstrichen zu besetzen, zwischen einem Pinselstrichlein und dem andern einen Zwischenraum lassend, den ich mit den komplementären Farben nur ausfülle. Ich mische nie auf der Palette, denn die gemischten Farben verlieren ihren Glanz. Je organisch reiner die Farben sind, die man auf die Leinwand setzt, desto mehr Glanz wird im Gemälde sein und — als Folge — desto mehr Licht und Wahrheit.“

Die Alpen wurden Segantinis einzige Heimat; wie Leibl mied er fortan die großen Städte und das moderne Treiben. Er mochte empfinden, daß nur die Stille einer ernen Einsamkeit ihm die ruhige Vertiefung und heitere Betrachtung des Lebens schenken könne. Die schwarzen Felsen verloren ihren Schauer und bargen ihn Tag und Nacht mit ihrer Liebe wie schwermütige Freunde. Die Matte mit all ihrem fetten Grün, die Firnen mit ihrem hellbläulichen Auge im Morgenlicht, das Blau der Gletscherpalte und das Geröll der Muräne, all das wurde jetzt sein täglicher Genuß. Die Tiere in den Höhen, namentlich die Kühe, Ziegen und Hunde, schienen ihm nun wie ein lebendiger und redender Teil der stummen großartigen Welt; und auch der Mensch, der sich hier oben die Hütte baut und sich im Heu von der Kuh beschnuppern läßt, erschien ihm nicht als Herr, sondern als Kind dieses großen Universums. Wir sehen, Segantinis Pantheismus nähert sich dem Voedlins, freilich auf ganz anderm Wege. Die Macht der Elemente läßt im Hochgebirge Mensch und Tier, Magd und Kuh vor Blitz und Gewitter gleichmäßig Schutz suchen; in solchen Stunden der Gefahr verbrüderern sich die Kreaturen. So faßt Segantini Natur und Mensch auf. Das Licht, das bei Voedlin so warm und golden um süße Blüten und junge Leiber spielt, liegt

bei Segantini im feierlichen Silber auf unbegrenzter Höhenbahn. Keine Nymphe dehnt wohligh die blühenden Glieder am kosenden Duell; sondern müde und heiß schläft die derbe Kuhmagd in all der Sonnenherrlichkeit im schwarzen Schatten des einzigen Baumes.

Die Tupsmanier hat Segantini zum Alpenmaler geradezu prädestiniert. Es galt in allen Malerkreisen bis auf die jüngste Zeit als ein trauriges Geheimnis, daß man die eigentliche Alpenlandschaft nicht malen könne. Denn die unendlich klare Luft enthüllt hier das Detail des fernsten Abhangs; wir dringen mit dem Auge weit in die Tiefe mit voller Klarheit und Sicherheit. Damit ist aber dem Maler die Möglichkeit genommen, das zurückliegende umbunftet, verschleiert, undetailliert zu geben. Segantini fand nun die Vermittelung in seiner Strichmanier. Diese giebt auch dem fernsten Berg, die volle wirkliche Struktur der Erdschicht, die sich von allem, was Wand, Koulisse, Prospekt heißt, deutlich unterscheidet. Durch eine vorsichtige Anordnung des Vordergrundes mit seinem absoluten Detail weiß er trotzdem die ganze Tiefe zu erobern.

Zehn Jahre gab er sich ganz der Umgebung hin, in der er lebte. Er gewann dadurch den festen Boden in der Beobachtung der unbedingten Einheit, die dieses hier sich breitenbe Leben von Berg, Tier und Mensch zusammenbaud. Die tiefen Bezüge von Leben und Tod wirken sich in diesen Naturbildern sehr stark aus. Vielleicht hat ihn nie das Bewußtsein verlassen, daß seine Geburt der Mutter das Leben gekostet hat. Immer wieder hat er darum die Mutterliebe dargestellt, bei Mensch und Tier, oft gleichzeitig. Ist doch dieser wundervolle Instinkt eines der stärksten Momente der Gleichheit zwischen Mensch und Tier.

Die Stunden der Muße benutzte Segantini nie feiernde Seele, um die Geheimnisse des Daseins philosophisch zu erforschen. Ein dankbarer Anhänger des Christentums, sucht er doch auch vom Buddhismus das Verhältnis der Seele zur Materie sich deuten zu lassen; die tiefe philosophische Dichtung der indischen Contemplation hat ihn viel beschäftigt. Unter dem Zwang dieser Schriften nahm seine Kunst eine letzte, symbolische Richtung. Mehr und mehr erschien ihm die Natur als die Allegorie von Gut und Böse. Im Jahre 1894 las er in den Schriften des Rudjavalli von Mairupada das Märchen von „der schlechten Mutter.“ Es ist die Mutter, die ihr Kind vergaß und nur an sich dachte. Da nimmt er den Pinsel. „Als ich die schlechten Mütter, die hohlen und unfruchtbaren, der Lust lebenden Frauen geißeln wollte, malte ich die Geißeln in Gestalt des Fegefeuers; und als ich die „Quelle allen Übels“ bezeichnen wollte, malte ich die Eitelkeit. Ich will, daß die Menschen

die guten Tiere lieben und ich malte: „Die beiden Mütter“, die Mutter und die brave Stute am Pfluge, die mit dem Menschen und für ihn arbeitet.“

Einige dieser Allegorien, etwa der „Glaube stößt im Schmerz“, werden uns ein wenig äußerlich concipiert erscheinen. Der Romane liebt die sachliche Nebeneinanderstellung, indem seine Phantasie dann geschäftig die Gedanken entwickelt. Auch der einzige weibliche Akt, die „Eitelkeit“ überzeugt nicht. Dagegen enthalten Bilder wie die kürzlich von der Nationalgalerie angekaufte: „Rückkehr ins Vaterland“ unendlich tiefe Bezüge. Ich glaube, Segantini hätte sich, wäre ihm Zeit geblieben, in seinen symbolischen Bildern noch zu einer größeren Sinnlichkeit der Gestaltung durchgearbeitet, in der jede fleischlose Allegorie verschwunden wäre. — Während Voecklin als Greis am Ende der Kraft und der Weisheit sterben durfte, während Leibl jünger zwar, aber doch gänzlich ausgereift und abgeklärt von uns scheidet, wurde Segantini als ein zweiundvierzigjähriger uns genommen, der das letzte Wort erst noch zu sagen hatte. Das große Triptychon Werden — Sein — Vergehen, von dem der Tod ihn weg riß, bevor es vollendet war, zeigt an, nach welcher Reinheit des Stils, nach welcher Einfachheit der Mitteilung er strebte.

Weder Leibl noch Segantini waren verheiratet. Künstlerleben sind von jeher ein Problem gewesen; auch Voecklin hat es nicht gelöst. Feuerbach hat sich einmal in seinem Vermächtnis über die Befürchtungen ausgesprochen, mit denen eine Künstlerseele bei dieser Frage ringt. Segantini hat mit Bewußtsein das Behagen seiner Kunst geopfert. Er schrieb einmal: der Auserwählte, derjenige, der sich von der süßen und guten Leidenschaft der Kunst gequält fühlt, wird Eltern, Geschwister und Reichtümer verlassen müssen und sich so, allen materiellen Besitzes bar, bei jener Bruderschaft von Künstlern einstellen, von denen er glaubt, daß sie seinem Ideale von Kunst entsprechen.

\* \* \*

Wie seltsam verschieden glänzt das Dreigestirn, dessen Strahlen an uns vorbeizogen! Sind es Kinder derselben Zeit, desselben Geistes, des gleichen Willens? Oder hat die moderne Welt jene Einheit verloren, die wir bei der Schilderung vergangener Zeiten als selbstverständlich voraussetzen? Alle Verschiedenheit ist Kraft, ein lebendiger Ausdruck des unerschöpflichen Reichthums. Auch die Renaissance in Italien, in England, in Holland lieferte uns ganz verschiedenartige Künstler. Nein, diese

Verschiedenheit soll uns höchstens stolz machen. Schwächliche Kunstzeiten — ich erinnere an das Kokoko oder an die Bewegung der englischen Präraffaeliten — prägen eine bestimmte Manier aus. Wir Deutschen hatten von je das schöne Vorrecht, die größten Gegensätze unter uns um die Krone ringen zu sehen. Zwischen Luther und Zwingli gähnt eine ebenso tiefe Kluft wie zwischen Dürer und Holbein; zwischen Bach und Händel dieselbe wie zwischen Goethe und Schiller. Und wie sollen wir, um in der Gegenwart zu bleiben, zwei Antipoden wie Klinger und Thoma anders als im Gegensatz begreifen?

Und doch bleiben die drei trotz aller Unterschiede eng verbunden. Nicht nur i. U. durch die künstlerische Lebensarbeit, sondern als Prediger des gleichen Evangeliums der Natur. Der Zusammenhang zwischen Voedlin und Segantini ist ja ohne weiteres klar; in dem grandiosen Naturpantheismus Weider im Sinne des Goetheschen Antipirrhemas prägt sich die gleiche leidenschaftliche Verehrung des Elementaren aus, von dem der Mensch nur ein winziger Teil ist. Auch Leibl zeigt uns in seinen Niblinger und Dachauer Dörfern ein Stück gesunder Natur, deren kraftvolle Geschlossenheit der Dekadenz des modernen differenzierten Menschen schroff gegenüber steht. Wie seltsam muß ein Bauernkopf Leibls in einem Salon wirken, in dessen violetterm Dämmerlicht Stephan George violette Verse abgeigt! In dem unmittelbaren Verhältnis unserer drei Künstler zur Natur, der sie wie Antäus ihre alleinige Kraft verdanken, stehen sie im Gegensatz zur ganzen Moderne, aber in enger Gemeinschaft mit Richard Wagner; denn dessen Naturgefühl enthält die blühende Sinnlichkeit Voedlins, die kraftvolle Struktur Leibls und die mystische Tiefe Segantinis. Es ist nicht Zufall, daß Voedlins Bild: „Sieh, es lacht die Au“, zu den allerschönsten gehört; die weit flutenden Klänge des Karfreitagzaubers haben hier in der Farbe eine Auferstehung gefeiert. Wenn wir in Richard Wagner den entscheidenden Genius der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts begreifen, so nimmt es nicht Wunder, wenn die drei großen Toten, denen diese Zeilen gewidmet sind, die Kraft ihres Wesens demselben Nährboden verdanken.





## Ein Brief zur Landarbeiterfrage.

Von

H. von Gerlach.

Lieber Vetter!

Das ist wirklich famos von Dir, daß Du mich zur Vertilgung des Karnickelüberflusses gütigst zuziehen willst. Aber, Mensch, was stellst du dir eigentlich unter mir vor? Du knüpfst an Deine Einladung den Satz: „Falls Du es mit Deiner volkfreundlichen Gesinnung vereinbaren kannst, wenn Dir die Karnickel von 12- bis 14-jährigen, also schulpflichtigen (!), Jungens zugetrieben werden.“ Du thust ja gerade, als wenn ich in Berlin-W. und nicht in Mönchmotschelnitz bei Herrn-motschelnitz geboren wäre. Ich bin dem alten Windthorst noch heute für die Schneidigkeit dankbar, mit der er sich für das Treibervergnügen der Landjungens ins Zeug gelegt hat. Der alte Herr erzählte ja damals, ich weiß nicht mehr, war es im Reichstag oder im Abgeordnetenhaus, mit welcher Wonne er selbst als Junge mitgetrieben hat. Und ich selbst muß gestehen, daß nächst den Jagderinnerungen die Treibererinnerungen die schönsten meiner Jugend sind. Einmal bin ich sogar eine Stunde auf dem Eiswagen gefahren, um zum Treiben zu kommen. Nein, das ist ein Prachtvergnügen, eine wundervolle Abwechslung im ländlichen Einerlei. Wenn die Jungens nur nicht die Schule deshalb schwänzen. An den freien Mittwoch- und Sonnabend-Nachmittagen, da soll ihnen kein Mensch die gesunde Freude verdenken. Ich höre sie schon ordentlich jauchzen vor Vergnügen, wenn die Karnickel lospoltern.

Wenn ihr Agrarier weiter keine Wünsche hättet, als daß man euch die Jugend zum Treiben lassen soll, dann könnte ich geduldig mit euch zusammen marschieren. Wir Antiagrarier sind wirklich nicht alle so

unvernünftig, wie Du, nach den mannigfachen Spitzen Deines Briefes zu schließen, mich z. B. einschätzt. Ich rechne mit den ländlichen Verhältnissen, weil ich sie kenne. Aber freilich, ich finde, daß es entschieden viel zu ändern giebt. Wenn ich den Jungens das Treiben gönne, weil es nach meinen eigenen Anschauungen die lustigste aller Arbeiten ist, falls man es überhaupt Arbeit nennen soll, so denke ich über das Rübenverziehen und das Kartoffelbuddeln allerdings schon erheblich anders. Ich weiß, was Du mir oft gesagt hast: „Einmal brauchen wir die jugendlichen Arbeitskräfte bei dem schauerhaften Arbeitermangel, und dann wollen die Eltern ja selber, daß ihre Kinder etwas dazu verdienen.“ Alter Junge, Du meinst, ich sei zum Manchesterium abgesehenkt, weil ich mich für die Handelsverträge erwärme. Und dabei merkst Du gar nicht, wie tief Du selber im Manchesterium steckst. Mit ähnlichen Einwänden wie Du haben die Männer des freien Gehens- und Geschehenlassens zu allen Zeiten jeden gründlichen Arbeiterschutzes bekämpft. Glaubst Du, daß die englischen Fabrikanten, die vor hundert Jahren achtjährige Kinder an den Spindeln frohnden ließen, sich nicht auch einbildeten, sie „brauchten“ diese Arbeitskraft, und daß die englischen Eltern ebenso „freiwillig“ und „gern“ wie unsere Tagelöhner ihre Kinder mitverdienen ließen? Arbeit, die nur auf Kosten der Gesundheit und Entwicklung von Kindern geleistet werden kann, darf nicht geleistet werden, selbst wenn das Verbot solcher Arbeit eine Anzahl von Interessenten schwer schädigen oder gar ruinieren würde. Den Eltern, die in der Not des Lebens ihre Kinder zum frühen Mitverdienen zwingen, will ich keinen Vorwurf machen. Ich gebe auch zu, daß die armen Leute auf dem Lande sich vielfach bitter beklagen würden, wenn man ihren Kindern die Lohnarbeit verböte. Trotzdem muß das kommen. Man muß eben manche Menschen zu ihrem eigenen und sehr viele zum Wohle ihrer Nachkommenschaft zwingen. Mögen sie zunächst schreien gegen das, was zu ihrem eigenen Besten geschieht! Übergangszustände sind immer unangenehm. Wollte man sie deshalb vermeiden, dann proßt Mahlzeit mit altem Fortschritt.

Du mußt doch selber gestehen, daß für die Kinder auf dem Lande barbarisch wenig geschieht. Ihr Agrarier meint ja zwar vielfach, daß die Kinder schon jetzt zuviel lernen. Religion, Lesen, Schreiben und etwas Rechnen, das genüge. Na, ich muß sagen, mir kommt dies Lehrprogramm für einen Menschen, der den Kampf ums Dasein in unserem modernen Leben aufnehmen will, etwas dürftig vor. Aber es wäre ein riesiger Fortschritt, wenn dies Programm nur durchgeführt würde.

Bitte, sage mir einmal offen und ehrlich, wieviel von Deinen jungen Arbeitern schreiben, d. h. nicht bloß mühsam die Buchstaben kriecheln, sondern sich in orthographischem Deutsch einigermaßen gemeinverständlich ausdrücken können. Du wirst es selbst nicht wissen. Untersuche gefälligst einmal die Geschichte. Ich will hoffen, daß Du einen findest, von dem Du mir mit gutem Gewissen mitteilen kannst: er kann schreiben. Jedenfalls wäre das schon ein recht günstiges Ergebnis. Vom Rechnen wollen wir lieber erst gar nicht zu reden anfangen.

Wer ist schuld daran? Die Schule? Du lieber Himmel, wenn so ein armer Teufel von Lehrer 100 Kinder unterrichten soll, dann wird man ihm vielleicht nachher noch eine Standpauke halten, weil er 95 nichts ordentliches beigebracht hat. Und wenn es bloß noch die Überfüllung der meisten Schulen wäre. Aber die meisten dieser Kinder, vor allem die Arbeiterkinder, müssen in ihrer „freien“ Zeit so viel und so schwer arbeiten, daß ihnen die Schulstunden gezwungenermaßen als Ruhe- und nicht als Lernstunden dienen. Bringe Du einmal etwas in den Schädel so eines kleinen Mannes hinein, der gestern sechs Stunden gebückt im Sonnenbrand Rüben verzogen hat und heute gleich nach Schluß wieder zum Rübenverziehen abgeholt werden wird. Ultra posse nemo obligatur. Die Lehrer soll man mir gefälligst in Ruhe lassen, wenn man über die Dummheit der Landarbeiter rätsonniert.

Während der Schulzeit lernen die Kinder nichts oder fast nichts. Nachher natürlich noch weniger. Raum ist das von den Eltern herbeigesehnte vierzehnte Jahr da, dann soll das Kind nicht bloß mitverdienen, sondern soviel verdienen, daß es sich allein erhält. Bei den vielen Kindern, die unsere Landarbeiter — Gott sei dank! sage ich trotz Adolf Wagner — zu haben pflegen, kann man es ihnen nicht übel nehmen, wenn sie froh sind, die Sorge um die ältesten möglichst rasch los zu werden. Ist das Kind aus der Schule heraus, dann muß es solange arbeiten wie ein Erwachsener. Denn Gesetze zum Schutz der jugendlichen Arbeiter, wie wir sie glücklicherweise für die vierzehn- bis sechzehnjährigen Fabrikarbeiter haben, gibt es ja auf dem Lande nicht. Also wird geschuftet von früh bis spät. Das Bischen, was die Schule mühsam eingepaukt hat, wird rasch vergessen. Und hinzu kommt nichts. Denn ländliche Fortbildungsschulen — na, die soll man mal in Ostbrien suchen. Du hast mir einmal klar zu machen versucht, das „ginge auch nicht.“ Ja, warum geht es denn aber in Baden oder in Nassau? Meinemwegen — ich bin wirklich kein verbohrtter Prinzipienreiter — soll man in den Erntezeiten alles beim Alten lassen. Da giebt es auf

dem Lande soviel unaufschiebbare Arbeit, daß alles mitzugreifen muß. Aber so sieben bis acht Monate hindurch müßte ein obligatorischer Fortbildungsunterricht sehr gut einzurichten gehen. Der Bund der Landwirte wird ihn ja trotz aller seiner stets behaupten Liebe zu den Landarbeitern nicht vorschlagen. Aber ihr Großgrundbesitzer, die ihr wirkliches Interesse an euren Arbeiten nehmt, und ich rechne Dich aus Überzeugung dazu, solltet doch einmal der Frage in den landwirtschaftlichen Vereinen näher treten. Bis jetzt liest man immer nur von Anregungen, die Schulzeit zu beschränken oder sie wenigstens den Landarbeiten anzupassen, die Ferien auszudehnen, die Dispensation zu erleichtern usw. Aber von Bemühungen, die Landarbeiterjugend besser auszubilden, habe ich selbst von euch „besseren“ Junkern noch nichts vernommen.

Dabei klagt ihr in allen Tonarten über die Dummheit und Unmoral der Leute. Stelle dir einmal vor, Du wärest in dem Gefindehaus deines lieben Neudorfer Nachbarn aufgewachsen — für acht Kinder samt den Eltern ein einziges unheizbares Zimmer, für das ganze Gefindehaus nur der eine große heizbare Raum, wo alles kocht, die Mutter immer auf Arbeit — sonst wird der Familie sofort gekündigt — du als Kind vom achten Jahre an, wenn nicht früher, mitverdienend, und wäre es auch nur durch Ahrenlesen, Kastaniensammeln, Gänsehüten und ähnliche bildende Beschäftigungen, mit vierzehn Jahren Dönsenjunge geworden mit der Aufgabe, von früh bis Abend zu arbeiten, womöglich auch im Stall zu schlafen, und das alles mit der Aussicht, im besten Fall Dein Leben als Großknecht zu beschließen. Ja, wenn Du dann trotzdem eine gewisse Höhe der geistigen Ausbildung und der moralischen Auffassung erreicht hättest, dann würde ich allerdings meinen Hut bis tief zur Erde ziehen. Ich fürchte nur, ich würde nicht in die Lage gekommen sein.

Eigentlich liegt es doch in eurem eigenen Interesse, wenn die Arbeiter etwas besser ausgebildet werden. So stumpfsinnig einzelne Landarbeiten auch sind, so gibt es doch kaum eine, die nicht von einem intelligenten Arbeiter besser verrichtet würde als von einem Halbtier. Und die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Beschäftigungen verlangt eigentlich, im Gegensatz zu einem großen Teil der Fabrikarbeiten, eine ganze Portion Intelligenz. Ihr wäret landwirtschaftlich ein gut Stück weiter, wenn ihr klügere Arbeiter hättet. Freilich, wo hernehmen und nicht stehen? Die Arbeiter sind dumm und bleiben dumm, wenn ihr es so weiter treibt wie bisher.

Denn schließlich thut ihr alles, um sie absichtlich in ihrer Dummheit zu erhalten. Wir haben ja einmal ausführlich darüber gesprochen.



Du hörtest meine entschieden sehr vernünftigen Auseinandersetzungen ganz ruhig an und meintest dann lächelnd: „Bravo rechts! Du hast vollkommen recht. Dein System hat leider nur ein einziges kleines Loch. Je mehr die Arbeiter lernen, um so mehr werden sie nach der Stadt ziehen. Kluge und gebildete Arbeiter bleiben nicht bei uns.“ Das war vor ein paar Jahren, als die Leutenot nur bei ganz wenigen Leuteschindern bestand. Heute ist sie ziemlich allgemein geworden. Ihr habt nichts gethan, um die Leute klüger zu machen. Aber so klug sind sie doch geworden, nicht auf dem Lande zu bleiben. Und nun sitzt ihr da mit eurer Leutenot. Du schreibst ja selbst: „Ich bin zwar sehr für die Zölle. Aber wenn mir ein guter Stamm Leute gegen Verzicht auf die Zollerhöhung garantiert wird, so sind mir die Leute lieber als die Zölle.“

Was wollt ihr gegen die Leutenot machen. Aufhebung der Freizügigkeit? Du gibst ja zu, daß Du daran nicht recht glaubst. Du kannst sogar einen Schritt weiter gehen und diesen Gedanken ein für allemal schießen lassen. Die Freizügigkeit ist eins der Dinge, die, wenn sie einmal eingeführt sind, einfach nicht wieder abzuschaffen gehen. Und zwar deshalb nicht, weil alle Menschen von ihr profitieren. Ich möchte wohl wissen, was die lautesten Schreier nach der „Beseitigung der Auswüchse der Freizügigkeit“ sagen würden, wenn man ihren Kindern oder gar ihnen selbst die Bewegungsfreiheit irgendwie beschränken wollte. Ich hatte in der Beziehung mal auf einem hessischen Dorfe eine interessante Debatte. Ein antisemitischer Bauer erklärte, das Einzige, was der Landwirtschaft helfen könne, sei die Beseitigung der Freizügigkeit. Niemand wolle mehr auf dem Lande bleiben. Knechte und Mägde bekomme man überhaupt nicht mehr. Zufällig war ich über die Familienverhältnisse des Mannes unterrichtet. Er hatte sechs Kinder, von denen ein Sohn und eine Tochter im Hause waren. Ein Sohn hatte beim Militär kapituliert, einer war auf dem Lehrerseminar, der dritte diente als Kutscher in Frankfurt a. M., eine Tochter diente irgendwo in der Stadt als Köchin. Ich fragte ihn, ob er denn wünschte, daß seine Kinder gesetzlich verhindert würden, draußen ihr Glück zu machen. Er machte ein sehr bedenkliches Gesicht. Von der Seite hatte er die Sache noch nicht angesehen. Daß die Kinder der armen Leute auf dem Dorfe blieben, um bei ihm zu dienen, schien ihm recht und billig. Ebenso recht und billig war es ihm aber bisher erschienen, daß seine eigenen Kinder dahin gingen, wo sie sich am besten etwas verdienen konnten. Die anderen freuten sich, als ich dem Manne so mit dem argumentum ad hominem diente. Er selbst schwieg sich aus. In Zukunft wird

er sich in seiner Beurteilung der Freizügigkeit wohl etwas Reserve auferlegen.

Nein, auf die Weise geht es wirklich nicht, wie Du mir ja selbst halb und halb zugegeben hast. Also was dann? Was schlagen Deine agrarischen Freunde außer diesem untrüglichen Mittel eigentlich noch vor, um die Leutenot zu beseitigen?

Erhöhung der Zölle, damit die Getreidepreise steigen, und sie dann so hohe Löhne zahlen können, um mit der Industrie konkurrieren zu können. Das klingt gar nicht übel. Natürlich kann nur der anständige Löhne zahlen, der angemessene Einnahmen hat. Als wir den Industriearbeitern die Flottenpolitik klar zu machen versuchten, operierten wir auch immer mit diesem Argument: die Arbeiter haben ein Interesse daran, daß die Fabrikanten guten Absatz haben. Denn nur wenn die Industrie flott geht, können die Arbeiter anständige Löhne bekommen. Interessengemeinschaft besteht insofern zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Darum sollen die Arbeiter die Ausgaben für die Flotte bewilligen, die unseren Absatz sichert.

Soweit sehr schön. Und Du wirst nun glauben, daß ich mit dieser Beweisführung dazu kommen muß, im Interesse der Landarbeiter für die Zollerhöhung einzutreten. Ganz so läuft die Sache aber doch nicht. Einmal führt die Zollerhöhung ja gar, nicht zu einer dauernden Steigerung der Einnahmen der Landwirte, sondern zu einer Erhöhung der Grundrente und damit zu einer Steigerung der Güter- und Pachtpreise. Jeder neue Käufer oder Pächter, jeder Erbe eines Gutes würde in Zukunft dem Arbeiter, der mit Rücksicht auf die hohen Zölle um eine Lohnerhöhung einkäme, erwidern: „Lieber Freund, ihr irrt euch, wenn ihr glaubt, ich stände besser da als mein Vorgänger zur Zeit der niedrigen Zölle. Ich habe zwar aus dem Getreide jetzt durchschnittlich 5000 Mark Einnahme mehr. Dafür habe ich aber auch das Gut um 120 000 Mark höher angerechnet bekommen. Ich kann Euch also nichts zulegen.“ Und der Mann hätte recht.

Vor allem aber, selbst wenn Du die Wichtigkeit dieser Darlegung bestreitest — woran Du freilich sehr unrecht hättest — bitte ich Dich, Dir einmal zwei Gesetzesbestimmungen zu vergegenwärtigen. In § 152 der Gewerbeordnung heißt es:

Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, werden aufgehoben.

Dagegen lautet § 3 des preußischen Gesetzes vom 24. April 1854:

„Gesinde, Schiffsknechte, Dienstleute oder Handarbeiter der §§ 2a, b, c, d bezeichneter Art, welche die Arbeitsgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden oder zu einer solchen Verabredung etwa auffordern, haben Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre verwirkt.“

Zu den von diesem Paragraphen betroffenen „Handarbeitern“ gehören nach § 2 sowohl die Instleute, Tagelöhner, Einlieger, Kothensleute usw., die in den Häusern der Herrschaft wohnen, wie die Handarbeiter, die sich „zu bestimmten land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten, wie z. B. Erntearbeiten auf Acker und Wiese, Molinationsarbeiten, Holzschlagen usw. verbünden haben.“

Zwischen den gewerblichen Arbeitern und den Landwirtschaftlichen besteht also der kleine Unterschied, daß die einen von den Vorteilen einer günstigen Konjunktur profitieren können, die anderen nicht. Die Industriearbeiter organisieren sich, stellen in corpore Lohnforderungen, streifen widrigenfalls. „Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.“ Die Landarbeiter wandern bis zu einem Jahr ins Gefängnis, wenn sie auf denselben Gedanken kommen sollten. Wenn der Doppelzentner Roggen von vierzehn auf zwanzig Mark steigen sollte, so hätten die Landarbeiter auch nicht die mindeste Gewißheit, eine Lohn-erhöhung zu bekommen. Es dürften nicht einmal drei Arbeiter eines Rittergutsbesizers sich zusammen zum gnädigen Herrn begeben und ihn unter Androhung der Arbeitseinstellung um eine Lohnaufbesserung angehen, ohne zu riskieren, deswegen eingesperrt zu werden — von Gesetzes wegen. Wollt ihr also wirklich die Zollerhöhung mit der Begründung befürworten, die Landarbeiter sollten höhere Löhne erhalten, so beantragt gefälligst gleichzeitig die Verleihung des Koalitionsrechtes an sie.

Bitte, schlag nicht lang hin! Ich kann mir Deinen Gesichtsausdruck ungefähr denken, wenn Du bis zu dieser Stelle meines Briefes gekommen bist, und auch so ziemlich die Worte, die nunmehr dem Gehege Deiner Zähne entfliehen dürften. Aber ich meine die Sache wirklich ganz ernsthaft und bitte Dich einen Augenblick um geneigtes Gehör.

Zunächst rate ich Dir, nicht allzu agrarische Kraftausdrücke über meinen Vorschlag zu gebrauchen. Du würdest nämlich damit nicht nur mich treffen — ich kanns vertragen —, sondern auch einen erprobten Antisemiten und Führer des Bundes der Landwirte, den Grafen

Reventlow-Wulfsbagen. Besagter Reventlow, der wohl von seiner sozialdemokratischen Vergangenheit her sich immer noch etwas sozialpolitisches Verständnis in seine agrarische Gegenwart hinein gerettet hat, hat nämlich voriges Jahr in Damaskus „Deutscher Volksstimme“ die Organisation der Landarbeiter empfohlen. Er will doch vermutlich nicht den Ruin der Landwirte. Und doch tritt er für das Koalitionsrecht ein. Er sieht eben, es geht nicht anders.

Und es geht auch wirklich nicht. Glaubst Du vielleicht, daß die Rittergutsbesitzer aus freien Stücken die Löhne erhöhen werden, wenn ihre Einnahmen steigen? Manche gewiß. Es gibt ja auch Fabrikanten, die den Achtstundentag eingeführt haben, Kaufleute, die freiwillig um acht Uhr schließen, Handwerksmeister, die ihren Gesellen den 1. Mai freigeben. Es hat immer einzelne besonders weitblickende oder besonders wohlwollende Leute gegeben, die Reformen freiwillig bei sich eingeführt haben. Aber das sind immer Ausnahmen gewesen. Alle großen Fortschritte verdanken wir dem Zwang. So war es, so ist es, und so wird es wohl bleiben, bis alle Menschen vom Egidyschen Idealismus erfüllt sind, worauf wir wohl zweckmäßigerweise nicht warten wollen. Wären hohe Arbeiterlöhne die Konsequenz höherer wirtschaftlicher Einnahmen, so hätten die Landarbeiterlöhne Anfang der siebenziger Jahre am höchsten sein müssen. Damals waren ja die Getreidepreise so unsinnig hoch, daß ihr Agrarier noch immer sehnsüchtig nach diesem verlorenen Paradiese zurückschau. Seitdem sind die Preise stark gefallen, die Löhne aber bedeutend gestiegen. Wenigstens höre ich das in allen ländlichen Versammlungen behaupten. Wenn bei weichenden Preisen Lohnsteigerungen vorgekommen sind, wer bürgt mir dafür, daß steigende Preise Lohn erhöhungen im Gefolge haben werden? Werden nicht die Landwirte sagen, wenn wir den Hochzoll bekommen: „Wir haben so viele Jahre zusehen müssen. Jetzt wollen wir erst einmal unsere Verluste einbringen. Über Lohnerhöhungen sprechen wir später“?

Vor allem eins: der Hochzoll verlangsamt unsere industrielle Entwicklung. Agrarische Redner suchen, wenn sie industrielle Arbeiter vor sich haben, sie immer damit zu ködern, daß sie erzählen, die Politik des Bundes der Landwirte werde den Zugang nach der Stadt einschränken. Das heißt also, man erwartet eine verminderte Beschäftigung von Arbeitern in der Industrie, eine Zunahme des Arbeiterangebots auf dem Lande. Zunahme des Arbeiterangebots bedeutet Lohndruck. Wenn bisher trotz der verhältnismäßig niedrigen Getreidepreise die Löhne auf dem Lande gestiegen sind, so kam das nur daher, daß die Nachfrage

nach Arbeitern das Angebot übertraf. Nun, ändert sich das in Zukunft, und die agrarische Politik hat das ja im Auge, so schwindet jede Hoffnung für die Landarbeiter, von der günstigen landwirtschaftlichen Konjunktur zu profitieren. In der Industrie hat die gute Konjunktur dank des Koalitionsrechtes der Arbeiter fast mit Notwendigkeit Lohnerhöhungen im Gefolge. Auf dem Lande könnte gerade das Gegenteil eintreten, wenn die landwirtschaftliche Blüte mit einer Stockung der Industrie verbunden wäre, wie das bei einer Hochzollpolitik kommen muß.

Bitte, bleibt uns also mit den Nebensarten von der Sorge für die Landarbeiter vom Leibe, wenn ihr für hohe Zölle ohne Koalitionsrecht eintretet. Fordert ihr Beides zusammen, so würde ich, der schärfste Gegner jeder Zollerhöhung, mit mir reden lassen. Habe ich wirklich die Wahl, auf der einen Seite keine Zollerhöhung und kein Koalitionsrecht, auf der anderen Zollerhöhung und Koalitionsrecht, so würde ich um des Koalitionsrechtes willen die Zollerhöhung mit in Kauf nehmen. So sehr liegt mir das Koalitionsrecht der Landarbeiter am Herzen. Ich verspreche mir nämlich eine solche Hebung des Landarbeiterstandes und vor allem solche politischen Folgen davon, daß ich selbst ein großes Übel dafür mitpassieren lassen würde.

Von den politischen Folgen rede ich später. Übrigens wagen die Agrarier gar nicht, politische Gründe — die Erhaltung konservativer Wahlen! — gegen das Koalitionsrecht anzuführen. Damit würden sie sich eine zu große Blöße geben. Sie führen wirtschaftliche Gründe ins Feld. Sie behaupten, ein Streik der Landarbeiter sei grundsätzlich etwas anderes als ein Streik von gewerblichen Arbeitern. Streike man in einer Fabrik, so werde zwar nicht weiter produziert, aber es handle nur um die Verzögerung der Produktion, nicht um die Zerstörung eines Produktes. Breche dagegen ein Landarbeiterstreik zur Erntezeit aus, so könne die gesamte Ernte verloren und damit ein uneinbringlicher Schaden am Nationalvermögen angerichtet sein.

Das klingt ganz probabel. Aber es klingt auch nur so, ist es jedoch in Wirklichkeit nicht. Bei unzähligen industriellen Streiks handelt es sich nicht bloß um die zeitweilige Einstellung der Produktion, sondern um die Vernichtung des Produktes, ja manchmal um noch weit mehr, um die Zerstörung des Produktionsmittels oder vielmehr der Produktionssubstanz. Ein Streik in einem Bergwerk kann dazu führen, daß die Grube erschäuft, also dauernd unbenutzbar gemacht wird. Ein Erntestreik zerstört schlimmstenfalls die Frucht eines Jahres, mindert damit einmalig

den Ertrag des Nationalvermögens. Ein Grubenstreik kann dauernden Schaden im Gefolge haben, den Kapitalwert des Nationalvermögens herabsetzen. Trotzdem denkt kein vernünftiger Mensch daran, — die Verfasser und Verteidiger der Zuchtbausvorlage rechne ich nämlich nicht zu den politisch mit Vernunft begabten Individuen —, den Bergarbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Natürlich hat das Koalitionsrecht seine Gefahren. Aber es ist eine Notwendigkeit. Der moderne Arbeiter läßt es sich einfach nicht mehr gefallen, daß man ihm die Möglichkeit nehmen will, der natürlichen Übermacht des Kapitals durch die Organisation der Arbeit ein Paroli zu bieten. Wird ihm dies Recht vorenthalten, wie heute noch den Landarbeitern, so wandert er ab. Wer sich nicht wehren kann, der flieht. Die Geduld des Schafes, das sich ruhig abschlachten läßt, ist heute selbst bei den rückständigsten Arbeitern nur noch selten zu finden.

Die Leutenot ist da. Sie wird von Jahr zu Jahr schlimmer werden. Laßt mal die Russen die Grenzen zumachen, dann werdet ihr Großgrundbesitzer schon heute teilweise die Ernte nicht mehr bergen können. Wollt ihr trotzdem wegen der Gefahr, daß es vielleicht gelegentlich irgendwo einen Erntestreik geben könnte, lieber den Landarbeitern das Recht vorenthalten, ohne das ihr sie nie werdet halten können? Noch wissen Hunderttausende von Landarbeitern das Koalitionsrecht nicht zu schätzen. Aber von Jahr zu Jahr werden der Wissenden mehr. Immer häufiger wird die Berührung von gewerblichen und Landarbeitern. Immer weitere Schichten der Landarbeiter durchdringt das Bewußtsein, daß sie unter einem Ausnahmegesetz stehen, dem sie nur durch die Landflucht entgehen können. Gerade die höchst stehenden Arbeiter empfinden ihre Rechtlosigkeit am schwersten.

Auf dem bisherigen Wege geht die Sache sicher nicht weiter. Versuche es also einmal auf einem neuen! So riskant ist es wirklich nicht. Kaum ein Land außer Deutschland hat die Arbeiter so rechtlos gelassen. Und selbst in Deutschland gibt es Bezirke wie Elsaß-Lothringen, wo die Landarbeiter das Koalitionsrecht haben, ohne daß die befürchteten schrecklichen Folgen eingetreten wären.

Freilich, eins ist mit dem Koalitionsrecht unausbleiblich verbunden: die politische Emanzipation der Landarbeiter. Bis jetzt seid ihr daran gewöhnt, daß, wenn hundert Landarbeiter abstimmen, hundert konservative Stimmzettel in der Urne liegen. Ich gebe zu, daß es für die Konservativen ein sehr behaglicher Zustand ist, so sichere Wählermassen zu haben, Wähler, zu deren Gewinnung weder Reden noch Flug-

blätter gehören, sondern die man einfach hat. Auf so etwas verzichtet man nicht ohne Weiteres. Das ist begreiflich. Aber, sage mal selbst, bildet ihr euch wirklich ein, daß der jetzige Zustand ewig, d. h. auch nur noch zwanzig Jahre dauern wird? Zeitungen lesen ja eure Leute nicht. Erstens haben sie keine Zeit dazu, zweitens kein Geld, und drittens thut ihr alles, um sie ihnen vom Leibe zu halten. Bücher kriegen sie, außer dem Gesängbuch natürlich, erst recht nicht in die Hand. Alles ist also dazu angethan, um sie im Staube der politischen Unschuld zu erhalten. Trotzdem nehmen die sozialdemokratischen Stimmen auf dem Lande bedenklich zu. Ein Flugblatt, das, der Himmel weiß wie, allen Bögten und Hofsunden zum Trost den Leuten am Tag vor der Wahl nebst den nötigen Stimmzetteln zugesteckt worden ist, genügt manchmal, eine konservative Hochburg in die Luft zu sprengen. 1893 wurden auf Alt-Danekow von 94 Wählern 92 Stimmen abgegeben — zwei Leute waren todtrauf — und 92 Stimmzettel trugen den Namen des konservativen Kandidaten. 1898 steckten in der Urne 71 „rote“ Zettel. Nur der Schafmeister, die Brenner, der Inspektor, der Gärtner und die anderen „Honorationen“ des Gutsbezirkles hatten sich anscheinend gehalten. In all die anderen war der Teufel gefahren, ohne daß man von der verstockten Gesellschaft irgend etwas Näheres herauskriegen konnte. Entlassen konnte man die ganze Bande natürlich nicht. Ein paar räudige Schafe kann man ja ansmerzen. Aber gehen die Kerls en masse vor, so ist man natürlich machtlos. Man frißt den Grimm in sich hinein. Das ändert an der Sachlage natürlich nichts. Hier und da wird vielleicht ein Versuch mit dem „corriger la fortune“ gemacht. Erinnerst Du Dich noch der Fran von — doch ich will selbst in einem Brief den Namen lieber nicht schreiben. Man weiß nie, was für Schicksale das geschriebene Wort hat. Wen ich meine, weißt Du ja. Die war fuchs-  
teufelswild, als ihr die Stimmzettelzählung so eine „rote“ Überraschung bescherte. So eine Schande durfte über ihr Gut nicht kommen. Was hätte der Landrat gesagt! Da mußte der Inspektor — ich glaube, er schwärmte sie heimlich an — als Wahlvorsteher denn den nötigen Umtausch der Zettel bewerkstelligen. So fiel die Wahl zwar „korrekt“ aus, aber der Inspektor mußte nachher brummen, weil doch etwas durchgefickert war. Na, so eine Gefängnisstrafe schreckt doch ab. Seitdem ist in der ganzen Gegend nichts mehr vorgekommen.

Mit allem Zwang und aller künstlichen Dummerhaltung werdet ihr eure Arbeiter nicht vor der Sozialdemokratie bewahren. Bei der öffentlichen Landtagswahl werden sie natürlich weiter stimmen, wie sie müssen.

Aber bei den Reichstagswahlen wird immer stärker der Ruf ertönen: Revolution für Sadowa! Ja, wenn noch irgendwelche Interessengemeinschaft zwischen euch und den Arbeitern bestände wie früher. Zur schönen Zeit des Naturallohnes, als der Arbeiter allgemein den zwölften oder fünfzehnten Scheffel bekam, da lag ihm wohl etwas daran, daß die Ernte reichlich und die Preise gut waren. Aber jetzt? In den Gründerjahren seid ihr „modern“ geworden und habt den Naturallohn durch den bequemeren und auch damals für euch weit profitableren Barlohn ersetzt. Jetzt in den schlechten Zeiten erntet ihr die Früchte. Jetzt pfeifen die Arbeiter darauf, wieviel ihr erntet und wie teuer ihr verkauft. Mir ist es unverständlich, warum der Bund der Landwirte nicht längst dafür Propaganda macht, daß der Naturallohn, der ja nur die alte Form der modernen Gewinnbeteiligung ist, wieder möglichst eingeführt werde. Der Graf Reventlow, auf den ich Dich schon vorher aufmerksam machte, hat die Gewinnbeteiligung für seine Arbeiter in der modernen Form der Barbeteiligung eingerichtet und ist mit dem Erfolge zufrieden. Aber sonst hört man merkwürdigerweise von ähnlichen Versuchen gar nichts. Ich bemerke übrigens, daß ich die Gewinnbeteiligung oder den Naturallohn nicht empfehle. Denn ich habe, wie ich ehrlich bekennen will, nicht das mindeste Interesse daran, euch Großgrundbesitzern zu helfen. Aber warum ihr das nicht einfach aus Selbstinteresse macht, begreife ich nicht. Ihr könnt der Sozialdemokratie gar keinen böseren Streich spielen.

Oder doch. Es gibt noch einen anderen Weg, um der Sozialdemokratie den Weg aufs Land zu verlegen. Macht die Arbeiter ansässig! Als neulich Onkel Fred so furchtbar über die Lenteuot stöhnte — unser einziges Glück sind die Mädchen mit unehelichen Kindern, meinte er, sonst hätten wir überhaupt keine Kutschmägde mehr —, da schlug ich ihm auch die Ansässigmachung der Arbeiter vor. Na, das Entsetzen hättest du hören sollen! „Damit wir jeden Einfluß auf die Leute verlieren. Jetzt sind sie schon hochbeinig genug. Aber wir haben sie wenigstens in der Hand. Wenn sie die Frauen oder die Kinder nicht zur Arbeit schicken, schmeißen wir sie aus der Wohnung. Aber wenn sie erst auf ihrem Eigenen sitzen, dann werden wir sie wohl noch unterhänigst bitten müssen, wenn sie überhaupt zur Arbeit kommen sollen! Und wie die Kerls dann wählen werden!“ Na, jedenfalls nicht sozialdemokratisch, meinte ich. Merkwürdig, wie der eigene Besitz dagegen immunisiert. „Dann wählen sie eben freisinnig. Ist das etwa weniger schlimm?“ Kurz, es war nichts zu machen. Und wie Onkel



Fred, so steht ihr doch eigentlich alle zur Idee der inneren Kolonisation. Das heißt, ich weiß nicht, ob Du persönlich anders denkst. Aber was man sonst aus landwirtschaftlichen Kreisen hört und liest, ist eigentlich durchweg dagegen. Der Sorquittener Mirbach hat sich ja seiner Zeit im Herrenhause offen gegen die Rentengüter erklärt, weil sie „den Gütern die besten Vorarbeiten wegnehmen.“

Heute sind die Arbeiter landlos, d. h. heimatlos. Und man wundert sich, daß sie nicht an der „Heimat“ hängen! Wenn man auf dem Lande lebt, muß man nun einmal auf ungezählte Genüsse und Anregungen verzichten, die dem Städter zur Verfügung stehen. Aber es gibt ein Mittel, um diesen ungeheuren Mangel auszugleichen, das ist der eigene Besitz. Haus, Garten, Feld, und wären sie noch so klein, sie halten einen fest, wenn sie einem gehören. Alle Arbeit, die man hineinsteckt, kommt einem selbst oder den Kindern zu gute. Man freut sich der eigenen Thätigkeit, weil man ihre Früchte ständig vor Augen hat. Man hat etwas Sicheres, wovon einen niemand vertreiben kann. Der Bauer ist landständig, weil er Land hat. Der Landarbeiter ist landflüchtig, weil er immer nur fremdes Land fruchtbar machen soll. Hoffnungslos liegt die Zukunft vor ihm. Was sein Vater war, wird er bleiben und wird sein Sohn werden: besitzloser Landarbeiter. Es ist kein Flecken da, das er kaufen könnte. Will er etwas anderes werden, will er es weiter bringen, muß er ab- oder auswandern. Die Hoffnungslosigkeit macht die Masse stumpf, treibt die Besten und Intelligentesten in die Ferne.

Sage einmal selbst, was hat so ein Landarbeiter, verglichen mit dem städtischen, von seinem Leben? Ich will gar nicht von den Vergnügungen sprechen, sondern von den ernsten Dingen. Nehmen wir einen interessierten Industriearbeiter an. Er gehört einer Gewerkschaft an, besucht ihre Versammlungen, unterrichtet sich dort über seine Berufs- und Staatesfragen. Er hält sich durch das Lesen einer Zeitung und den gelegentlichen Besuch einer öffentlichen Versammlung politisch auf dem Laufenden. Er macht mal einen Kursus in der Arbeiterbildungsschule mit, um sich geistig anzuregen. Er ist Wähler zur Gemeindevertretung, zum Landtag und zum Reichstag und erquickt sich an den Aufregungen der verschiedenen Wahlkämpfe. Er kann Beisitzer eines Gewerbegerichtes oder Mitglied eines Krankenkassenvorstandes werden. Kurz, er hat Gelegenheit, sich außerhalb seiner Berufsarbeit auf den verschiedensten Gebieten zu bethätigen, Einfluß zu gewinnen, es zu etwas zu bringen. Was erwartet den Landarbeiter dagegen

nach gethaner, oft überlanger Arbeit? Der absolute Stumpfhirn. Einer Berufsvereinigung darf er nicht angehören. Gelegenheit zur Fortbildung gibt es nicht. Von allen Ehrenämtern ist er, wenn nicht rechtlich, doch thatsächlich ausgeschlossen. Wählt man ihn doch nicht einmal in die Kirchenvertretungen, wo es eigentlich „nicht Herr noch Knecht“ geben sollte. Gemeindewahlrecht hat er nicht, da die Gutsbezirke selbstherrlich vom gnädigen Herrn regiert werden. Ländliche Gewerbegerichte existieren nicht. Politische Versammlungen gibt es nicht einmal in der Wahlzeit, da kein Lokal dafür gegeben wird. Höchstens daß die Arbeiter einmal im Leiterwagen zu einer konservativen Versammlung nach der Kreisstadt gefahren werden, um dort unter Aufsicht des Inspektors Weisfall zu klatschen, wofür sie pro Kopf zwei Glas Bier gratis erhalten. Der Wahlakt selbst ist ein Hohn auf den Begriff der Wahlfreiheit. Niemand hat der Landarbeiter das Gefühl, daß er ein Recht ausüben, daß er eine freie Entschließung fassen oder gar, daß er irgend etwas werden könne.

Man behandelt ihn als Arbeitstier, und wundert sich dann, wenn er schließlich vertiert, wenn ihm dann beim Stehlen nur das Gefaßtwerden verwerflich erscheint, wenn er die Faulheit für eine natürliche Eigenschaft hält, wenn er im Schnaps den einzig idealen Lebensgenuß erblickt. Lieber Vetter, wenn ihr Rittergutsbesitzer, die ihr jeden zweiten Sonntag „des guten Beispiels wegen“ in der Patronatsloge der Kirche sitzt, so oft als „Stützen des Altars“ gefeiert werdet, so möchte ich doch wissen, wie ihr mit eurem Christentum eigentlich das verantworten könnt, was aus euren Landarbeitern geworden ist. Denn ihr seid für sie verantwortlich, weil ihr ihnen bis jetzt jede Möglichkeit der Entwicklung vorenthalten habt.

Gewiß, die Landarbeiter stehen zum größten Teil sehr tief. Ihr sagt: „Eben deshalb darf man ihnen kein Wahlrecht geben.“ Wir sagen: „Gerade deshalb müssen sie Rechte bekommen.“ Sonst würde es ja immer beim Alten bleiben. Mit den Rechten kommt auch das Verantwortlichkeitsgefühl. Die Landarbeiter können nur dann sich heben, wenn sie Gelegenheit bekommen, sich zu entwickeln. Die besseren Elemente, die doch heute wahrhaftig schon da sind, werden allmählich die anderen zu sich heranziehen, wenn sie nur erst sich selber frei bethätigen und dadurch sich zu Führern heraubilden können. Das Koalitionsrecht ist die unerläßliche Grundlage dafür. Schafft ihr dann noch die Gutsbezirke ab und laßt so endlich die Landarbeiter zum Gemeindewahlrecht kommen, führt ihr ländliche Gewerbegerichte ein,

gebt ihr den Landarbeitern Wahlrecht zu den Landwirtschaftskammern und zu den Kreistagen, ja dann kann es endlich vorwärts gehen. Freilich, gesetzliche Vorrechte, die wahrhaftig längst privilegia odiosa geworden sind, müßtet ihr aufgeben, um dann durch eigene Tüchtigkeit euch Führerrechte zu erkämpfen.

Nennst du das eine „Revolutionierung des Landes“, so habe ich nichts dawider. Auf dem Lande muß es wirklich von Grund aus anders werden. Das neue deutsche Reich hat für die Industriearbeiter viel gethan, lange noch nicht genug, aber doch auch nicht ganz wenig. Die Landarbeiter sind fast völlig leer ausgegangen. Und doch hätten diese Stiefkinder der Gesetzgebung die Hilfe von oben am meisten nötig, weil sie sich selbst zu helfen außer stande sind. Ihre Rechtlosigkeit schreit zum Himmel. Und sie wird nicht einmal durch annehmbare materielle Lage kompensiert, wie es z. B. bei den Unterthanen des seligen Königs Stumm der Fall war.

Oder glaubst du etwa auch an das Märchen, daß es den Landarbeitern gut gehe, „verhältnismäßig“ besser als den städtischen? Natürlich weiß ich, daß es in einzelnen Gegenden selbst Ostpreußens Landarbeiterinnen gibt, die sich besser stehen als die berühmten Mäntelnäherinnen des ehemaligen Singerschen Kompagnons Rosenthal, deren sich die agrarische Presse so liebevoll annimmt. Aber im Allgemeinen müßten, um im Stile Miquels zu sprechen, die Industriearbeiter die größten Esel sein, wenn sie es der „Deutschen Tageszeitung“ glauben wollten, daß eigentlich die Landarbeit besser entlohnt werde als die Fabrikarbeit.

Wie steht es denn mit den Löhnen? In einem denkwürdigen Prozesse, auf den ich noch heute stolz bin, habe ich den gerichtlichen Nachweis erbringen lassen, daß das Rittergut Cunern seinen Männern im Winter 60, im Sommer 80, seinen Frauen im Winter 35, im Sommer 40 Pf. Lohn zahlt. Dazu gibt es an Nebenbezügen nichts, rein gar nichts, außer ein paar Furchen Kartoffelfeld. Gewiß, diese Sätze sind ungewöhnlich niedrig. Aber daß man bei solchen Löhnen, die den Diebstahl fast zu einer moralischen Einrichtung stempeln, irgendwo, und wäre es auch nur im Kreise Wohlthun in Schlesien, noch Arbeiter findet, das beweist doch, was man einem Landarbeiter noch zu bieten wagen kann. Ich hatte im vorigen Winter mit Vetter Gustav ein Gespräch, das mir sehr lehrreich war. Er schwärmte für die Prügelstrafe. Heute wirke die Gefängnisstrafe nicht abschreckend, sondern verlockend. „Denke Dir, da sind nenlich in meinem Amtsbezirke zwei Arbeiter aus dem

Gefängnis zurückgekommen, der eine brachte 80, der andere 120 Mk. mit. Ja, das macht uns doch unsere Leute auffällig. Die können sich bei ihrer Arbeit nicht soviel ersparen wie die Hallunken im Gefängnis.“ Na, ich schwieg, der gute Gustav wird leicht ein bißchen hitzig, wenn man ihm Einwendungen macht. Aber ich muß doch sagen, ich hatte es selbst für Westpreußen kaum geglaubt, daß ersparte Summen von 80 und 120 Mark als so ungeheuerlich erscheinen könnten. Da kann man doch mit den Lohnverhältnissen wirklich keine Lichter aufstecken.

Oder die Kost? Die kommt ja fast nur fürs Gefinde und für die Schnitter in Betracht, da sich die freien Arbeiter mit ihren in Heringslake getauchten Kartoffeln selbst beköstigen. Aber wo die Herrschaft Kost gibt, wie steht es damit? Das wird schwer zu beantworten sein, da die Verhältnisse oft von Gut zu Gut oder auf demselben Gut von Besitzer zu Besitzer wechseln. Einen kleinen Anhalt bot aber doch der Küchenzettel der Ansiedelungskommission, der voriges Jahr — mein Verdienst, ich bin sehr stolz darauf! — bekannt wurde. Der war so eingerichtet, daß die tägliche Beköstigung etwa 40 Pf. kosten sollte, womit man nach Ansicht des Präsidenten der Ansiedelungskommission „gut“ auskommen könne. Fleisch sollte es dreimal in der Woche geben, jedesmal ganze 100 Gramm! Ich habe mir daraufhin 100 Gramm Fleisch gekauft und sie kochen lassen. Die Portion ging bequem in eine schwedische Streichholzschachtel herein, es blieb noch Raum für einige Streichhölzer. Als die ganze Presse bis zur „Kreuzzeitung“ und zur „Deutschen Tageszeitung“ diese Kost für ungenügend erklärte, was erwiderte der Präsident der Ansiedelungskommission? „Die Ansiedelungskommission könne keine bessere Nahrung gewähren, weil sie sonst von den privaten Nachbarbetrieben der Schlanderkonkurrenz bezichtigt werden würde.“ Der hohe Staatsbeamte erklärte damit also, daß die ostelbischen Rittergüter keine bessere, sondern höchstens eine ebenso unzureichende Beköstigung wie die Ansiedelungskommission lieferten. Und die sonst so geschwätzige bündlerische Presse schwieg! Dreimal wöchentlich 100 Gramm Fleisch, damit sind die Landarbeiter nicht zufrieden und sehnen sich nach der Stadt? Anspruchsvolle Gesellschaft!

Und was sagst du zur Arbeitszeit? Bitte, fürchte nicht, daß ich für den Achtstundentag plädiere. So hinverbraunt bin ich wirklich nicht, das, was für die Industrie geht, auf die Erntezeit übertragen zu wollen. Aber ich lernte einmal ein Gut in der Altmark kennen, wo nie nach 6 Uhr gearbeitet wird. Auch da wurde man mit der Ernte fertig. Sollte die manchmal 16—17 stündige Arbeitszeit sich nicht ohne

Schaden verkürzen lassen? Denn daß die Leute, wenn sie so unsinnig lange angespannt bleiben, nicht mehr, vielleicht sogar weniger leisten, als wenn man die Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß beschränkt, die Erfahrung hat man doch eigentlich überall gemacht. Vor allem aber könnte die Sonntagsruhe ohne Schaden etwas mehr gewahrt werden. Viele Amtsvorsteher scheinen zu meinen, sie sei nur deshalb eingeführt worden, damit man, wenigstens im Sommer, ständig von ihr dispensiere. Manche Besitzer lassen ja grundsätzlich nicht Sonntags arbeiten. Dunkel Fred erzählte mir einmal stolz, 30 Jahre habe er sein Gut, nie sei Sonntags gearbeitet worden, und stets sei er früher als die Nachbarn mit der Ernte fertig geworden. Als ich ihm darauf in der einem Reffen zustehenden bescheidenen Form ein sozialpolitisches Wohlverhaltenszeugnis ausstellen wollte, wehrte er freilich ein wenig ab. „Weißt Du, das Vieh hat es vor allem nötig, einmal zu pausieren, Die armen Ochsen und Gänse können einem ordentlich leid thun. Na, die Leute arbeiten ja Montags auch besser, wenn sie sich Sonntags ausgeruht haben“. Aber Leute wie Dunkel Fred, deren umfassendes Verständnis für die richtige Behandlung des Viehs auch ihren Leuten zu gute kommt, sind leider nicht die Regel. Und dann, was nützt die Sonntagsruhe z. B. den Frauen, wenn sie Sonnabends bis in die sinkende Nacht haben arbeiten müssen? Dann besteht ihre Sonntagsruhe darin, daß sie die Stube in Ordnung bringen, wozu die Woche natürlich keine Zeit war, waschen, die Sachen für sich, den Mann und die meist zahlreichen Kinder flicken, im Gärtchen das dringendste besorgen u. s. w. Wenn man von ernsthafter Sonntagsruhe auf dem Lande sprechen will, dann soll man erst einmal den Amtsvorsteher-Mittergutsbesitzern die Zügel etwas straffer ziehen und vor allem für die verheirateten Frauen am Sonnabend Nachmittag gesetzlich die Lohnarbeit verbieten. Insbesondere empfehle ich diesen Vorschlag den vielen frommen Mittergutsbesitzerfrauen, die darüber klagen, daß sogar bei den Frauen der Kirchenbesuch abnehme. Sie machen den „Zeitgeist“, womöglich „sozialdemokratische Vergiftung“ dafür verantwortlich. An ihre respektiven Gatten denken sie weniger.

Schließlich die Wohnungsfrage. Doch „das ist ein zu weites Feld“, wie der alte Fontane jagen würde, darüber muß man mal extra einen Brief schreiben. Ich fürchte, Du wirst schon das kaum verdamen können, was ich Dir diesmal alles vorgelegt habe, trotz Deines beneidenswert guten agrarischen Magens, der Fülle in beinahe unbegrenztem Umfange zu schlucken imstande ist. Übrigens wirst Du auch die Wichtigkeit

mancher meiner Behauptungen bestreiten. Da gäbe es ein sehr vorzügliches Mittel, zu entscheiden, wer von uns beiden recht hat: eine amtliche Enquete. Mag es sich um Lohn oder um Kost, um Arbeitszeit oder Arbeiterwohnungen, um Frauen- oder um Kinderarbeit handeln, immer behauptet ihr Agrarier, man thue euch unrecht, wenn man von allerlei Übelständen redet. Gut, so stopft uns doch endlich endgültig und gründlich den Mund, indem ihr selbst auf eine amtliche Untersuchung der ländlichen Arbeiterverhältnisse dringt. Dann wird es sich ja zeigen, daß ihr im Rechte seid, nicht wahr? Also, an avanti, was zögert Ihr noch!

Du siehst, wir kommen Euch entgegen. Im Übrigen schlage ich vor, daß wir für die Tage der Jagd unsere politischen Auseinandersetzungen suspendieren. Gehen wir von den Landarbeiten zu den Kaninchen über. Waldmannsheil!

Dein

troß alledem getreuer Better

Hellmuth v. Gerlach.





## Freuden und Leiden eines Provinzialredakteurs.

Eine harmlose Plauderei

von

**M. Wenck.**

Hochgeehrtes Fräulein!

**S**ie fragen mich, ob ich in diesem Herbst wieder wie in dem vorigen „unser reizendes Schierke im Harz“ mit seinem trefflichen Sanatorium aufsuchen werde. Soll ich sagen „Gott sei Dank, nein“ oder „Leider nein“? Nein — in jedem Fall. Das „Gott sei Dank“ wäre unhöflich gegen Sie und die anderen Damen und Herren, mit denen ich so manche schöne Stunde verlebt habe; aber es entspräche meinem Gesundheitszustand, dem es zwar nicht schaden würde wieder durch die famose Terrain- und Massagekur des Sanatorium eine Verjüngung zu erfahren, der es aber zu knapper Not auch entbehren kann. Das „leider“ nein wäre aber auch nicht am Platz, denn ich möchte nicht fort, weil ein Redakteur gerade vor der politischen Winterkampagne sich am allerwenigsten von seiner Zeitung trennen darf.

Aber da sehe ich um Ihre Lippen einen ironischen Zug gehen — „ein Provinzialredakteur! der ist doch nicht unerlässlich!“ und ich denke an jene Wanderung im grünen Wald hinauf zu den Hohnklippen, auf der Sie mir auseinandersetzen, daß es eine geistige Kraftvergeudung sei, wenn ein akademisch gebildeter Mann sich in das Joch der Redaktionsarbeit einer kleinen Tageszeitung sperren läßt. „Ein großer Kleinstertopf und eine lange Scheere — jenen zum Aufleben der Auschnitte aus den großstädtischen Zeitungen, diese zur knistfertigen Fabrikation solcher Auschnitte. Daneben ein ständiger Durst für die Stammtischfreunden mit

den ehrsamem Spießbürgern der Stadt, ein allzeit bereites *Raisonnement* für die Klatschgeschichten und gegen den Herrn Bürgermeister und die Stadträte, im übrigen aber die geistige Bescheidenheit, die in den Grenzpfählen des Wohnorts das Ende des Weltkreises respektiert.“ Das war ungefähr das liebliche Bild, welches Sie mir von dem Wesen, Wirken und Vergehen eines Provinzialredakteurs entwarfen, als ich von der Möglichkeit sprach, Berlin mit einer kleinen Stadt zu vertauschen und dort Redakteur zu werden.

Und nun müssen Sie erfahren, daß ich schon deswegen in keinem Fall herböflicher oder winterlicher Kurgast von Schierke werden kann, weil ich wirklich ein solcher „Scheeren- und Kleistertopfmensch“ geworden bin, den die Fabrikation von Zeitungsausschnitten an die Scholle fesselt, auf der er sich nieder gelassen hat, als er der stolzen Kaiser- und Weltstadt an der Spree den Rücken lehrte!

Aber damit Sie mich nicht so ganz in die Ausgabe schreiben, auf der bei dem Konto ihrer Menschen-Einschätzung die Redakteure kleiner Blätter stehen, lassen Sie mich Ihnen vorplaudern, was einen solchen Redakteur an seine Zeitung fesselt, wie er sie „macht“, welche Freuden und Leiden ihm beschieden sind! Vielleicht urteilen Sie dann linder wie damals, als Sie die mitten im Wald von Moos und Steingeröll bedeckten, langsamen Faulwerden unrettbar anheim gegebenen Baumwurzeln mit den in Ruhe und Stolz allem Wetter und Sturm trotzen den Felsenspitzen des Ahrenskind verglichen, und sich so auch das Verhältnis eines kleinen Redakteurs in Krähwinkel gegen die großen Publizisten der Metropole dachten.

Jede Arbeit hat den Wert, der in sie herein gelegt wird. Das gilt auch von der Redaktionsarbeit an einem kleinen Blatt. Will man in demselben nur die geistigen Speisen angewärmt servieren, die das Menü der großstädtischen Kollegin schon angeboten hat, dann sind allerdings Scheere und Kleistertopf wertvoller, als eigene Gedanken und diese werden mit der Zeit so sicher ausbleiben wie dies gemeinlich bei unsern Kreis- und Amtsblättern der Fall ist. Stellt man sich dagegen ein Ideal dessen vor, was auch eine kleine Zeitung bieten soll, ein Ideal, welches man durch eigene Arbeit erreichen will, so weit dies eben ein Ideal überhaupt zuläßt — dann kann auch eine kleine Provinzialzeitung einen Wert erlangen, der dem der großstädtischen Zeitung nicht mehr zu fern ist.

Mir scheint dieses Ideal gegeben von der Erkenntnis der mangelhaften politischen und wirtschaftlichen Bildung aus, an der zwar auch



die großstädtische, aber doch noch weit mehr die kleinstädtische Bevölkerung und zwar bis weit hinein in die Kreise der Gebildeten krankt. Soll es des akademisch Gebildeten weniger würdig sein, durch seine Redaktions-thätigkeit hier politische Bildung schaffen zu helfen, als wie es des Lehrers an den verschiedenen Schulen bis zur Universität hinauf ist, Allgemeinbildung und Faulbildung zu verbreiten? Ist es nicht geradezu eine nationale Pflicht der Bildung, im Zeitalter des allgemeinen und gleichen Wahlrechts dafür zu sorgen, daß an die Stelle der vielen kleinen Zeitungen, die nur Nachrichten, Unterhaltung und Klatsch verbreiten und dabei die einzige tägliche geistige Speise ungezählter Tausender sind — Blätter treten, welche darauf bedacht sind, politische und wirtschaftliche Anschauungen in ihrem Leserkreis zu bilden? Das Ideal wäre, daß auch die kleinsten Blätter von Männern redigiert würden, die hierin ihren Lebensberuf sehen und die auf Grund ihrer Bildung dazu das Zeug haben. Hält man es des akademisch gebildeten Theologen nicht für unwürdig, daß er im kleinsten und entlegendsten Gebirgsdorf seines Amtes waltet, religiöse Erkenntnis zu vertreten — warum hält man es für überflüssig, daß die Redaktionen, von denen täglich ungleich größeren Schaa ren geistige Speise zufließt, mit eben solcher Universitätsbildung versehen sind! Es ist nicht nur Verleger-Egoismus, der um der Geldersparnis willen nur halber Bildung die Redaktionsstuben erschließt. Es ist die geringe Einschätzung der Pflicht, auch in kleinen Zeitungen nur abgerundetes, fundiertes Wissen zu bieten.

Und darum werden Sie es, hochgeehrtes Fräulein, doch vielleicht verstehen, wie auch ein akademisch gebildeter Mann in einer kleinen Provinzialzeitung am Platz sein kann. Vielmehr hege ich oft das Bedenken, ob nicht die akademische Bildung eine noch weit tiefere sein müßte, als sie mir geworden ist. Doch das nebenbei.

Schon aus dem vorher Gehörten werden Sie begreifen, daß ich auf den Leitartikel auch der kleinen Provinzial-Zeitung das Hauptgewicht lege.

Ich weiß es zwar ganz genau, daß von dem Leserkreis auch meiner Zeitung nur ein kleiner Teil ebenso denkt. Die Einen lesen sie um der Inserate willen. Die Andern schauen zuerst nach dem Lokalen. Die Damen — Sie, natürlich nicht, hochgeehrtes Fräulein — nach dem Roman. Das Vermischte ist für Viele das „Beste“. Der Kurzzettel nicht Wenigen das Interessanteste. Aber den großen Weltzeitungen geht es ja auch nicht anders! Und wenn so eine recht packende Überschrift über dem Leitartikel steht „Der Nordprozeß in Gumbinnen, Der Anarchismus, Etwas zum Lachen, Wieder Einer, Gleiche Brüder — gleiche Rappen,

Der Mann mit dem Januskopf u. s. w.“, dann habe ich sie doch, die Andern, die sonst den Leitartikel nicht lesen und in ihm kann dann die Arbeit vor sich gehen auf Bildung eigener politischer Anschauung, auf Verbreitung politischer Kenntnis. Darum müssen die Leitartikel auch „selbst geschrieben“ sein, Originalartikel, nicht Abklatsch, Artikel für den wirklichen Leserkreis gerade des Blattes, in dem sie stehen. Auch wenn wir schon eine nationalsoziale Parteikorrespondenz hätten — ich würde sie selten gebrauchen. Ich denke mir bei jedem Leitartikel einen bestimmten Teil meines Leserkreises, für den er gerade passen soll und es macht mir darum immer Spaß, wenn ich bei — Konkurrenzblättern sehe, daß sie einfach Zeitungskorrespondenzen benützen, die gar nicht auf den Leserkreis zugeschnitten sind. Aber diese Schreibweise steht mir nur als Ideal vor. Sie zu erreichen ist fürchtbar schwer. Eben so schwer wie für den Pfarrer, nur solche Predigten zu halten, wie sie sein Zuhörerkreis braucht und nicht wie sie die Studierstubenluft hat entstehen lassen oder ein — Predigtbuch! —

Neben dem Leitartikel stehen die Politischen Notizen. Die können nur zum Teil eigene Arbeit sein. Hier tritt — ich sehe, jetzt lächeln Sie sicher schon — die Abhängigkeit von der hauptstädtischen Presse hervor. Aber nicht zu früh triumphieren, verehrtes Fräulein! Den Stoff muß freilich das Berliner oder Frankfurter oder Kölner oder Hamburger Blatt geben, aber die Beleuchtung — nein, bitte, die muß Originalarbeit sein, und wieder auf den Leserkreis berechnet. Diese Notizen werden auch viel regelmäßiger gelesen. Ist es schon Hauptgrundsatz „kurze“ Leitartikel, so noch mehr „kurze“ Notizen mit politisch pikanter Spitzmarke, mit scharfer These und Antithese. Hierin eine Meisterchaft zu erreichen, die nicht an allzu scharfer Polemik und nicht an Effekthascherei Schiffbruch leidet — das wird wohl erst nach jahrelanger Arbeit zu erlernen sein, und wer weiß ob dann —.

An die Notizen reihen sich die politischen Nachrichten. Sie sollen all das umfassen was an politischen Ereignissen des Berichtens wert ist, aber auch nur des Berichtens ohne Zusatz, ohne Kritik. Und das ist um so schwieriger je knapper der Raum ist, je mehr zugleich geboten werden soll. Die Schere kann auch hier nur „mit Vorsicht“ in ihr Recht treten. Eigene Gestaltung ist besser, aber sehr zeitaubend. Zumal wenn man über Versammlungen, Kongresse, Konferenzen berichten soll. Unsere sonst so trefflichen Zeitungsbureaux Friedländer, Herzberg u. s. w. sind eben für die großen Tageszeitungen berechnet. Für die kleineren müssen sie zusammengestrichen und vielfach überarbeitet werden.

Und das — das gestehe ich Ihnen, das ist eine Grauen erregende Arbeit, die bei der Eile, in der sie oft geschehen muß — zum Haare ausreißen wird und das wiederum kann ich mir noch in kleinen Portionen gestatten. Lieber gar nicht. Aber ist auch diese redaktionelle Arbeit des gebildeten Mannes weniger würdig als das „Hefte forrigieren“ unserer Gymnasiallehrer? Es geschieht doch auch unter einem idealen Gesichtspunkt, dem Leserkreis etwas Wissenwertes zu bieten!

Nun aber komme ich an die Scheere und an den Kleistertopf. Die Scheere ist lang und der Kleistertopf tief. Beides ist notwendig, denn es gilt den viel begehrten Lesestoff „Bermischtes“ zu bearbeiten. Etwas für die Hausfrauen und etwas für die „Herren“. Etwas für die jungen Damen, etwas für die alten Mütterchen, auch für die Kinder etwas. Belehrendes und Unterhaltendes, Heiteres und Trauriges. Für den Haushalt, den Kochtopf und die Mode. Für den Stammtisch etwas an neuen Witz, aus der Geschichte der Großen der Welt, wie sie reisen, speisen und sich kleiden. Von den Klugen und von den Dummen. Von den Seeschlangen und den Räubern im Balkan. Von den Chinesen und den Eskimos. — Von Allem etwas, im Ganzen aber Bielerlei! Ja — wenn man hier guten Geschmack bewahren, nicht Mord und Totschlag kultivieren, nicht sittlich Anstößiges, nicht politisch mit der Tendenz des Blattes Widerspruchsvolles, Interessantes oder auch nicht rein Sensationelles bringen will, dann muß viel Zeit, auch viel Lektüre auf viele Blätter verwendet, viel Scheere und viel Kleistertopf gebraucht werden, anders geht es nicht. Anders kann's auch keiner! Und bei dieser Arbeit haben Sie den Scheerenredakteur in voller Grazie und heißem Schweiß seines Angesichts vor sich! Aber, auch nur hier, wirklich nur hier!

Und nun komme ich zu einer anderen Dual, zum lokalen Teil. Der soll alles Neue bringen was in der Stadt und ihrer nächsten Umgegend geschehen ist. Da darf kein Verein vergessen werden, der einen Ausflug gemacht, einen Ball veranstaltet, einen Vortrag gehört oder gar eins seiner wichtigen Stiftungsfeste gefeiert hat! Da darf keine silberne Hochzeit unerörtet bleiben, kein Dienstjubiläum, kein Unglücksfall, keine Ordensverleihung, keine Ernennung und Versetzung, — da muß der erste Maikaiser, die größte Kartoffel, das fetteste Schwein vermerkt werden. Und mögen Sie den besten Lokalreporter ihr eigen nennen, wer käme da nicht doch einmal zu spät, später als das Konkurrenzblatt und hätte dann nicht schwer zu thun, um die Leser zu beruhigen, die sich sofort beklagen, weil „ihr“ Blatt einen Tag später

mit einem so wichtigen Ereignis gekommen ist!! Und auf den umliegenden Dörfern wollen sie auch gern das in der Zeitung lesen, was sie selbst ja eigentlich an eigenen Ereignissen viel früher gemerkt haben. Die Geburt eines verunstalteten Kalbes, die Schlägerei in jenem Wirtshaus, die Kirnnefeier in diesem, die Prämien bei der Viehausstellung, die Loose beim Pferdemarkt, die Bürgermeisterwahl, den Prozeßentscheid zwischen Hinz und Kung, die Schöffengerichts- und Landgerichtsverhandlungen, die erzählen, wie schlecht doch eigentlich die Menschen — abgesehen vom Leser selbst — sind. Das hat seine Schwierigkeiten und seinen Ärger. Wie viel Beschwerden kommen da nicht, weil dies oder jenes nicht „richtig“ berichtet sei. Keiner will das gesagt oder gethan haben was von ihm in der Zeitung steht. Es wird mit dem Rechtsanwalt oder dem Staatsanwalt gedroht. Es kommen Berichtigungen, die zehnmal so lang sind als die beanstandete Notiz und die Alles nur aber keine Berichtigungen sind. Und Allen soll es dann der Redakteur recht machen. Da kann's freilich Stunden geben, in denen man sich 1000 Meilen weit fort wünscht!

Aber die freudigen Stunden wiegen's wieder auf, wenn man sieht, daß man doch nicht umsonst arbeitet, daß gerade die harte und angestrengteste Kraft, die man drau setzt, nicht vergebens ist, ja gerade eben nur gut genug ist.

Aber da hätte ich ja fast Eins vergessen, was Freude und Leid gemischt bringt: der Roman! Könnte mir Einer oder — pardon — Eine einmal einen Roman schreiben, der allen Leserinnen gefällt: mit Gold wollte ich ihn lohnen. Diese Klagen, die man da hören muß. Warum die Geschichte nicht einen anderen Verlauf nimmt, weshalb sie sich nicht „getricht“ haben, warum er so lang ist, warum er nur so kurz war. Ob ich ihn nicht noch ändern könnte! Auch das noch, habe gerade genug daran, ihn einmal gelesen zu haben. Warum wir keine neueren Romane bringen, warum keine älteren — ja — der Roman, das ist ein Kreuz für einen Redakteur, das weiß ich noch von der „Hilse“ her. Und doch würde Alles eher einmal wegbleiben dürfen als er! Ich entsinne mich noch des starren Gesichts unseres trefflichen Druckereibesizers, als ich ihm zumutete, heute müsse der Roman fortbleiben, denn es sei viel zu wichtiger politischer Stoff da, der untergebracht werden müsse. — Ich schlich ganz geknickt davon und warf einen so schönen Artikel gegen die Agrarier statt dessen in den Papierkorb! —

Eine beängstigende Einrichtung ist schließlich auch das „Eingefandt“.

Darunter will jeder seinem bedrängten Herzen Luft machen. Welche Fülle von Klagen gegen Schulleute, Nachtwächter, Ärzte, Apotheker, Lehrer, Pfarrer, Kaufleute, gegen städtische und staatliche, persönliche und sonstige Verhältnisse quillt da empor! Mag auch das Eingefandt nicht unter der Verantwortlichkeit des Redakteurs stehen — man sträubt sich doch innerlich solchen Kleinlichkeiten, wie sie hier an die große Glocke der Presse geschlagen werden sollen, Raum zu geben und doch giebt das wieder verschmupfte Gesichter und giftige Zungen.

Ist's aber in irgend einem anderen Beruf anders? Wer wollte sich dadurch den idealen Sinn für seinen Beruf nehmen lassen! — Nein, — nun grade nicht!

Sie sehen, hochgeehrtes Fräulein, Freude und Leid eines Provinzialredakteurs gleicht dem Wechsel von Sonnenschein und Regen wie auch sonst im Leben. Wer der eigenen Arbeit keinen Wert zu geben vermag, durch das Ideal, welches er sich vorstellt, der wird freilich im Redaktionsamt einer kleinen Provinzialzeitung verbittern oder versauern können. Wer's anders hält, den wird die Arbeit frisch erhalten. An ihr fehlt es nicht. Das wollen Sie auch daraus ersehen, daß ich für die „Patria“ nur den Brief an Sie schreiben konnte, nicht, wie es sein sollte: die Fortsetzung meiner Arbeit im ersten Jahrgang, die Geschichte der nationalsozialen Bewegung. Die bleibt noch vorbehalten — aber jetzt galt alle Kraft dem neuen Beruf. Denken Sie von ihm nicht zu gering. Es ist ein Stück Kleinarbeit an dem großen politischen Werk — unserem deutschen Volk den nationalsozialen Gedanken nahezubringen.

In die grünen Harzberge aber komme ich ein anderes Mal und dann erzähle ich Ihnen mal wieder von den Freuden und Leiden eines Provinzialredakteurs.

Ihr

sehr ergebener

W. Wend.





## Caprivi und die politischen Parteien.

Von

Max Maurenbrecher.

---

**E**st ist in diesen Monaten die Erinnerung an die Caprivi'sche Zeit wieder aufgetaucht. Die Neuregelung unserer Handelspolitik, vor der wir stehen, ist der Anlaß dazu gewesen, aber die politische Krisis im ganzen, die wir durchleben, ist der tiefere Grund dazu. Wir sehen immer stärker und immer dringlicher die Notwendigkeit der Scheidung der Regierung von der konservativen Partei sich anbahnen. Es ist noch nicht entschieden, ob die fortschreitende Entfremdung schon jetzt zu einem völligen Bruche führen wird; aber der Gedanke an einen solchen beginnt immer lebhafter die politischen Menschen zu beschäftigen.

Unter Caprivi schien es so, als solle es zum Bruche zwischen Krone und Junkertum kommen. Es schien so, aber es ist dann doch nicht gekommen. Seine Zeit war ein Vorbote eines neuen Frühlings, in dem Deutschland von der konservativen Herrschaft erlöst sein wird, aber sie war noch nicht dieser Frühling selbst. Wie ist es zuerst gekommen, daß Caprivi in Gegensatz zu den Konservativen geriet, und wie ist es dann gekommen, daß er die Kraft nicht hatte, diesen Gegensatz wirklich zum Bruche zu treiben? Ein Blick auf seine Stellung zu den politischen Parteien und auf die Entwicklung, die diese Stellung in den vier Jahren seiner Amtsführung genommen hat, mag dazu dienen, uns diese Frage zu beantworten.

Caprivi war von Herzen kein Liberaler. Aus seiner Zugehörigkeit zur konservativen Auffassung und aus seiner starken Abneigung gegen-

über den liberalen Parteien, besonders gegen ihren hervorragendsten Führer, hat er niemals ein Fehl gemacht. Er ist auch niemals ein Freihändler gewesen. Gegenüber den konservativen Verdrehungen, die ihn nachträglich gern als solchen erscheinen lassen, hat Professor Loß in Band 92 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik die Thatsache wieder klar ans Licht gestellt, daß auch Caprivi immer zu den Schutzzöllnern gehört hat. Aber er war in der Handelspolitik ebenso wie in anderen Dingen vorurteilslos genug, um die Thatsachen anzuerkennen und die Aufgaben zu sehen, die die Wirklichkeit ihm stellte. Gerade an seiner Entwicklung sieht man daher am deutlichsten, wohin in den ersten Jahren des letzten Jahrzehntes die Verhältnisse selbst einen im Grunde konservativen Staatsmann mit Notwendigkeit treiben mußten.

\* \* \*

Als Caprivi sein Amt antrat, war die Lage bestimmt durch das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 20. Februar 1890. Die Mehrheitsverhältnisse hatten sich gegen früher vollkommen geändert. Das Kartell, das im letzten Reichstag zuletzt 210 Mitglieder gezählt hatte, war auf etwas über 130 zusammengeschmolzen. Das Centrum mit seinem Anhang konnte ihm allein schon die Wage halten. Die Liberalen hatten sich von 36 auf 64, die Sozialdemokraten von 11 auf 35 Abgeordnete vermehrt. Die Letzteren hatten an Stimmenzahl sogar um über eine halbe Million zugenommen. Dazu kam, daß das Kartell schon im letzten Jahre der Bismarckschen Zeit brüchig geworden war. Das Invaliditäts-Versicherungsgesetz konnte nur mit Hilfe eines Teils von Centrumstimmen zur Annahme gelangen. Und bei der Abstimmung über das Sozialistengesetz brachen die Nationalliberalen und die Konservativen ganz auseinander.

Es ist nicht ganz deutlich, wie Bismarck sich in die neue Situation gefunden haben würde, wenn er die Führung der Regierung behalten hätte. Das Gespräch, das er Mitte März mit Windthorst hatte, und das der äußerliche Anlaß zu seiner Verabschiedung war, deutet darauf hin, daß er den Gedanken nicht von vornherein zurückwies, das Centrum zur Regierungsmehrheit herüberzuziehen. Andererseits hat er nach seiner Verabschiedung mit besonderer Schärfe den Gedanken der Fortsetzung der Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterbewegung vertreten. Eine Fortführung des Sozialistengesetzes wäre aber mit dem neuen Reichstag eine volle Unmöglichkeit gewesen. Dieser Reichstag würde jedes Sozialistengesetz auch in der mildesten Form glatt abgelehnt haben.

Bismarck hätte also nur die Möglichkeit gehabt, nach einer solchen Ablehnung mit der Wahlparole eines neuen Sozialistengesetzes wieder eine Neuwahl in Scene zu setzen, und ähnlich, wie im Jahre 1887, vielleicht auch wieder unter Zuhilfenahme einer Militärvorlage, sich eine reaktionäre Mehrheit zu verschaffen. Vieles spricht dafür, daß er diesen Gedankengang im Frühjahr 1890 dem Kaiser eindringlich vorgetragen hat; er ist aber am Willen des Kaisers gescheitert.

Der Gedankengang des Kaisers war ein anderer. Nicht durch Fortführung der Unterdrückungspolitik, sondern durch soziale Reformen wollte er der Sozialdemokratie die Stimmen der Arbeiterschaft wieder entziehen. Es ist nicht richtig, wenn man es gelegentlich so darstellt, als habe der Kaiser im Jahre 1890 die Sozialdemokratie selbst zur Regierungspartei machen wollen. Er ist nach wie vor der Überzeugung gewesen, daß die Sozialdemokratie revolutionär sei und auf den gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung ausgehe. Dies ist von ihm sowohl, wie von Caprivi in den folgenden Jahren noch oftmals ausgesprochen worden. Wohl aber hatte er die Auffassung, man könne durch eine Versöhnung der Arbeiter sie davon abhalten, weiter ihre Stimmen für die sozialdemokratische Partei abzugeben. Er wollte nicht die Partei als solche gewinnen, er wollte sie vielmehr, ebenso wie Bismarck, mattsetzen, indem er ihr die Stimmen der Wähler entzog, nur daß der Weg, auf dem er ihr das Wasser abgraben wollte, ein anderer war, als der den Bismarck ihm vorgeschlagen hatte.

Es ist heute leicht zu sagen, daß dieser kaiserliche Gedanke falsch gedacht war und auf einen Erfolg von vornherein nicht rechnen konnte. Denn die Erfahrung hat gezeigt, daß die Arbeitermassen von der Sozialdemokratie nicht abzubringen sind, solange man ihnen nicht eine andere Partei als Arbeiterpartei bezeichnen kann. Damals wiegte man sich noch in der Hoffnung, es sei möglich, die Arbeiterstimmen für die alten bürgerlichen Parteien zurückzugewinnen. Rückschauend kann man heute sagen, daß es eine reine Unmöglichkeit war, der Arbeiterschaft zuzumuten, zu den Kartellparteien zurückzukehren, die für Sozialistengesetz und Schutzzölle gewesen waren, oder sich dem Freisinn wieder zuzuwenden, der damals noch jede ernsthafte Sozialreform auf das bitterste bekämpfte. Damals aber hatte man die Erfahrung noch nicht, die wir im letzten Jahrzehnt nach dieser Richtung hin gemacht haben.

War es also die Aufgabe Caprivis durch eine Reformpolitik großen Stiles und durch Verzichtleistung auf die übliche Repressionspolitik in Gesetzgebung und Verwaltung Arbeiterstimmen für die bürgerlichen



Parteien zu gewinnen, so war es selbstverständlich, daß er mit diesem Reichstag seine Regierung führen mußte. Er mußte, so gut oder so schlecht es ging, versuchen aus der bisherigen Oppositionsgruppe sich eine neue regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Hier liegt der Hauptgrund für alle Abwendungen, die Caprivi in der Folge von der Bismarckschen Politik vollzog. Er ist gezwungen, sich nach den Mehrheitsverhältnissen eines Reichstags zu richten, auf dessen Zusammensetzung er noch keinen Einfluß hatte ausüben können. Hierdurch wird sein Verhältnis zu den Parteien bestimmt.

Der neue Reichstag bot zwei Möglichkeiten. Die Regierung konnte versuchen, entweder das Centrum zu den Kartellparteien herüberzuziehen oder die Freisinnigen. Das Centrum konnte schon mit den Konservativen und Freikonservativen zusammen eine Mehrheit bilden, auch ohne die Nationalliberalen. Eine solche Mehrheit würde innerhalb der preussischen Politik starke Zugeständnisse auf dem Gebiete der Schule bedeuten haben, nachdem innerhalb der kirchenpolitischen Gesetzgebung nicht mehr viel zurückzunehmen war. In einem vorwiegend protestantischen Lande hatte diese konservativ-kerikale Herrschaft natürlich ihre Schwierigkeiten und Mißbilligkeiten, und es ist verständlich, daß auch der andere Weg zur Mehrheitsbildung im Frühjahr 1890 lebhaft erörtert wurde.

Es war vor allem Professor Delbrück, der, damals noch in der freikonservativen Partei stehend, in den „Preussischen Jahrbüchern“ der Regierung den Rat gab, der freisinnigen Partei die Brücke der Verständigung zu bauen. Es gab damals lebhafteste Meinungsverschiedenheiten innerhalb der freisinnigen Partei. Die unbedingte Herrschaft Eugen Richters schien erschüttert. Mitte März trat er aus der Landtagsfraktion aus. Mitte Mai wird zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion nicht er, sondern der Abgeordnete Schrader gewählt, ein Vertreter der Rechtsstehenden innerhalb der Partei. Eine lebhafteste Preßpolemik zwischen Richter und Dr. Barth begleitete diese Vorgänge. Alles sprach damals von einer bevorstehenden Spaltung der Partei. Es schien sonach auch von dieser Seite aus alles darauf vorbereitet zu sein, daß ein Teil der Freisinnigen in die Regierungsmehrheit eintreten könnte, falls die Regierung ihnen entgegenkommen würde. Immerhin hätte diese Schwenkung nur dann etwas genützt, wenn sie wirklich von der großen Mehrheit der Partei vollzogen worden wäre. Und auch dann hätte man bei einzelnen Abstimmungen der Unterstützung von einzelnen Mitgliedern des Centrums nicht entbehren können.

So stand im Frühjahr 1890 vor Beginn der neuen Reichstags-

fession alles noch in Schwanken und Ungewißheit. Bald aber sollte die Frage sich entscheiden, welche von den beiden Gruppen der bisherigen Opposition die Gelegenheit ergreifen würde, Regierungspartei zu werden.

\*  
\*  
\*

Sofort nach Zusammentritt des neuen Reichstags legte die Regierung eine Militärvorlage vor. Sie war schon unter Bismarck ausgearbeitet worden und sollte uns der neuerlichen Verstärkung der französischen Armee wieder ebenbürtig machen. Die Regierung hatte anfänglich die Absicht, die Freisinnigen zu der Bewilligung dieser Vorlage zu veranlassen. Einige Worte, die der Kaiser beim Empfang des neuen Reichstagspräsidiums zu dem Abgeordneten Baumbach sprach, zeigten das ganz offen. Caprivi ging bei der ersten Lesung (14. und 16. Mai) sogar so weit, daß er die Frage des Septennats als minderwichtig behandelte: „Es können auch 9, 5 oder 3 Jahre sein“. Zu Erinnerung an die Kämpfe von 1887 bedeutete das ein sehr starkes Entgegenkommen gegen die damalige Opposition. Es ist natürlich, daß die Kartellparteien, und vor allen Dingen, daß Bismarck selbst darüber auf das lebhafteste verstimmt waren, es war aber eine einfache parlamentarische Notwendigkeit, wollte man überhaupt versuchen, mit diesem Reichstag die neue Militärvorlage zu machen.

Bei der ersten Lesung stellte Windthorst noch Forderungen, wie jährliche Bewilligung und zweijährige Dienstzeit. Aber er fand zugleich den guten Satz: „Dem Feinde gegenüber giebt es in Deutschland keine Partei.“ Was sich als notwendig erweise, das müsse auch bewilligt werden. Es war klar, daß in diesen Sätzen die Brücke geschlagen werden sollte, auf der die frühere Oppositionspartei zur Regierungsmehrheit übergehen konnte. Bei den Freisinnigen zeigte sich eine doppelte Strömung. Richter blieb absolut ablehnend mit den alten immer wiederkehrenden Gründen. Hänel stellte sich wesentlich freundlicher. Das Vorhandensein eines rechten und linken Flügels wurde damit offen proklamiert. Die Möglichkeit, daß es über dieser Vorlage bei den Freisinnigen zu einer Spaltung kam, stand offen.

Da machte die Regierung in der Kommissionsberatung einen schweren Fehler. Der Kriegsminister deutete an, das, was man jetzt fordere, sei nur der Anfang einer späteren Neuorganisation; man denke an die volle Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht im Scharnhorstschen Sinne. Ein so unklarer, weitausschauender und in seinen Einzelheiten noch ganz



und Kinderarbeit gefordert, und ebenso später ein Gesetz über Regelung der Sonntagsarbeit. Centrum und Kartellparteien waren schon vorher in diesen Forderungen zusammengegangen. Die Freisinnigen hatten wohl dem Antrag über Frauen- und Kinderarbeit zugestimmt, die Regelung der Sonntagsarbeit aber verworfen. Sie bekämpften sie auch jetzt wieder, nahmen aber schließlich die Novelle zur Gewerbeordnung im Frühjahr 1891 in der Gesamtabstimmung an. Dagegen haben sie das Gesetz über die Gewerbegerichte im Sommer 1890 abgelehnt, angeblich, weil es ihnen nicht weit genug ging. Da aber das Centrum dafür war, so kam diese Abstimmung für die Annahme des Gesetzes nicht in Betracht.

Im preußischen Landtag standen die Parteiverhältnisse so, daß von vornherein zur Mehrheitsbildung der Freisinnigen nicht in Betracht kam. Centrum und Konservative zusammen hatten eine Majorität von 223, die drei Kartellparteien sogar eine solche von 278. Die Mittelparteien mit den Freisinnigen konnten zusammen nur 181 Stimmen aufbringen, blieben also in der Minderheit. So mußte entweder mit den Kartellparteien oder mit der konservativ-merikalen Koalition die notwendige Reform in Preußen gemacht werden. Im Herbst 1890 legte Caprivi drei große Reformprojekte in einer einheitlichen Rede dem Landtage vor. Es waren: die erste Gruppe der Miquelschen Steuergesetze (Einkommen-, Erbschafts- und Gewerbesteuer), die Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen und das Gohlersche Volksschulgesetz. Dazu kam nachträglich im Sommer 1891 eine weitere Reform des Rentengütergesetzes.

Am leichtesten gelang die Durchdrückung der Miquelschen Gesetze. Nur die Reform der Erbschaftsteuer wurde ihm von seinen Freunden in der Kartellmehrheit gestrichen. Die anderen grundlegenden Gesetze wurden vom Kartell und vom Centrum getragen. Der Widerspruch der Freisinnigen gegen das Einkommensteuergesetz und gegen das Rentengütergesetz ebenso wie die Ablehnung des Gewerbebesteuergesetzes durch den Richterischen Flügel der Partei bewiesen nur wieder aufs neue, daß diese Partei nicht willens war, eine positive Reformgesetzgebung unter allen Umständen zu unterstützen. Für die Verwirklichung der Reform aber kam dieser Widerspruch nicht in Betracht.

Zu Konflikten verschiedener Art kam es bei der Landgemeindeordnung und beim Volksschulgesetz. Jene stieß auf den Widerspruch der Konservativen, wurde von ihnen in wesentlichen Punkten erheblich verschlechtert und in der Schlußabstimmung nur vom Centrum und vom Gros der Kartellparteien gegen den rechten Flügel der Konservativen angenommen.

Schon im Dezember 1890 kam es in der Kommission zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Minister Herrfurth und den Konservativen, ein Vorbote späterer Stürme, der seiner Zeit aber noch keine ernstlichen Folgen hatte. Die Freisinnigen gehörten diesmal beinahe wider ihren Willen mit zur Regierungsmehrheit, aber auch ihr Fehlen hätte an der Annahme des Gesetzes nichts geändert.

Wesentlich viel folgenschwerer waren die Kämpfe um das Volksschulgesetz im Winter 1890/91. Der Widerspruch der Freisinnigen gegen dieses Gesetz kam nicht in Betracht. Aber da auch das Centrum sich dagegen erklärte, so ist es schließlich gescheitert. Das Centrum wollte seine Kompensation als Regierungspartei erreichen. Einen großen Erfolg hatte es schon in der Frage der Auslieferung der sogenannten Sperrgelder errungen. Das aus der Bismarckschen Zeit stammende Gesetz vom Frühjahr 1890 war gefallen, weil es dem Centrum noch nicht genug Zugeständnisse zu erhalten schien. Die neue Vorlage vom Januar 1891 hatte alle Wünsche des Centrums aus dem Vorjahr angenommen und zum ersten Male deutlich zu erkennen gegeben, daß die Regierung gewillt war, der neuen Regierungspartei auch ihrerseits Zugeständnisse zu machen. Aber das Centrum war noch nicht zufrieden, auch in der Volksschulgesetzgebung wollte es seinen Willen haben. Die Regierung mußte sich ihm fügen, wollte sie weiter auf seine Unterstützung in der Reichsgesetzgebung rechnen. An demselben Tage, an dem die erste Kommissionsitzung über das neue centrumsfreundliche Sperrgeldgesetz stattfinden sollte, erhielt der Kultusminister v. Götler seinen Abschied (10. März 1891).

Damit ist der volle Sieg Windthorst's bezeichnet. Es ist der Höhepunkt seiner Stellung. Das Ziel, nach dem er zwanzig Jahre lang gestrebt hat, hat er erreicht: das Centrum ist in der inneren Politik der entscheidende Faktor geworden. Aber eine ungeheure Tragik liegt über diesem Siege. Der Mann, dessen Klugheit er zu verdanken war, war ein Sterbender, als sein Gegner das preußische Kultusministerium verließ. Den Rücktritt Götlers hat Windthorst nicht mehr mit klarem Bewußtsein erfahren; er starb in den nächsten Tagen. Aber das Werk, das er geschaffen hat, hat ihn um ein volles Jahr überdauert. Das ganze Jahr 1891 ist dadurch bezeichnet, daß das Centrum im Reiche und in Preußen die führende Partei ist, daß die Regierung ihm entgegenkommt, und daß es dafür der Träger der Reformgesetzgebung ist. Die Ehrung zu Windthorst's Tode, die Wahl des Polen Stablewski zum Erzbischof von Posen (Ende 1891) und das neue Volksschulgesetz

des Grajen Jeditz von Anfang 1892 bezeichnen diese Stellung. An diesem letzteren freilich sollte die bisherige Kombination scheitern, und neue Parteiverhältnisse und neue Parteiverschiebungen sollten von da ihren Anfang nehmen. Vorher aber wurde noch ein wichtiges Werk vollbracht, bei dem das Centrum der Kern der Regierungsmehrheit war: das war die Eröffnung der neuen Handelspolitik, die die Regierung aus den Bismarckschen Bahnen der achtziger Jahre hinausführen sollte.

Das Caprivi nicht freihändlerisch war und sein wollte, haben die schon erwähnten Ausführungen von Professor Loß aufs schlagendste bewiesen. Die Erhaltung der Getreidezölle im Sommer 1891 gegenüber dem Aufsturm der Liberalen und der Sozialdemokraten ist sein eigenstes Werk gewesen. Das Wort, daß er auch „gegen den Strom“ schwimmen könne, das er später beim Volksschulgesetz im Frühjahr 1892 wieder gebraucht hat, ist bei diesen Debatten im Sommer 1891 zum ersten Male gefallen. Der Reichskanzler stand noch im Sommer 1891, das heißt, noch während der Verhandlungen mit Österreich und Italien auf dem Boden einer konservativen Schutzollpolitik.

Aber wie in anderen Dingen, so auch hier: Er verschloß sein Auge nicht vor den Thatfachen der Wirklichkeit. Er sah die drohende Gefahr für die deutsche Exportindustrie, die in der Mac Kinley-Bill von 1890 und in dem von Frankreich für das Jahr 1892 geplanten Schutzollsystem lag. Er wußte so gut wie Bismarck es gewußt hatte, daß Deutschland die große Industrie zu seiner Lebenserhaltung brauchte, und er wollte gerade in der Zeit der schlechten Konjunktur der Industrie den auswärtigen Markt halten. Die Sicherung des mitteleuropäischen Marktes für die deutsche Industrie war der leitende Grundgedanke der Handelsverträge vom Jahre 1891 und 1892. Aus ihm entstanden die Verträge mit Österreich, Italien, Belgien und der Schweiz.

Bei der Beratung im Reichstag wurden diese Verträge von der übergroßen Mehrheit getragen. Die Herabsetzung der Getreidezölle fand Widerspruch nur bei Ranitz, Kardorff, Liebermann von Sonnenberg und ähnlichen. Sie wurde lebhaft befürwortet von den Führern des Centrums, von Lieber in erster Reihe, und von den Konservativen Hellendorfer Richtung. Mit 243 gegen 48 Stimmen wurde in der Schlußabstimmung der Vertrag mit Österreich angenommen. Das Centrum und das Gros der Kartellparteien (die Nationalliberalen und die Freikonservativen

und der Regierungsfügel der Konservativen) haben diese Caprivische Handelspolitik in ihren Anfängen unterstützt, dieselben Parteien, die im Jahre 1887 die Erhöhung des autonomen Zolltarifes durchgesetzt hatten. Einen „liberalen“ Charakter hat die Regierungspolitik dadurch also nicht bekommen, trotzdem daß in diesem Falle auch die Sozialdemokraten und die Freisinnigen auf ihrer Seite standen. Die Beratung über die Handelsverträge hat an den parlamentarischen Kombinationen über das hinaus, was sich schon bei der preußischen Landgemeinbeordnung gezeigt hatte, zunächst nichts geändert.

\*     \*

Aber in derselben Zeit, als der letzte der Handelsverträge beraten wurde, sollte an einer anderen Frage die bisherige Regierungsmehrheit zerschellen. Die preußische Regierung wollte die Politik weiterführen, die sie seit dem Frühjahr 1891 begonnen hatte. Sie wollte durch Kompensationen in Preußen das Centrum für ihre Reichspolitik gewinnen. Vielleicht rechnete sie schon mit der Militärvorlage, die im Winter darauf den Reichstag beschäftigen sollte, und wollte schon im Voraus das Centrum durch ein großes Zugeständnis für diese Vorlage gewinnen. So entstand das neue Volksschulgesetz des Grafen Zedlitz, das dem Centrum über alles bisher Erreichte hinaus in der Regelung der Schulfrage entgegen kam. Die Einbringung dieser Vorlage entsprach durchaus dem konstitutionellen Gedanken, daß die Regierung der Mehrheit des Parlaments Zugeständnisse machen müsse; aber sie führte notwendig zu dem vollen Zerpringen des alten Kartells und zu dem Zusammengehen der Konservativen mit dem Centrum gegen die Mittelparteien.

Noch während der Beratung des Handelsvertrags mit der Schweiz zeigt sich das veränderte Bild. Benningsen, der Führer der Nationalliberalen, der bisher mit Miquel zusammen die Rechtschwenkung der Nationalliberalen geleitet hatte, begann Fühlung nach links zu suchen. Er richtete an den gesamten bürgerlichen Liberalismus die Forderung, zu einem gemeinsamen Vorgehen sich zusammenzuschließen, und thatsächlich kam es bald darauf im preußischen Landtag angesichts des Regierungsentwurfes zu einem gemeinsamen Programm der Freikonservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen. Die alten Kombinationen haben sich damit verschoben, zwischen den alten Kartellparteien klafft ein anscheinend unüberbrückbarer Riß.

Die Regierung that das Ihre, um den Riß zu verstärken. Mit

einer wahren Wollust stürzte sie sich in den Kampf, vornehmlich gegen die Nationalliberalen. Zedlitz und Caprivi brüskierten in gleicher Weise die bisherigen Stützen der Kartellmehrheit. Die Nationalliberalen antworteten, indem sie in den gebildeten Kreisen des Landes einen noch nie gesehenen Entrüstungsturm entfachten. Auf diese Weise gelang es ihnen, den Kaiser auf ihre Seite zu bekommen. An dem bestimmten Wunsch des Kaisers, das Schulgesetz nicht gegen die Mittelparteien zu machen, scheiterte das Gesetz und sein Urheber. Caprivi blieb dem Reiche erhalten, verlor aber die Führung in der preussischen Politik, d. h. er verlor die Möglichkeit, das Centrum durch Kompensationen in Preußen für seine Reichspolitik zu gewinnen.

Es ist selbstverständlich, daß diese Katastrophe tiefgreifende Wirkungen ausüben mußte auf die beiden Parteien, die im Landtag die Mehrheit hatten, und die gegen den Willen der Minister vom Kaiser persönlich zurückgestoßen worden waren. Im Centrum zeigt sich in der nächsten Zeit ein starkes Schwanken. Gleich nach dem Fall des Volksschulgesetzes lehnt das Centrum im Reichstag eine neugeforderte Kreuzerkorvette in dritter Lesung ab, geht also in die Opposition. Auf dem Katholikentag im Sommer spricht es aber dem Reichskanzler sein Vertrauen ausdrücklich aus. Nur in der scharfen Formulierung seiner Wünsche und in dem Wiederauftauchen der Forderung nach Beseitigung des Jesuitengesetzes — einer Forderung, die im Anfang des Jahres ausdrücklich zurückgestellt war — zeigt sich die stärkere Neigung zur Opposition. Bei der großen Militärvorlage im kommenden Winter aber steht es wieder ganz in der Opposition.

Bei den Konservativen wird der Einfluß der Helldorfschen Gruppe vollkommen gebrochen. Der kartellfeindliche Flügel der „Kreuzzeitung“ erhält die unbedingte Führung. Helldorf wird aus der Fraktion ausgestoßen, auf dem Livolitag im Dezember wird der Antisemitismus als neues, volkstümliches Element der Partei aufgenommen. Das war durchaus als Opposition gegen die Regierung gedacht. Man wollte Opposition werden, weil man beim Volksschulgesetz vom Kaiser selbst zurückgestoßen worden war. Man brauchte in der Opposition eine neue volkstümliche Parole, die die Massen gewinnen konnte. In diesem Sinne nahm man, was man fand, und es gab zurzeit noch keine andere volkstümliche Strömung als die des Antisemitismus. Das Livoliprogramm hat aber in der wirklichen Entwicklung sehr wenig Bedeutung gehabt. Die Gründung des Bundes der Landwirte im Februar 1893 und das starke Einsetzen der damit beginnenden agrarischen Agitation verschaffte



der konservativen Partei sehr bald eine andere zugkräftigere und dauerhaftere Parole. Auch die agrarische Parole aber war durchaus als Opposition zur Regierung gedacht.

So datiert von der Katastrophe des Volksschulgesetzes sowohl die Wendung des Centrums als auch die der Konservativen zur Opposition. Die Regierung hatte den Halt bei den Mehrheiten der Parlamente verloren. Und im Volke hatte sie schon lange nur noch Hohn und Mißtrauen gefunden; denn inzwischen war noch eine andere volkstümliche Oppositionsbewegung herangewachsen, die aus dem Falle des Volksschulgesetzes die kräftigste Nahrung zog, und diese war es, die im Sommer 1892 zunächst das Land vollkommen beherrschte.

Wir sind heute so sehr gewöhnt, den alten Bismarck als den Abgott des bürgerlichen Mittelstandes und der nationalen Bildung gefeiert zu sehen, daß es uns schwer wird, uns in die Zeit zurückzuversetzen, wo diese Stellung erst langsam geworden ist. Es ist aber eine Thatsache, daß bei Bismarcks Abgang im März 1890 sich keine politische Opposition zu seinen Gunsten regte. Es war wohl viel Pietät zu bemerken, viel begeistertes Abschiednehmen und viel stille Trauer, aber von den politischen Parteien hat sich keine zu seinen Gunsten ereignet. Das Kartell ist mit seinem Nachfolger gegangen, so wie es mit ihm selbst gegangen war. Im Herrenhaus und im Reichstag sind ihm aus der Mitte des Hauses nur die üblichen ehrenden Nachrufe geworden. Der preussische Landtag hat die Kunde von seiner Amtsentsetzung sogar mit völligem Schweigen aufgenommen. Eine politische Opposition knüpfte sich an die Entlassung des ersten Kanzlers nicht an. Erst im nächsten Jahre wächst sie langsam heran: aus der Pietät gegen den alten Gründer des Reiches, aus dem Unbehagen über das Schwinden der Kartellmehrheit und dem Zusammengehen der Regierung mit dem Centrum, aus dem echt germanischen Ärger über das starke Hervortreten der Person des Kaisers und über das schroffe Hervorkehren seines monarchischen Selbstgefühls, aus der Verletzung des protestantischen Gefühles durch die Zugeständnisse an die ultramontane Partei: Aus alledem und manchem anderen wächst langsam bis zum Frühjahr 1892 die Bismarck-Stimmung der Opposition. Bismarck selbst thut in dieser Zeit was er kann, um diese Stimmung zu schüren. Früher als andere greift er die beginnende agrarische Bewegung auf, giebt dem Protest gegen den österreichischen Handelsvertrag, der im Reichstag kaum vorhanden war, durch seine Stimme ein weit hin schallendes Organ. Er sammelt um sich die Industriellen, die sich durch die Sozialreform des Kaisers und seines neuen Reichskanzlers geschädigt

fühlen, kurz, mit bewunderungswürdiger Kraft versteht er es, alle Richtungen der Opposition in seiner Person zu vereinen. Dann folgte der Siegeszug durch Deutschland im Sommer 1892. Caprivi, der mit der Polemik gegen Bismarck sachlich durchaus im Recht war, verfuhr ungeschickt in der Form der Bekämpfung und damit setzte er sich vor der öffentlichen Meinung noch stärker ins Unrecht. Die Veröffentlichungen der „Norddeutschen Allgemeinen“ und des „Reichsanzeigers“ schlugen in der öffentlichen Meinung nur zu seinem eigenen Schaden aus.

Es ist nicht klar, welchen Zweck Bismarck mit diesem Siegeszug der Opposition im Sommer 1892 eigentlich verfolgte. Jede Vermutung darüber ist grundlos, weil noch nie eine Andeutung seinerseits darüber in der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Sicher aber ist, daß dem großen Triumphzug eine eigentliche politische Aktion nicht folgte. Es war eine geniale Stimmungsmache, aber ihre Wirkung verlief vollkommen im Sande. Immerhin trug auch diese Stimmungsmache dazu bei, der Regierung die Situation zu erschweren, als sie mit zwei neuen großen Projekten vor den Reichstag und vor den preussischen Landtag trat.

\* \* \*

Im Herbst 1892 legte in Preußen der Finanzminister Miquel in der Vermögenssteuer und im Kommunalabgabengesetz den Schluß seiner großen Steuerreform dem Landtag vor. Im Reich beschäftigte die lang erwartete Militärvorlage alle Gemüter. Aber die preussische Steuerreform, so grundsätzlich sie auch war, und so grundlegend sie den bestehenden Zustand änderte, machte parlamentarisch sehr wenig Schwierigkeiten. Sie wurde im Wesentlichen von den Kartellparteien und vom Centrum getragen. Dagegen führte die Militärvorlage im Reich zu einer scharfen Krisis, in der alle Parteien bedeutende Verschiebungen erlitten.

Die Militärvorlage enthielt ein bedeutendes Entgegenkommen der Regierung gegenüber der Opposition von 1887 und 1890, indem sie die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, diese alte Forderung der preussischen Liberalen, in ihr Programm aufnahm. Nichtsdestoweniger stieß die Vorlage zunächst auf eine ziemlich allgemeine Opposition. Daß Centrum und die Polen, selbstverständlich die Sozialdemokraten und die Freisinnigen waren dagegen. Auch der konservative Mantuffel äußerte sich nur mit großer Zurückhaltung, auch Benninghen erklärte, daß er nicht für die ganze Vorlage zu haben sei. Selbst Bismarck ließ in den „Hamburger Nachrichten“ in scharfer Form zur Opposition rufen.

Im Anfange 1893 beginnt die Situation für die Regierung günstiger zu werden. Die Konservativen schwenken ein; sie wollen nicht militärischer sein, als der Kaiser. Es war für sie eine geschichtliche Unmöglichkeit, bei einer Militärvorlage dauernd in der Opposition zu stehen. Auch im Centrum und bei den Freisinnigen regte sich leise eine militärfreundliche Stimmung. Aber was da hervortrat, waren nur die schwachen Minderheiten der Fraktionen. Aus den militärfreundlichen Kreisen des Centrums stammte der Vermittlungsantrag (Antrag Huene), den die Regierung vor der Schlußabstimmung zu dem ihrigen machte. Aber von der bisherigen Opposition waren nur wenige Centrumsmänner und die polnische Fraktion für diesen Kompromiß. Die Abspaltung genügte nicht, um dem Antrag eine Mehrheit zu verschaffen. Auch bei den Freisinnigen fand er etwas Zustimmung, Siemens, Brömel und andere stimmten mit ja, mehrere waren schwankend, aber der Schluß der Debatte am 6. März schnitt ihnen jede weitere Überlegung ab. Der vermittelnde Antrag fiel, und mit ihm die Vorlage der Regierung. Der Reichstag, der zwei Jahre hindurch mit überwältigenden Mehrheiten die Reformgesetze beschloffen hatte, zeigte sich unfähig, in einer militärischen Frage der Regierung zu folgen — trotz des weiten Entgegenkommens der Regierung gegenüber den alten Forderungen der Opposition. Die Auflösung des Reichstages war die einzige Möglichkeit, zur einer Änderung der Haltung der Parteien zu führen.

Der Grund, daß dieser Reichstag so plötzlich versagte, lag einmal darin, daß das Centrum seit dem Scheitern des Volksschulgesetzes wieder oppositioneller geworden war. Windthorst hätte vielleicht trotzdem die alte Stellung festhalten können; sein Nachfolger aber mußte erst das Vertrauen der demokratischen Elemente der Partei gewinnen. So führte Lieber mit Bewußtsein das Centrum wieder in die Opposition zurück. Der „Grafenflügel“, der der Militärvorlage freundlich war, wurde bei den Neuwahlen von dem demokratischen Element der Partei vollkommen an die Wand gedrückt.

Der andere Grund für das Versagen des Reichstages lag darin, daß die Freisinnigen in ihrer großen Mehrheit es vorzogen in der Opposition zu bleiben.

Für den Freisinn lag die Sache ähnlich, wie 1890 für das Centrum. Hätte er die 70 Stimmen, über die er im Augenblick verfügte, auf die Seite der Regierung geworfen, so hätte er die Vorlage unzweifelhaft zur Annahme gebracht. Damit wäre die Möglichkeit einer weiteren liberalen Regierung gegeben gewesen. Die agrarische Bewegung, die im

Winter 1892 auf 1893 sehr temperamentvoll eingesetzt hatte, wuchs sich immer mehr zu einer Opposition gegen die Regierung aus. Eine Fortführung der Handelspolitik des Reichskanzlers war nur noch möglich, wenn die Liberalen ihn unterstützten. Sie hätten auch sonst Einfluß auf die Verwaltung des Staates gewinnen können, wenn sie in diesem Augenblick nachgemacht hätten, was Windthorst im Jahre 1890 ihnen so glänzend vorgemacht hatte. Dann hätte der Liberalismus das Erbe Windthorst antreten können, und Lieber und das Centrum wären immer in der Opposition geblieben.

Aber der leitende Politiker der freisinnigen Partei wollte diese Entwicklung nicht. Ihm graute vor der Regierungsfähigkeit; er fürchtete, dem Liberalismus etwas zu vergeben, wenn er durch Zugeständnisse auf militärischem Gebiet Macht in der inneren Politik gewinne. Auch das Angebot der zweijährigen Dienstzeit änderte diese seine Haltung nicht. Er klammerte sich vielmehr an die Formel fest, daß er die gesetzliche Festlegung der Verkürzung der Dienstzeit fordern müsse. Sachlich war es vollkommen gleichgültig, ob die zweijährige Dienstzeit auf immer oder nur auf eine beschränkte Reihe von Jahren bewilligt wurde, denn kein Mensch nahm an, daß sie nach Ablauf dieser Jahre wieder beseitigt werden könnte. Die Regierung aber konnte auf die Formel der gesetzlichen Festlegung sich nicht einlassen, weil sie die Fühlung mit den Konservativen nicht verlieren durfte. So bot der parlamentarische Streit das lächerliche Bild eines Zankens um eine leere Formel, aber ernste Gedanken standen dahinter. Eugen Richter wollte die Auflösung des Reichstages. Die Neuwahlen, so glaubte er, würden seiner Partei einen starken Aufschwung geben. Die oppositionelle Stimmung im Volke wollte er für seine Zwecke benutzen, und so half er am 6. Mai den Konservativen den verhängnisvollen Antrag auf Schluß der Debatte zur Annahme zu bringen. Unmittelbar darauf zwang er seine Fraktion zur Spaltung. Er stieß die jagenden Elemente aus; mit großem Aufwand an Preßagitation und Versammlungsarbeit warf er die Losung ins Land, daß die freisinnige Volkspartei einen gewaltigen Ruck nach links thun werde.

Aber in den Neuwahlen des Frühjahr 1893 brach seine Partei kläglich zusammen, so kläglich, wie selten vordem eine Partei zusammengebrochen ist. Mit 70 Stimmen war sie zuletzt im Reichstag vertreten; mit keinem einzigen Mandat kam sein Flügel in der Hauptwahl durch. Auch er selbst konnte erst in der Stichwahl seinen alten Sitz in Hagen wieder erobern. An 38 Plätzen war er überhaupt nur an der

Stichwahl beteiligt. Mit 23 Mandaten kam er aus der Stichwahl heraus; sie sind ihm durch die Hilfe des Centrums und der Sozialdemokraten gerettet worden. Aus eigener Kraft konnte keiner seiner Anhänger sein Mandat behaupten.

Noch geringer war der rechte Flügel der früheren freisinnigen Partei vertreten. Ihm fehlte vollkommen die Organisation, und fast völlig die Fühlung mit den Parteifreunden im Lande. Richter zeigte sich als der bessere Organisator, und als die stärkere, rücksichtslosere Persönlichkeit. Nur 13 Mann waren es, mit denen die freisinnige Vereinigung im Reichstag erschien.

Interessant ist die Wirkung der Neuwahlen auf die Konservativen. Die vollstündliche Losung des Antisemitismus, die sie im Winter als oppositionelles Element aufgenommen hatten, nützte ihnen wenig, weil sie sich nicht in der Opposition zur Regierung befanden. Die antisemitischen Parteien stiegen von 6 auf 18 Stimmen; ihnen und nicht den Konservativen war die antisemitische Bewegung im Lande zugute gekommen. Die Konservativen waren nur von 66 auf 70 Stimmen gekommen. Mehr als bei den Reichstagswahlen half ihnen die neue agrarische Bewegung im Herbst bei den Wahlen zum preußischen Landtag. Hier gewinnen sie 19 Mandate zu ihrem früheren Besitztum hinzu. Der Freisinn verliert in seinen beiden Teilen zusammen 11 Stimmen; unter 433 Abgeordneten zählt er nur noch 20 in seinen Reihen. Damit ist er im Landtag zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken — in dem Landtag, den er 30 Jahre zuvor mit überwältigender Mehrheit beherrscht hatte.

\* \* \*

Die Folge des Zusammenbruches des bürgerlichen Liberalismus und des Rückfalles des Centrums in die Opposition ist das Fehlen fester Mehrheiten bis zum Ende der Caprivischen Zeit. Gerade was diese Regierung früher ausgezeichnet hatte, daß sie trotz allgemeinen Raisonnierens im Lande ihren Vorlagen eine erdrückende Mehrheit zu verschaffen wußte, das wurde ihr nun nicht mehr zuteil. Die Militärvorlage gelangte zwar zur Annahme; in der zweiten Lesung mit einer Mehrheit von 10, in der dritten mit einer solchen von 16 Stimmen, das Eintreten der Antisemiten und der freisinnigen Vereinigung für diese Vorlage gab die Entscheidung; eine einheitliche leistungsfähige Majorität aber war dadurch nicht gewonnen. An dem Mangel einer solchen

icheiterte im Winter darauf die Reichsfinanzreform, die Miquel und Posadowsky versuchten.

Auch in der Handelspolitik macht sich der Ausschlag fühlbar. Der rumänische Vertrag von Ende 1893 wurde nur von einer Mehrheit von 24 Stimmen getragen. Der russische Handelsvertrag, der heiß umstritten, gelangte schließlich doch immerhin mit 54 Stimmen Mehrheit zur Annahme. Aber das besagt wenig gegenüber der überwältigenden Mehrheit, die die Handelspolitik von 1891 gestützt hatte. Von jener Mehrheit, die dem österreichischen Handelsvertrag zugestimmt hatte, waren abgesplittert etwa die Hälfte des Centrums, von den National-liberalen und den Freikonservativen der kleinere Teil und alle Konservativen. Die agrarische Bewegung hatte in einem Jahre diese große Anzahl von Parlamentariern für sich gewonnen. Sie begann immer mehr in dem Kampf gegen den russischen Handelsvertrag die Führung der Opposition überhaupt zu übernehmen.

Professor Loß hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in einem parlamentarisch regierten Lande die Regierung vermutlich eine volkstümliche Gegenbewegung entfesselt haben würde. Die deutsche Regierung aber war dazu nicht in der Lage. Welche der bestehenden Parteien hätte sie bei dieser Bewegung unterstützen können? Es wäre die Aufgabe des Freisinns gewesen, jetzt zu zeigen, daß er fähig war die Verantwortung der Regierung zu übernehmen. Aber er war zusammengebrochen, gerade bevor diese Aufgabe in vollster Deutlichkeit hervortrat. Die agrarische Bewegung rühmte sich ihrer Königstreue, sie hatte auch der Militärvorlage wenigstens keine Opposition gemacht. Ihre Opposition hatte gerade darin ihre ungeheure Gefahr, daß sie regierungsfähig war, und daß zurzeit eine andre Partei als Stütze der Regierung in Militärfragen nicht vorhanden war.

Zimmerhin bahnt sich im Winter 1893 auf 1894 langsam eine neue Schwankung des Centrums an. Noch bei Ablehnung der Militärvorlage stand Lieber, der „Mußpreuße“, in strammster Opposition. Sobald er aber die Einheit der Partei gewahrt und seine Führerschaft gesichert hatte, begann er langsam in die Windthorstischen Spuren einzulenken. Schon die Steuergesetze im Herbst 1893 begrüßte er auffällig entgegenkommend. Für den russischen und für den rumänischen Handelsvertrag trat er mit Lebhaftigkeit ein. Noch vermochte er erst etwa die Hälfte seiner Partei zur Zustimmung zu diesem Vertrag zu gewinnen; ein lebhafter Kampf im Centrum folgte, aber er hielt sich an die Spitze und errang für seine Partei langsam in der Hohenloheschen Zeit die

alte Stellung als Regierungspartei wieder, wenn auch nicht mit derselben Sicherheit, wie sie das Centrum von 1890—1892 befeßen hatte. Aber bis zum Herbst 1894 hatte sich diese Entwicklung noch nicht ganz deutlich vollzogen. Sie liegt im Wesentlichen nach der Caprivischen Zeit.

So blieb der Regierung keine andere Wahl, als die Fühlung mit den Konservativen wieder zu suchen. Die Versöhnung mit Bismarck im Januar 1894, das Entgegenkommen gegen die Agrarier in der Schaffung der Landwirtschaftskammern in Preußen und in der Aufhebung des Identitätsnachweises im Reich, zuletzt die große Kaiserrede vom 6. September 1894 mit dem Aufruf zum Kampfe wider den Umsturz, bezeichnen die Annäherung an die agrarische Opposition. Caprivi scheint den Plan gehabt zu haben, wieder eine neue große Mehrheit aus den bürgerlichen Parteien zu schaffen, indem er sie gegen die Sozialdemokratie mobil machte. Für ihn bedeutete die Parole gegen den Umsturz den Versuch, alle bürgerlichen Parteien zu einer einheitlichen Gruppe zusammenzuschweißen. Daher ist es seine Absicht, in der Bekämpfung der Sozialdemokratie nur so weit zu gehen, wie alle bürgerlichen Parteien mitgehen können. Man weiß, daß Eulenburg, der preußische Ministerpräsident mit der Antiumsturzbewegung weit reaktionärrere Pläne verfolgt hat. Der Kaiser trat zuerst vollständig auf Caprivis Seite, dann aber wandte er sich rasch und plötzlich von ihm ab und ließ ihn und Eulenburg gleichzeitig gehen. Unter Hohenlohe beginnt dann das volle Nachgeben der Regierung gegenüber der konservativen agrarischen Partei.

\* \* \*

Es war auf die Dauer nicht möglich, im Reiche gegen die Konservativen zu regieren. Das ist das Ergebnis der Caprivischen Zeit. Keine der Parteien, die unter Bismarck zu den Oppositionsparteien gehört hatten, war in der Lage an ihre Stelle zu treten. Wohl hatte der geniale Führer des Centrums die Lage sofort erfaßt, aber die von ihm geschaffene Kombination scheiterte an dem protestantischen Gefühl der Mehrheit der Bevölkerung und an dem Wunsche des Kaisers, nicht gegen dieses Gefühl zu regieren.

Als das Centrum abtreten mußte, wurde die Lage immer günstiger für die freisinnige Partei. In der Handelspolitik und in der Militärvorlage kam die Regierung ihr weit entgegen, aber sie sah sich zurückgestoßen von der rücksichtslosen Energie des Mannes, der seine Partei lieber ruinieren, als zur Regierung führen wollte. Der Liberalismus

hätte die Möglichkeit gehabt, ein bestimmender Faktor der deutschen Politik zu werden. Vornehmlich an der Person Eugen Richters ist diese Möglichkeit gescheitert. Unter seiner Führung ist der bürgerliche Liberalismus ganz in sich zusammengebrochen, und nirgendwo, auch bei den Freisinnigen selbst nicht, besteht heute die Hoffnung, daß er jemals noch von sich aus zur Macht im Staate gelangen könnte. Er hat eine glänzende Möglichkeit verscherzt, und die Strafe der Geschichte ist der Verblendung des Führers auf dem Fuße gefolgt. Deutschland hat seine Entscheidung mit einem weiteren Jahrzehnt konservativer Herrschaft zu bezahlen gehabt.

Nicht der Sieg des Liberalismus, wie die konservative Parteidoctrin es darstellt, sondern vielmehr sein gänzlicher Zusammenbruch ist der bleibende Ertrag der Caprivischen Zeit.







## Die soziale Bedeutung des Fahrrads.

Von

Carl Krauss.

Das Straßenbild Berlins jetzt am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, — wer hätte es noch vor nicht zu langer Zeit in dieser Form überhaupt für möglich gehalten?

In der Mitte der Straße die beiden Schienenstränge, die nicht mehr — wie vor kurzem noch — verhältnismäßig harmlosen Pferdebahnen zu leichter Fortbewegung verhelfen, sondern auf denen die mächtigen Wagen der „Großen Berliner“ dahin donnern — Donnerwagen nennt sie bereits der bekannte Berliner Witz — nach rechts, nach links in fast ununterbrochener Reihenfolge sich ablösend. Zu beiden Seiten dieser Schienenwege der Fahrdamm, den auf der einen Seite hinauf, auf der andern hinunter hohe Ungetüme von Lastwagen, unzählige teils durch sichtbare, teils durch unsichtbare Pferdekraft getriebene Geschäftswagen der verschiedensten Größen und Formen befahren in Abwechslung mit unbehilflich aussehenden, aber trotzdem mit verblüffender Leichtigkeit gelenkten ein- und zweistöckigen Omnibussen und all den herrschaftlichen und unherrschaftlichen Kutschen und Droschken und von Tag zu Tag sich mehrenden Kraftfahrzeugen und Motorwagen. Alle diese leichteren und schwereren Fahrzeuge winden sich eins an dem andern vorbei mit einer Genauigkeit und Sicherheit, die schon mehr als Märchenhafte grenzt. Damit aber nicht genug. Ganz besonders lebhaft gestaltet sich das Straßenleben vor allem dadurch, daß mitten unter diesen größeren und kleineren Nordmaschinen, die ganz dazu geschaffen scheinen, nicht nur sich untereinander, sondern auch alles, was sich sonst

noch zwischen sie hinein wagt, zu erdrücken, zerquetschen und zertrümmern, ungezählte einzelne Menschen lautlos auf ihren Rädern dahinhuschen und sich mit der größten Leichtigkeit an den schweren Wagen vorbei und durch die kleinsten Lücken hindurch schlängeln, — Lücken, die oft viel zu schmal zum Passieren erscheinen. Und unter all dem betäubenden Lärm des Straßenlebens, dem ohrzerreißenden Läuten und dem sinnverwirrenden Dröhnen der Straßenbahnwagen, dem Tu-tu-tu und dem Pfauen der Kraftwagen, den verschiedenartigen bald melodischen, öfter aber schrillen Klingeln der Radfahrer, dem warnenden scharfen „He-he“ der Kutscher bewegen sich an den Straßenübergängen und den Haltestellen der Bahn eine Unmenge von Fußgängern, — Männern, Frauen, Kindern, — auf dem Fahrdamm, sei es, daß sie ihn überschreiten, sei es, daß sie eine Elektrische oder einen Omnibus besteigen wollen. Und auch sie passieren ungefährdet das Getriebe, das sich selbst nach geheimnisvollen, den Neuling überraschenden Gesetzen regelt.

Nicht in allen Teilen Berlins und nicht zu allen Tageszeiten zeigen die Straßen dasselbe Gesicht. In verschiedenen Gegenden kommt zu dem betäubenden Lärm noch das Rasseln der Züge der Stadtbahn hinzu, der sich bald noch die elektrische Hochbahn hinzugesellen wird. In einigen überwiegen die Lastfuhrwerke, in andern die Equipagen, wieder in anderen die Fahrer auf dem Zweirad, denen eine Reihe von Straßen noch durch polizeiliches Verbot verschlossen ist und die deshalb auf den erlaubten Straßen um so zahlreicher sich tummeln. Wer die Linden, die Friedrich- und Leipzigerstraße, — den Spittelmarkt, den Potsdamer- und Alexander-Platz und das Halleische Thor kennt, der weiß, daß in der obigen Skizzierung nichts übertrieben ist.

Und in den übrigen Zentren Deutschlands gestaltet sich der Verkehr in ähnlicher, wenn auch häufig nicht so intensiver Weise. Aber auch die mittleren und kleineren Städte haben innerhalb einer kurzen Spanne Zeit ein durchaus anderes, ein lebhafteres Gewand angelegt, das dem vielleicht vor zwei Dezennien getragenen nur noch recht wenig gleicht. Ein mächtiger Aufschwung des Verkehrs ist überall zu konstatieren. Das Land kann schließlich vor allem davon erzählen.

Wer die Entwicklung des eben geschilderten Verkehrslebens in den letzten 20—30 Jahren mit offenen Augen verfolgt hat, der konnte eine merkwürdige Beobachtung machen. Die neuen Verkehrsmittel innerhalb der Städte — die elektrischen Straßenbahnen, die Hochbahnen zc. genügten nicht, wie man zunächst zu glauben geneigt war, zur Bewältigung des wachsenden Verkehrs. In demselben Maße konnten sich daneben die übrigen

schon bisher bestehenden Fahrzeuge vermehren und entwickeln, die den großen Vorzug vor den Bahnen besitzen, nicht an bestimmte Strecken gebunden zu sein. Ja sogar Neuerfindungen auf diesem Gebiete vermehrten sie, wie wir noch sehen werden ins Ungemeßene. Und die zahlreichen, in allen Gegenden des deutschen Reiches neu erstandenen Eisenbahnen, die das Land erst erschlossen haben, haben nicht den Verkehr der Landstraßen vollständig absorbiert, wie man ebenfalls zunächst anzunehmen geneigt war. Sie haben nicht etwa das immer heftiger auftauchende Verlangen nach bequemem Verkehr gestillt und befriedigt, — im Gegenteil, sie haben dadurch daß sie der Menschheit die Augen öffneten, neue, bisher schlummernde Bedürfnisse geweckt. Sie haben den Verkehr auf den Straßen nicht entlastet, — sie haben ihm zunächst nur andere Wege gewiesen und ihn durch Auslösung immer neuer wirtschaftlicher Kräfte, wie sie vor allem in der gesteigerten Gütererzeugung erscheint, von Jahr zu Jahr gewaltig vermehrt. Der Verkehr nach den Bahnhöfen gestaltete sich um so lebhafter, je leichter das Fortschaffen von Gütern durch die Schnelligkeit und die Billigkeit der Eisenbahn wurde. Und das Streben der einzelnen Personen in die weite Welt hinaus wurde gefördert. War man erst einmal durch die Bahn in die Lage versetzt, Reisen machen zu können, an die man früher nicht im Traum zu denken gewagt hätte, so wuchs selbstverständlich mit ziemlicher Notwendigkeit auch der Wunsch, auf ebenso rasche Weise reisen zu können, ohne an den streng festgelegten Schienenweg und an die Zeit der Abfahrt der Züge gebunden zu sein. Gab es doch schließlich auch noch andere Gegenden als die durch die Bahn erschlossenen. Und dieser Wunsch mußte mit unerbittlicher Logik dahin arbeiten, ein Fahrzeug zu erfinden, das große Schnelligkeit mit völliger Bewegungsfreiheit nach allen Richtungen hin verband.

Und man erfand das Fahrrad. Nicht als ob die Ursprünge des Gedankens an ein durch die eigene Kraft des Fahrenden getriebenes Fahrzeug erst in diese Zeit des Aufschwunges des modernen Verkehrs gefallen wären. Erfinderisch veranlagte Naturen haben hier wie auf allen Gebieten schon Jahrhunderte vorher den Gedanken mit sich herumgetragen und derartige Maschinen konstruiert. Aber es ist nun einmal so: Erst muß die Zeit gekommen sein, die eine Erfindung notwendig braucht, erst dann kann ein an sich schon längst existirender Gedanke so zu praktischer Vollkommenheit sich ausgestalten, daß etwas wirklich Brauchbares entsteht. Das Zeitalter des Dampfs und der Elektrizität, das das Verkehrsbedürfnis erst zu vollem Bewußtsein erweckt hat, brauchte das

Fahrrad. Und es entstand in der äußerst kurzen Zeit von ungefähr drei Dezennien ein Fahrzeug, das in der Feinheit seiner Konstruktion heute in einer Vollkommenheit dasteht, die Staunen erregen muß.

Der Verkehr ist also, wie vorher gesagt, zwar zunächst eine Folge wirtschaftlichen Aufschwunges. Er befruchtet aber, indem er wächst wiederum die Volkswirtschaft, regt sie zu neuen Thaten an und leistet damit dem Volksganzen einen eminent wichtigen Dienst. Alle Glieder, die sich zu der großen Kette dieses Verkehrs zusammenschließen, sind es deshalb schon aus diesem Grunde — von anderen zu schweigen — gleicher Maßen wert, eingehend gewürdigt zu werden. Um so verwunderter muß man sein, daß gerade das Fahrrad, das doch eigentlich seinem ganzen Auftreten nach nicht zu übersehen sein dürfte, das schon seit länger als einem Jahrzehnt von Grund aus umgestaltend in das Verkehrsleben eingegriffen hat, bisher so wenig gerechte Würdigung gefunden hat. Jeder, der nicht blind ist, — und auch deshalb wiesen wir in den einleitenden Worten auf das Straßenbild hin — muß zugeben, daß an der Veränderung des Verkehrslebens gerade das Fahrrad einen sehr großen Anteil hat. Und je weiter man aus den Großstädten hinaus aufs Land kommt, um so mehr muß sich dem scharfen Beobachter diese Thatsache aufdrängen. Trotzdem aber giebt es bis heute noch keine erschöpfende, auf Zahlenmaterial gegründete Untersuchung darüber: Hat das Fahrrad nun ein moralisches Recht, sich auf der Straße so breit zu machen, oder hat es das nicht? Mit anderen Worten: Trägt es seinen Teil an der Hebung der gesamten Nationalwirtschaft bei oder kommt es für diese praktische Seite nicht sehr in Betracht? In den staatswissenschaftlichen Handwörterbüchern fehlt die Rubrik „Fahrrad“ gänzlich. Die einzige wissenschaftliche Abhandlung, die sich mit dieser Frage beschäftigt, findet sich in Schmollers Jahrbüchern, im Januarheft des XXIV. Jahrgangs (1900). Hier behandelt Rudolf Verch zum ersten Mal „Das Fahrrad und seine Bedeutung für die Volkswirtschaft“ in wissenschaftlicher Weise. Aber auch ihm fehlte leider das Zahlenmaterial zu einer tiefergehenden Untersuchung, so daß er sich mehr auf sein offenes Auge und sein gesundes Gefühl verlassen mußte als auf die zwingende Macht statistischer Gründe.

Daß man diese so überaus notwendige Untersuchung noch nicht gemacht hat, ist wie gesagt, nicht entschuldbar. Es wird aber durch verschiedene Umstände einigermaßen begreiflich gemacht. Jedes moderne Verkehrsmittel — das hat man seit Einführung der Eisenbahn bei jedem neuen Vehikel immer wieder beobachten können, — prallte zunächst so

schroff mit dem Althergebrachten zusammen, setzte sich so sehr zu der dem bekannten Trägheitsgesetz gehorchenden Stumpfheit der Masse in Gegensatz, daß an ein erspriehliches Zusammenarbeiten beider für den Anfang nicht zu denken war. Es ist ja nur zu erklärlich. Die moderne Zeit des Verkehrs ist eben über uns gekommen wie der Dieb in der Nacht. Man war nicht auf sie vorbereitet. Vielen kam sie unbequem. Sie wollten so gerne weiterschlafen, wurden aber recht unsanft aus ihren Träumen aufgeschreckt. Das Trägheitsgesetz oder höflicher ausgedrückt das Beharrungsvermögen hielt eben den Geist der Menschheit noch in der „guten alten Zeit“, während diese schon längst der Vergangenheit angehörte. Noch nicht einmal die unzweifelhaften Vorteile, die sich nunmehr boten, wollte man anerkennen. Friedrich Wilhelm IV. z. B. hatte einen solchen Haß auf die Eisenbahn geworfen, daß er bis zu seinem Lebensende die neuerbaute Bahn Berlin-Potsdam niemals benutzte, sondern nach wie vor nach seiner Residenz im von Pferden gezogenen Wagen fuhr. Wenn das am grünen Holz passierte, was kann man dann vom dünnen erwarten.

Aber die Eisenbahnen gingen schließlich noch an. Sie hatten ihre besondern Wege, und wer mit ihnen fuhr, der war selber schuld daran, wenn ihm bei einem Bahnunglück sämtliche Knochen im Leibe zerbrochen wurden. Viel intensiver war der Haß, den anfangs fast das gesamte Volk mit der geringen Ausnahme derer, die die Bedeutung des Fahrrads für die Zukunft entweder sofort erkannten oder es aus sportlichen Gründen selbst benutzten, diesem neuen Fahrzeug entgegenbrachte. Machte es doch alle Straßen und Wege unsicher. Man hatte sich daran gewöhnt — sowohl die Fußgänger, wie auch die Führer von Fuhrwerken — während des Aufenthalts auf der Straße angenehmen Träumen sich hinzugeben, sich mit Freunden so ins Gespräch zu vertiefen, daß man seine Aufmerksamkeit wenig oder gar nicht auf den Straßenverkehr richtete. Es war dies ja auch gar nicht nötig, Fuhrwerke hörte man schon minutenlang vorher auf den holprigen Straßen dahin rasseln, sodaß man sich langsam und gemütlich auf ein Ausweichen einrichten konnte. Und dann kamen diese Radfahrer. Ein schrilles Klingelzeichen und er war schon da und auch schon vorüber. Unangenehm aus dem Traum aufgeschreckt schimpfte man dem Davonsausenden in wenig schmeichelfaften Worten nach. Dazu kamen anfangs häufiger Unglücksfälle, die meist dadurch hervorgerufen wurden, daß die aus ihrem Schlaf so jäh Erweckten in ihrer Verwirrung von einer auf die andere Seite sprangen und so dem Radler geradezu in die Maschine liefen. Ein allgemeiner

Haß und Unwillen erhob sich gegen das neue Verkehrsmittel. Natürlich äußerte sich dieser Haß verschieden. Ruhigere Menschen begnügten sich damit, die neue Land- und Straßenplage mit wenig schmeichelhaften Namen — der Ausdruck „Chauffeeplöhe“ war sehr beliebt — zu belegen. Höhere natürlich brauchten andere Schimpfworte und waren bestrebt, wo sie nur konnten, die Radfahrer zu chikanieren und sie durch Thätlichkeiten, wie das Werfen von Stöcken zwischen die Speichen, zu schädigen.

Schlimmer als all das waren die Konsequenzen, die die hohe Polizei aus dem Verhalten der großen Masse zog. Man schrie nach Einschränkung, nach völliger Beseitigung dieses Verkehrs. Radfahrverbote, besondere, wie Steckbriefe aussehende Legitimationskarten, Nummern — womöglich mehrere in ansehnlicher Größe — wurden an allen Ecken und Enden unseres Vaterlandes zum Gesetz erhoben. Und es wäre all das ganz dazu angethan gewesen, jedem das Radfahren zu verleiden. Aber der Siegeszug des Verkehrs kennt keine Schranken. Das Verkehrsbedürfnis war eben zu groß, um unter dem allgemeinen Volkswillen und unter den willkürlichsten Beschränkungen seitens all der selbstherrlichen großen und kleinen Beamten in Stadt und Land sich bescheiden zu lernen. Und trotz aller Rückständigkeit, die ja überhaupt nicht ganz ausrottbar sind, ist es heute doch so, daß das Fahrrad im Prinzip anerkannt ist, wenn auch immer noch — mit der Dummheit kämpfen ja Götter bekanntlich vergebens — ein großer Teil der Behörden auf ihrem alten fahrradfeindlichen Standpunkt und insofgedessen auch bei ihren den Verkehr erschwerehenden Verboten stehen geblieben sind.

1887 waren es erst ca. 10 000 Personen, die in Deutschland Rad fuhren — die Angabe kann natürlich keinen Anspruch darauf erheben, von irgend welcher Genauigkeit zu sein —, 1890 soll sich diese Zahl noch nicht ganz verdoppelt haben. Dieser verhältnismäßig kleine Teil des Volkes konnte sich natürlich noch nicht Geltung der Masse gegenüber verschaffen. Anfang der 90er Jahre aber begann ein mächtiger Aufschwung. 1897 waren es schon fast eine Million Deutsche, die den Vorteil des neuen Fortbewegungsmittels für sich auszunützen verstanden. Und heute dürften nicht mehr allzuviel an zwei Millionen fehlen. Das ist ein Faktor, dem sich mit der Zeit selbst die stumpfste Rückständigkeit beugen muß.

Auch die Thatsache, daß die intensivere Belastung der Straßen keineswegs so gefährlich ist, wie man anfangs glaubte — eine Thatsache, deren Grund natürlich auf die Erziehung des Publikums durch

den gesteigerten Verkehr zurückzuführen ist — trug ihr Teil dazu bei, daß immer mehr einsichtige Leute ihren radfeindlichen Standpunkt aufgaben. Wie viel an Straßenbelastung zu leisten ist, ohne daß für die passierenden Fußgänger, so lange sie die Augen offen halten und den Befehlen folgen, die sich der Verkehr mit logischer Notwendigkeit hat schaffen müssen, irgend welche Gefahr entsteht, zeigt wiederum die Schilderung des Berliner Straßensbildes, mit der ich diesen Aufsatz einleitete.

Aber noch ein Grund mag dahin gewirkt haben, daß man dem Fahrrad lange Zeit nicht die genügende Beachtung schenkte. Zu der Zeit, als die Räder für den nicht mit großen Glücksgütern ausgestatteten Menschen fast unerschwingliche Summen kosteten und als das Radfahren gewissermaßen als ein nobler Sport getrieben wurde, da waren es vielfach die besseren Kreise, die sich mit Feuereifer auf die neue gesunde Leibesübung warfen. Nachdem aber durch den Sport die Aufmerksamkeit weiter Kreise erregt war, und nachdem die Fabrikanten eingesehen hatten, daß großer Umsatz und kleiner Nutzen stets besser für sie ist als das umgekehrte, konnten auch die mittleren und untereren Schichten unseres Volkes sich der Segnungen der modernen Erfindung erfreuen. Für sie erst wurde sie in Wahrheit ein Segen. Und da kam die Reaktion. Die besseren Kreise zogen sich zum großen Teil zurück. Und man konnte überall den Ausspruch hören, den ein Referendar einmal mir gegenüber gebrauchte, als ich ihn fragte, warum er nicht mehr Rad fahre. Er meinte nämlich: „Seitdem fast jeder Arbeiter ein Rad besitzt, kann ich mich nicht mehr auf ihm sehen lassen, das verträgt sich nicht mit meiner Stellung“. Dieser Ausspruch liegt schon fast 10 Jahre zurück, war aber für die damalige Zeit äußerst bezeichnend. Heute, wo das soziale Empfinden auch der oberen Schichten in stetem Wachsen begriffen ist, denkt man glücklicherweise größten Teils wieder anders. Übrigens — das sei gleich hier erwähnt — scheint mir das Fahrrad selbst an diesem Umschwung, von dem es wieder profitiert, ursächlich beteiligt zu sein. Es liegt ein demokratischer Zug in dem Fahrrad. Es ist tatsächlich geeignet, die Standesunterschiede zurückzudrängen. Wenn der Radler liest, wie man das heute alle Augenblicke lesen kann, der und der Minister, der und der Monarch widmet sich dem Radfahrersport, so fühlt er, daß ein gemeinsames Band ihn mit diesen Herren verbindet. Sie alle gehören jetzt zu der großen Gemeinde der Radfahrerschaft, die sich — das stammt noch aus der Zeit, zu der der Radler ein Mensch zweiter Klasse war — eng verbunden fühlt. Wie oft kann

man es andererseits namentlich auf dem Lande beobachten, daß der Fahrer aus den höheren Ständen ein fröhliches „Allheil“ mit dem von der Arbeit heimradelnden Mann des sogenannten vierten Standes austauscht. Ein nicht zu unterschätzendes Stück sozialer Arbeit, das das Rad in dieser unauffälligen Weise leistet.

Es ist aber trotz allem heute noch so, daß man dem Fahrrad wegen seines unscheinbaren Äußeren gegenüber den übrigen modernen Verkehrsinstrumenten noch wenig volkswirtschaftliche Bedeutung beilegt. Unsere Volkswirtschaftler gingen wie mit Blindheit geschlagen an ihm vorbei. Und doch wie eminent wichtig ist diese nationalökonomische Bedeutung. Das merkt man schon, wenn man losgelöst von jedem statistischen Material — und davon ist man ja nolens volens losgelöst — das durch den Radfahrverkehr geschaffene Getriebe einmal in seine einzelnen Bestandteile auflöst.

Schon das Fahrrad als Fabrikat ist ein wichtiger volkswirtschaftlicher Faktor. Man denke nur, in Deutschland allein bewegt es sich in fast zwei Millionen Exemplaren auf den Straßen. In sämtlichen Kulturstaaten aber ist seine Verbreitung der Einwohnerzahl entsprechend ungefähr dieselbe, in einer ganzen Reihe aber erheblich größer. Und selbst in den verborgensten Winkeln der Erde wie dem Innern Australiens und Afrikas, in dem nördlichsten Kanada, in Grönland und Sibirien läuft das Fahrrad. Ein sehr großer Teil des Volksvermögens ist in ihm angelegt. Eine ungeheure Anzahl von Arbeitern findet ihr Brot in der Herstellung nicht nur der Fahrräder als Ganzes, sondern auch aller der Einzelteile, die durch die Montan-, Maschinen- und Gummiindustrie hergestellt werden. Hinzu kommt dann noch die Ausstattung des Rades und des Radfahrers selbst (Sättel, Tasche, Werkzeuge, Radfahrerbekleidung etc.), die eine ganze Reihe von Industrien in Bewegung setzt. Die Herstellung aller dieser Dinge geben einer Unmenge von Arbeitern, die sich natürlich nicht zahlenmäßig nachweisen läßt, ihr Brot. Weiter ist es der Handel mit den fertig gestellten Fahrrädern, der ein paar Tausend Fahrradhandlungen geschaffen hat, ganz abgesehen davon, daß auf dem Lande Uhrmacher, Schlosser, Mechaniker und Eisenhändler sich nebenbei mit dem Verkauf von Fahrrädern abgeben. Auch die Instandhaltung der Räder und ihre Reparaturen setzen eine große Zahl von Personen in Nahrung. Man muß es wirklich immer wieder bedauern, daß sich alle diese volkswirtschaftlichen Vorteile nicht zahlenmäßig feststellen lassen, es würden sicherlich erstaunliche Summen herauskommen. Immerhin würde, wenn sich unser statistisches Bureau der



Sache annähme, ein Resultat heraus kommen, das auch ohne die unfaßbaren Werte ein imponantes Bild von der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Fahrrads als Fabrikat gäbe.

Wie jede Fabrikation ist natürlich auch die Fahrrad-Industrie nicht nur von Nutzen für die einzelnen direkt daran beteiligten Volksglieder, sondern auch für das gesamte Volksvermögen. Namentlich ziehen die Eisenbahnen, die den Transport nicht nur des Rohmaterials, sondern auch der fertig gestellten Maschinen vermitteln, großen Nutzen aus ihr. Vergessen darf auch nicht werden die ausgedehnte Korrespondenz, die sich innerhalb der Fahrrad-Industrie nötig macht und die dem Säckel der Reichspostämter zu Gute kommt. Dem Nationalvermögen kommt auch der Export von Rädern nach dem Auslande in jeder Weise zu Gute.

Erhöht schon so das Fahrrad als Fabrikat das Konto unserer Volkswirtschaft ganz bedeutend, so thut es das noch viel mehr von dem Augenblick ab, wo es seiner eigentlichen Bestimmung übergeben ist. Ein einfaches Zergliedern des Straßenverkehrs giebt uns darüber schon Aufschluß. Wieviel Zeit und Arbeitskräfte ersparen nicht die großen Geschäftshäuser der großen Handelsmetropolen, wenn sie die geschäftlichen Aufträge durch flotte Boten auf dem Zweirade ausrichten lassen können? Es ist ihnen ganz anders wie früher möglich, ihre Kunden rasch und sicher zu bedienen, indem sie das Transport-Dreirad in Betrieb setzen. Ein Blick auf die Leipziger Straße Berlins z. B. genügt, um uns konstatieren zu lassen, wie häufig sich die Geschäftshäuser dieses Mittels bedienen. Nicht nur der Verkehr mit den Kunden wird für sie dadurch erleichtert, sondern auch der Verkehr des Mutterhauses mit den Filialen in allen Stadtteilen. Durch hübsche Ausstattung der Wagenkasten und durch Aufdruck der Geschäftsfirma u. ist gleichzeitig die Möglichkeit einer verhältnismäßig billigen und recht wirksamen Reklame geboten. Die Organisation eines in vielen Filialen aufgelösten Geschäftsbetriebes — ich erinnere nur an die allbekannten Bierquellen von Aschinger — würde auf ungeheure Schwierigkeiten stoßen, ja würde in der heutigen Form unmöglich sein ohne die Judienstellung des Fahrrades. Es ist mir natürlich an dieser Stelle unmöglich, mich eingehender mit der Art der Verwendung des Fahrrads in dieser Beziehung zu beschäftigen. Eine Umfrage bei verschiedenen größeren Geschäftshäusern nach der Ersparnis an Zeit, Geld und Personal würde sicherlich eine weitere größere Summe zu Gunsten des Vermögens der Einzelnen und damit des Volksvermögens ergeben. Erwinnert sei hier nur noch daran, daß z. B. der rasche Nachrichtendienst der großstädtischen Zeitungen, namentlich in der Zeit, zu

der die Volksvertretungen tagen, ganz unmöglich wäre, ohne die Boten, die auf dem leicht beschwingten Rade jeden Augenblick die Parlamente mit dem Redaktionsbureau verbinden. Ohne sie müßte der Bürger darauf verzichten, schon abends beim Bier seinen Parlamentsbericht zu lesen.

Ist so der Nutzen des Fahrradverkehrs innerhalb des großstädtischen Verkehrs, wo man glauben sollte, daß die vielgestalteten Verkehrsmittel sich gegenseitig Konkurrenz zu machen und sich gegenseitig zu Grunde zu richten geeignet wären, ein ungeheurer, so ist er dort nicht minder bedeutend, wo es sich um den Verkehr von der Stadt hinaus aufs Land und auf dem Lande selbst handelt. Jeder einzelne Geschäftsmann und Handwerker, der einen weitverzweigten Kundenkreis besitzt, kann heute ohne das Fahrrad überhaupt nicht mehr leben. Um nur das Originellste herauszugreifen, sei erwähnt, daß wir vor einigen Jahren noch den Schornsteinfeger auf dem Rade für eine Ausgeburt der „Luftigen Blätter“ gehalten hätten. Heute erstaunt niemand mehr darüber, wenn diese originelle Gestalt in Cylinder und schwarzem Habt, ausgerüstet mit Leiter und den übrigen notwendigen Utensilien auf dem Rade von Ort zu Ort fährt, um seines Amtes zu walten. Wieviel Zeit und Arbeitskräfte spart nicht auch der Fleischer, wenn er seine Hilfskräfte bei seinen zahlreichen Kunden zu Rade herumschicken kann, sei es, daß sie nach den Wünschen der verschiedenen Herrschaften fragen, sei es, daß sie, mit einer Hand das Rad regierend, mit der anderen die Mülle auf der Schulter haltend, die hungernden Gemüter mit der heute noch für unentbehrlich geltenden animalischen Kost versorgen. Alle nehmen sie teil an den Annehmlichkeiten, die das Rad bietet, der Maurermeister, der seine Arbeiter an unzähligen Bauten fast zu gleicher Zeit kontrollieren kann, der Arzt, der rascher als bisher über Land zu eilen vermag, wenn seine Anwesenheit so schleunig wie möglich erwünscht ist, der Förster, der in seiner schmutzigen Uniform, die Flinte auf dem Rücken, sein Revier flott durchradelt und dadurch Zeit und Mühe spart, ganz abgesehen von der Ersparnis an Fußbekleidung — das Rad in seiner heutigen Vollkommenheit ist nicht auf die Landstraße gebannt, im Gegenteil, die meisten Waldwege sind viel angenehmer zu fahren, als zahlreiche holprige Chaussees. Der moderne Fortschritt oder vielmehr die dira necessitas hat sogar die Bewohner abgelegener Gehöfte gezwungen, sich des Fahrrades zu bedienen, um sich die zum Leben notwendigen Dinge wie Fleisch, Brot u. s. w. ins Haus zu schaffen und um einen intimeren Konnex mit der Außenwelt zu unterhalten. Ja, von glaubwürdiger

Seite ist mir wiederholt erzählt worden, daß in den Gegenden, wo das Beerenjucken einen großen Teil der älteren weiblichen Bevölkerung in Atem hält, diese Beerenfrauen sich auf wenn auch nicht ganz modernen, so doch immerhin brauchbaren Rädern an Ort und Stelle begeben. So etwas hätte man ebenfalls vor nicht zu langer Zeit noch für unmöglich gehalten, vielmehr werden heute noch zahlreiche Menschen glauben, es handele sich hier nur um eine Anekdote nach dem Muster: *si non e vero, bon trovato*.

Aber nicht nur Privatbetriebe sind es, die Vorteile aus dem Fahrradverkehr ziehen, auch der Staat hat — wenn auch erst spät — ihn sich zu Nutze gemacht, indem vor allem die Post in ausgebreiteter Weise sich seiner bedient. In Stadt und Land ist das gelbe Postzweirad wohl bekannt. In den Städten können die Telegramme — in Berlin die Rohrpostsendungen — viel rascher als früher den Adressaten ausgehändigt werden, die Briefkastentleerung wird sehr vereinfacht. Auf dem Lande kann durch die Indienststellung des Rades dem Briefträger seine Arbeitslast wesentlich erleichtert werden. Es ist aber auch die Möglichkeit vorhanden, die Postbestellung, die manche Orte am Tage vielleicht nur einmal berührt, auf zwei, drei und mehr zu erhöhen. Nicht nur in Deutschland hat man im Ministerium und in den Parlamenten den Wert des Fahrrads für die Post erkannt, mehr noch im Ausland. In England, Frankreich, den Vereinigten Staaten, Japan, Australien u. a. schreitet man rüstig in der Einführung von Fahrrädern zu diesem Zweck vorwärts. Erst vor kurzem wieder hat, wie die „Rad-Welt“, das geschieht geleitete und gut bediente führende Organ des gesamten Radfahrwesens, mitgeteilt, der französische Minister für Post und Telegraphie die Einstellung einer Kasse von 200 000 Francs in den Etat beantragt, um es 1400 abseits gelegenen Dörfern und Gehöften zu ermöglichen, nicht mehr wie bisher ein, in seltenen Fällen zweimal ihre Briefschaften in Empfang zu nehmen, sondern auch dreimal und unter Umständen noch öfter. Es ist in Vorstehendem schon darauf hingewiesen worden, daß nicht nur der Vorteil für die Unternehmer ein großer ist, sondern vor allen Dingen auch für den Boten selbst, dessen Dienst durch das Fahrrad ein wesentlich angenehmer und meist weniger anstrengender geworden ist. Gerade auch für den so geplagten Landbriefträger ist die Einführung des Rades ein großer Segen.

Außer der Post bedient sich namentlich auch die Feuerwehr mit Erfolg des besüßelten Rades. Und selbst die an sich so radlerfeindliche Polizei stattet jetzt, nachdem sie die Landgensdarmen schon länger mit

Fahrrädern ausgerüstet hat, wodurch sie die teuren Pferde spart, überall auch eine Reihe von Schutzleuten innerhalb der Stadt damit aus, vorläufig vielleicht von dem Gedanken bewegt, die flüchtigen laternenlosen Radler besser einholen zu können. Bald aber wird auch sie unter Aufgabe dieses bösen Nebengedankens den Nutzen des Rades voll und ganz einsehen. Hier gilt für jeden das Sprichwort: Wer dem Teufel den kleinen Finger giebt, den hat er bald ganz. Und das wäre in diesem Falle zum Besten des Staatsganzen nur zu wünschen. Daß die Boten sämtlicher staatlichen Anstalten mit Rädern ausgerüstet sind, ist selbstverständlich.

Eine viel umstrittene Frage — und es ist das ein Punkt innerhalb der Fahrradliteratur, der etwas eingehendere Würdigung gefunden hat — war bis vor kurzem noch: Ist das Fahrrad von irgend welcher kriegstechnischen Bedeutung? — Es ist mir natürlich nicht möglich, im Rahmen dieses Artikels die Frage eingehend zu erörtern. Zweifellos ist, daß schon heute die Verwendung im Heeresdienst namentlich bei der Ueberbringung von Meldungen eine sehr ausgebehnte ist. Auch ganze Truppenteile mit leicht auf dem Rücken zu transportierenden Rädern, die zum Aufklärungsdiensjt verwendet werden, haben sich in Frankreich gut bewährt. Die Ansicht bricht sich immer mehr Bahn, daß die Verwendung noch viel intensiver werden kann und werden wird. Diese Andeutung muß hier genügen.

Alle die bisher erwähnten Vorteile des Rades als Verkehrsmittel, von denen hier nur einige genannt werden konnten, kommen in letzter Linie der Gesamtwirtschaft zu Gute, die sich ja aus den einzelnen größeren und kleineren Betrieben zusammensetzt und die durch deren Hebung selbst erstarkt und kräftig wird. Von nicht minder großer Bedeutung wie für die verschiedenen Privat- und Staatsbetriebe sind die Vorteile auch für den Einzel-Menschen als Person. Wenn wir unsern Blick zunächst einmal wiederum auf das Land lenken, so finden wir dort, daß das Fahrrad Leute, die bisher durch große Strecken getrennt waren, und sich nur höchst selten sehen konnten, räumlich näher gebracht worden sind. Die Möglichkeit des Besuchs von weiter entfernt wohnenden Bekannten wächst zum Vorteil der Einzelnen. Eine größere Erholungsmöglichkeit wie bisher bietet sich dem Vielbeschäftigten, der zur Erweiterung seines Gesichtsfreies daneben in die Lage versetzt ist, öfter wie früher die nahegelegene Stadt besuchen zu können. Als Mittel zur Hebung der Allgemeinbildung erscheint so das Zweirad, indem es einmal den Meinungsaustausch zwischen Gebildeten, die einsam auf dem Lande wohnen, erleichtert, das andere Mal es dem Landbewohner ermöglicht, kulturelle Fortschritte an Ort und Stelle mit eigenen Augen beobachten zu können.

Ganz besonders spielt das Rad auf dem Gebiete der Erholung eine wesentliche Rolle. Früher gab es eine Reihe von Ärzten, die Radeln für gesundheitsgefährlich hielten. Heute thun es nur noch einige von denen, die — nicht radeln. Die können selbstredend nicht mitsprechen. Mehr wie über alles andere ist über die hygienische Seite des Radfahrens geschrieben worden. Übereinstimmung herrscht unter allen verständigen Leuten darüber, daß bei gewissen Krankheiten — wie z. B. Herz- und Lungenleiden — vom Radfahren abzuraten ist. Aber allen gesunden Menschen ist es ein Mittel, sich noch gesünder zu machen, vorausgesetzt, daß es vernünftig betrieben wird. Es erhöht die Widerstandsfähigkeit, bringt gesunden Schlaf. Als Heilmittel wird es heute gelegentlich von fast allen Ärzten verordnet. Namentlich die böse Nervosität, ein schlimmes Geschenk unserer unruhigen Zeit, weicht vor dem Radeln in frischer gesunder Luft. Gegenüber dem Rheumatismus hat es die wohlthunende Wirkung einer Massage. Und wer regelmäßig radeln, dem trocknen die Lebenssäfte nicht ein, dem stauen sie sich aber auch nicht zu der bekannnten unfruchtbaren, höchst unsozial aussehenden Wölbung in der Mitte des Körpers. Der hygienischen Vorteile wären noch eine ganze Reihe zu erwähnen. Also auch in gesundheitlicher Beziehung ist das Rad von großem Werte. Und Volksgeundheit ist ein wichtiger sozialer Faktor.

Aber auch abgesehen von dem direkten Vorteil für die Gesundheit durch die Bewegung ist das Fahrrad ein Mittel zur Erholung geworden, wie man sich ein idealeres kaum denken kann. Man kann das nur voll würdigen, wenn man selbst Radfahrer ist und dieses scheinbar tote Gestell unter den eigenen Füßen fühlt. Die Freude an der raschen mühelosen Bewegung läßt es uns direkt vergessen, daß wir es sind, die uns selbst fortbewegen. Das Rad gewinnt Leben unter unsern Füßen. Die Einwirkung des Willens auf den Lauf des Rades ist dem Radfahrer so zur Gewohnheit geworden, daß es ihm gar nicht mehr zum Bewußtsein kommt, daß er es ist, der das Rad lenkt. Man kann, ohne zu großer Schwärmer zu sein, behaupten, daß mit der Zeit es jedem Radler vorkommt, als ob das Rad ein Bestandteil seines Selbst ist. Das Gefühl, erhaben über Raum und Zeit zu sein, weckt die Lebensfrische und Lebensfreude in uns. Und das wird wohl auch mit der Hauptgrund dafür sein, daß in Wahrheit unsere teils durch zu vielseitige teils durch zu eintönige Berufstätigkeit ermüdeten Nerven durchs Radeln neues Leben gewinnen. Wie rasch liegen nicht die öden Mauern der Stadt hinter uns, wie rasch sind nicht die reizloseren Gegenden, an die uns das Berufsleben fesselt mit anmutigeren Naturschönheiten vertauscht! Die Eisenbahnen

schon haben das Reisen während der Ferien gewaltig vermehrt. Bei weitem mehr hat das in den letzten Jahren das Fahrrad gethan. Es ist heute nichts Seltenes mehr, daß junge Leute mit kleinem Gehalt weite Radtouren nicht nur im Vaterlande selbst sich gestatten. Die Grenzen sind ihnen zu enge geworden, sie überschreiten sie und leisten es sich nicht selten, selbst bis Skandinavien, Süd-Frankreich, Süd-Italien — vor einem Jahrzehnt noch ein ungeheurer Luxus — auf dem Rade vorzudringen. Erholung, gesundheitliche Stärkung, Erweiterung des Gesichtskreises, alles Dinge, die schließlich wieder dem sozialen In-die-Höhe-wachsen des Volkes zu gute kommen.

Zu einem ganz bedeutenden sozialen Faktor wird aber das Fahrrad, abgesehen von diesen Erholungszwecken, als Mittel für den Einzelnen, seine Arbeitsstätte leicht und rasch erreichen zu können. Die stets und ständig wachsende Grundrente in den großen Städten hat ein ebenso ständiges Anwachsen der Mietspreise für Wohnungen zur Folge, die in keinem Verhältnis stehen zum Anwachsen der Gehälter und Löhne, die aber auch andererseits wieder jedes Anwachsen dieser letzteren mit tödlicher Sicherheit absorbieren. Es ist deshalb das allgemeine Bestreben bemerkbar, die Arbeitsstätten zwar in den großen Städten und Zentren zu belassen, die Wohnungen dagegen möglichst in die Peripherie und noch weiter darüber hinaus zu verlegen. Straßenbahnen und Eisenbahnen leisten diesem Bestreben ihre Hilfe. Aber es ist nun einmal die Neigung der Grundrente, sofort zu wachsen, wo ein Ort durch ein derartiges Verkehrsmittel gehoben wird. Jede neue Station auf der Eisenbahn, jede neue Straßenbahnlinie, die durch eine Straße führt, erhöht sofort den Grundwert der umliegenden Gelände, was zur natürlichen Folge hat, daß auch hier die Mieten steigen. Helfen könnte hier natürlich nur eine gründliche Bodenreform. Das Fahrrad, das sich von der Schiene durchaus emancipiert hat, ist in der angenehmen Lage, eine derartige Steigerung des Bodens weniger hervorzurufen, weil es eben überall austauschen kann. Deshalb hat es sich einer ganzen Reihe von Arbeitern mit verhältnismäßig kleinem Einkommen heute noch als unentbehrlich erwiesen. Wer schon einmal zur Zeit des Feierabends sich vor den Thoren einer großen Fabrik oder auch eines Bureaus aufgehalten hat, der weiß, was das Fahrrad im Leben des Arbeiters und des kleinen Beamten für eine Rolle spielt.

Es ist sehr dankenswert, daß eine Reihe von wohlwollenden Fabrikanten ihren Arbeitern die Anschaffung eines Fahrrads, die doch immerhin für sie eine ziemlich große Kapitalanlage bedeutet, erleichtert. Der

Zentralstelle für Arbeiter- Wohlfahrtseinrichtungen verdanke ich die Namen einiger Fabrikanten, die ihren Arbeitern im Großen bezogene Fahrräder zum Selbstkostenpreis und darunter ablassen und die Bezahlung in Form einer Abzahlung zulassen. Eine Wormser Fabrik bezog auf einmal ca. 600 Fahrräder, die sie an ihre Arbeiter weiter gab mit der Forderung, daß sie in zwei Jahren abgezahlt sein sollen. Und eine Göttinger Firma lieferte ihren Arbeitern Räder, die sie selbst mit 120 M. bezahlt hatte, für 50 M. Eine ganze Reihe von Firmen giebt es, die in dieser Weise ihren Arbeitern entgegenkommen. Verschiedene von ihnen haben, um ihren Arbeitern das Einstellen der Fahrräder zu erleichtern, eigens dazu eingerichtete Schuppen erbauen lassen. Eine Umfrage bei den verschiedenen Fabrikanten würde hier sicherlich noch sehr viel schätzenswertes Material zu Tage fördern.

Daß die Fabriken in dieser Weise so entgegenkommend sind, sollte uns zu denken geben. Nur um den Arbeitern einen Gefallen zu thun, giebt kein Fabrikant Räder unter dem Selbstkostenpreis her. Für ihn ist — das ist übrigens ganz selbstverständlich — das Nützlichkeitsprinzip maßgebend. Er weiß, daß der Arbeiter zufrieden ist und insolgedessen mehr leistet, wenn er für seine Lebenshaltung weniger auszugeben braucht. Er giebt dem Arbeiter gewissermaßen eine Lohnerhöhung, die ihn nichts oder verschwindend wenig kostet, indem er es ihm ermöglicht, der teuren Miete zu entfliehen. Hinzu kommt, daß der Arbeiter in der frischeren Luft vor den Thoren gesünder bleibt, daß er weniger dazu kommt, Alkohol im Übermaß zu sich zu nehmen, namentlich wenn er draußen ein kleines Stück Land selbst bebaut. Wichtig ist auch für die Familie, für die Kinder, der Aufenthalt außerhalb der Stadt. Man kann den Nutzen des Fahrrads für den Einzelmenschen betrachten wie man will, immer erweitert er sich zu einem Nutzen für die Gesamtheit des Volkes.

Man muß sich angesichts dieser großen volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung des Fahrrads fast mit Gewalt zum Schluß zwingen. Nicht unerwähnt aber darf die Thatsache bleiben, daß das Fahrrad, das als ein Glied des vielgestaltigen Verkehrs in volkswirtschaftlicher Beziehung genug gethan hat, auch befruchtend auf die weitere Ausgestaltung dieses Verkehrs selbst gewirkt hat. Wer in der Lage war, in den letzten 30 Jahren, viel auf den Straßen unseres deutschen Vaterlandes herum liegen zu müssen, der wird gemerkt haben, wie diese im Laufe der Zeit sich sehr zu ihrem Vorteil verändert haben. Natürlich ist das in allererster Linie auf den gesteigerten Gesamtverkehr zurückzuführen. Man kann einfach mit den alten holprigen Landwegen nicht mehr

aus. Aber innerhalb dieses gesteigerten Verkehrs hat ja, wie wir gesehen haben, das Fahrrad eine ganz gewaltige Bedeutung. Gerade es hat mehr wie alle anderen Gefährte ebene und gute Wege nötig. Und deshalb muß man dem Fahrrad einen Hauptteil des Verdienstes um die Verbesserung unseres Wegebaus zusprechen. Zahlreich laufen die Meldungen aus allen Teilen Deutschlands ein, die von der Anlage von besonderen Radfahrwegen sprechen. Mehr noch ist dies in Frankreich und England der Fall. In Nordamerika baut man sogar, wie jetzt wieder gemeldet wird, 16 Kilometer lange Brücken, die nur für den Verkehr mit dem Rade bestimmt sind.

Einen ganz besonders wichtigen Dienst hat ferner das Fahrrad unserer gesamten Technik und namentlich der Verkehrstechnik erwiesen. Das Bestreben, einem Rad bei möglichst geringem Gewicht möglichste Dauerhaftigkeit und möglichste Leichtigkeit des Laufs zu sichern, hat solche Feinheiten in der technischen Konstruktion gezeitigt, wie man sie vorher nicht kannte. Selbstredend ist das auch anderen Maschinenindustrien zu Gute gekommen. Um nicht zu weit zu gehen, sei nur eine einzige zum Schluß noch erwähnt, die Motowagenindustrie. Es mußte selbstverständlich von dem Augenblick ab, wo man Eisenbahnen auf Schienen fahren ließ, der Gedanke erwachen, derartige Fahrzeuge auch auf den Straßen laufen zu lassen. Von wirklich praktischer Bedeutung aber konnten diese Wagen erst dann werden, als man sie so leicht bauen konnte, daß nicht das tote Gewicht den ganzen Wert des Fahrzeuges illusorisch machte. Die dauerhaften, aber leichten Mannesmannröhren, die man zu den Fahrrädern verwandte, die Einrichtung der Kugellager, die die Reibung verminderten, und die Einführung der pneumatischen Gummireifen, die den leichten Lauf wesentlich erhöhten und durch ihre Elasticität die Widerstandskraft hoben, konnten erst ein durch Motorkraft getriebenes Fahrzeug lebenskräftig machen. Und so ist in Wahrheit das Fahrrad in seiner anscheinenden Unbedeutendheit der Vater des großen mächtigen Motowagens geworden, eines Verkehrsmittels, das — ohne jede Überreibung kann man das sagen — für die Zukunft den Straßenverkehr beherrschen wird, trotz aller Verbote, die auch auf den großen Sohn gerade jetzt besonders dicht niederhageln. Ohne das Fahrrad keinen Kraftwagen, das ist jedem klar, der mit der Technik beider Fahrzeuge einigermaßen Bescheid weiß.

Eins von den vielen Mitteln, die das deutsche Volk mehr und mehr demokratisieren helfen, nannte ich vorhin das Fahrrad, das somit außer einer volkswirtschaftlichen und sozialen auch einige politische Bedeutung



hat. Daß es sich bei den Reichstagswahlen in den Dienst der Parteien stellt und so sein Teil an der Aufklärungsarbeit innerhalb des Volkes beiträgt, gehört ebenfalls hierher. Es dient dabei jeder Partei. Es ist aber die Tendenz aller Erfindungen, die einen Fortschritt bedeuten, schließlich doch nur denen zu nützen, die selbst fortschreitender Erkenntnis huldbig. Aber noch eins darf nicht vergessen werden. Ich weiß, daß mancher zunächst verwundert den Kopf schütteln wird, wenn ich sage: Das Fahrrad ist auch ein wichtiges treibendes Moment innerhalb der Frauenbewegung. Es greift einer gesunden Frauenemanzipation helfend unter die Arme. Gerade während der letzten paar Jahre ist die Zahl der Radlerinnen bei uns in Deutschland enorm gewachsen. Und jede neue Radlerin, die hinzu kommt, bedeutet eine neue thätige Mitarbeiterin an der Idee, daß es eines modernen Jahrhunderts unwürdig ist, daß die Frau noch immer so unfelbständig dahin lebt, wie das die Laune des Mannes während des patriarchalischen Zeitalters gewollt hat. Die Selbständigkeit, die gerade unseren Damen aus den besseren Ständen, soweit sie nicht ihr Brot selbst verdienen müssen, fehlt, sie erwacht, wenn das sonst so ängstlich gehütete Fräulein auf dem Rade sitzt. Es fühlt zu seiner eigenen Verwunderung, daß es auch ohne mütterliche und väterliche Aufsicht geht. So lange sie auf dem Rade sitzt, fühlt sie es, daß sie dasselbe leistet wie der Mann, daß sie nicht minderwertig ist. Und dieser Gedanke muß erst in tausenden und abertausenden von Weiberherzen keimen. Und erst wenn er hier zu schöner Saat aufgegangen ist, wird auch bei uns der Tag kommen, an dem eine große einheitliche Frauenbewegung energisch mit altem, verstaubtem Gerümpel aufräumt.

Durch die ungeheure Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiete ist auch sonst unsere gesamte Weltanschauung einer gewaltigen Korrektur unterzogen worden. Der Verkehr, wie er heute vor uns liegt und wie er uns ganz natürlich erscheint, fehlte im Anfang des Jahrhunderts noch ganz. Daß deshalb unser gesamtes Fühlen und Denken ein anderes geworden ist, als das unserer Ahnen war, ist ganz selbstverständlich. Aber noch viele Eierchalen haben wir abzulegen. Die Anhänger der guten alten Zeit — und ihrer gibt es mehr als man denkt — reden von der nüchternen modernen Zeit, der jede Poesie fehle. Im Gegenteil aber, die Poesie ist da, nur sie sehen sie nicht. Freilich hat sie ein anderes Gewand angezogen. Sie ist aus der idyllischen Beschaulichkeit heraus und mehr ins Weite, Unermeßliche hineingewachsen. Die mächtige prustende Dampfmaschine, die uns im Fluge gewaltige landschaftliche Panoramen vor Augen führt, sie ist selbst trotz der schwarzen Rauch-

wolke, die sie ausstößt, ein Gedicht wuchtigen Inhalts. Man muß es nur zu lesen verstehen. Und wer auf dem Rad sitzt und durch die herrliche Natur dahinradelt, ohne einen Hauch von Poesie zu spüren, dem ist nicht mehr zu helfen. Freilich muß man dann schon radeln können und nicht wie Wolfgang Kirchbach „Lieder vom Zweirad“ zu dichten beginnen, solange man noch nicht sattelfest ist. Es könnte einem sonst wie ihm gehen, man könnte entgleisen.





## Ein Monument moderner Geschichtswissenschaft.\*)

Von

**Paul Rohrbach.**

Seit Mommsens Römischer Geschichte haben die historische Wissenschaft und das gebildete Deutschland nicht mehr ein Geschenk empfangen, das sich an Wert mit dem neuen Werke Delbrücks vergleichen könnte. Schon jetzt, nachdem der erste Band und die erste Hälfte des zweiten erschienen sind, läßt sich mit Sicherheit sagen, daß wir ein Buch vor uns haben, von dem eine endgiltige und umgestaltende Wirkung auf große Gebiete unserer gesamten Geschichtsauffassung ausgehen wird. Ich will das an drei verschiedenen Punkten klar zu machen suchen, an denen, wie ich glaube, die Bedeutung der Resultate Delbrücks am schlagendsten hervortritt und wo auch der Leser, der in der geschichtlichen Fachwissenschaft Laie ist, sie am leichtesten wird erfassen können. Es sind das die Perserkriege, der zweite punische Krieg und der Untergang des römischen Reiches gegenüber dem Ansturm der nördlichen und östlichen Barbaren.

Das Bild der Perserkriege, das uns seit unserer Schulzeit vor Augen steht und das bisher im wesentlichen gleichermaßen den großen Kreis der Gebildeten wie die Wissenschaft im engeren Sinne beherrscht hat, geht auf Herodot zurück: Der siegreiche Heldenkampf der wenig zahlreichen, aber von Vaterlandsliebe und Tapferkeit beseelten, allerdings auch besser bewaffneten Griechen gegen die unermesslichen Scharen des

\*) Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte. Von Hans Delbrück. Erster Teil: Das Altertum. Zweiter Teil, erste Hälfte: Römer und Germanen. Berlin 1900 u. 1901. Verlag von Georg Stilke.

Barbarenheeres, das sich, zu Wasser und zu Lande, bei Marathon, bei den Thermopylen, bei Salamis heranwältzt. Hunderttausende, ja Millionen Pfeilschießender, feiger Massen, die mit Geißeln in den Kampf getrieben werden mußten; vielfache Überzahl der Schiffe; ein Wunder von den Göttern her, daß die Griechen siegen — so hat sich durch den „Vater der Geschichte“ das Bild jener Kämpfe zwischen Asien und Europa der Nachwelt eingepreßt.

Wie aber sind die Dinge in Wirklichkeit gewesen? Mit wachsendem Staunen verfolgt man Delbrücks Analyse und Kritik der klassischen Nachrichten, verfolgt seine Methode, jeder einzelnen Zahlenangabe die kühle Frage nach der militärischen, taktischen, strategischen Möglichkeit entgegenzusetzen, und sieht, wie sich das gewohnte und geglaubte Bild völlig verändert, ja umkehrt. Nicht kriegerisch undbrauchbare Massenaufgebote haben den Griechen bei Marathon und Plataeae, haben Alexander dem Großen bei Issos und Gaugamela gegenüber gestanden, sondern wohlgeübte und kampfgewohnte Heere von Berufskämpfern. Das erstaunlichste aber: nicht nur ist die maßlose Zahlenüberlegenheit der Perser eine Fabel, sondern es kann umgekehrt sehr gut sein, daß nicht sie, sondern die Griechen wenigstens in manchen Schlachten, z. B. bei Marathon und Plataeae, die Überlegenheit gehabt haben. Nach Herodot hätte das persische Heer, das unter Xerxes nach Griechenland kam, alles in allem mit dem Troß über vier Millionen Köpfe gezählt, darunter eine Million und 700000 Krieger. An dieser gewaltigen Menschenzahl hat man natürlich, sobald die ersten Regungen historischer Kritik erwachten, begonnen Anstoß zu nehmen; man hat sie reduziert auf zweieinhalb, auf eine Million, auf achthunderttausend. Delbrück setzte dem einfach folgendes Exempel gegenüber. Ein deutsches Armeekorps von dreißigtausend Mann nimmt in Marschkolonne mit den notwendigen Abständen ohne den Fuhrpark schon etwas über 20 Kilometer ein; hunderttausend Mann also gegen 70 Kilometer. Wenn das Perserheer vier Millionen Menschen zählte, so konnten die letzten erst aus Susa jenseits des Tigris ausmarschieren, als die ersten an den Thermopylen standen. War es nur eine Million, so war die Nachhut immer noch nicht in Sardes in Lydien, als die Avantgarde die kleine Schar des Leonidas mit ihrem Pfeilhagel zudeckte. Hat auch nur eine persische Armee von hunderttausend Mann sich in Griechenland bewegt, so mußte der Marsch dieser Menge beispielsweise durch die Pässe zwischen Böotien und Attika bereits drei oder vier Tage dauern, und die Anwohner verloren natürlich jede Vorstellung von der wirklich in der endlos vorüberziehenden Menschenmenge enthaltenen Zahl. Man

muß bedenken, daß von allen damals lebenden Griechen schwerlich ein einziger je eine Schlacht gesehen hatte, in der alles in allem mehr als zehntausend Mann miteinander zum Fechten kamen. Dem gegenüber schwand natürlich jedes Maß und Schätzungsvermögen, als sich das persische Reichsheer, das vielleicht, ja wahrscheinlich kaum mehr als fünf- undzwanzigtausend Kombattanten, aber einen großen Troß hatte, durch das nördliche Griechenland heranwälzte.

Delbrücks Argumentation ist unwiderleglich. Ich habe natürlich mit dieser Skizze nur ihre knappsten Umrisse geben wollen und es ist weder meine Absicht, noch vermag ich es, in diesem Punkte vollständig zu sein, vielmehr möchte ich den Leser dazu bringen, daß er das Buch selbst in die Hand nimmt und sich persönlich davon überzeugt, wie sich von keiner Seite her irgend etwas Stichhaltiges gegen die zunächst ja einfach verblüffende Reduktion sagen läßt. Delbrück erläutert die Möglichkeit und das wirkliche Vorkommen ähnlicher, maßloser, ziffernmäßiger Übertreibungen bei kriegerischen Vorgängen an den Schlachten Karls des Kühnen gegen die Schweizer, aus denen uns noch wirkliche Ausmarschlisten für beide Teile erhalten sind. Nach diesen Dokumenten ist das schweizerische Aufgebot durchweg den burgundischen Rittern gegenüber in erheblicher Überzahl gewesen. Und trotzdem hatte sich ganz entsprechend dem Vorgang bei den Perserkriegen in der populären Tradition wie in der kriegsgeschichtlichen Darstellung das Vorurteil von der kolossalen Überlegenheit der Burgunder über die Schweizer mit unausrottbarer Bestimmtheit festgesetzt!

Aber was ist denn nun wirklich so Großes bei dem Nachweis der Tatsache, daß Griechen und Perser sowohl an Zahl als auch an militärischer Tüchtigkeit einander annähernd gewachsen waren? — Nicht mehr und nicht weniger, als daß dadurch die ganze Geschichte des Altertums für uns ein anderes Aussehen gewinnt. Wäre in Wirklichkeit das Perserreich imstande gewesen, Millionen oder auch nur Hunderttausende von Kriegeren aufzubringen, um sie auf einen Feldzug über Meer und Land zu schicken, so würde das für unsere Vorstellung von allen Kultur- und Bevölkerungsverhältnissen des Orients geradezu grundstürzende Folgen haben. Die große Schwäche unserer bisherigen Idee vom Verlauf der griechischen und morgenländischen Geschichte beruht eben darin, daß vor Delbrück noch niemand sich klar gemacht hatte, daß im Altertum so gut wie in der Gegenwart Heereszahlen und Volksmenge in einem Verhältnis stehen, das nur innerhalb gewisser, nicht allzuweiter Grenzen Schwankungen aufweisen kann. Ein Aufgebot von 5 Prozent der gesamten Bevölkerung

ist bereits ein hohes. Preußen hat im Jahre 1813 und 14 mit Anspannung aller seiner Kräfte doch nur  $7\frac{1}{2}$  Prozent unter der Fahne gehabt; die gegenwärtige Friedensstärke der großen europäischen Heere beträgt höchstens  $1\frac{1}{4}$  Prozent, meist weniger. Wenn Deutschland seine gesamte kriegsfähige Mannschaft bis zur Grenze des Landsturmalters mobilisiert — ein Verhältnis, wie es im Altertum nur in ganz seltenen Ausnahmefällen und bei unerhörter Anspannung aller Kräfte eines Staatswesens vorgekommen ist, so würden doch noch nicht 10 Prozent seiner Volkszahl unter den Waffen stehen. Das Heer des Xerxes hat zunächst überhaupt aus Berufskriegern bestanden und mußte schon aus diesem Grunde verhältnismäßig viel kleiner sein, als moderne Aufgebote; wären aber wirklich vier Millionen nach Griechenland aufgebrochen, so würde das bedeuten, daß die persische Monarchie damals mindestens hundert Millionen Einwohner gehabt hat! Nun wissen wir auf Grund ziemlich einwandfreier Berechnungen, daß das Römische Reich beim Tode des Augustus zwischen fünfzig und sechzig Millionen zählte. Das Persien des Xerxes wird nur 10—15 Millionen Seelen besessen haben, vielleicht noch weniger. Nicht nur der Kampf der Hellenen mit den Barbaren, sondern das ganze Weltbild jener Zeit wird ein total anderes, je nachdem, ob man dem Perserheere bei den Thermopylen vierzigtausend, vierhunderttausend oder vier Millionen Menschen giebt. Das ist es, was Delbrück uns klar gemacht hat. Und diese Erkenntnis-methode wendet er durch die ganze alte Geschichte hin überall dort an, wo sich Heeres- und Volkszahlen überliefert finden. Die Züge Alexanders des Großen, die Schlachten der Römer mit den Germanen, die Kriege Cäsars in Gallien — alles wandelt sich auf diese Art vor unsern Augen und giebt uns neue, zuerst überraschende, bald aber als ebenso schlagend wie befreiend empfundene Aufschlüsse nicht nur über den eigentlichen Hergang der Kämpfe und Schlachten, sondern auch über das ganze Verhältnis der damaligen Staaten und Völker in sich und zu einander, über ihre wirtschaftliche, militärische, politische Entwicklung und deren Bedeutung für den Verlauf der Weltgeschichte.

Es ist die Art der Untersuchung und Darstellung nicht weniger als die Menge der großen und überraschenden Resultate, wodurch Delbrücks Buch als ein klassisches Geschichtswerk erscheint. Ebenbürtig der Sicherheit im Handhaben der historischen Methode erscheint bei ihm die historische Divination, und in der Verbindung dieser beiden Elemente, die zusammen den Historiker von Gottes Gnaden machen, erscheint mir am bewundernswertesten der Abschnitt über den zweiten punischen Krieg.

„Das entscheidende Moment der alten Geschichte liegt darin, daß die Römer im Verlaufe des zweiten punischen Krieges endlich ein Kriegswesen ausbildeten, das imstande war, Hannibal in offener Feldschlacht zu überwinden und dadurch die Kraft Karthagos völlig zu brechen.

Es giebt keine wichtigere Untersuchung in der Weltgeschichte, als die Frage: welche Wandlung im römischen Kriegswesen innerhalb der vierzehn Jahre zwischen Cannä und Zama vor sich gegangen ist.“ In diese Worte faßt Delbrück die Bedeutung des kriegsgeschichtlichen Verständnisses der Person des Scipio Africanus samt der von ihm eingeführten neuen „Treffentaktik“, der Hannibal erlag, zusammen. Es folgt eine ausführliche Erörterung der Schlacht bei Zama, und dies Kapitel ist ein klassisches Musterbeispiel für die Art Delbrücks, eine neue historische Einsicht zu eröffnen, indem er die „sachkritische“, d. h. in diesem Falle militärisch-technische Untersuchung mit intuitivem Erfassen der großen Persönlichkeiten verbindet.

Bald nach der Schlacht bei Cannä kam die Wage der kriegerischen Entscheidung zwischen den Römern und Hannibal zum Stehen. Der karthagische Feldherr vermochte nicht mit den ihm zur Verfügung stehenden Kräften zur Belagerung der feindlichen Hauptstadt zu schreiten, weil Rom trotz aller Niederlagen vermöge des großen Menschenmaterials, über das es verfügte, imstande blieb, gleichzeitig seine Mauern zu verteidigen und starke Streitkräfte auf dem flachen Lande operieren zu lassen. Hannibal andererseits war nach wie vor in offener Feldschlacht jedem römischen Heere so überlegen, daß die Feldherrn der Republik der punischen Streitmacht in Italien nichts Ernsthaftes anzuhaben vermochten. Die Gründe dieser eigentümlichen Situation charakterisiert Delbrück mit den Worten: die Römer hätten nur verstanden mit der Masse der Legionen neben einander auf den Feind loszugehen, die karthagischen Generale aber mußten mit den verschiedenen Corps mannigfaltiger Truppengattungen, die sie besaßen, nach Bedarf zu operieren. D. h. also, sie waren beim Zusammentreffen in rangierter Feldschlacht der taktisch überlegene Teil.

An zwei Punkten mußte auf römischer Seite eine grundlegende Änderung eintreten, damit die Entscheidung herbeigeführt würde: im Oberkommando und in der Taktik. „Das römische Heer bei Cannä“ sagt Delbrück „wird kommandiert von den zwei derzeitigen Oberbeamten der Republik, bei Zama von einem Feldherrn.“ Neben der taktischen Unbefolgsamkeit der Römer, die es ihnen unmöglich machte, die Schlacht gegen Hannibal zu gewinnen, verhinderte sie das System, daß zwei jährlich wechselnde Persönlichkeiten kommandierten, die in

erster Linie nicht Feldherrn sondern regierende Beamte waren, an der siegreichen Durchführung einer Reihe von Feldzügen bis zur Beendigung des Krieges. Unter dem Eindruck einer großen Niederlage in Spanien im Jahre 211 entschloß man sich daher in Rom zu einem tiefen Einbruch in die Verfassung und wählte den noch jugendlichen Scipio, obwohl er keiner der gesetzlichen Bedingungen genügte, zum Feldherrn mit konsularischer Gewalt auf unbestimmte Zeit und übertrug ihm diese Stellung in der Folge ausdrücklich „bis zur Beendigung des Krieges.“ „Diese Irregularität war unvermeidlich, aber sie bedeutete die Auflösung der republikanischen Verfassung. Der Einzelne, dessen Geisteskraft man nicht entbehren kann, erhebt sich über die Menge. Der Feldherr Scipio ist der Vorläufer des Feldherrn und Alleinherrschers Cäsar.“

So ist es ein rein militärisches Problem, vor das die Römer gestellt wurden und in dessen Lösung gleichzeitig der Sieg über Karthago, die Entwicklung zur Weltmacht und die Wandlung von der Republik zur Alleinherrschaft gegeben sind. Was die Persönlichkeit des älteren Scipio für Rom und für die Weltgeschichte bedeutet, das ist nicht möglich zu erfassen, wenn man sich nicht in die Frage vertiefen will, durch welche Abwandlung der bisherigen römischen Kriegskunst es ihm gelungen ist, der hannibalischen Strategie eine selbst ihr überlegene taktische Form entgegenzusetzen; ebenso aber kann man umgekehrt nicht die Entwicklung der römischen Taktik verfolgen, ohne darauf geführt zu werden, daß sich erst in der allmählichen Wandlung dieses Werkzeugs, die den Römern durch den einen Mann Hannibal auferlegt wurde, ihr materielles Anrecht und ihre Berufung zur Weltherrschaft in Kraft und Wirklichkeit umgesetzt hat.

Scipio hat die Überlegenheit über Hannibal dadurch gewonnen, daß er zwischen die von alters her bestehenden, in langen Parallelreihen hinter einander aufgestellten Schichten, aus denen das römische Heer bestand, einen größeren Abstand legte und auf diese Weise hinter dem ersten ein zweites Treffen bildete. Während die vordere Phalanx auf den Feind losging, blieb die hintere in Reserve bis zu dem Moment stehen, wo sie zum Eingreifen in den Kampf befohlen wurde. Nichts scheint einfacher zu sein als dieses Strategem — aber so wie sich das römische und überhaupt das antike Kriegswesen entwickelt hatte, war es ein Schritt von ungeheurer Schwierigkeit und Tragweite. Griechen wie Römer hatten bisher in dem Massendruck der tief hintereinander aufgestellten Phalangenglieder die Entscheidung der Schlacht gesucht, und



was den Vorkämpfern Mut und vorwärtsdrängende Kraft gab, das war das Bewußtsein, daß hinter ihnen her die schwere Wucht tausender von Schwertern und Speichen nachdränge. „Die römischen Hoftaten, als ihnen die Principes zum ersten Mal nicht unmittelbar folgten, werden sich wie halb verraten vorgekommen sein, und nur ein Feldherr von höchstem persönlichen Ansehen und des unbedingten Vertrauens seiner Soldaten sicher konnte eine solche Reform wagen.“ Mit den alten römischen Bürgerheeren wie sie in den ersten Schlachten des hannibalschen Krieges gekämpft hatten, wäre die Sache überhaupt nicht zu machen gewesen. Erst durch die militärische Erziehung der langen Kriegsjahre in Spanien gelang es Scipio, seine Truppen soweit Berufs Soldaten ähnlich zu machen und ihren militärischen Sinn derart zu steigern, „daß das erste Treffen des physischen Nachrückens des zweiten entbehren konnte und sich an der moralischen Gewißheit, daß im Notfall diese Hilfe nicht fehlen werde, genügen ließ.“

Bei Zama versuchte Hannibal abermals wie bei Cannä die Römer durch Umfassung von den Flanken her zu vernichten. Hätte Scipios Armee so wie damals das Heer des Varro und Amilius einen einzigen mangelhaft gegliederten Schlachthaufen gebildet, so wäre sie wahrscheinlich verloren gewesen. Die Treffenaufstellung gab ihr die Möglichkeit, dem punischen Umklammerungsversuch mit den zurückgehaltenen Kräften entgegenzutreten und den Kampf hinzuhalten bis die römische Reiterei, die durch ein geschicktes Manöver Hannibals gleich Anfangs vom Schlachtfeld entfernt worden war, wieder herbeieilen und die siegreiche Entscheidung bringen konnte. Mit der Niederwerfung Karthagos war dann Roms Welt Herrschaft entschieden, während sich in dem Falle, daß der zweite punische Krieg unentschieden ausgegangen wäre, wahrscheinlich eine Art von politischem Gleichgewicht zwischen den beiden Westmächten Rom und Karthago und den hellenistischen Großstaaten des Ostens: Mace donien, Syrien, Ägypten gebildet hätte.

Bewundert der kritisch gebildete Beurteiler an den beiden hier eben charakterisierten Parteien des Delbrückschen Werkes die historische Kunst in der Arbeit fast noch mehr als die überraschenden Ergebnisse, so bildet nach dieser zweiten Richtung hin das dritte der Eingangs genannten Stücke — die Beantwortung jener so oft gestellten Frage, woran die Kultur des Altertums zu Grunde gegangen sei — den Glanz- und Höhepunkt.

Der Zusammenbruch der antiken Kulturwelt ist in materieller wie in geistiger Beziehung ohne Zweifel die größte Katastrophe, die sich während

des uns bekannten Verlaufs der Menschheitsgeschichte ereignet hat. Um so merkwürdiger muß es erscheinen, daß bisher noch niemand imstande gewesen ist, eine befriedigende Antwort auf die Frage zu geben, welches denn die Ursachen des zweihundertjährigen, langsamen Sterbens der alten Welt gewesen sind. Die äußeren Vorgänge, die wir sehen, zeigen die kriegerische Überwältigung erst des Abendlandes durch die Germanen, dann des Orients durch die Araber; wir können aber den Ereignissen wie sie uns überliefert sind, nichts darüber entnehmen, wieso und warum es so gekommen ist. Man hilft sich, indem man von dem allgemeinen Verfall, von der Zucht- und Sittenlosigkeit, von der Greisenhaftigkeit der antiken Welt spricht, die der Jugendkraft der neuen Völker erlegen sei. Diese angeblichen Erklärungen sind aber keine. Das vierte Jahrhundert bietet in seinen Charakteren wie in seiner geistigen Gesamtleistung ein kraftvolleres Bild dar, als das erste; daß die Leute schlechteres Latein schrieben und weniger künstlerisch bauten, steht auf einem anderen Blatt.

Die wirkliche Antwort auf das Problem hat jetzt Delbrück im ersten Teil des zweiten Bandes seines Wertes gegeben, und sie ist ebenso neu wie epochemachend; ebenso kühn wie in sich begründet. Das römische Reich und mit ihm die Kulturwelt, die es in sich verfürperte und schäpste, sind zu Grunde gegangen an einem seit dem dritten Jahrhundert eingetretenen Mangel an Edelmetall, in Verbindung mit den während bestimmter Jahrzehnte sich häufenden Militärrevolutionen. Dies die Delbrücksche These. Nach Lage der Dinge ist das erste Moment das stärkere gewesen, wenn auch bei Delbrück kein besonderer Accent auf dies Verhältnis gelegt ist.

Delbrück geht aus von der Tatsache der Erschöpfung des Edelmetalles an den damals bekannten bergmännischen Fundstätten seit dem Ende des zweiten Jahrhunderts. Die hauptsächlichsten Minengebiete der alten Welt für die Silber- und Goldproduktion waren folgende: Erstens die durch Philipp von Macedonien zu voller Leistungsfähigkeit entwickelten Goldbergwerke in Thracien; zweitens Vorkommen von Waschgold in den Flußgeschleichen des vorderen Kleinasiens; drittens die Silbergruben von Attika, viertens Illyrien, fünftens Dacien (bekanntlich wird in den siebenbürgischen Randgebirgen bis heute ein, wenn auch bescheidener Bergbau auf Gold getrieben); sechstens Spanien, dessen Silbergruben als besonders ergiebig galten. Geringe Mengen lieferten Kaukasien und der Südbhang des armenischen Taurus. Alle diese Fundstätten lagen innerhalb der Grenzen des Römischen Reiches, und sie alle waren

im 4. Jahrhundert nahezu oder vollständig erschöpft, wenigstens für die damaligen technischen Betriebsmittel.

Die Frage ist weiter, ob und in welchen Mengen ein Zufluß von Edelmetall vom Auslande her stattfand. Es kämen in Betracht das parthische, seit dem dritten Jahrhundert sassanidische Vorderasien, Indien und das unbekanntere Innere Afrikas.

Von den afrikanischen Ländern ist Ägypten in alter Zeit in Besitz erheblicher Goldmengen gewesen. Allerdings hat sich im eigentlichen Niltal früher so wenig wie heute Alluvial-, Gang- oder sonstiges Gold gefunden; der Reichtum muß daher aus anderen Gegenden stammen. Vor zwei Jahrzehnten hat man bei dem Dorfe Tell el-Amarna in Unterägypten einen der wichtigsten historischen Funde gemacht, die seit langem vorgekommen sind: einen Teil des ägyptischen Staatsarchivs, aus der Zeit des Königs Chuen Aten (15. Jahrhundert v. Chr.), enthaltend zahlreiche Correspondenzen vorderasiatischer Herrscher mit dem Pharao, in babylonischer Keilschrift auf Thontafeln geschrieben. In diesen Briefen spielt der Goldreichtum des ägyptischen Herrschers eine sehr große Rolle. Selbst der Herrscher von Babylon, des größten und reichsten Handelsstaates der damaligen Welt, eines Hauptstützes der Luxusindustrie und des verfeinerten Lebensgenusses überhaupt, erbittet sich als Geschenk vom König von Ägypten Gold, und zwar möglichst hochwertiges, unvermengtes, wie es schon sein Vater erhalten habe. Derselbe Wunsch begegnet in den Schreiben der kleineren Fürsten.

In dieselbe Zeit fällt ungefähr die Blüte der sog. „mykenischen“ Kultur rund um das Mittelmeer mit ihrem staunenswerten Goldreichtum, wie er als Resultat der Ausgrabungen Schliemanns und Anderer zu Tage getreten ist. Wahrscheinlich stammt sowohl das ägyptische als auch das mykenische Gold jener Epoche aus derselben Quelle. Ich habe schon vor zehn Jahren, als Karl Peters zum ersten Male mit seiner Theorie vom Goldenen Ophir Salomos auftrat und so ziemlich von allen zünftigen „Kennern“ der modernen und alten Geographie verachtet wurde, darauf hingewiesen, daß die Argumente dieses verdienten und keineswegs „unwissenschaftlichen“ Afrikaners zum großen Teil eine starke Beweiskraft für seine These besäßen: Das Goldland Ophir der Alten sei im Stromgebiet des mittleren Sambesi zu suchen. Jetzt hat Peters, wie er schreibt, die unwidersprechlichen Beweise dafür mitgebracht, daß im zweiten Jahrtausend v. Chr. dortselbst Ägypter und Phöniker nach Gold gegraben haben. Es wird also wohl die phönizisch-ägyptische Ausbeute im inneren Afrika die Hauptmasse des

damals zur Verwendung gelangenden gelben Metalls geliefert haben, denn die meisten der uns sonst bekannten Ausbeutestätten des Altertums können erst für eine spätere Zeit in Betracht kommen.

Im zweiten vorchristlichen Jahrtausend besaß Ägypten öfters eine politische Superiorität über die syrisch-phönizischen Küstenstaaten. Dies Verhältnis wird zu dem Goldreichtum des Pharaos wesentlich beigetragen haben, wenn wir auch wissen, daß die Ägypter jener Zeit in weiter Fahrt über See und ähnlichen Unternehmungen keineswegs ganz unselbstständig waren. Nautisch haben die Fahrten durchs Rote Meer und längs der afrikanischen Ostküste für das damalige Schiffswesen geringere oder doch keine größeren Schwierigkeiten, als die sicher bezugten um die iberische Halbinsel und durch den Golf von Biscaya. Ist das Gold phönizische Handelsware, so hat sein starkes Auftreten innerhalb des so stark von Vorderasien her beeinflussten mykenischen Kulturkreises nichts Wunderbares.

Wie lange die Goldzufuhr aus dem afrikanischen Ophir (nach Peters ist Ophir = Afrika) gedauert hat, läßt sich nach dem gegenwärtigen Stande des Problems noch nicht sagen. Die Minen, die man im Sambesigebiet gefunden hat, sind nicht durchweg erschöpft; es sollen sich auch noch garnicht angebrochene Stellen finden, die den damaligen Prospektoren doch schwerlich entgangen wären, wenn die Expeditionen von der Mittelmeerküste dorthin bis in die geschichtlich besser bekannte Epoche Vorderasiens hinein fortgedauert hätten. Welche Gründe ihr Aufhören veranlaßt haben, wissen wir nicht; um die Mitte des 9. Jahrhunderts v. Chr. wurden Ophirfahrten durchs Rote Meer südwärts noch unternommen, denn Josaphat, König von Juda, wollte sich, wie wir aus den Königsbüchern erfahren, mit einem eigenen Schiffe, das dann bei Gezegeber scheiterte, an ihnen beteiligen.

Ein gewaltiger Strom von Edelmetall (sowohl Gold als auch Silber) ergoß sich über die ganze Osthälfte der Alten Welt während der Alexanderzüge. Die Perserkönige hatten das Prinzip, in ihren Residenzen ganz kolossale Massen von Edelmetall aufzuhäufen, die aus den Jahrhunderte hindurch einlaufenden Tributen der unterworfenen Gebieten fortgesetzt vergrößert wurden. Wie diese fortwährende Schröpfung der Provinzen auf das Wirtschaftsleben, den Warenverkehr und überhaupt auf den Umlauf der Werte gewirkt hat, das entzieht sich unserer Kenntnis; sicher ist nur, daß Alexander die ganzen nach Milliarden an Metallwert zu berechnenden und bisher tot aufgespeicherten Schätze mit vollen Händen und klarer Absicht in den Verkehr hinausgeworfen hat, und daß eine gewaltige

Belebung des gesamten Wirtschaftslebens vom Nil bis zum Indus die Folge davon gewesen ist. Streng genommen handelt es sich ja freilich nicht um die Erschließung bisher garnicht vorhandener Metallquellen, aber in praxi wirkte die Sprengung der Schatzkammern der Achämeniden in Susa, Persepolis und Ekbatana zum mindesten für die ganze östliche Mittelmeerwelt doch nicht anders, als ob ein neues Goldland gefunden worden wäre. In der Geschichte der sog. Diabochenstaaten bis auf die Eroberung des westlichen Randes von Asien durch die Römer tritt uns fortgesetzt in Politik und Krieg wie in Handel und Wandel ein großer Goldreichtum der Fürsten und Völker entgegen. Kontributionen z. B. wie Rom sie Antiochus dem Großen von Syrien auferlegte oder eine Bauhätigkeit wie die der pergamenischen Könige und der herodianischen Dynastie setzen sehr bedeutende Geldmittel im Laude voraus, und eben darauf deuten auch mehrfache Nachrichten aus der Zeit der römischen Bürgerkriege in Asien.

Die verhängnisvolle Wendung zum Knappwerden und zu schließlicher Verminderung des Edelmetalls bis auf jenes Minimum, bei dem die ganze bisherige geldwirtschaftliche Lebensordnung des Altertums zu Grunde ging, ist nun zum Teil sicher auf die von Delbrück ausgeführte Erschöpfung der Gold- und Silberminen innerhalb der Grenzen des römischen Reichs zurückzuführen; es kommt aber auch noch ein zweites Moment von großer Bedeutung hinzu. Das ist die mit Sicherheit nachzuweisende fortgesetzt passive Handelsbilanz des Mittelmeerbeckens im Warenverkehr mit den östlichen Ländern, die durch die politische Trennung dieser beiden Wirtschaftsgebiete seit dem Aufkommen der parthischen und vollends der sassanidischen Macht eine ganz besonders verhängnisvolle Bedeutung erhielt.

Während der transeuphratenjische Orient aus den westlicher gelegenen Kulturgebieten garnichts einfuhrte, bezog das Abendland fortgesetzt eine große Menge kostbarer Waren aus dem Osten. Teils kamen sie direkt aus dem sassanidischen Reiche, wie Baumwollentoffe, Teppiche und gewisse Drogen, teils gelangten sie aus Indien und China durch den parthisch-persischen Zwischenhandel nach Rom: so Seide und Gewürze. Mag auch von diesen letzteren Dingen ein Teil durch direkte Handelsbeziehungen zwischen römischen Kaufleuten und den fern wohnenden Ostvölkern ins Abendland gelangt sein — immer blieb dieses doch dem Osten tributpflichtig; es kaufte von ihm fortgesetzt, ohne ihm etwas zu verkaufen. So ist es zu erklären, daß die Menge des Edelmetalls hier abnimmt und dort sich anhäuft. Zur arabischen Zeit ist das Morgen-

land der europäischen Kulturwelt an Gold- und Silberreichtum unendlich überlegen, wie aus einem Vergleich der Hofhaltungen etwa der deutschen Könige und der Kalifen des 10. Jahrhunderts deutlich hervorgeht.

Diese kurzen Ergänzungen zu Delbrücks bahnbrechendem Gedanken können und sollen natürlich nicht den Anspruch erheben, das angeschnittene Problem zu erschöpfen. Ich hege die Hoffnung, daß es mir in nächster Zeit möglich sein wird, die hier eben nur skizzierte Untersuchung umfassender und tiefer weiterzuführen. Das ist auch ein Hauptwert solcher Werke wie des Delbrückschen, daß es Wege fruchtbarer Weiterarbeit weist. Mögen wir doch recht bald die Veröffentlichung des demnächst bevorstehenden Teiles erleben!





## Die evangelischen Arbeitervereine.

Von

Immanuel Weitbrecht.

Die nachfolgenden Zeilen über Lage und Aufgabe der evangelischen Arbeitervereine haben eine doppelte Veranlassung: den Wunsch des Herausgebers der „Patria“ und ein vom Verfasser selbst empfundenenes Bedürfnis.

Wer die Geschichte der christlich-sozialen Bewegung (vgl. Patria 1901) kennt, wer die Entwicklung namentlich der jüngeren Christlich-Sozialen mit innerer Teilnahme verfolgt oder auch selbst miterlebt hat, der wird, mag er nun den Schritt zum National-Sozialismus als politischer Partei mitgemacht haben oder nicht, die Tiefe des Interesses zu würdigen wissen, das den Herausgeber der „Hilfe“ und des Hilfejahrbuchs mit der Sache der evangelischen Arbeitervereine unaufhörlich und unauf löslich verbindet und verbinden muß. Doch nicht bloß die Rücksicht auf dieses persönliche Interesse, viel mehr noch die Lage der Dinge selbst und das Verflochtensein Naumanns in dieselbe erheischte eine Erfüllung des ausgesprochenen Wunsches. Darum sollte er erfüllt werden.

Freilich: wer sollte zum Thema der evangelischen Arbeitervereine in der „Patria“ die Feder ergreifen? Keinen Augenblick verhehlte ich mir, daß es berufenere Stimmen als die meinige gibt, Stimmen solcher Männer, die von Anfang an führend und leitend in der evangelischen Arbeitervereinsbewegung hervorgetreten sind. Allein ich überwand meine Bedenken durch die Erwägung, daß es der Sache vielleicht gerade dienlich sei, wenn ein solcher zum Wort käme, der zwar erst später als andere in die Bewegung eintreten konnte, aber darum auch den unlegbar vor-

handenen Gegenfäden verhältnismäßig unbeteiligter gegenübersteht; ein solcher, der sich zwar von Anfang an — jedoch ohne jegliche parteiagitorische Tätigkeit — zum National-Sozialismus bekannt hat, der aber zur Zeit als Vorsitzender eines Landesverbandes (des württembergischen) eine Stellung innerhalb der evangelischen Arbeitervereine einnimmt, die ihm auch für seine folgenden Worte verantwortungsvoll erscheint. Dieses zusammengenommen machte es mir zu einem unabweisbaren Bedürfnis, mich hier offen über einen Gegenstand auszusprechen, der jetzt gerade wieder viele Geister und Herzen hin und her im deutschen Vaterland bewegt und der ohne allen Zweifel die lebendigste Anteilnahme aller derer beanspruchen muß, denen an der gedeihlichen Zukunft protestantisch fundierter, vaterländisch interessierter, dabei auf wirklichen sozialen Fortschritt des eigenen Standes gerichteter Arbeiterkreise etwas gelegen ist.

Seit der Speyerer Tagung, Pfingsten 1901, ist in einem großen Teil der für solche Dinge in Betracht kommenden deutschen Presse mit mehr oder weniger Sachkenntnis über die evangelischen Arbeitervereine berichtet und geurteilt worden. Wohlwollen und Übelwollen, fürsorglicher Kummer und höhnische Schadenfreude, kaltsblütiges Abipreden und leidenschaftliches Parteinehmen sind dabei in verschiedenen Abstufungen zu Tage getreten. Besonders wertvoll war uns so manches ruhige, verständige, hoffnungsfreudige Wort bewährter Freunde unserer Sache. Wir wünschen unserem Wort von heute eine gute Stätte. Es hat den Zweck, auf Grund einer Betrachtung der Lage zu zeigen, daß die Sache der evangelischen Arbeitervereine, richtig erfaßt, geduldig und mutig betrieben, eine große und für den Arbeiterstand selbst wie für unser ganzes Volk notwendige Sache ist, die nicht untergehen, deren Segensspur nicht verweht werden wird, wenn auch Schwankungen ihr nicht erspart bleiben und die Huld des Augenblicks ihr nicht sonderlich lächelt.

## I.

Welches ist unsere gegenwärtige Lage? Die Speyerer Tagung bedeutet zwar keinen Wendepunkt — das glaube ich nicht —, aber einen bedeutungsvollen Entwicklungspunkt im Leben der evangelischen Arbeitervereine. Meine in Speyer selbst gewonnene und durch alles seitherige Geschehen nur fester gewordene Überzeugung ist diese: daß der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands keiner Krisis entgegengeht, daß sich aber sein zahlenmäßig stärkster Teilverband, der rheinisch-westphälische, in einer Krisis befindet, welche er auch am Tage von Volmarstein (15. September



1901, Spaltung) noch nicht überwunden hat. Ich werde das Gesagte zu erweisen haben.

In der Speyerer Tagesordnung befanden sich zwei Punkte, die zu Kämpfen führen konnten: die Gewerkschaftsfrage und die Vorstandswahl. Die Gewerkschaftsfrage, über welche sachlich nachher zu reden sein wird, wurde in einer Weise gelöst, die nach den vorausgegangenen Anseinandersetzungen wirklich angenehm überraschen mußte. Die Vorstandswahl dagegen brachte zwar erregte Debatten als Vorspiel, bittere Enttäuschung bei einem Teil der Vertreter als Nachspiel, aber sie selbst vollzog sich nach jeder Richtung hin unanfechtbar ordnungsmäßig. Es kann Niemand in den Sinn kommen, an ihrem Ergebnis auf Grund sachungsmäßiger und rechtlicher Bedenken rütteln zu wollen. Unsere Freunde mögen sich dessen getrösten, unre Begner aber sich gesagt sein lassen: die Speyerer Vorstandswahl treibt den Gesamtverband in keine Krisis. Die Speyerer Mehrheit, die sich aus den Vertretern hauptsächlich der mittleren und kleineren Landes- und Provinzialverbände zusammensetzte, wird in besonnener Ruhe auf dem Grund der Ergebnisse von Speyer stehen und weiterbauen, mit dem herzlichen und dringenden Wunsch allerdings, daß sich Rheinland-Westphalen auch innerlich völlig in die Sachlage finden werde. Letzteres ist durch den Beschluß von Volmarstein, wie wir sehen werden, noch keineswegs gewährleistet.

Es empfiehlt sich aber zur Gewinnung eines Urteils, an die Vorstandswahl in Speyer noch etwas näher hinzugreifen. Ihr hervorstechender Zug war die Wiederwahl Raumanns. Rheinland-Westphalen hatte dieselbe mit aller Energie zu verhindern versucht. Ob es dabei auf eine Kraftprobe abgesehen war, vermag ich nicht zu sagen; ob sämtliche Vertreter des großen Provinzialverbands mit Bereitwilligkeit der „Bochumer Richtung“ Heerfolge leisteten, bezweifle ich nach Maßgabe der seither in Rheinland-Westphalen hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten; daß die leidenschaftlichen Gegner Raumanns ihrem Verband eine unruhige, nicht mit allen Wahlmöglichkeiten rechnende Taktik aufgedrungen haben, halte ich für gewiß; sie haben ihrem Verband, aber auch sich selbst, keinen guten Dienst geleistet, ihr Vorgehen, ihr Drängen auf geheime Zettelwahl hat den Reichstagsabgeordneten Franken-Schalle seinen Sitz im Ausschuß des Gesamtverbands gekostet. Da nämlich infolge des Hinzutritts eines neuen (des mittelrheinischen) Verbandsvorsitzenden die Zahl der noch geheim zu Wählenden sich von vier auf drei vermindert hatte, so mußte wenigstens eines der bisherigen Ausschußmitglieder fallen. Daß dieser eine fallende Mann nicht Raumann sein durfte, stand

den Meisten außerhalb Rheinland-Westfalens fest. Zwar glaube ich, daß von ihnen verhältnismäßig nur wenige zu seinen wirklichen politischen Freunden gehörten, aber die vom Rheinisch-westfälischen Verband gegen ihn gerichteten Beschuldigungen schienen uns andern kein zureichender Grund, um einen Mann von seiner persönlichen und sozialen Eigenart nicht mehr in den Gesamtverbandsvorstand zu wählen. So mußte denn ein anderer in der Stimmzahl zurückbleiben und dieser andere konnte unter den obwaltenden Umständen nur Franken sein, in welchem die „Vochumer Richtung“ nun gerade eben ihren Mann sah. Franken hat die ihm hernach angebotene Ernennung zum Ehrenmitglied ausgeschlagen. Er hätte unseres Erachtens gerechten Unmut über die verfehlte Taktik seiner näheren Freunde empfinden müssen; sie hatten ihm doch ein wirklich unverdientes Mißgeschick bereitet, während das Wahlergebnis an sich nichts weniger als ein Mißtrauensvotum gegen ihn bedeuten konnte, viel mehr nur die Willenserklärung der Mehrheit, Raumann halten zu wollen.

Es ist hier nur ganz im Vorübergehen möglich, nach den Ursachen zu sehen, welche in einem Teil des Rheinisch-Westfälischen Verbands, eben der so zu nennenden „Vochumer Richtung“, jene Erbitterung gegen Raumann hervorgerufen haben, die schließlich dazu führte, ihn, koste es was es wolle, aus dem Vorstand des Gesamtverbandes hinausdrängen zu wollen. Den unmittelbaren Anstoß bildeten bekanntlich die gewerkschaftlichen Vorträge Raumanns Anfangs 1901 in Vochum, Essen, Gelsenkirchen, die durch Vermittelung und mit Unterstützung des „alten Verbandes“, besonders des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers Hné, zu Stand gekommen waren. Es geht sicher nicht an, Raumann aus diesem Handeln selbst einen Vorwurf machen zu wollen, als hätte er etwas wie einen Trennbruch an der evangelisch-sozialen Sache begangen; denn die Erstrebung neutraler Gewerkschaften liegt genau in den evangelisch-sozialen Arbeitslinien unserer Vereine, wie das in der Gewerkschaftsdebatte zu Speyer fast allgemein anerkannt wurde. Dagegen erachteten sich einige Führer jener evangelischen Arbeitervereine durch eine Reihe von Äußerungen Raumanns gekränkt, deren beleidigender Charakter aber in Speyer keineswegs erhärtet worden ist. Daß Raumann der Ehre der evangelischen Arbeitervereine jener Gegend nicht nahe treten wollte und nicht nahe getreten ist, versicherte er in der bündigsten Weise, wenn er auch selbstverständlich sie lebhaft an ihre Organisationspflicht erinnert haben wird. Man könnte geneigt sein, einen Hauptgrund der Verstimmung in der Preßfehde der „Hilfe“ Raumanns mit dem

„Rheinisch-westphälischen Tageblatt“ Duandels zu suchen; aber was in aller Welt hat unsere evangelische Arbeitervereinsfrage zu schaffen mit den Turnieren des nationalsozialen Parteiorgans und eines offiziellen Organs der nationalliberalen Partei? Unsere Vereine, auch diejenigen in Rheinland-Westphalen, können und müssen sich doch nach der einen wie nach der anderen Seite ihre Selbständigkeit zu wahren wissen! Die Abneigung hat offenbar viel tiefer und weiter zurück liegende Gründe, als nur persönliche und vorübergehende: sie wurzelt, wenn man mich nicht mißverstehen will, in dem Mißtrauen der mehr Alt-Christlich-sozialen mit Rechtsgravitation gegen das Jung-Christlich-soziale mit mehr Linksgravitation, vollends in seiner Fortbildung zum politischen National-Sozialismus. Dieses Mißtrauen, schon längst vorhanden, ist jetzt akut geworden. Andere Verbände stehen unbefangener; aber in Rheinland-Westphalen argwöhnt man eine Absicht Naumanns, die evangelischen Arbeitervereine auf die nationalsoziale Seite herüber ziehen zu wollen. Von unserem süddeutschen Standpunkt aus kann ich versichern, daß trotz unserer sympathischeren Stellung zu Naumann für unsere evangelischen Arbeitervereine das Wort Theodor Traubs (Zusfr. Arbeiterkalender 1902 „aus der Arbeit für die Arbeit“) unverbrüchlicher Grundsatz bleibt: „Unsere Sache ist keine Parteisache. Wir sind nicht sozialdemokratisch noch konservativ, nicht freisinnig noch nationalsozial (ich setze im Sinne Traubs auch noch hinzu; noch nationalliberal): wir sind nur evangelisch-sozial.“ Auf das Allerbestimmteste halte ich mich überzeugt, daß auch Naumann den evangelischen Arbeitervereinen diesen Charakter gewahrt wissen will. Auch aus diesem Grund kann ich den Verdrängungsfeldzug gegen Naumann nicht für begründet erachten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß man auch im Rheinisch-Westphälischen Verband das zuzugeben lernen wird. Die Mehrheit des Gesamtverbandes steht schon jetzt in dieser Überzeugung, und solange sie auf diesem evangelisch-sozialen Boden steht, gibt es für den Gesamtverband keine Krisis. Ich stehe nicht an zu behaupten, daß hierzu der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Lizentiat Weber, ganz wesentlich beigetragen hat, indem er sich trotz mancher grundsätzlichen Verschiedenheit die Unbefangtheit des Urteils Naumann gegenüber zu wahren verstanden hat. Er selbst, von der Liebe zu unserer Sache tief durchdrungen, spürt auch Naumann dieselbe Liebe an.

Doch nun ein besonderes Wort über die Lage des Rheinisch-Westphälischen Provinzialverbandes, von welchem ich oben sagte, daß er sich seit den Tagen zu Speyer wirklich in einer Krisis befinde,

die auch durch den Tag zu Bolmarstein nicht völlig und dauerhaft überwunden erscheint.

Ein Überblick über das letzte Quartal des Gattinger „Evangelischen Arbeiterboten“ zeigt, daß der Rheinisch-Westphälische Verband seit Speyer nicht mehr zur Ruhe gekommen ist. Man hat dort in der Mehrzahl der Vereine und Verbände erkannt, daß man in Speyer zu viel verlangt und deshalb wenig erlangt hat. Die besonnenen Elemente, die um persönlicher Mißbilligkeiten und auch um gewisser sachlicher Meinungsverschiedenheiten willen die Zugehörigkeit zum Gesamtverband nicht aufs Spiel setzen wollten, zeigten einen ebenso bemerkenswerten als dankenswerten Eifer für die Sache des Friedens und der Einigkeit im Gesamtverband. Nicht minder geschäftig aber war die „Bochumer Richtung“. Für sie ist typisch die am 23. Juni in Königsstele gefaßte Resolution, die das Ausscheiden Rheinland-Westphalens aus dem Gesamtverband beantragt, aber zugleich den Vereinen, die sich der Trennung nicht anschließen wollen, das Verbleiben im Provinzialverband mit sämtlichen Rechten und Pflichten ermöglichen will. Der Provinzialausschuß dagegen erachtete am 3. Juli in Dortmund den Austritt aus dem Gesamtverband nicht für notwendig, ersucht aber den Gesamtverband, einen „Ausgleich des bedauerlichen Zwischenfalls“ zu finden, der das weitere Verbleiben Rheinland-Westphalens möglich mache. Diese Dortmunder Resolution, die durch das, was sie unentschieden läßt, noch viel bedeutungsvoller ist, als durch das, was sie entscheidet, wird uns in ihrer genaueren Fassung sofort noch einmal beschäftigen, denn sie wurde am 15. September vom Vorstand des Rheinisch-Westphälischen Verbandes auf seiner Tagung zu Bolmarstein angenommen.

Vor dieser, sowohl innerhalb wie außerhalb Rheinland-Westphalens mit großer Spannung erwarteten Tagung standen unsres Erachtens, ruhig und sachungsmäßig betrachtet, zwei Möglichkeiten. Der Rheinisch-Westphälische Verband konnte sich seiner Mehrheit nach für das Verbleiben im Gesamtverband entscheiden. In diesem Fall hatte sich alsdann die „Bochumer Richtung“ entweder dem Mehrheitsbeschluß zu unterwerfen oder aus dem Provinzial- und Gesamtverband gleichzeitig auszuscheiden, um nach eigenem Belieben einen neuen Verband zu gründen. Dem davon konnte und durfte im Ernst keine Rede sein, daß der Rheinisch-Westphälische Verband beim Gesamtverband zu bleiben erklärt, aber zugleich einem Teil seiner Vereine den Austritt aus dem Gesamtverband freistellt unter Wahrung der Zugehörigkeit zum Provinzialverband mit allen Rechten und Pflichten. Der Gesamtverband wird mit aller

Entschiedenheit um der Disziplin willen daran festhalten müssen, daß die ihm zugehörigen Landes- und Provinzialverbände als geschlossene Mitgliedschaften mit der Gesamtheit ihrer Vereine ihm zugehören. Aber auch die Provinzialverbände müßten sich doch sagen, daß sie den Keim des Zerfalls in sich selbst trügen, wenn sie aus zweierlei Vereinen beständen, gesamtverbandsstreuen und gesamtverbandsrenitenten. — Die andere Möglichkeit für Rheinland-Westphalen war diese: den Austritt aus dem Gesamtverband zu erklären. In diesem Fall hätte sich die gesamtverbandsstreuende Minderheit entweder der Mehrheit unterwerfen können, um die Geschlossenheit des Provinzialverbandes zu erhalten und im Genuß gemeinsamer Errungenschaften namentlich auf dem Gebiet des Klassenwesens und sonstiger Wohlfahrtspflege zu bleiben, oder aber hätte sie einen neuen Verband gründen und als solcher dem Gesamtverband beitreten können.

Welche von diesen beiden Möglichkeiten sich verwirklichen würde, war vor dem 15. September unsicher, zumal die Berichte des Evang. Arbeiterboten keinen umfassenden Überblick gestatteten. Wir übrigen Mitglieder des Gesamtverbandes sagten uns, daß wir das Verbleiben von Rheinland-Westphalen im Gesamtverband von ganzem Herzen wünschen müssen; denn es ist das Mutterland der evangelischen Arbeitervereine, es bildet mit seinen rund 30 000 Mitgliedern mehr als drei Achtel unserer Gesamtziffer und besitzt eine Reihe wertvollster Kräfte und segensreicher Einrichtungen, die wir im Gesamtverband wahrlich nicht missen möchten. Wir übrigen sagten uns aber auch ganz klar, daß der Gesamtverband unter allen Umständen auf dem Rechtsboden und auf dem festen Boden der Speyrer Beschlüsse beharren und eintretenden Falles in der Lage sein müßte, sogar ein Abspringen von ganz Rheinland-Westphalen zu ertragen und zu überwinden, so überaus schmerzlich der Verlust wäre und bliebe. Persönlich am schwersten hätten an einem Bruch die rheinisch-westphälischen Mitglieder des Gesamtverbandesvorstandes zu tragen gehabt; denn auch sie hatten an den Speyrer Beschlüssen und Anordnungen mitgewirkt, mit welchen hernach ihre eigenen Landsleute so wenig zufrieden gewesen sind. Endlich als ganz indiskutabel betrachteten wir das Ansinnen, Naumann solle freiwillig aus dem Vorstand ausscheiden oder gar der Gesamtverband solle dieses Ausscheiden herbeiführen. Ein solches Ansinnen widerspricht dem Recht und der Billigkeit, verrät wenig Achtung vor der Willenserklärung der Mehrheit und hätte nicht die mindeste Aussicht von Naumann berücksichtigt zu werden, der bei der Wahl selbst volle Zurückhaltung geübt hat und auf Grund dieser Wahl und seiner

ganzen Vergangenheit das klare Recht besitzt, im Vorstand des Gesamtverbands zu sitzen. Wenn unsere Sache wirklich keine Parteisache ist — und dabei bleibt es — dann ist auch für ihn und Leute seiner Richtung Raum in unseren Reihen. Darüber ist wirklich jedes weitere Wort unnötig.

In Volmarstein nun wurde die Dortmunder Resolution angenommen. Nach einer auf Herrn Franken bezüglichen Einleitung wird gesagt, daß es der Rheinisch-Westphälische Verband „nicht für notwendig erachte, aus dem Gesamtverband auszutreten, aber an denselben das Ersuchen richte, dahin zu wirken, daß ein Ausgleich des bedauerlichen Zwischenfalles gefunden werde, der dem Rheinisch-Westphälischen Verband das weitere Verbleiben bei ihm möglich macht. Ausschuß betont seinen scharfen Gegensatz gegen die von Pfarrer a. D. Naumann vertretenen Grundsätze, stellt jedoch fest, daß dieselben von der großen Mehrheit des (Speyerer?) Delegiertentages nicht geteilt worden sind, und hält deshalb ein weiteres Zusammenwirken unter obiger Bedingung doch für möglich und wünscht deshalb eine sofortige Trennung um der Einheit der ganzen evangelischen Arbeiterbewegung gegenüber den Feinden der evangelischen Kirche willen zu vermeiden. Der Rheinisch-Westphälische Verband stellt es jedoch jedem Verein frei, seinerseits aus dem Gesamtverband auszutreten, ohne daß damit seine Zugehörigkeit zu dem Provinzialverband mit allen Rechten und Pflichten aufgehoben wird.“

Was wollen wir zu dieser Entschliezung sagen? Um mit dem Schlußabsatz zu beginnen, so haben nach unserer Meinung die „Vochumer“ den schärferen Blick in die Eigenart der Lage bewiesen, als sie am Schluß der Versammlung den schon längst gefaßten Beschluß proklamieren ließen, aus dem Provinzialverband auszutreten und einen neuen Verband in Bochum zu begründen. In der That, damit haben sie einen Knoten zerhauen, der in jenem Schlußabsatz geschlungen war und der etwas in sich Unhaltbares zu sanktionieren bedeutete. Wir billigen das Ausscheiden der Vochumer auch aus dem Provinzialverband, denn es schafft Klarheit und war unvermeidlich. Sodann aber muß offen ausgesprochen werden, daß durch den oben zitierten Hauptbeschluß eine dauernde Lösung der schwebenden Frage nicht erreicht ist, die Entscheidung ist nur noch einmal hinausgeschoben. Zwar begrüßen wir die Erklärung mit großer Freude, daß es Rheinland-Westphalen nicht für notwendig erachtet aus dem Gesamtverband auszutreten; aber unsre Freude erleidet durch die nachfolgenden Einschränkungen einen ganz bedeutenden Dämpfer.

Rheinland-Westphalen, auch soweit es sich jetzt in seiner Mehrheit für den Gesamtverband entschieden hat, wünscht eine völlige und sofortige Trennung aus Einheitsrücksichten gegenüber den Feinden der Kirche zu vermeiden. Ganz abgesehen von dem hier geltend gemachten kirchlichen Gesichtspunkt: kann das etwas anderes heißen, als daß das Verhältnis, das schon jetzt als ein nicht mehr ganz straffes gedacht wird, später noch mehr gelockert werden müßte, falls die „Bedingung“ für ein weiteres Zusammenwirken nicht zutreffen sollte? Und worin besteht diese Bedingung? Darin, daß der Gesamtverband einen Ausgleich des „bedauerlichen Zwischenfalles“ findet, der dem Rheinisch-Westphälischen Verband das weitere Verbleiben möglich macht. Wie? Wenn Herr Franken die Ernennung zum Ehrenmitglied des Gesamtverbandsausschusses bereits abgelehnt hat, wie soll der Gesamtverband den „bedauerlichen Zwischenfall“ dann ausgleichen? Rheinland-Westphalen drücke sich bestimmter aus! Wir im Gesamtverband können nicht auf Geradeswohl nach einem Ausgleich suchen, von dem wir gar nicht ahnen, in was er bestehen soll. Oder ist etwa mit dem bedauerlichen Zwischenfall etwas anderes gemeint, als die Nicht-Wiederwahl Frankens? Vielleicht die Wiederwahl Raumanns? Die ist nun einmal auch durch Ausgleich nicht mehr aus der Welt zu schaffen; Wahlergebnisse sind nie und nirgends durch Ausgleich zu ändern oder abzuschwächen, vollends wo es sich um Arbeitervertretungen handelt. Ähnliche Fragezeichen haben wir hinter den Satz zu machen, der den scharfen Gegensatz gegen „Raumanns Grundsätze“ betont, und feststellt, daß dieselben von der großen Mehrheit des Delegiertentages nicht geteilt worden seien. Welche Grundsätze doch? Die Verbindung von Rational und Sozial? Aber diese Verbindung ist doch auch in unseren Augen notwendig! Also wohl Raumanns politisch ausgewachsenen Grundsätze? Aber diese hat er nie in den Gesamtverband hereinzutragen versucht! Bleiben seine gewerkschaftlichen Grundsätze — aber diese sind von den in Speyer angenommenen Behrens'schen keineswegs so himmelweit verschieden, wie man da und dort anzunehmen scheint, daß man von einem scharfen Gegensatz reden müßte. Wohin ich sehe in dem Bescheid von Bolmarstein — überall noch offene Fragen, auf welche die Antwort nicht gewiß ist. Konnte oder wollte man das Problem nicht schärfer fassen? Konnte oder wollte man ihm zur Zeit keine glatte praktische Lösung verschaffen mit Rücksicht auf die Stimmung im Provinzialverband? Denn das fürchten wir, wie gesagt, daß hiermit die Rheinisch-Westphälische Krisis noch nicht beseitigt ist und daß dem Gesamtverband Zumutungen gemacht sind, Bedingungen gestellt, die er nicht erfüllen

kann. Ein weiteres gedeihliches Zusammenwirken ist nur möglich auf dem Boden der rund anerkannten Speyrer Ergebnisse. Ich rede hier nicht zu Gunsten Naumanns, sondern zu Gunsten der Klarheit und des Rechts.

Es würde mich selbst befriedigen, wenn man mir nachwiese, daß ich die Volmarsteiner Erklärung zu scharf kritisiert und mehr Bedenken als nötig darin gefunden hätte. Aber im Interesse unserer großen Sache konnte ich nicht anders reden. Und ich bin mit den Fragen zum Volmarsteiner Tag erst nicht einmal fertig, werde aber die letzte Frage nur noch stellen: Was ist's mit den 32 Vereinen, die von 150 fehlten — an einem solchen Tag? Werden sie mit den 78 gehen, oder auch zum Teil mit den 46?

So hat sich denn von den oben gezeichneten zwei Möglichkeiten die erste scheinbar erfüllt: der Rheinisch-Westphälische Verband hat sich für das Verbleiben im Gesamtverband entschieden und die Bochumer sind aus Provinzial- und Gesamtverband behufs Gründung eines eigenen Verbandes ausgeschieden; aber das Verbleiben der rheinisch-westphälischen Mehrheit im Gesamtverband ist mit derartigen Kamelen umgeben, daß die ganze Entscheidung sich aus dem Bereich des Vorläufigen nicht heraushebt und eine Fortdauer der Krise in der rheinisch-westphälischen Mehrheit selbst nicht gänzlich als ausgeschlossen erscheinen kann.

Die Lage ist sonach ernst, auch für den Gesamtverband. Aber sie wird ihr Gutes und Segensreiches für uns haben, wenn wir nur von hier aus unserem evangelisch-sozialen, richtig erfaßten Ziel geduldig und mutig entgegengehen und den eigentlichen, hohen Aufgaben unserer Vereine immer näher zu kommen uns entschließen. Es ist Zeit, diese Aufgaben hier in thunlicher Kürze zu beleuchten. Das soll nicht in programmatisch angelegter Weise geschehen, sondern in freierem Anschluß an die aus der gegenwärtigen Lage sich ergebenden Gesichtspunkte.

## II.

Die evangelischen Arbeitervereine bilden eine Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung, die in ihrer ansehnlichen Stärke schlechterdings nicht mehr aus derselben herausgenommen oder auch nur wegedacht werden kann. Das wollen wir gegenüber der Geringschätzung, mit der wir schon in allen Stadien unsrer Entwicklung von verschiedenen Seiten her bedacht worden sind, mit guter Zuversicht festhalten. Wir müssen unsere evangelisch-soziale Bahn nur mit Entschlossenheit weiter gehen. Die 78 000 deutschen evangelischen Männer, die der



letzte Gesamtverbandsbericht zählt, haben für Arbeiterbewegung und Volksleben etwas zu bedeuten, wenn sie nur ihre Grundsätze mit Überzeugungstreue, Selbstbewußtsein und Unermüdblichkeit erfassen und fruchtbar zu machen entschlossen sind für den sittlich-religiösen und geistigen, aber ebenso sehr auch für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der kleinen Leute, besonders des Industrie-arbeiterstandes. Denn diese Ziffern bezeugen eine starke Daseinsberechtigung unserer Vereine als der Sammelpunkte und Heimatstätten für alle diejenigen, die sich einsetzen wollen für das innere und äußere Vorwärtkommen des Arbeiterstandes nach den Grundsätzen des Evangeliums, und deren Handeln zugleich durch echte Vaterlandsliebe bestimmt ist.

Er bildet die wichtige grundsätzliche Aufgabe für unsere Zukunft, daß wir, auf Hebung des Arbeiterstandes hinarbeitend, einerseits unseren evangelischen Charakter immer tiefer ausprägen gegenüber der auf ihre fragwürdige materialistische Weltanschauung stolzen Sozialdemokratie und gegenüber dem, die Errungenschaften der Reformation bedrohenden Ultramontanismus, — andererseits unsere vaterländische Richtung mit ebensoviel dankbarer Liebe wie charaktervoller Besonnenheit und Freimütigkeit sorgsam und begeistert weiter pflegen.

Ich möchte hier nicht zu viel an Selbstverständliches erinnern, aber folgendes hervorheben. Einmal: die Sozialdemokratie hat ihre Verdienste gehabt um die Kritik bestehender Mißstände und um die Bedeckung des Selbstbewußtseins des Arbeiterstandes, aber die Weltanschauung, die sie zur Parteiliche stempelt, ist christentumsfeindlich. Die Sozialdemokratie (als Sozialismus) mußte diese Entwicklung nicht nehmen; aber wir haben uns in unserem Verhalten ihr gegenüber an die nun einmal vorhandenen Verhältnisse zu halten und bei aller Unbefangenheit der Beurteilung in unserer praktischen Stellungnahme das sehr wohl im Auge zu behalten. Sehen wir hier ab von unserem Gegensatz gegen die von der Sozialdemokratie befolgte oder empfohlene allgemeine und Sozialpolitik, so stellen wir als Grundsatz für unsere Vereine dies auf: wo der religiöse und evangelische Charakter unserer Bewegung in Frage kommt, haben wir ihn der Sozialdemokratie gegenüber mit Festigkeit und Unerbrotlichkeit zu wahren. Eine Verständigung in bestimmten wirtschaftlichen und allgemeinen Arbeiterfragen ist dadurch nicht ausgeschlossen.

Sodann: So viel uns an einem friedlichen Verhältnis der Konfessionen liegt, so selbstverständlich haben wir unsere evangelische Freiheit und unsere protestantische Ehre zu wahren. Wir müssen, bei aller

Möglichkeit eines Zusammengehens auf neutralem Gebiet, vorsichtig sein gegenüber denen, welche eine äußerliche Herrschaft der Kirche über die sozialen Gebiete anstreben. Diese Vorsicht muß uns leiten auch in der „christlichen“ Gewerkschaftsfrage.

Endlich: Wir lieben unser Vaterland von ganzem Gemüte und betrachten die Monarchie als diejenige Staatsform, die im Lauf unserer ganzen Geschichte sich als die für Deutschland richtige erwiesen hat. Wenn wir uns aber als zuverlässige Söhne unseres Vaterlandes erweisen, so haben wir uns dagegen zu verbitten, daß man unseren Patriotismus fadenförmig nenne, weil wir uns das Recht freier Meinung und freien Wortes wahren, vollends in Fragen, die das Wohl und Wehe des Arbeiterstandes betreffen. Und wenn wir für Heer und Flotte und das Ansehen der Obrigkeit eintreten, so erwächst uns daraus zugleich die Aufgabe, gegen militaristische Auswüchse und gegen ein Überhandnehmen polizeilicher Bevormundung uns zu wenden. — Wir wollen echten Patriotismus pflegen, so wie wir echtes Christentum erstreben — nur dann können rechte und dauernde Erfolge auch auf sozialem Gebiet erreicht werden.

Ehe wir uns aber unseren Aufgaben auf diesem Gebiete zuwenden, sind einige Punkte zu erledigen, die zur Voraussetzung einer gedeihlichen sozialen Thätigkeit in unseren Vereinen gehören.

Die Arbeitermitglieder unserer Vereine sind an der Gesamtziffer von 78 000 Mitgliedern schwerlich mit mehr als 55 bis 60 % beteiligt. Eine umfassende Berufsstatistik ist zwar noch nicht von allen Verbänden aufgemacht; namentlich fehlt in Hothoffs Liste (in Webers Kalender 1902) der rheinisch-westphälische Verband, während der dort gleichfalls fehlende württembergische Verband seit Pfingsten 1901 seine Statistik hat — 53,7 % Arbeiter, 20 % selbständige Handwerker, 8,3 % Angehörige der Landwirtschaft, 18 % anderen Ständen angehörig; aber der Prozentsatz von 60 % ist eher zu hoch als zu niedrig gegriffen. Das erscheint uns zu wenig für Arbeitervereine; eine wichtige Aufgabe wird in Zukunft darin bestehen, den Prozentsatz der Arbeitermitglieder auf wenigstens 75 % zu steigern, womöglich durch jugendlichen Nachwuchs aus dem Arbeiterstand.

Trotz dieses großberechtigten Wunsches halten wir es für einen Vorzug unserer Vereine, daß sie für die Arbeiter auch Stätten der Fühlung sind mit Angehörigen anderer Stände; das schafft Weite des Blicks und fördert soziale Erkenntnis. Es mag in manchen Vereinen Schwierigkeiten geben zwischen Fabrikarbeitern und Hand-

werfern, in anderen zwischen Industrieangehörigen und Angehörigen der Landwirtschaft; aber im allgemeinen wird die Mischung zu der Einsicht beitragen, daß man im Leben, wie im Verein, auf einander angewiesen ist. Eine richtige Vereinsleitung hat Sorge zu tragen, daß aus der verschiedenartigen Zusammensetzung keine Hemmung des Vereinslebens entstehe.

Welche Förderung in der Teilnahme verständiger und wohlwollender Arbeitgeber liegt, ferner in den Diensten derer, die aus dem Schatz ihrer allgemeinen oder Fachbildung den Brüdern aus dem Arbeiterstand Altes und Neues darbieten, sei hier nur erwähnt; an manchen Orten wird bitter geklagt über die vornehme Gleichgiltigkeit der Herren von Besitz und Bildung. Da liegen hohe Aufgaben in den evangelischen Arbeitervereinen, ernste Pflichten für aufrichtige Arbeiterfreunde.

Eine nicht geringe Zahl von Geistlichen in Stadt und Land hat sich an der Gründung und Führung unserer Vereine beteiligt; es wäre die Pflicht noch viel Mehrerer gewesen; diese Beteiligung ist freilich von oben wie von rechts und links her zum Teil sehr übel vermerkt worden; unseren Mitgliedern trägt sie manchen Spott ein. Nun sie wissen mit uns, daß der evangelischen Kirche diese Mitarbeit an der sozialen Frage nicht zur Schande gereicht und daß dadurch manchem Gebildeten in- und außerhalb der Kirche das soziale Gewissen geweckt worden ist; aber unser Ziel muß doch die Führung der evangelischen Arbeiterbewegung durch Arbeiter selbst sein und werden. Wir haben es schon tief schmerzlich empfunden (der Verfasser ist selbst Geistlicher), daß das nicht allgemeiner der Fall ist; unsere Bewegung gewönne dadurch, daß die tüchtigsten Arbeiter in leitender Stellung frei und selbständig die Interessen ihres Standes vertreten würden. Das sage ich Niemand zu Liebe und Niemand zu Leide. Man wird mir später einmal Recht geben. Die Mitwirkung der Geistlichen würde dadurch nicht wegfallen.

Nun denn, so wertvoll nach jeder Hinsicht die Beteiligung und Mitarbeit anderer ist, die wir eben andeuteten, so hauptsächlich erscheint uns ein stärkeres Anwachsen und lebendiges Sich-Regen der Mitglieder aus dem Arbeiterstande selbst. Wir sind nicht so weiter gewachsen, als man es eine Zeit lang erhoffen durfte. Machen wir das in Zukunft besser! Rasches Anwachsen auf Kosten gesunder Entwicklung ist ja das Kläglichste; aber Wachstum muß sein, stärkeres und fröhlicheres als bisher. Es liegt eine große agitatorische Aufgabe vor uns in der Zukunft draußen. Die Arbeiter selbst müssen und können das am intensivsten als Kleinarbeit betreiben, dann aber sollten auch Verbandsagenten angestellt und bezahlt werden.

Damit stehen wir an der Geldfrage. Wir wissen aus langer Erfahrung durch den Einblick in das Familienleben der Arbeiter, was auch nur ein Nickelstück für den zu bedeuten hat, der lediglich auf den Ertrag seiner Lohn- und Handarbeit angewiesen ist; wir kennen recht wohl auch den Unterschied von solchen Arbeitern und Arbeiterinnen, die hauszuhalten im Stande sind und die es nicht sind; wir kennen den Zusammenhang dieser Geldfrage mit der Wohnungs- und auch mit der Zolltariffrage, aber auch mit der Alkoholfrage, die aber wahrlich nicht bloß für die Arbeiter brennend ist; wir ehren und achten den Mann, der das Wenige sparsam zusammenhält — aber das alles vorausgesetzt bedauern wir doch, daß sich bei vielen auch in unseren Mitgliederkreisen die Erkenntnis von der Notwendigkeit finanzieller Opferbereitschaft so schwer und langsam durchsetzt. Das wird und muß sich ändern, wenn die Größe unserer Aufgabe allen immer klarer gemacht wird und daß wir ohne gefüllte Kassen, ohne zielbewußte Presse mit ordentlich bezahlten Redakteuren, ohne Agitationsreisen bezahlter Vertrauensmänner und sachkundiger Geschäftsführer, ohne Beteiligung an der Fachorganisation nicht in dem wünschenswerten Grade vorwärts kommen können. Also mehr Sinn für Geldopfer wecken, die der Arbeit, aber auch nur der treuen, erprießlichen Arbeit in den Vereinen und Verbänden und im Gesamtverband zu gute kommen! Denn Arbeitsvereine müssen unsere Vereine sein, die unbeschadet einer edlen Geselligkeit ihre Hauptaufgabe sehen in der Arbeit an dem inneren und äußeren Fortschritt ihrer Mitglieder und ihres Standes.

Eine zielbewußte, gutgeleitete Presse sagten wir. Wir haben eine ganze Reihe von evangelischen Arbeitervereinsblättern, die sich sicherlich sehen lassen können, wenn es einen Vergleich mit Arbeiterblättern anderer Richtung gilt, und die auf meist kleinem Raum eine Menge selbstverarbeiteten Stoffes bergen und bringen können. Die Redakteure arbeiten bis jetzt fast alle im Ehrenamt; eine größere Zahl ständiger Mitarbeiter ist ohne Honorargewährung nicht leicht zu erlangen; die Hauptaufgabe aber bleibt in diesem Betracht: daß die jedesmaligen Verbandsblätter für sämtliche Vereinsmitglieder des Verbands obligatorisch gehalten werden müssen, was beispielsweise in Württemberg seit Jahren durchgeführt ist, und dann, daß die Blätter auch wirkliche Verbandsorgane werden. Neben dieser notwendigen obligatorischen Einführung der Verbandsorgane, welche die Landes- und Provinzialverhältnisse berücksichtigen, kann eine Gesamtverbandszeitung mehr nur den Charakter eines Publikationsorgans für den Gesamtverbandsvorsitzenden

und -Ausfluß tragen. Auf die Gründung und Benutzung guter Büchereien, die namentlich auch tüchtige soziale Litteratur enthalten müssen, sei in diesem Zusammenhang gleichfalls hingewiesen.

Damit stehen wir schon mitten darin in den Aufgaben, die auf die wirtschaftliche und soziale Hebung des Arbeiterstandes hingen.

Es ist schon oben darauf hingewiesen, daß die evangelischen Arbeitervereine unpolitische sind, deshalb zur Erreichung ihrer Zwecke nicht unmittelbar politisch thätig sein können; daran hindert sie schon ihre Zusammensetzung aus Bestandteilen, deren Interessen nicht immer dieselben sind. Dennoch ist darauf zu halten, daß die Mitglieder ihre Rechte und Pflichten als Kommunal- und Staatsbürger eifrig wahrnehmen und daß die Vereine bei Wahlen für denjenigen Kandidaten stimmen, der auf Befragen die meiste Gewähr bietet, für die Arbeiterinteressen einzutreten und der unseren Bestrebungen verhältnismäßig am nächsten steht.

Um aber auf die richtige Lösung sozialpolitischer Fragen, die unser Volk bewegen, Einfluß zu gewinnen, um die wahre Hebung des Arbeiterstandes miterkämpfen zu können, brauchen unsere Vereine einen festen sozialen Standpunkt und eine lebhafte soziale Bethätigung.

Jenen festen Standpunkt nehmen wir noch heute in den Grundlinien des einst so schwer errungenen sog. „Berliner Programms“ von 1893 und zwar nicht bloß des denselben angehängten Arbeitsprogramms, und ferner in den Bestimmungen der Kaiserlichen Erlasse und zwar nicht bloß vom 17. November 1881, sondern auch vom 25. Juni 1888 und vom 4. Februar 1890. Wo sich unsere Vereine in freien Diskussionen der Durcharbeitung dieses Programms und dieser Erlasse unterziehen, da erreichen sie eine gute soziale Schulung und es ist notwendig, daß diese Kundgebungen in handlicher Form allen Mitgliedern in die Hände kommen. Ich vermute, daß in dieser Richtung zu wenig geschieht und darum viele unserer Mitglieder unseres freien sozialen Standpunktes zu wenig sicher sind. Nur auf Grund tüchtiger, wenn auch mühsamer sozialer Schulung ist eine lebhafte soziale Bethätigung denkbar und erreichbar.

Soziale Bethätigung — das Wort schließt eine Fülle von Einzelaufgaben in sich. Ich erinnere nur an die hervorragendsten, dringlichsten.

Wenn wir aus Überzeugung für soziale Reform eintreten, so haben wir auch auf eine energische Fortführung der sozialen Gesetzgebung

hinzuwirken. Denken wir auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung nur an die Notwendigkeit einer Arbeitslosen- und einer Witwen- und Waisenversicherung, auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes nur an die Fabrikarbeit der verheirateten Frau und an das Fehlen der Gewerbeaufsicht über die Hausindustrie!

Doch derartige Einwirkung auf die Gesetzgebung kann sich naturgemäß nur langsam und ganz schrittweise vollziehen, da viele Faktoren dabei in Betracht kommen, über die die Arbeiterschaft allein nicht verfügt. Es sind aber andere Gebiete, auf denen wir uns unmittelbar praktisch vorwärtsbewegen können, und zwar um so weiter und sicherer, je tiefer unsere soziale Einsicht, je gesunder unser Standesegoismus, je größer unsere Opferwilligkeit ist.

Hierher rechnen wir einmal Wohlfahrtseinrichtungen im engeren Sinn: Sterbekassen, Krankenzuschußkassen, Notkassen für unverschuldet arbeitslos Gewordene, Spareinrichtungen, Wanderunterstützungen u. dergl. Auch Zusammenschluß zu gemeinsamem Einkauf von Kohlen, Obst, Kartoffeln kann hierher gezogen werden, obgleich es schon ins Genossenschaftliche hinüberweist. Ein geordnetes Kassenwesen wirkt wirtschaftlich außerordentlich erzieherisch, aber noch mehr hilfreich in gesunden und kranken Tagen. Wohlgefüllte Kassen bilden ein Stück Selbsthilfe, wie es trefflicher gar nicht gedacht werden kann. In dieser Beziehung leisten die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine in ihrer Art Vorzügliches. Am günstigsten scheinen sich unsere Sterbekassen zu entwickeln, namentlich wo sie ganze Verbände umfassen; denn bis zu einer gewissen Höhe der Mitgliederzahl wächst die Leistungsfähigkeit, ohne daß die Übersichtlichkeit und Leichtigkeit der Verwaltung gefährdet wird. Es ist erstaunlich, welch' vorzügliche Kräfte aus dem Arbeiterstand hierzu zur Verfügung stehen. Was die Einrichtung betrifft, so möchten wir nach unseren Erfahrungen das Umlageverfahren vermieden wissen, das eigentliche Versicherungsverfahren, natürlich in geeigneter Einfachheit, empfohlen haben. Ein Ziel, das bei allem Kassenwesen in unseren Vereinen im Auge zu behalten ist, ist die Sammlung möglichst großer Reservefonds. Es muß geschickten und eindringlichen Vorstellungen gelingen, die Abneigung gegen Fonds-Ansammlungen zu überwinden, die allerdings in den Kreisen der kleinen hartverdienenden Leute vielfach vorhanden ist. Wir brauchen diese Fonds zur Sicherung der Kassenmitglieder vor allen Möglichkeiten und haben sie nur in zweifellos sicheren Papieren anzulegen; und um die geeignete Verwendung der Zinsen braucht uns nicht bange zu sein, sobald sie nur eine ausreichende Höhe erreicht haben.

Ich komme zu den Genossenschaften. Die Ausbildung genossenschaftlichen Sinnes in unseren evangelischen Arbeitervereinen ist eine der Aufgaben, die wir je länger je weniger vernachlässigen dürfen. Wo es die lokalen Verhältnisse erfordern, ist die Errichtung von eigenen Konsumgenossenschaften zu bewirken; anderwärts kommt der Anschluß an schon bestehende Konsumgenossenschaften in Frage; er ist überall da zu empfehlen, wo Neutralität in parteipolitischer Beziehung gewährleistet ist. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung hat sich im letzten Jahrzehnt verzweifacht und verdreifacht, 1900 wurde ein Reingewinn von rund 13 Millionen erzielt — solche Zahlen reden eine deutliche Sprache. Da ist noch mächtiger Kulturboden für Arbeitervereine unserer Richtung. Ebenso im Baugenossenschaftswesen. Wenn man den Jahresbericht unseres nordelbischen Verbandes christlich gesinnter Arbeitervereine liest, so bekommt man ein Verständnis dafür, was unsere Vereine auf diesem Gebiet leisten können, wenn man die Kräfte dafür zu erwecken weiß. Es sind auch in anderen Verbänden erfreuliche Anfänge gemacht, aber solange die Wohnungsfrage für die deutsche Arbeiterschaft noch eine ihrer Lebensfragen ist — und wie lange wird sie es noch sein müssen! — so lange liegt noch ein endlos scheinendes Feld offen für genossenschaftliches Handeln aus unseren Kreisen heraus. Natürlich müssen derartige Einrichtungen von Ortsvereinen gemacht werden, aber den Verbänden fällt die Aufgabe zu, anregend zu wirken, Anleitung zu geben, Handreichung zu thun. Erwägt man, daß allein die an den Allgemeinen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Schulze-Delitzsch) angeschlossenen Baugenossenschaften ein reines eigenes Vermögen von 6½ Mill. Mark besitzen, so springt die hocherfreuliche Gebeihlichkeit solchen Genossenschaftswesens von selbst in die Augen, und wenn es gelingt, noch mehr Stadtverwaltungen als bisher für die Wohnungsfürsorge mobil zu machen und noch größere Summen als bisher aus den Arbeiterversicherungsanstalten für Bauzwecke flüssig zu machen, so möchten wir vermuten, daß trotz ihrer Schwere und Verantwortlichkeit diese baugenossenschaftliche Aufgabe auch unserer Vereine nicht zu den undankbarsten gehört. Denn im eigenen Heim liegt ein Stück hohen stillen Glückes beschlossen, welches evangelische Arbeitervereinsmitglieder als Lobpreiser eines christlichen Familienlebens in besonderem Maße werden zu schätzen wissen.

Es ist eine von Naumann längst gegebene Anregung, die evangelischen Arbeitervereine sollten fürs genossenschaftliche Gebiet einen besonderen besoldeten Sekretär, Verbandsagenten oder dergl. anstellen und zu

diesem Behuf die Beiträge der Einzelverbände an den Gesamtverband erheblich erhöhen. Der Gedanke ist noch nicht gehörig durchgebrungen. Wir Süddeutschen glauben die Anstellung eines Agenten seitens des Gesamtverbands in Anbetracht der Unterschiede in den Stammes- und Landesverhältnissen nicht befürworten zu können, würden aber sehr dafür zu haben sein, wenn sich nächstliegende Verbände wie z. B. Baden, Mittelrhein, Pfalz, Württemberg zu genanntem Zweck zusammenschließen könnten und dem Verbandsagenten dann auch weitere Agitationsarbeit übertragen würden, die bisher von den Vorsitzenden zu großem Teil gethan werden mußte. Die Agentenfrage wird nicht zu Ruhe kommen dürfen, bis sie auf rechte Weise gelöst ist; sind wir einmal sachlich von der Notwendigkeit und Nützlichkeit überzeugt, dann darf schließlich die Geldfrage kein Hindernis mehr bilden. Aber freilich gerade hier scheint es am härtesten zu halten.

Ich möchte mich bei Mietervereinen und anderem, was noch in den Aufgabenkreis unserer Vereine hereingenommen werden kann, nicht mehr verweilen und nur noch denjenigen Punkt berühren, der der kritischste unter allen bis daher gewesen ist: die Beteiligung der evangelischen Arbeitervereine bzw. Vereinsmitglieder an den gewerkschaftlichen Fachorganisationen. Bis in die Tiefen hinunter hat die Gewerkschaftsfrage unsere Kreise bewegt. Wir sind froh und dankbar, daß in Speyer wenigstens einigermaßen eine Sicherung unserer Stellungnahme angebahnt worden ist.

Es ist nicht verwunderlich, daß gerade in diesem Punkt Meinungsverschiedenheiten hervortraten zwischen solchen Gruppen, denen „Wahrung und Pflege des friedlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ sachungsmäßig als notwendig feststand, und solchen, die eine energisichere Wahrnehmung der Arbeiterinteressen auch in den evangelischen Arbeitervereinen forderten und nötigenfalls auch Teilnahme am Interessenkampf gegen das organisierte Unternehmertum. Die letzteren, sozial entschlosseneren Gruppen sind seit Jahren dafür eingetreten, daß die evangelischen Arbeitervereine zwar nach Geschichte und Charakter nicht unmittelbar gewerkschaftliche Ziele zu verfolgen haben, aber daß sie nicht nur, wie bisher das Organisationsrecht mit Entschiedenheit festhalten müssen (Umsturzvorlage, Arbeitswilligenvorlage zc.), sondern auch das Verständnis für Fachorganisationspflicht mehr als bisher pflegen, die Organisationslust ihrer Mitglieder (nur etwa 4—6 %!) zu überwinden, die Organisationslust zu heben suchen müssen. Die Frage eines gemeinsamen Anschlusses unserer in Betracht kommenden Arbeitermitglieder an eine



bestimmte der jetzt bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen erschien uns auf Grund wiederholter Verhandlungen auf süddeutschen Delegiertentagen überhaupt nicht lösbar. Um so notwendiger erschien weitere theoretische Aufklärung unserer Vereine und praktische Vorarbeit für neutrale Gewerkschaften mit Ausschluß jeder Parteipolitik. Der Anschluß an eine Gewerkschaft oder einen Gewerkverein, deren Satzungen oder Praxis offenkundig mit unseren Vereinszielen in Widerspruch treten, wurde aber auch hier den Mitgliedern dringend widerraten.

Hier ist nicht der Ort, den Irrungen und Wirrungen noch einmal nachzugehen, die zeitlich zwischen den bekannten Philippschen Sätzen und den Raumannschen Thesen zum Dresdener Delegiertentag 1900 einerseits und der Annahme der von Spaeth amendierten Behrens'schen Sätze auf dem Speyrer Tag 1901 andererseits liegen; ich möchte alte Wunden nicht wieder aufreißen. Aber hervorheben muß ich doch, daß die oben genannten sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der älteren und jüngeren Richtung unnötigerweise persönlich zugespitzt worden sind, so sehr, daß mehr die Person des Dresdener Referenten Raumann als der Inhalt seiner Sätze (vergl. materiell „Hilfe“ 1901 Nr. 20, Seite 11 ff) abgelehnt worden zu sein scheint. Ich hatte den Eindruck, daß in Speyer den Hochmütern die Gewerkschaftsfrage geradezu hinter der „Raumannfrage“ verschwand. Es war gut, daß für Speyer Referenten bestellt waren, die bisher nicht in den persönlichen Gegensatz verflochten gewesen waren. Sodann betone ich, entgegen einer Ausföhrung in dem von mir hochgeschätzten Sächsischen Evang. Arbeiterblatt (1901, Nr. 17), daß der Unterschied zwischen den Raumannschen und den Behrens'schen Sätzen ihrem Gehalt nach kein sehr großer, höchstens hinsichtlich der Organisationspflicht-Einschränkung ein Gradunterschied ist. Unter dem Eindruck standen in Speyer alle, mit denen ich die Sache besprach: daß die Aufstellungen von Philipps, Raumann, Behrens der Hauptsache nach in einer Linie liegen, mit deren Richtung wir vorderhand sehr wohl zufrieden sein können.

Der Speyrer Beschluß in der Gewerkschaftsfrage geht nun dahin, daß die Notwendigkeit der beruflichen Organisation der Arbeiter anerkannt, den Evang. Arbeitervereinen aber die Aufgabe, Gewerkschaften ins Leben zu rufen, nicht auferlegt wird. Nach dieser nicht mehr strittigen Voraussetzung wird dann den Mitgliedern dringend empfohlen, sich, soweit es für sie erforderlich ist, Gewerkschaften anzuschließen unter Ausschluß statutarisch oder prinzipiell parteipolitischer Gewerkschaften; in jedem Fall aber haben sie stets für Neutralisierung der Gewerkschaft zu

wirken. Den einzelnen Verbänden und Ortsvereinen wird überlassen, ihren Mitgliedern die Organisationspflicht einzuschärfen und die Entscheidung über den Anschluß an eine bestimmte Organisationsform zu treffen.

Mit dieser Entscheidung ist wenigstens die Aufgabe der evang. Arbeitervereine in gewerkschaftlicher Beziehung anerkannt und aufgestellt. Die Hauptsache bleibt, gewerkschaftlich zu handeln und den gefundenen Formeln lebendige Gestalt zu geben.

Eines dürfen wir nie vergessen: so wenig die evangelischen Arbeitervereine ihrer Bestimmung nach die Gewerkschaften ersetzen können, so wenig würden auch bei straffster gewerkschaftlicher Organisation unserer Mitglieder unsere Vereine überflüssig, vielmehr wird gerade dann ihre Bedeutung als evangelischer und vaterländischer Arbeitervereine, und die Besonderheit ihrer Aufgaben in Sachen der Bildung, der Wohlfahrtspflege, des Genossenschaftswesens u. s. w. in ein um so helleres Licht treten. Und dann: je energischer die evangelischen Arbeitervereine in Kraft ihrer besonderen Art sich an der Vertretung der Arbeiterinteressen beteiligen, um so mehr werden sie eine gesunde Entwicklung der ganzen Arbeiterbewegung fördern, und um so größer und dankenswerter wird der Dienst sein, den sie unserem ganzen Volk und Vaterland leisten.

Möge ihnen eine glückliche Zukunft beschieden sein! Sie wird es sein, wenn die ernste Gegenwart ihre Lehrmeisterin werden, und der dabei mitinteressierte Teil des deutschen evangelischen Volks seiner Pflicht gedenken wird.





## Die Berliner Dienstbotenbewegung.

Von

**Friedrich Weinhausen.**

**I**n Unikum hat Berlin in den letzten Jahren auf dem Gebiet der sozialen Bewegung gezeitigt, eine ernsthafte und kräftige Dienstbotenbewegung. Viel weniger ist davon bis jetzt in die weitere Öffentlichkeit hinausgekommen als was wirklich geschehen ist. Man hat gemeint, mit einigen launigen oder böshaften Versammlungsberichten die Berliner Dienstbotenbewegung genugsam gekennzeichnet zu haben und hat doch dabei übersehen, daß hier wirklich ernste Organisationsarbeit gethan wurde, die um ihrer Eigenart willen den Sozialpolitiker von Beruf, um ihrer tief in das Haushaltsleben einschneidenden Konsequenzen willen die weiteste Öffentlichkeit interessieren muß. Ich habe diese eigenartige Bewegung seit ihrem Beginn aufmerksam verfolgt, habe ihr in den 2 Jahren ihres nunmehrigen Bestehens praktisch durch intensive Vereinsarbeit gedient, unzählige Vorstandssitzungen und Versammlungen von Dienstherrschaften und Dienenden zugleich miterlebt, zum größten Teil geleitet und darf darum wohl annehmen, über diese Sache ein Wort mitreden zu können.

Vieles von den folgenden Ausführungen läßt sich zweifellos verallgemeinern und auf andere groß- und kleinstädtische Dienstverhältnisse übertragen. Möge das der Leser, die Leserin thun. Ich habe mich sehr gerne beschränkt: einmal weil das hier nicht zu umgehende allgemeine Thema „Dienstbotenfrage“ thatsächlich fast unbegrenzt ist und eine ernsthafteste Darstellung ebensoviele Bogen erfordert, wie mir Seiten zur Verfügung stehen; sodann, weil ich es nicht gerade mit der Mehrzahl aller Patria-

Leser verderben möchte, vielmehr an dem Unwillen der Berliner Leserinnen allein schon schwer genug zu tragen haben werde. Ehe ich aber die Entstehung und den bisherigen Verlauf der Berliner Dienftbotenbewegung schildere, scheint es mir notwendig, möglichst kurz auf die Verhältnisse einzugehen, die sie hervorggerufen haben.

Auch in Berlin mit seinen mehr als 61 000 Dienenden ist der Ausdruck „Dienftbotenfrage“ durchaus zweideutig. Im Munde der Berliner Hausfrau bedeutet er in der Regel: Mangel an Dienftboten, Ärger und Verdruß über die wenigen, die vorhanden sind, Klage über Unbotmäßigkeit, Vergnügungssucht, anspruchsvolles Wesen, Veränderungssucht, Undankbarkeit. Im Munde der Dienenden aber heißt Dienftbotenfrage soviel wie Gefindeordnung, Dienftbuch, Hängeborden, ungeregelte Arbeitszeit, Mangel an Freiheit, Not in Krankheit und Alter. Diese mehr standes- oder klassenmäßige Auslegung der Dienftbotenfrage, in der Verechtigung und Übertreibung auf beiden Seiten sich oft die Wage halten, ist also im Großen Ganzen so ziemlich dieselbe wie in allen anderen Großstädten und vielen Kleinstädten.

Ebenso nimmt in der sozialpolitischen Beurteilung der Sache die Reichshauptstadt keine Sonderstellung ein. Die Dienftbotenfrage kann hier gerade so wenig wie anderwärts mit der allgemeinen Arbeiterinnenfrage verglichen werden. Das Verhältnis von Herrschaft und Gefinde im Hausdienst ist seiner ganzen Natur nach ein viel intimeres als das zwischen Meister und Gesellen in der Werkstatt oder zwischen Fabrikant und Arbeiterinnen in der Fabrik. Nicht nur, daß Logis und Kost weitaus in den meisten Fällen noch untrennbar mit dem Lohn verbunden ist: die Arbeit selbst trägt ein so persönliches, individuelles Gepräge in jedem Haushalt, auch im großstädtischen, daß sich schlechterdings die Stellung von Dienstherrschaft und Dienenden zu einander mit keinem anderen Arbeitsverhältnis vergleichen läßt. Das hat ja auch die Sprache zum Ausdruck gebracht mit den etwas veralteten Worten „Dienftbote, Dienstherrschaft“, wofür das neue bürgerliche Gesetzbuch bekanntlich die schwerfälligen Ausdrücke „Dienstverpflichtete, Dienstberechtigte“ geschaffen hat, und wofür die Berliner Dienftbotenbewegung „Dienende“ und „Dienstgeber“ gebrauchte, ohne natürlich auf diese Worte übertriebenes Gewicht zu legen.

Neben der Sprache hat aber auch die Gesetzgebung die Eigenartigkeit des Hausdienstverhältnisses anerkannt, und zwar — leider — in der Form eines uralten, häßlichen Ausnahmefgesetzes, der Gefindeordnung.

Von den 18 verschiedenen Gefindeordnungen, die allein Preußen hat, kommt für uns hier nur die in Berlin gültige altpreussische vom 8. November 1810 in Frage, die zum Ärger aller verständigen und gerechtigkeitsliebenden Leute bald ihr 100jähriges Jubiläum feiern kann. Gottlob ist sie ja den allermeisten Berliner Hausfrauen in ihren Einzelbestimmungen kaum bekannt, und wenn sie ihnen bekannt wäre, würde sie von sehr vielen wohl absichtlich nicht angewandt werden. Aber das verhindert nicht, daß sie besteht, und daß sie von recht vielen Dienenden, die in Berlin mehr als anderswo mit den Ideen der modernen Arbeiterbewegung durch Väter, Brüder, Verwandte und Bekannte Berührung haben, als überaus erniedrigendes Ausnahmegesetz drückend empfunden wird. Mit gutem Grund! Ist doch, wenn es nach dem Buchstaben dieser altpreussischen Gefindeordnung ginge, das Recht in der einseitigsten Weise der Herrschaft, die Pflicht den Dienenden vorbehalten, so einseitig, daß z. B. die Herrschaft aus 19 Gründen ohne Kündigung entlassen, das Gefinde aber nur aus 7 Gründen den Dienst verlassen kann, daß Dienstzeit und Dienstpflicht bei Tag und Nacht gesetzlich unbegrenzt sind, daß nur solche Kost zurückgewiesen werden darf, die „offenbar der Gesundheit nachteilig oder ekelhaft ist“, ja daß „solche Ausdrücke oder Handlungen, die zwischen anderen Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, gegen die Herrschaft noch nicht die Vermutung begründen, daß sie die Ehre des Gefindes habe kränken wollen“. Sogar das Recht der Notwehr ist den Dienenden verkömmert, denn „außer dem Falle, wo das Leben oder die Gesundheit des Dienstboten durch Mißhandlungen der Herrschaft in gegenwärtige und unvermeidliche Gefahr gerät, darf er sich der Herrschaft nicht widersetzen.“ Das sind nur einige Blütenlesen aus dem heute noch bestehenden und für Berlin gültigen Gefinderecht, das nebenbei Gefängnis bis zu einem Jahr denjenigen Dienenden androht, die „die Arbeitgeber zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit verabreden oder etwa zu einer solchen Verabredung anfordern.“ Kein Wunder, wenn jede hin und wieder bekannt werdende Ausnutzung dieses veralteten Rechtes von seiten inhumaner Herrschaften unter den Dienenden Stürme der Entrüstung hervorrufen, und wenn alle rechtlich denkenden Hausfrauen auf solche einseitigen Rechte gutwillig verzichten. Es wäre nur mit Freuden zu begrüßen, wenn der immer wieder auftretende Versuch, dieses antiquierte Ausnahmegesetz zu Falle zu bringen, auch gerade unter den Hausfrauen Verständnis und weitgehende Unterstützung fände.

Außer der Gefindeordnung bieten aber nun eine Reihe weiterer offener Mißstände im Berliner Gefindewesen für eine Dienstbotenbewegung unverfäglich Quellen lebhafter Agitation. Zunächst die unselbige Stellenvermittlung! Nur im Gastwirtsgewerbe und im Theaterwesen haben wir heute noch diesen Unfug gewerbsmäßiger Stellenvermittlung, sonst ist er überall zum Segen für alle Beteiligten ausgerottet. Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder beide gemeinsam, vielfach auch die Gemeinden haben in allen anderen Berufszweigen die Regelung von Angebot und Nachfrage in die Hand genommen. Nur für den Hausdienst bestehen in Berlin die gewerbsmäßigen Vermittlungsbüros in ungeförter Blüte und heimfen alljährlich von Herrschaft und Gefinde Tausende von Mark als Tribut ein. Ich weiß sehr wohl, daß unter den Gefindevermietern Berlins auch durchaus ehrenwerte Leute find, die ihre Gebühren redlich und fauer verdienen. Aber die Masse der „wilden“ gelegentlichen Stellenvermittler haben diesem ganzen Gewerbe doch einen Charakter aufgeprägt, der Hausfrauen und Dienenden gleicherweise Anlaß zu lebhaftester und begründeter Klage giebt. Zwar hat die neuere Gesetzgebung durch ihre Reglementierung jetzt der schlimmsten Ausbeutung, der regelrechten Verwucherung, durch öffentliche Bekanntgabe der Vermittlungsgebühren einen schwachen Niegel vorgehoben; allein eine einheitliche Gebührenfestsetzung fehlt doch noch, und dem freien Spiel der Vermittlungspraxis ist noch immer weitester Spielraum gelassen. Warum in aller Welt kann denn aber das Vermittlungswesen in einer Stadt wie Berlin nicht allmählich ebenfogut durch gemeinnützige Stellennachweise geregelt werden, wie es in München, Köln, Wiesbaden geschieht, wo hoffnungsvolle Versuche in dieser Richtung unternommen sind? Oder warum können hier nicht wie in Hamburg verständige Hausfrauen zusammentreten und einen unentgeltlichen „Stellennachweis für Dienstboten“ gründen, der ausgezeichnet floriert, wenn er so vorzüglich geleitet wird wie der dortige? Hausfrauen und Dienende haben dabei das gleiche Interesse, müssen gemeinsam die Forderung aufstellen: Willige oder unentgeltliche Stellenvermittlung durch kommunale Arbeitsnachweise oder durch gemeinnützige Vereine.

Gleiches Interesse haben auch beide Teile an einer besseren und gründlicheren Vorbildung für den Hausdienst. Wo find in dem Hasten und Jagen des weltstädtischen Lebens noch Haushalte, die mit liebevoller Geduld das junge Mädchen in die Pflichten und Aufgaben des Hausdienstes einführen könnten, die seiner harren? Wo find die jungen Hausfrauen, die vor der Ehe Zeit zu einem gründlichen Studium

und einer längeren praktischen Ausbildung in der Hausaltführung gehabt haben? Und wo die Mädchen, die nach Art ihrer Brüder und Schwestern in den Fabriken und Geschäften eine längere Lehrzeit mit geringer Entlohnung durchlaufen? Mit mangelhaften Kenntnissen und Fertigkeiten kommt man zusammen, mit daraus entspringender Unlust und innerer Unzufriedenheit oder mit fortgesetzter Ungerechtigkeit und gegenseitiger Unterschätzung arbeitet man zusammen. Jahre des Ärgers und Verdrusses gehen dahin, und eine lebenslängliche Verbitterung auf beiden Seiten ist oft genug das traurige Ergebnis dieser mangelhaften Berufsbildung. Deshalb müssen Hausfrauen und Dienende im beiderseitigen, wohlverstandenen Interesse die Forderung aufstellen: „Zweckmäßige Heranbildung für den Hausdienst, obligatorische Haushaltungskurse im letzten Schuljahr, obligatorische Haushaltungsschulen für Haustöchter und für Hausangestellte. Was bis jetzt durch einige Privatschulen von Vereinen und Einzelnern in Berlin geboten wird, bleibt für die Masse der in Betracht kommenden ganz unzulänglich.“

Wenn aber auch diese Vorbedingung gedeihlicher Zusammenarbeit im Hausdienst erfüllt wäre, blieben doch noch weitere gemeinsame Wünsche bestehen. Die Wohn- und Schlafräume für die Dienenden sprechen in dem inneren Berlin und in den ärmeren Vierteln unserer Residenz allen billigen hygienischen Anforderungen vielfach Hohn. Hängeböden in der Küche oder neben der Küche, dunkle, stickige „Gefasse“ sind leider noch nicht das Schlimmste; in zahlreichen Haushalten fehlen selbst diese, und der Korridor, die Küche muß abends ein hastig aufgeschlagenes Lager, ein elendes, kleines „Dienstbotenbett“ aufnehmen, das am anderen Morgen in aller Frühe ebenso hastig wieder fortgeräumt wird. Die Dienstherrschaften sind oft genug selbst so beengt im Wohnen, daß sie gegen solche menschenunwürdige Zustände abgestumpft oder sie mit eigenem Unbehagen zu dulden gezwungen sind.

Lehrreich ist in dieser Hinsicht das Ergebnis einer Privatenquete, die voriges Jahr Dr. Stillich, Privatdozent an der Humboldtakademie in Berlin, durch Fragebogen angestellt hat, die er an Dienende und Hausfrauen verschickte. Danach hatten im Durchschnitt der Angaben von Herrschaften und Dienenden 56 % der Mädchen ein besonderes Zimmer, 44 % einen Hängeboden, dunkle Kammer, Küche, Keller, Korridor, Badezimmer, Speisekammer, d. h. einen anderen Raum, der für gewöhnlich nicht Wohn- und Schlafzwecken dient. Bei den 56 % kamen aber auch noch viele schlechte Schlafstellen vor.

Die Zimmerdecke war vom Boden entfernt

bis 2 m	in 34 %	der angegebenen Fälle
2—3 m	" 27 %	" " "
über 3 m	" 39 %	" " "

Es hatten eine Bodenfläche

bis zu 4 qm	12	Schlafstellen
4—9 qm	119	"
9—16 qm	122	"
16—25 qm	34	"
über 25 qm	8	"

Der Luftraum betrug

unter 10 cbm	bei 25	Schlafstellen
10—20 cbm	" 86	"
20—30 cbm	" 52	"
30—40 cbm	" 35	"
über 40 cbm	" 58	"

Danach war die Schlafstelle resp. der Wohnraum

zu klein	bei 43 %	(bis 20 cbm)
richtig	" 34 %	(20—40 cbm)
genügend	" 23 %	(über 40 cbm)

Selbstverständlich lassen sich aus solchen unwürdigen Zuständen nicht den Berliner Herrschaften allein und einseitig Vorwürfe machen. Sie wohnen oft genug selbst höchst mangelhaft und ungesund enge infolge der unglaublich hohen Mietpreise. Auch trifft die Dienenden der Vorwurf, daß sie bis heute infolge mangelhafter hygienischer Kenntnisse noch viel zu wenig Gewicht auf gesunde Schlafräume legen und viel eher beim Vermieten nach Lohnhöhe, Freizeit und anderen Dingen fragen, als nach den Räumen, in denen sie ein Drittel ihrer Dienstzeit zubringen sollen. Auf alle Fälle müßten beide Teile mehr als seither auf ordentliche Schlafräume für die Dienenden Gewicht legen, damit die Bauherren gezwungen würden, im Grundriß der neuen Häuser die heute so stiefmütterlich behandelten „Mädchengelasse“ besser zu berücksichtigen. Und die Polizeibehörde, die sonst in Berlin eine so wichtige Rolle für die Regelung des Dienstverhältnisses spielt, sollte durch Erlaß sozialer Bauordnungen und fleißige Kontrolle dafür sorgen, daß künftig der Prozentsatz von mangelhaften Schlafräumen für Dienende erheblich fällt. Was bis jetzt in dieser Hinsicht geschehen ist, kann modernen Ansprüchen nicht genügen: Verbot der Hängeböden in den Küchen und ein polizeilich zugemessener Minimal-luftraum schafft, wie obige Statistik zeigt, noch lange keine angemessenen Aufenthalts- und Schlafräume für die Dienenden!



Gleichschwer wie die Wohnungsfrage lastet in Berlin auf Hausfrauen wie auf Dienenden die Sorge für Krankheit und Alter der Dienenden. Sowohl, auch auf den Hausfrauen. Nach dem Neuen Bürgerlichen Gesetzbuch (§ 617) muß nämlich die Dienstherrschaft den Diensthöten, der ohne eigenes großes Verschulden im Dienst oder außerhalb des Dienstes verunglückt oder erkrankt, 6 Wochen lang verpflegen. Das ist bei Berliner Wohnungsverhältnissen oft eine sehr schwere Aufgabe. Die klugen Hausfrauen suchen sich deshalb wohl für diesen Fall beim „Abonnementsverein von Dienstherrschaften für erkrankte Diensthöten“ zu versichern. Aber das verursacht ziemlich hohe Kosten, führt im Erkrankungsfall zu mancherlei Weiterungen und nötigt vor allem die Herrschaften, sofort beim erstmöglichen Kündigungstermin den erkrankten vielleicht treuen und geschickten Diensthöten zu kündigen. Die Ausdehnung der staatlichen Krankenversicherungspflicht auf die Dienenden — denen heute nur ein fast niemals benutztes kostspieliges Krankenversicherungsrecht zusteht — ist demnach eine notwendige Forderung im Interesse von Dienstherrschaften und Dienenden zugleich.

Ähnlich liegt es mit der Altersversorgung für Dienende. Gerade der großstädtische Diensthötenstand hat verhältnismäßig viele ältere ledige Vertreterinnen, nach der letzten Berufszählung 1000 über 30 Jahre alte. Unter 100 von Dr. Stillich befragten Mädchen klagten 22 über fallende Löhne. Das sind die abgearbeiteten, älteren Mädchen, die bei verschuldetem oder unverschuldetem Stellungswechsel nur noch schwer ein Unterkommen finden. Was wird aus ihnen, wenn sie ein Leben voll Arbeit und Abhängigkeit hinter sich haben und nicht so glücklich sind, einer reichen und wohlwollenden Herrschaft eine kleine Pension zu verdanken? Vom 70. Lebensjahre an sorgt die staatliche Altersversicherung mit ihren paar Groschen notdürftig für sie. Aber vom 50.—70. Lebensjahre? Da schlagen sie sich mit ihren Ersparnissen und dem geringen Nebenerdienst kümmerlich durch, den sie in diesem Alter noch finden. Und wenn Krankheit dazwischen kommt? Krankenversicherung für Dienende ist nicht obligatorisch! Also — fallen sie der Armenpflege zur Last. Und nun die Herrschaften! Sie haben einen Diensthöten gefunden, der treu und fleißig eine ganze Reihe von Jahren ihnen diente. Und nun sollen sie ihn, da er alt und abständig geworden, oder da er von einer langwierigen Krankheit befallen wird, erbarmungslos dem Elend ausliefern, weil ihre eigenen finanziellen Mittel nicht zu dauernder Unterstützung ausreichen? Hier müssen die Kommunen eingreifen! Diensthöten-Hilfskassen sind nicht nur von hohem Allgemeinwert für die

Zunächstbeteiligten, sie rentieren sich auch zweifellos für die Gemeinden durch Entlastung der Armenkasse.

Weiterhin ein Wort über die Notwendigkeit der Unterstellung des Dienstverhältnisses unter die Gewerbegerichte. Sie ist leider in der letzten Session des Reichstags verkannt und — entgegen dem Kommissionsvorschlag — nicht in die neue Gewerbegerichtsnovelle aufgenommen worden. Und doch ist der heutige Rechtszustand, der die Hausfrauen wie die Dienenden in Streitfällen zunächst an das zuständige Polizeirevier verweist, kein würdiger und moderner Rechtspraxis entsprechender. Die mehr oder minder selbstherrliche Entscheidung des Polizeiergeanten oder Polizeioffiziers kann niemals den gründlich und rechtlich erwogenen Urteilspruch des Gewerbegerichts ersetzen. Ehe aber eine amtsgerichtliche Entscheidung herbeigeführt wird, vergeht so viel Zeit und entstehen so viel Kosten, daß dieser Weg nur in äußersten Notfällen heute begangen wird. Und so haben wir denn in Berlin zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch eine Erschwerung des Rechtsweges bei Streitigkeiten im Gesindeverhältnis, die sich sonst Gott sei Dank in allen übrigen Berufszweigen längst überlebt hat. Ich verkenne durchaus nicht die Schwierigkeiten, die eine Unterstellung des Dienstverhältnisses unter die Gewerbegerichte mit sich bringen wird. Daß Hausfrauen und Dienende neben dem Gewerberichter sitzen, daß sie vorher öffentlich als Beisitzerinnen gewählt werden müßten, wäre allerdings folgerichtig. Aber soweit braucht man nicht sofort zu gehen. Schon dadurch, daß Gewerbegerichte in ihrer heutigen Zusammensetzung bei Streitigkeiten kompetent wären, würde große Erleichterung geschaffen. Übrigens haben in vereinzelt Fällen schon deutsche Gewerbegerichte — in Mainz z. B. — über Streitigkeiten im Dienstverhältnis zu Gerichte geseffen, und immer mit bestem Erfolge.

Längst überlebt und durchaus reformbedürftig sind auch die von vielen Hausfrauen noch immer für unentbehrlich gehaltenen Dienstbücher. Sie sind mit keiner vernünftigen Begründung zu rechtfertigen, obwohl sie erst durch Verordnung vom 29. September 1896 für ganz Preußen obligatorisch eingeführt worden sind. Rein praktisch betrachtet sind sie für die Hausfrauen Berlins fast wertlos, denn die eingeschriebenen Zeugnisse geben durchaus nicht immer zuverlässige Maßstäbe für Charakter und Leistungsfähigkeit der Buchinhaberinnen, ebensowenig wie Fälschung und Betrug mit ihnen ausgeschlossen wäre. Den Dienenden bedeuten aber die Dienstbücher eine schwere Last, die sie dauernd mit sich schleppen müssen. Ein einziges Zeugnis von übelwollender Herrschaft schändet

für Lebenszeit das Dienstbuch des reblichen Dienstboten, treibt zu Berufswechsel oder gar auf Abwege, zum Untergang. Wieviel Schuld mögen wohl die unglücklichen Dienstbücher daran haben, daß von den 1900/1901 in Berlin unter Sittenkontrolle gekommenen Prostituierten allein 60 % Dienstmädchen oder ehemalige Dienstmädchen waren? Darum fort mit den Dienstbüchern und statt ihrer — wenn die Herrschaft absolut eine schriftliche Garantie für die Güte des Dienstboten nötig zu haben glaubt — einfacher Zeugniszwang! Ein oder zwei Zeugnisse von den zuletzt innegehabten Stellen können und müssen den Herrschaften genügen, die ja ihrerseits dem Gesinde zumuten, ohne irgendwelche schriftliche Garantie in einen unbekanntem Haushalt einzutreten. In Elsaß-Lothringen, Hamburg und Mecklenburg, in Frankreich und in England kommt man ohne Dienstbücher sehr gut aus, warum sollte es in der deutschen Reichshauptstadt unmöglich sein?

Sind die Dienstbücher bereits eine alte, den Hausfrauen unentbehrlich dünkende Einrichtung geworden, so treten andererseits auch Mißstände im Hausdienst zu Tage, die neueren Datums sind und darum mit größter Aussicht auf Erfolg bekämpft werden können. Hier kommt die Verköstigung der Dienenden in Frage. Zunächst scheint die Uffitte in den Berliner Haushaltungen Fortschritte zu machen, daß für die Dienenden eine besondere Dienstbotenkost verabreicht wird. Von 450 Mädchen, die Dr. Stillichs Enquete beantworteten, erhielten 101 andere Kost als die Herrschaften. Daß die Qualität dieser Dienstbotenkost vielfach minderwertig ist, beweisen die Sachausdrücke „Dienstbotenkaffee, Dienstbotenuurst“, die in manchen Berliner Läden bekannt sind. Das ausgekochte Suppenfleisch scheint nach vielfachen Angaben von Dienenden noch der annehmbarste Ersatz für die Dienstbotenküche zu sein. — Schlimmer aber als diese oft doch auch ausreichende und gut befundene Verköstigung ist die Ablösung durch baares Geld. Das Kostgeld beginnt in Berlin steigender Beliebtheit sich zu erfreuen. Entweder wird ein Ausschnittgeld von 10 Pf. für den Abend gewährt, oder für Frühstück, Vesper und Abendbrot werden 40—50 Pf. gezahlt, oder aber man löst gar die Verköstigungspflicht überhaupt ab durch Zahlung von 80 Pf. bis 1 Mk. für den ganzen Tag. Das hat immer seine Nachteile für die Dienenden, selbst wenn ein ausreichenderes Kostgeld gezahlt wird. Fast alle Mädchen beginnen dann ein gesundheitswidriges Sparen am Kostgeld und schädigen damit ihre Arbeitskraft und Gesundheit. Ganz abgesehen davon, daß mit der Zahlung des Kostgeldes auch ein Verschluß aller Eßwaren seitens der Hausfrau Hand in Hand gehen muß, der

das gegenseitige und durchaus notwendige Vertrauen untergräbt. Gewiß mag es bei großstädtischen Lebensverhältnissen oft schwer sein, die Dienenden vom Tisch der Herrschaft zu speisen, aber zur Geldablösung sollte man doch erst schreiten, wenn man auch die übrigen patriarchalischen Formen des Hausdienstes aufzugeben bereit ist.

Dazu sind aber die Berliner Hausfrauen keineswegs bereit. Im Gegenteil, die alte Bevormundung der Dienenden seitens der Herrschaften wird nach Kräften erhalten. Die Arbeitszeit ist nach wie vor eine unbeschränkte, gerade in Berlin mit seinem Nachtleben oft bis in die spätesten Abend- und manchmal in die ersten Morgenstunden ausgedehnt. Die Freizeit aber, die ziemlich allgemein als ein halber freier Sonntag in jeder zweiten Woche ausbedungen und zugesagt wird, wird in der Regel noch stark beschnitten. Und man verlangt trotz der weiten Wege Berlins von älteren, längst erwachsenen Mädchen genau so pünktlich um 10 oder 11 Uhr abends Rückkehr, wie von jugendlichen oder von den Kindern des Hauses. Das empfinden die Dienenden Berlins oft sehr bitter, und über nichts klagen sie so sehr wie über diesen Mangel an Selbständigkeit und Freiheit. Bei erwachsenen, älteren Mädchen ist diese Klage zweifellos berechtigt. Aber auch jüngere Dienstboten haben gewiß allen Grund sich zu beschweren, wenn die Dienstgeber ihnen mit Vernunft auf ihr Verantwortlichkeitsgefühl die freien Abendstunden stark beschränken, aber dann wieder unbefümmert dieselben jugendlichen Personen spät Nachts weite Wege schicken, um die Töchter des Hauses, oder die Hausfrauen selbst aus Gesellschaften oder Theatern heimzuleiten.

Mit den Vergnügungen ist es in Berlin für Dienende überhaupt schlecht bestellt. Solider Verkehr bahnt sich in dem bewegten Leben der Reichshauptstadt viel schwerer an als in kleineren Verhältnissen. Und an edlen Volksvergnügungen, die ein Dienstmädchen ohne Schaden mitmachen kann, bietet Berlin leider noch allzuwenig. Wer an den christlichen Theatenden kein Gefallen findet und auf der anderen Seite auch die gefährlichen „Ballotale“ der Vororte fürchtet, der ist in den freien Stunden nur allzufehr auf die unfreundlichen engen vier Wände seiner Küche und seines „Mädchengelasses“ angewiesen. Thatächlich führen denn auch die soliden Elemente unter den Dienenden Berlins in der Regel ein einsames freudloseres Dasein als diejenigen der kleineren Städte.

\*  
\*  
\*

Bei diesen vielfachen Mißständen im Berliner Dienstwesen, die wir nur in einzelnen, keineswegs erschöpfenden Beispielen aufgezählt haben, ist es kein Wunder, daß allmählich eine Bewegung unter den Dienenden entstehen konnte, die nach Art der modernen Arbeiterbewegung Hebung des gesamten Standes bezwecken will. Aber zum Unterschied von dieser Arbeiterbewegung hat die Berliner Dienstbotenbewegung von vornherein wenig oder gar kein Gewicht auf die Erringung materieller Vorteile (höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit u. dergl.), sondern bezeichnender Weise allen Nachdruck auf ideelle Ziele gelegt, auf größere Bewegungsfreiheit, persönliche Achtung, menschenwürdige Behandlung.

Die ersten Anfänge der Bewegung gehen auf das Jahr 1898 zurück. Damals entstand ohne planmäßige Vorbereitung und bestimmte Endziele eine „wilde“ Dienstbotenbewegung, die sich in lärmenden Versammlungen und zwecklosen Demonstrationen gezielte. Infolge mangelhafter, unerfahrener Leitung ebnete diese Bewegung fast ebenso schnell ab, als sie hochgekommen war. Nur einige energische Vertreterinnen blieben aus der damals viel verschrienen Kampagne zurück. Sie schlossen sich einem schon länger bestehenden „Verein der Diener“ an und hofften dort ihre vielfach gleichartigen Interessen organisationsmäßig vertreten zu können. Leider wurden sie aber arg enttäuscht. Der „lebenslängliche Präsident“ dieser Organisation fand, daß er mit den weiblichen Dienstboten weniger gut auf seine Rechnung kam wie mit den Dienern, die sich um seine „Diener-schule“ und seinen „Stellennachweis“ gruppierten und ihm mannigfache Einnahmen brachten. So gab es kurz hintereinander zwei Sezessionen weiblicher Dienstboten von dem Dienerverein.

Die zuerst Ansetzenden sahen ihr Ideal in Nachahmung der Arbeitergewerkschaften. Sie gründeten eine „reine“ Dienstbotengewerkschaft, nahmen ausschließlich weibliche Dienende auf und nannten sich „Verein für weibliches Hauspersonal“. Nach vielen schlechten Erfahrungen, von denen das Eingehen ihrer Vereinszeitung „Die Hausgehilfin“ vielleicht nicht die schlimmste war, führen sie jetzt ein beschauliches Dasein als Spar- und Vergnügungsverein. Das Ansammeln eines Geldfonds für ein Dienstbotenheim ist ihr fernes Zukunftsideal, und zur Erhöhung der Opferwilligkeit, zum Zusammenhalt der Mitglieder halten sie regelmäßige Unterhaltungsabende mit wechselndem aber mehr als dürftigen Programm ab. Es fehlen ihnen alle geistigen Kräfte zur Anregung und Weiterbildung, sodaß sie mit ihren ca. 250 Mitgliedern und ihrer verbissenen Prinzipienfestigkeit über den Rahmen einer Sekte nicht hinauswachsen.

Die zweite Sezession schlug sofort einen neuen Weg ein. Sie lud

bekanntere Männer und Frauen von sozialpolitischer Regsamkeit und Erfahrung zur Vorberatung ein: Prof. Dr. Franke, den Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Prof. D. Zimmer, den Vorsitzenden des evangel. Diakonievereins, Frau Schulrat Cauer, die Vorsitzende des Vereins „Frauenwohl“, Fabrikant Weigelt, den Vorsitzenden der Arbeitgeberbeisitzer des Berliner Gewerbegerichts, Frau Susmann, die eifrige Organisatorin auf dem Gebiet der Berliner Armenpflege und andere mehr. Nach langwierigen und gründlichen Vorbesprechungen wurde dann als Endziel der zu gründenden neuen Organisation ein Zusammenwirken von Hausfrauen und Dienenden „zu gemeinsamer Vertretung der beiderseitigen Rechte“ aufgestellt, nicht aus grundsätzlichem Gefallen an einander („Harmonieujelei“), sondern aus der praktisch gewonnenen Erkenntnis, daß einstweilen die Dienenden zu schwach und zu unerfahren seien, um eine Organisation ihres Standes allein und selbständig in die Wege zu leiten und daß die Hausfrauen besser dabei fahren würden, wenn sie freiwillig mitmachten, als wenn sie unfreiwillig übergegangen würden. In zeitraubenden Kommissionsitzungen wurde dann von Vertretern der Dienstherrschaften und Dienenden ein Programm entwurf ausgearbeitet und in der konstituierenden Sitzung am 23. Mai 1900 mit unwesentlichen Änderungen zur Annahme gebracht. Er lautete in seinen Hauptparagrafen wie folgt:

§ 1. Der Verein Berliner Dienstherrschaften und Dienstangestellten, dessen Aufnahme in das Vereinsregister beantragt werden soll, bezieht aus Dienstherrschaften und Dienstangestellten (männl. und weibl.), die ihre gemeinsamen Interessen durch den Verein fördern wollen. § 2. Innerhalb des Vereins haben alle Mitglieder gleiche Rechte, unbeschadet ihrer besonderen Stellung im Dienstverhältnis. § 3. Der Zweck des Vereins ist, den Arbeitgebern Dienste guter Hausangestellter zu vermitteln, die Angestellten in guter Arbeit sicher zu stellen und beide Teile mit Rat und That zu unterstützen. § 4. Diesen Zweck sucht der Verein zu erreichen durch:

1. Den für Mitglieder unentgeltlichen Stellennachweis auf Grund der Vertragsbestimmungen des Vereins;
2. die Förderung der beruflichen Ausbildung der Hausangestellten;
3. die Hilfskasse für die Hausangestellten;
4. den Ausgleich etwa entstehender Streitigkeiten im Dienstverhältnis, event. Rechtschutz;
5. die Pflege edler Geselligkeit;

§ 5. Die Mitgliedschaft wird erworben durch einen Jahresbeitrag von 3 M., der auch in Raten gezahlt werden kann. § 6. Freunde des Vereins, die nicht Mitglieder werden, aber seine Bestrebungen unterstützen wollen, sind als außerordentliche Mitglieder mit beratender Stimme aufzunehmen. Die Höhe ihrer Beiträge ist ihnen selbst überlassen. . . § 8. Der Vorstand besteht aus mindestens 8 Vereinsmitgliedern, von denen immer die eine Hälfte Dienstherrschaften, die andere Hälfte Dienstangestellte sein müssen. Er wird jährlich von einer Generalversammlung durch

einfachen Mehrheitsbeschluß gewählt. § 9. Der Vorstand führt die Geschäfte nach einer von ihm selbst festgesetzten Geschäftsordnung und tritt zusammen, so oft die Verwaltung der Vereinsangelegenheiten es erfordert. Über die Rechnungsrevision beschließt die Generalversammlung. § 10. Im März jeden Jahres findet eine Generalversammlung statt behufs Rechnungslegung und Neuwahl des Vorstandes und Erledigung wichtiger Vereinsangelegenheiten.

Außer der Billigung durch die konstituierende Versammlung fand dieser Satzungsentwurf auch zahlreiche Unterschriften aus den aller- verschiedensten Ständen Berliner Hausfrauen. Der „Verein Berliner Dienstherrschaften und Dienstangestellten“ trat mit dem 1. Juni vorigen Jahres ins Leben. Zu seiner Vertretung nach außen wurde ein Vorstand gewählt, der folgende Namen aufwies:

Dienstherrschaften:	Dienstangestellte:
Frau Justizrat Stern, I. Vorsitzende.	Frl. M. Czsch, stellvertr. Vorf.
Frau Sanitätsrat Granier, I. Schriftführerin.	Frl. M. Wojchnitzky, II. Schatzm.
Frau Sanitätsrat Abeking, II. Schriftführerin.	Frl. E. Bireg.
Frau Oberfleutnant Fijcher, Schatzmeisterin.	Diener Aug. Depfe.
Frau Sophie Susmann.	Frl. A. Kantschat.
Frau Baumeister Vos.	Frl. Sawitzky.
Herr Redakteur Weinhausen.	Diener Mik. Schaaf.

Es begann nun eine geräuschlose aber rege Vereinsarbeit bei einem Mitgliederbestand von ca. 200 Hausfrauen und Dienenden. Eine Sekretärin wurde angestellt, ein Vereinsbureau gemietet, zahllose geschlossene und einzelne öffentliche Versammlungen wurden abgehalten, Wünsche von beiden Seiten vorgetragen und diskutiert. Durch die enge Verbindung von Stellennachweis und Verein — die Sekretärin vermittelte Dienste nur für Mitglieder — wuchs gleich in den ersten Monaten die Mitgliederzahl auf nahezu ein halbes Tausend.

Aber bald zeigte sich, wie unsagbar schwer es in Berlin ist, die Masse der Dienenden für Wahrung und Hebung ihrer eigenen Standesinteressen zu begeistern. Trotz aller Mühen und Anstrengungen blieben die Dienenden bald in der Minderheit und nahmen nur langsam an Zahl zu, während die Hausfrauen — vielfach weniger aus Vereinsinteresse wie aus Interesse für den kostenlosen Stellennachweis — sehr bereitwillig ihren Beitritt erklärten. Wenn diese letzteren dann nachher infolge des Ausbleibens der Dienenden ihre Erwartungen vom Stellennachweis nicht immer erfüllt sahen, traten sie ebenso schnell wieder aus dem Verein aus wie sie eingetreten waren. Es gab eine starke Fluktuation im Mitgliederbestande.

Aber noch ein anderes kam hinzu. Die Hausfrauen blieben aus Mangel an Zeit, Gewöhnung und tiefergehendem Interesse den überaus

zahlreichen Vorträgen und Vereinsversammlungen fern; die Dienenden kamen wohl zahlreicher und pünktlicher, wußten aber im Anfang, wie alle gedrückten Klassen nach ihrem ersten Erwachen, kaum etwas anderes als leidenschaftliche Klagen mit oft sehr einseitiger Verallgemeinerung von bösen Mißständen vorzutragen. Die Presse berichtete, mit wenigen rühmlichen Ausnahmen, in spöttischer oder boshafter Verdrehung der Thatfachen höchst ungünstig, und der Gesamteindruck, den auf diese Weise die Öffentlichkeit bekam, war kein guter.

Trotzdem gelang es, den Verein mit verhältnismäßig hoher Mitgliederziffer über den ersten schweren Winter hinüberzuretten. Inzwischen waren im Vorstände und unter den eifrigen Mitgliedern die Erfahrungen reifer, die Urteile objektiver geworden, die Gesamtbewegung begann sich zu klären. Man sah ein, daß die übermäßige Betonung des Stellennachweises für dieses Anfangsstadium der Vereinsbewegung mehr Nebensache, die ernste sozialpolitische Aufklärungsarbeit die Hauptsache sein müsse. So wurde mit allgemeiner Zustimmung auf der ersten Generalversammlung der Zweckparagraph des Statuts (§3) umgeändert in die Fassung:

„Der Zweck des Vereins ist, die Gesamtlage der Dienstangestellten zu bessern und ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Teilen herbeizuführen.“

Dann setzte im Frühjahr und Sommer dieses Jahres eine lebhafte öffentliche Versammlungsagitation ein, in der unser Freund von Gerlach sich mit passenden Vorträgen besondere Verdienste erwarb. Jetzt wurden stärker als früher die Dienenden für den Verein gewonnen, und in wenig Wochen hatten sie wieder ein großes Übergewicht in der Mitgliederziffer gewonnen, die bald 600 überschritt. Die eifrige Aufklärungsarbeit blieb auch nicht ohne gute Wirkung auf den Gesamtcharakter der Bewegung. Diese wurde ruhiger, maßvoller, nüchterner und suchte vor allem den Organisationsgedanken unter den Dienenden zu pflegen.

Aber das Schmerzenskind des Vereins ist und blieb bis heute die Stellenvermittlung. Vom sozialpolitischen und rein praktischen Standpunkt aus muß ihre Beibehaltung unbedingt gefordert werden. Nur wenn der Verein selbst seine Stellenvermittlung hat, kann er dafür garantieren, daß die Hausfrauen mit der Zeit eine Auswahl empfehlenswerter Mädchen bekommen und daß die Mädchen in ihren Stellungen gut behandelt werden. Ungeeignete Elemente auf beiden Seiten kann der Verein zunächst von der Vermittlung, nachher auch von der Mitgliedschaft anschießen. Da die Nachfrage ständig größer als das Angebot ist — ebenso wie in allen gewerblichen Vermittlungsbureaus — kann der Verein getrost scharfe Bedingungen für den Stellennachweis aufstellen: keine Hängeböden oder



sonst ungeeignete Schlafräume, keine übermäßig lange Arbeitszeit, kein Kostgeld, gute Behandlung, Freizeit, ortsübliche Entlohnung. Aber so lange die Dienenden thörichterweise den Vereinsnachweis nicht benutzen, ist solches Vorgehen praktisch wertlos. Tatsächlich haben sie sich bisher aus Bequemlichkeit oder alter Gewohnheit ferngehalten und die gewerblichen Vermittlungsbureaus stärker frequentiert als ihren Vereins-Arbeitsnachweis. Dazu kommen die außerordentlichen Kosten, die gerade der Stellennachweis für Bureaumiete, Sekretäringehalt, Korrespondenz, Bekanntmachungen zc. erfordert. Es war deshalb leider nicht möglich, den Stellennachweis in der seitherigen, sozialpolitisch zweifellos wünschenswertesten Form aufrecht zu erhalten. Am 1. Oktober dS. J3. mußte er wegen Teilnahmslosigkeit der Dienenden geschlossen werden. Versuche, ihn in neuer Form, unabhängig vom Verein, aber gemeinnützig wieder ins Leben zu rufen, sind bereits im Gange. Einstweilen aber muß sich der Verein auf rein agitatorische Thätigkeit beschränken.

Diese ist freilich gerade in Berlin auch wieder besonders schwer. Bis im Getöse der Weltstadt die Stimme eines einzelnen Berufes durchdringt, ist viel Anstrengung nötig. Wenn aber der Verein mit seinem Jahresbudget von 1600 Mark nicht mehr allzuschwer an anderen Ausgaben zu tragen hat, wird es möglich sein, energischer als seither für Agitation zu arbeiten. Dabei wird ihm sehr zu statten kommen, daß alle Beteiligten in dem seitherigen stillen Zusammenarbeiten manche Einseitigkeiten abgeschliffen, manche Übertreibungen und Verallgemeinerungen verlernt haben. Die letzten großen Massenversammlungen, die von 500 und mehr Dienenden besucht waren, verliefen durchaus ruhig und sachlich, ein einziger Wunsch, der nach Organisation, bewegte alle Rednerinnen am stärksten und es war oft sehr wirkungsvoll, wie die einzelnen Mädchen diesem Wunsche drastisch Ausdruck gaben und von einsichtigen Hausfrauen dabei unterstützt wurden.

So geht die Berliner Dienstbotenbewegung nach ungesunden Anfängen und nach glücklich überstandenen Gefahren jetzt besonnen und zielbewußt ihren schwierigen Weg. Ihre innere Festigkeit ist gewachsen, ihre äußere Besonnenheit tritt zu Tage, ihr sozialpolitischer Ernst ist offenkundig, ihre Notwendigkeit wird immer aufs Neue dokumentiert, ihre Möglichkeit ist gesichert. Vielleicht wird sie, bei weiterer Erstarfung noch zum Ausgangspunkt einer Dienstbotenbewegung durch das ganze Reich.





## Don den „Überbretteln“.

Von

Erich Schlaikjer.

**V**or geraumer Zeit machte der Verfasser dieser Zeilen in der „Silfe“ für eine litterarische Beeinflussung des Tengel-Langels Propaganda. Der Artikel wurde von mehreren Tageszeitungen, dann aber vor allem auch vom Fachorgan der Brettleute, vom „Artisten“ übernommen. Damit war eine günstige Situation geschaffen: ich wandte mich an den nun verstorbenen Jacobowski und wir beschloßen, den lang berebeten Plan in die Wirklichkeit hinüberzuführen. Eine Auswahl von Liedern war um so leichter zu treffen, als Jacobowski die moderne Lyrik aus dem H kannte. Auch ein Komponist wurde gewonnen und die Unterhandlungen, die ein litterarisches Gastspiel auf einer ersten Varietébühne herbeiführen sollten, konnten eingeleitet werden. Dann aber kam allerlei dazwischen, ganz kleine dumme Sachen — einmal verfehlten wir uns, ein ander Mal hatte Jacobowski Familienbesuch, ein drittes Mal war ich verhindert, u. s. w. Neue Dinge, uns zunächst näher lagen, und stärker in Anspruch nahmen, drängten sich dazwischen und so schloß der Plan wieder ein. Nicht lange nachher wurde Jacobowski vom Tode hinweggerafft.

Der Plan von damals ist blühende Wirklichkeit. Wolzogen schritt endlich von den Worten zur That, fand einen Kapitalisten und konnte sogleich sein eigenes Theater gründen, das vielberufene „Überbrettel“. Er errang einen ungewöhnlich starken Erfolg in finanzieller Hinsicht und einen respektablen in künstlerischer. Obwohl er sein Brettel in einem früheren Vorstadttheater aufschlug, also in einer Gegend, wo man das Publikum für verfeinerte Unterhaltung nicht eben zu suchen pflegt, strömte man schaarenweise in sein Haus. Der Besitzer des Hauses,

dem eben das Experiment mit einer „Seceffionsbühne“ verunglückt war, sah diesen Erfolg an und fand, daß er gut sei. Er beschloß die Sache auf eigene Faust weiter zu führen, wenn der Vertrag mit dem „Überbrettl“ abgelauften sein würde. Da auch Wolzogen sich natürlich nicht bei den errungenen Kassenscheinen und Lorbeeren beruhigen wollte, hatten wir schon zwei Überbrettl. Vom Wolzogener Überbrettl spaltete sich im Sommer eine selbständige Gesellschaft ab, die auf Reisen ging. Die verunglückte „Seceffionsbühne“ rüstete ebenfalls ein Brett für die Sommerreise aus; in München, Dresden und anderswo entstanden ähnliche Unternehmungen. Die Sache breitete sich mit der Gewalt einer neuen Mode und heute hat Berlin bereits so viele wirkliche oder geplante Überbrettl, daß ich ihre Zahl gar nicht angeben kann. Nach alledem lohnt es sich wohl über das Genre zu sprechen.

\* \* \*

Vor einiger Zeit erhielt ich von einem jungen Kritikus ein Manuscript, mit der Bitte, es durchzulesen. Dort fand ich — ganz en passant ausgesprochen — eine Anmerkung, die etwa folgendes besagte. Die gesamte Überbrettelei sei nichts als die letzte Auflösungsform der modernen Kleinkunst. Der Gedanke traf mich mit ganz sonderbarer Kraft und eröffnete mir eine überraschende neue Perspektive. Ich sah plötzlich den Zusammenhang zwischen der Kleinkunst des modernen Dramas und der Kleinkunst des verfeinerten Varietés. Gleichzeitig mit der Freude über diesen Zusammenhang, der mir sonst ganz entgangen war, stellte sich aber ein Gefühl des Unbehagens ein. Ich hatte schließlich die „Überbrettelei“ als Kritiker unterstützt, wenn auch nicht mit hitzigem Feuereifer, sondern mit Vorbehalt und einer leisen Resignation. Aber auch eine derartige Unterstützung will man doch nicht gern etwas Sterbendem, Vergehenden gewidmet haben. War die Überbrettelei eine „Auflösungsform“, so hätte man sich die Nase zuhalten sollen und hätte ruhig sollen sterben lassen, was nun einmal sterben mußte. Mein Gefühl konnte das zunächst nicht anerkennen und als mein Verstand sich mit der Sache befaßte, kam auch er zu einem ablehnenden Resultat. —

Es ist sehr wahrscheinlich richtig, daß ein Zusammenhang zwischen der Kleinkunst des modernen Dramas und der Kleinkunst des Überbrettl's besteht; es sind sogar zum Teil dieselben Talente, die sich auf beiden Gebieten bethätigen. Die Kleinkunst des modernen Dramas, über die selbst Hauptmann nicht immer hinaus kommt, war bei ihrem Auftreten ein großer Fortschritt, insofern nämlich als das vorhandene Drama von

jeder Kunst verlassen war und den wiederlichsten Sensations- und Amüsemensinteressen diente. Es kam zunächst wieder Ehrlichkeit in die dramatische Kunst; wir hofften auch auf Größe, aber die ist bisher noch ausgeblieben. Der große Wurf der „Reber“ ist vereinzelt geblieben, auch in Hauptmann's Schaffen. An Stelle der Größe haben wir uns mit sauberer Kleinarbeit begnügen müssen. Der Dialog wurde lebendig, während das physiognomielose Salongeschwätz ausstarb; in der Charakteristik begann man wieder mit künstlerischen Mitteln zu arbeiten und die konstruierten Ungeheuer der Theaterstücke starben aus; man studierte das Milieu sorgfältig, mit dem man zu thun hatte; man strebte nach Stimmung — kurz; man gab dem Drama im Einzelnen, was man ihm geben konnte, ohne die große Kraft des echten Dramatikers zu besitzen. Das war damals — ich wiederhole es — ein nicht geringes Verdienst. Auf die Dauer aber war dieser Zustand des Drama's nicht haltbar. An die Vorzüge, die ich eben geschildert habe, gewöhnt man sich; man betrachtet sie nach einigen Jahren bereits als etwas Selbstverständliches und verlangt immer dringender nach mehr. Die Kleinkunst aber konnte ihrem Wesen nach gar nicht mehr geben und so mußte ihre Unzulänglichkeit immer klarer werden. Es ist kein Zufall, daß Wolzogens Überbrettel seine ersten Triumpfe in demselben Winter feierte, in dem das „Deutsche Theater“ — die klassische Städte der modernen Kleinkunst — die Unzulänglichkeit seiner Spezialität durch fortwährende Mißerfolge so peinlich zur Schau stellte, daß man ohne Übertreibung von einem Bankrott reden darf. Das Drama machte bankrott und stand als „Überbrettel“ wieder auf. Die Größe wurde begraben und das Kleine und Feine flatterte in die Welt.

Selbstverständlich vollzieht sich so ein Prozeß nicht wie eine schnurgerade mathematische Rechnung. Das Deutsche Theater und die Überbrettel werden zunächst nebeneinander bestehen. Gelingt aber den jungen Modernen, die sich in der Hauptsache um das „Deutsche Theater“ scharen, nicht endlich ein kühner Wurf, dann wird einer nach dem andern von ihnen unerträglich werden, nicht uns, denen sie längst unerträglich sind, sondern dem Publikum, das an ihrer Monotonie erstickten muß. Das Deutsche Theater wird dann zu den großen alten und großen neuen Meistern zurückkehren und die Kleinkunst wird sich dann am Überbrettel, in Einacten, im Simplicissimus oder sonstwo ausleben.

Die „Überbrettelei“ ist somit allerdings eine Auflösungsform, nur ist es eine solche des jungen Dramas, nicht eine solche der Kleinkunst. Die Kleinkunst löst sich so wenig auf, daß sie vielmehr den ihr un-

angemessenen Rahmen des Dramas sprengt und im Überbrettel eine verjüngte Auferstehung feiert. Es handelt sich — derb gesagt — nicht um eine Verwesung, sondern um eine Genesung der Kleinkunst. Nachdem sie zunächst ihre Mission — Sauberkeit des Details — erfüllt hat, nachdem sie dann mit dem Drama schlechte Erfahrungen machte, besinnt sie sich nunmehr im Überbrettel auf sich selbst und schafft sich in den kleinen Nummern des Varietés eine Form, die ihrem Wesen entspricht. So mag hinter dem Überbrettel allerdings ein Verzicht auf große dramatische Leistungen liegen, im übrigen aber stellt es keinen Verfallsprozeß, sondern weit eher eine Gesundung dar, ein Genesen von merreichbaren Idealen.

bleibt die Frage, ob man überhaupt die Kleinkunst, im besondern die Kleinkunst des Überbrettels stützen darf, oder ob man damit nicht der großen Kunst zu nahe tritt? Ich möchte die letztere Möglichkeit verneinen, wenigstens in der heutigen Situation. Die für die „Münchener“ und gegen Hebbel eintraten, luden allerdings eine ästhetische Schuld auf sich. Heute aber ist kein Hebbel da. Wenn heute die Kleinkunst abdanken müßte, thäte sie es zu Gunsten der bloßen Unterhaltung, in der gar keine Kunst mehr steckt, zu Gunsten der Pöbelpoeten, zu Gunsten des litterarischen Pacts. Unsere Aufgabe muß sein, der großen unvergänglichen Kunst mit aller Energie und allen Mitteln eine Gasse zu brechen, die Kleinkunst aber zu unterstützen, wo sie der großen Kunst den Platz nicht raubt und zur Verfeinerung der Unterhaltung beiträgt.

\*  
\*  
\*

Welche Entwicklungsmöglichkeiten haben nun die Überbrettl, die so plötzlich und in so großer Zahl das Licht der Welt erblickt haben? Sobald diese Frage gestellt ist, muß man leider daran gehen, die schönste Möglichkeit auszuschneiden. Wie die Dinge in Deutschland, wenigstens in Preußen, liegen, kann ein politisches Überbrettel nicht gedeihen. In der Politik sind die Säger des Brettl in das Gebiet der puren Harmlosigkeit verwiesen und so verlassen sie am liebsten ganz das leidige Thema. Wolzogen fing mit politischen Liedern an, aber die Zensur strich sie und so blieben sie mit der Zeit ganz fort. Das politische Überbrettel ist ein Traum wie unsere Freiheit ein Traum ist — nicht ästhetische Propaganda, nicht poetische Kräfte können es ins Leben rufen, nur politischer Kampf und politischer Sieg. Es charakterisiert unsere Armut, unsere politische Armut, daß bei uns ein politisches Varieté undenkbar ist. Daß es fehlt, beweist klipp und klar unsere Unmündig-

keit. Nun könnte man meinen, daß der Sache als Symptom vielleicht einige Bedeutung zukäme, daß sie an sich aber gleichgültig sei. Ich würde mich dieser Meinung nicht anschließen können. Die politischen Fragen müssen das ganze Volk durchdringen; sie müssen in das Volksleben übergehen und einen wesentlichen Bestandteil desselben bilden. Das geschieht nicht, indem sie am Stammtisch debattiert werden, das geschieht nur, indem sie die ganze Öffentlichkeit erfassen. Auch in das Amüsement des Volkes müssen sie übergehen. Daß sie dort noch nicht leben und weben, das ist nicht nur ein trauriges Symptom, das ist auch an sich eine traurige Thatsache. Ein Volk lebt nicht in der Politik, sofern die Politik nicht auch in seiner leichten Erholung lebt. Erst dann ist es von der Politik d. h. von seinen eigenen Angelegenheiten erfaßt und bildet einen Faktor, mit dem nicht zu spaßen ist. Möchte jemand den politischen Einfluß unserer Witzblätter leugnen oder auch nur gering anschlagen? Ich glaube kaum. Nun aber bilden die zahllosen Varieté Bühnen, die es rings in Deutschland giebt, ein sehr großes Stück Öffentlichkeit. Sie haben mehr Hörer, vielmehr Hörer als alle Witzblätter zusammen Abonnenten haben und es wird hier im allgemeinen alle Abende gesungen, in den Witzblättern aber nur einmal alle acht Tage. Könnte hier ein keckes politisches Lied gesungen werden, wäre viel gewonnen. Ein Stück Volksleben, über das man um Gotteswillen nicht leichtfertig hinwegsehen will, geht hier der Politik verloren und versinkt eben dadurch ins Plumpe, Dumpfe und Schmutzige. —

Ich sagte: eben dadurch! Herr von Rheinbaben hat einmal geäußert, daß auf dem Polizeipräsidium ganze Berge von Schmutz zurückgehalten würden und daß darum eine moralische Zensur der Brettllieder notwendig sei. Herr von Rheinbaben könnte der Zensur viel Arbeit sparen: er brauchte sie nur abzuschaffen, radikal zu beseitigen und damit das politische Couplet freizugeben — dann hätte er dem erotischen Elemente ein Gegengewicht gegeben und bald würden die Tingel-Tangel freundlicher aussehen, als er sie jemals durch die Zensur zu gestalten vermöchte. Was sollen die Brettel fänger denn thun? Ihre Lieder müssen ein allgemeines Echo finden — das liegt in der Natur der Sache. Die politischen Angelegenheiten, die alle beschäftigen, sperrt man ihnen. Nun wohlan, dann nehmen sie ihre Zuflucht zur Erotik. Das Erotische hat mit dem Politischen ja allerdings den Umstand gemein, daß alle daran interessiert sind. Wer das Erotische eindämmen will (beseitigt soll es gar nicht werden), muß einfach das politische Couplet freigeben. Bevor Herr von Rheinbaben sich aber dazu entschloße, würde er eher die „Berge

von Schmutz“ freigeben, die auf dem Polizeipräsidium lagern. Seine Moral hat in der feudalen Politik ihre Grenzen. Danach wollen wir sie einschätzen.

\* \* \*

Wenn das politische „Überbrett“ ausscheidet, bliebe als bedeutendste Möglichkeit ein verwegenes, romantisch-wildes Überbrett zurück, auf dem der Spott sich mit einer Kraft und Reckheit gebe, die ihm sonst überall versagt ist. Vieder müssen hier gesungen werden, die ohne Ansehen der Person und Partei das Komische auch an den erhabenen Dingen sähen und mit dreistem Witz durchhechelten. Der Prüderie, der sinnlichen Feigheit (an der wir so gut wie am Laster leiden) müßte hier zigeunerhafte Freiheit entgegengesetzt werden. Wenn die Verwegenheit der Parodie oder das Ungezügelte der Leidenschaft mitunter erschrecken würde, müßte die Kraft des Ausdrucks versöhnen. Vielleicht überläuft es manchem kalt, wenn er sich ein so verwegenes Ensemble vorstellen muß. Es mag ihn trösten, das es niemals vorhanden sein wird, wenigstens nicht in der Öffentlichkeit. Abgesehen von der Zensur, die schließlich auch hier dreinreden würde, widersprechen die inneren Bedingungen einer solchen Institution der Öffentlichkeit. Höchstens in einer Stadt, wo viel künstlerische Bohème dazu eine gewisse Ungebundenheit des Volkslebens ist, könnte man sie sich denken, dann aber auch nur bei geladenem Publikum. Eine solche Stadt ist München und die „Elf Scharfrichter“, die sich dort etabliert haben, scheinen ja in der That etwas Ähnliches zu sein. Man braucht nicht zu bedauern, daß derartige Unternehmungen öffentlich nicht gedeihen können; in der Öffentlichkeit würden sie immerhin Gefahren mit sich bringen. Ihre Natur verlangt eine gewisse feste Respektlosigkeit, auch Dingen gegenüber, die sonst Respekt verlangen. Das könnte bei einem minderwertigen Publikum allerdings Schaden anrichten. Derartige Formen der Unterhaltung bleiben am besten den Künstlern selbst und ihren Freunden vorbehalten, die keine Gefahr laufen, aus dem verwegenen Spiel im Ernst bedenkliche Konsequenzen zu ziehen, die überbies so sehr vom Ästhetischen in Anspruch genommen werden, das ihnen auch eine talentvolle Frechheit nichts anhaben kann. Was bleibt also für die Öffentlichkeit zurück? Nichts als eine graziose gefällige liebenswürdige Kunst, in die gelegentlich auch starke, erregte Töne hineinzingeln können. Wer mehr erwartet, verrechnet sich. Aber mir scheint auch, daß eine solche gefällige Art der Unterhaltung, überall in Deutschen Landen heimisch, keineswegs von geringem Wert sein würde.



# Anzeigen-Übersicht.

Diese Übersicht soll dem Leser einen bequemen Nachweis wertvoller Litteratur über eine Reihe von Spezialgebieten geben, zugleich auch die litterarische Thätigkeit der Mitarbeiter des Jahrbuchs außerhalb der „Hilfe“ und „Zeit“ anzeigen. Die Ziffern geben die Seiten an, auf denen Genaueres zu finden ist.

<b>Biographisches</b>		<b>Reisebeschreibungen</b>	
David Friedrich Strauß . . . . .	194	Reisebeschreibungen der Euabel . . . . .	189
Riegsche . . . . .	193, 198	Im Lande Jahwes und Jesu . . . . .	196
<b>Frauenfrage</b>		Im Vorderen Asien . . . . .	202
Die gebildete Frau und die neue Zeit . . . . .	189	„Aha“, Orient-Reisebeschreibung . . . . .	202
Nahel Barnhagen . . . . .	195	<b>Religiöses</b>	
<b>Geschichte</b>		Moderne Flugblätter f. mündl. Christentum . . . . .	189
Geschichte des deutschen Volkes . . . . .	194	Religiöse Studien . . . . .	194
Geschichtsphilosophie . . . . .	194	Textbibeln . . . . .	196
Preussische Geschichte . . . . .	191	Die Wahrheit der christlichen Religion . . . . .	196
<b>Gewerkschaftliches</b>		Die Religion im modernen Geistesleben . . . . .	196
Englische Gewerkschaften . . . . .	192	Über religiöse Fragen . . . . .	200
<b>Kunst</b>		<b>Kohrbach</b>	
Ähne künstlerischer Bildung . . . . .	197	Im Lande Jahwes und Jesu . . . . .	196
Form und Farbe . . . . .	197	Im Vorderen Asien . . . . .	202
Der Türmer . . . . .	199	<b>Schlaikjer</b>	
künstlerische Kultur . . . . .	200	Berliner Kämpfe . . . . .	202
Kunstwart . . . . .	201	<b>Sozialdemokratie</b>	
Meisterbilder . . . . .	201	Aus dem Nachlaß von Marx, Engels, Lassalle . . . . .	192
Nödlin . . . . .	201	<b>Sozialpolitisches</b>	
Der gestiefelte Kater . . . . .	201	Soziale Entwicklungen nach Aufhebung des	
<b>Kultur</b>		Sozialitätengesetzes . . . . .	189
Monographien zur deutschen Kulturgeschichte	190	Sozialpolitische Praxis . . . . .	192
Wochenchrift für deutsche Kultur . . . . .	197	Städteverwaltung und Municipalsozialismus	
Kulturentwicklung und wirtschaftl. Fortschritt	196	in England . . . . .	192
Kulturarbeiten . . . . .	201	Naturgeschichte des Volkes . . . . .	194
künstlerische Kultur . . . . .	200	Londoner Grasschaftsrat . . . . .	194
<b>Litteratur</b>		Deutsche Sozialgesetzgebung . . . . .	196
Werte aus H. Langens Verlag . . . . .	191	<b>Städteverwaltung</b>	
Erbeids Erzählende Schriften . . . . .	194	Städteverwaltung in England . . . . .	192
Niels Geschichte und Novellen . . . . .	194	„ . . . . .“ , deutsche . . . . .	192
Nahel Barnhagen . . . . .	195	<b>Tollstol</b>	
Kataloge . . . . .	194	Schriften von und über Tollstol . . . . .	200
Der Türmer . . . . .	199	<b>Verschiedenes</b>	
Russische Litteratur . . . . .	200	Die Sprache der Yuden . . . . .	193
Nödlin . . . . .	200	Geld und Währung . . . . .	193
Tollstol . . . . .	200	Ein Jahr in England . . . . .	194
Traeterling . . . . .	200	Lebensideale . . . . .	196
Kunstwart . . . . .	201	Wila . . . . .	202
Sauslegen deutscher Lyrik . . . . .	201	Demokratie und Kaiserium . . . . .	202
Berliner Kämpfe . . . . .	203	Patria 1901 . . . . .	203
<b>Naumann</b>		<b>Volkswirtschaftliches</b>	
Riegsche und Naumann . . . . .	193	Das hungernde Rußland . . . . .	192
Berträge, Bücher, Broschüren . . . . .	202	Die Geschichte der englischen Arbeit . . . . .	192
Verlagsgeber von „Zeit“ und „Hilfe“ . . . . .	204	Die Geschichte des britischen Trade-Unionismus	
<b>Nationalsozial</b>		Theorie und Praxis der englischen Gewerk-	
Bücher und Zeitschriften . . . . .	202-204	vereine . . . . .	192
<b>Nietzsche</b>		Fürsorge-Erziehungs-Gesetz . . . . .	193
Carlyle und Nietzsche . . . . .	189	Unabhängigkeits-Erzehungs-Gesetz . . . . .	193
Nietzsche und Naumann . . . . .	193	Reichsgesetz über Unterrichtsverwaltung	
Berträge über Nietzsche . . . . .	193	Volksbildungswesen . . . . .	194
Zu Nietzsches Gedächtnis . . . . .	193	Die Deutsche Arbeit . . . . .	194
Nietzsche, (eine psychologisch-philosophische Unter-		Deutschland als Industriestaat . . . . .	194
suchung) . . . . .	198	Wirtschaftlicher Fortschritt . . . . .	196
<b>Predigten</b>		Was liebt der deutsche Arbeiter . . . . .	196
Wigius . . . . .	198	<b>Zeitschriften</b>	
Melchbacher . . . . .	198	Die Welt am Montag, Berlin . . . . .	191
<b>Philosophisches</b>		Empiricismus . . . . .	191
Carlyle und Nietzsche, Wie sie Gott suchten . . . . .	189	Die Zeit, Wien . . . . .	190
Geschichtsphilosophie . . . . .	194	Der Lotse . . . . .	197
Aus den großen Tagen der deutschen Philosophie		Der Türmer . . . . .	199
Lebensideale . . . . .	196	Der Kunstwart . . . . .	201
Mein Recht auf Leben . . . . .	196	Die Hilfe . . . . .	204
Nietzsche . . . . .	193, 198	Die Zeit, Berlin . . . . .	204



Verlag von Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen.

\* Kürzlich ist erschienen

## Soziale Entwicklungen im ersten Jahrzehnt nach Aufhebung des Sozialistengesetzes.

Von  
Freiherrn von Berlepsch, kgl. preuß. Staatsminister.

Preis 80 Pf.

„Geradezu klassisch“ nennen die „Preuß. Jahrbücher“ diesen Vortrag des früheren preuß. Bundesministers, der Vortrag ist ein Sonderdruck aus den **Verhandlungen des 12. Evang.-sozialen Kongresses**. (Braunschweig am 28.—30. Mai 1901.) Preis 2 Mf.  
Inhalt der „Verhandlungen“ (neben Debatten und Teilnehmerverzeichnis):

1. Erziehungspflicht der Kirchengemeinden gegenüber sozialen Missethänden. Von Pfarrer Dörries.
2. Bildungsbedürfnisse des deutschen Arbeiters und ihre Befriedigung. Von Pfarrer Dr. Pfannkuche.
3. Soziale Entwicklungen im ersten Jahrzehnt nach Aufhebung des Sozialistengesetzes. Von Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch und Prof. Dr. Hans Delbrück.

Zu erscheinen haben begonnen

## Moderne Flugblätter für männl. Christentum

verlagst von

H. von Broecker-Halle a. S.

Nr. 1. Ist das Christentum etwas für den aufstrebenden Arbeiter? — Nr. 2. Was denken die jungen Männer von Christentum? — Nr. 3. Vertragen sich die Nöte in der Welt mit der Liebe Gottes?

Preise postfrei, auch 3 Nrn. gemischt, bei vorhergehender Einbindung des Betrages:

1—10 Stück 25 Pf.; 11—50 65 Pf.; 51—100 1.20 Mf.; 500 5 Mf.; 1000 8.50 Mf.

Das auf energisch sozialpolitischer Grundlage ruhende Unternehmen wendet sich an die modernen Arbeiter mit ihren besonderen Zweifeln und geistigen Kämpfen, welche Verf. in erfolgreicher Tätigkeit vorzüglich zu treffen gelernt hat. Wir empfehlen besonders auch die Verteilung an Fabrik-**ausgängen**. Das Format ist das der politischen Flugblätter.

Kürzlich sind in 2. verbesserter Auflage erschienen:

• **Die gebildete Frau und die neue Zeit.** Eine Gabe an die deutschen Frauen von **Elsbeth v. d. Pahlen**.

2. verb. Auflage. Fein Kart. 1 Mf. 25 Pf.

„Eins der besten und wertvollsten Ergebnisse der Frauenliteratur“ schrieb die „Zeit“ 1897 bereits von der ersten Auflage.

**Ch. Carlyle und Fr. Nietzsche.**

Wie sie Gott suchten und was für einen Gott sie fanden.

Von **J. H. Wilhelm**.

2. durchgesehene Auflage. Kart. 1 Mf. 80 Pf.

Im Oktober erscheinen:

Preis schön gebunden 5 Mf.

## Reiseschilderungen der Suaheli.

Gesammelt und überf. von

**Dr. C. Velten**, Lehrer am Seminar für oriental. Sprachen.

Ein höchst interessantes und unterhaltendes Buch! Zum ersten Male werden hier Reisen in das Innere Afrikas und nach Europa von **Stingoborenen** Afrikas, welche als Führer, Dolmetscher u. i. w. dienen, geschildert. Darunter die Dampferexpedition von **Bismann**, die Durchquerung Afrikas durch den neu ernannten Gouverneur **v. Höhn** u. a. m.



# „Die Zeit“

VIII. Jahrgang.

Herausgeber:

Prof. Dr. J. Singer, Dr. Max Burchard und Dr. Heinrich Nanner.  
Redaktion für bildende Kunst: Prof. Dr. Rich. Muther.

## Eine Zeitschrift für die Gebildeten der ganzen Welt!

„Die Zeit“ erscheint jeden Samstag in der Stärke von 20 Gross-  
Quartseiten und zählt Autoritäten und Gelehrte auf allen Gebieten des  
Wissens zu ihren Mitarbeitern.

„Die Zeit“ erörtert in gemeinverständlicher und anregender Weise  
alle Fragen der **Politik, Volkswirtschaft, Wissenschaft und Kunst** und  
macht ihre Leser mit dem Neuesten auf allen Gebieten bekannt.

„Die Zeit“ bringt in ihrem Feuilleton **Romane, Novellen und  
Skizzen** aus der Feder der hervorragendsten Dichter aller Länder.

„Die Zeit“ steht weder im Dienste einer Partei noch irgend einer  
litterarischen, künstlerischen oder finanziellen Clique und ist daher in der  
Beurteilung von allen Ereignissen vollständig unabhängig.

In der **Politik** vertritt „Die Zeit“ das Selbstbestimmungsrecht der  
Völker. Durch Artikel hervorragender Publizisten unterrichtet sie ihre Leser  
über die politischen Zustände aller Länder. In **nationalen Fragen** sucht  
„Die Zeit“ ihren Lesern Einblick in die Verhältnisse, Anschauungen und  
Leistungen aller Nationalitäten zu gewähren, indem sie deren beste Schrift-  
steller zu Worte kommen lässt. In der **Volkswirtschaft** versteht „Die Zeit“  
im Geiste moderner Sozialpolitik die Interessen der Schwachen gegen die  
Starken. Auf dem Gebiete der **Wissenschaft** sucht „Die Zeit“ ihre Leser  
mit den neuesten Ergebnissen der Forschung in allen Zweigen bekannt zu  
machen. In der **Kunst** trachtet sie ihren Lesern das Verständnis für die  
neuesten Schöpfungen zu vermitteln.

Zeugsbedingungen für Oesterreich-Ungarn und Deutschland:

Kronen 6.00 = Mk. 5.00 vierteljährig;

für alle übrigen Staaten: Kronen 7.30 = Mk. 6.10 vierteljährig.

Preis der Einzelnummer 60 Heller = 50 Pf.

Abonnements, Einzelnummern und Probenummern liefern alle Buch-  
händler, Zeitungsexpeditionen und die Administration der „Zeit“, Wien IX/3.  
Günthergasse 1.



# Die Welt am Montag

Gedruckt Sonntag Nachts  
Erscheint Montag früh

Unabhängige, parteilose, demokratische Zeitung

Politischer Redakteur:

\* **S. von Gerlach**

(Hells).



Abonnementspreis:  
80 Pfennig pro Quartal incl. freier  
Zustellung per Post resp. Kreuzband.

Einzelnr. Nummer:  
in Berlin 5, auswärts 10 Pfennig.

\* **Grösste Wirkung der Inserate.** \*

Auflage: 20000 Exemplare.

Preis: 40 Pfennig für die 5 spaltige Pettizeile.

Redaktion und Expedition: Berlin SW., Zimmerstrasse 34.



## Sämtliche Werke aus Albert Langen's Verlag

für Litteratur und Kunst

----- zu Originalpreisen. -----

**D**ie hervorragendsten Werke der modernen Litteraturgrößen (Marcel Prévost, Guy de Maupassant, Jeanne Marni, Jules Case, Anatole France, Emile Zola, Knut Hamsun, Hermann Bang, Björnstjerne Björnson, Henrik Ibsen, Laura Marholm, Maurice Maeterlinck, Anton Tschechow, Ernst von Wolzogen u. A.) in bekannter glänzender Ausstattung und illustriert von den Künstlern des Simplicissimus (Ch. Th. Heine, F. v. Reznicek, Ed. Tköny u. A.)

Zuslieferungsstelle der politisch-satirischen Wochenschrift

❖ **Simplicissimus** ❖

für Berlin und seine Vororte.

**Berlin SW.**  
Zimmerstrasse 34.

**Albert Langen Verlag** — Filiale Berlin  
(Die Welt am Montag).

Verlag von J. H. W. Dietz Nachf.  
in Stuttgart.

**Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels, Lassalle.** ❀

Herausgegeben von Franz Mehring. Komplet in 4 Bänden. Inhalt des ersten Bandes: Gesammelte Schriften von Marx und Engels. Vom März 1841 bis März 1844. Preis Mf. 7.—.

**Sozialpolitische Essays.** ❀ Von A. A. Maieff. VIII u. 351 Seiten 8°.

Preis broschiert Mf. 6.50.

**Städteverwaltung und Municipal-Sozialismus  
in England.** ❀ ❀ ❀ Von C. Hugo. XII und 300  
Seiten 8°. Preis Mf. 2.—.

**Die deutsche Städteverwaltung.** Ihre Aufgaben auf  
den Gebieten der  
Volkshygiene, des Städtebaus und des Wohnungswezens. Von C. Hugo.  
XII und 512 Seiten gr. 8°. Preis Mf. 10.—.

**Das hungernde Russland.**

Reiseeindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Lehmann und  
Parvus. Mit vielen Illustrationen und einer Karte des Hungergebietes. VIII  
und 596 Seiten gr. 8°. Preis Mf. 6.—.

**Die Geschichte der englischen Arbeit.**

(Six Centuries of Work and Wages.) Von J. E. Thorold Rogers. Autorisirte  
Uebersetzung von Max Pannwitz. Revidiert von K. Kautsky. XXVIII und  
422 Seiten groß 8°. Preis Mf. 5.—.

**Geschichte des britischen Trade Unionismus.**

Von Sidney und Beatrice Webb. Deutsch von R. Bernstein. Mit Noten  
und einem Nachwort versehen von E. Bernstein. XII und 460 Seiten  
groß 8°. Preis Mf. 5.—.

**Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine**

(Industrial Democracy.) Von Sidney und Beatrice Webb. Deutsch von  
C. Hugo. — Inhalt: Erster Band, erster Teil: Der Bau der Gewerkvereine.  
Zweiter Teil: Die Funktionen der Gewerkvereine. XX und 408 Seiten  
groß 8°. — Zweiter Band, zweiter Teil: Die Funktionen der Gewerkvereine.  
(Fortsetzung.) — Dritter Teil: Die Theorie der Gewerkvereine. Anhänge.  
Register, Bibliographie. LVIII u. 408 Seiten gr. 8°. Preis pro Band Mf. 6.50.

## Verlag von Franz Wunder in Göttingen.

### Friedrich Nietzsche und Friedrich Naumann. als Poetiker.

Von Dr. Georg Biedenkapp. — Preis 1 Mark.

### Die Sprache der Buren. \* \* \*

Von Dr. Heinrich Meyer, Assistent am Deutschen (Grimm'schen) Wörterbuch.

Preis 2 Mark.

### Geld und Währung.

Zwei Vorträge von Prof. Dr. Breuning.  
Preis 60 Pf.

### Vorträge über Nietzsche. \* \* \* Versuch einer Wieder- gabe seiner Gedanken.

Von Dr. Ernst Horneffer, Herausgeber im Nietzsche-Archiv. 2. Aufl. Preis 2 Mf.  
(1. Vortrag: „Nietzsche, der Philosoph und Prophet.“ 2. Vortrag: „Der Übermensch“.  
3. Vortrag: „Die Umwertung aller Werte.“)

### \* \* Zu Nietzsches Gedächtnis. \* \*

Von Dr. Ernst Horneffer.

I. Rede, gehalten am Sarge Nietzsches bei der Trauerfeier im Nietzsche-Archiv zu Weimar. II. Nach Nietzsches Tode, Vortrag. Preis 1 Mark.

## Verlag von Franz Vahlen in Berlin W. s.

### Das Gesetz über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger

vom 2. Juli 1900 nebst den Ausführungsbestimmungen vom 18. Dezember 1900.  
Erläutert von O. Noelle, Landgerichtsrat, Mitglied des Hauses der Abgeordneten.

Zweite Auflage. 1901. Cartoniert M. 3,—.

Der Herr Minister des Innern hat in der Verfügung vom 22. Februar 1901 auf dieses Werk  
(1. Auflage) aufmerksam gemacht.

### Das Invalidenversicherungsgesetz vom 13./19. Juli 1899

von Dr. Konrat Weymann,

kais. Regierungsrat, ständ. Mitglied des Reichs-Vericherungsamts.

Textausgabe mit Anmerkungen, sämtlichen Ausführungsbestimmungen, insbesondere der Anleitung über  
den Kreis der Versicherten, und Sachregister. 1900. Geb. M. 2.40.

„Die sich bezeichnen „Textausgabe“ nennende Ausgabe ist nach jeder Richtung hin eine  
Musterleistung.“ (Das Recht.)

### Das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz

vom 6. Juni 1870, erläutert u. d. Entscheidungen des Bundesamts f. d. Heimatweisen von **Wiff. Hoffers.**  
Neunte vermehrte Auflage nebst einem Anhange, behandelnd die für die Armenverbände wichtigsten Vor-  
schriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Bearbeiter von **Dr. J. Kresch**, Kaiserl. Geh. Reg.-Rat ic.  
1901. Geb. M. 4.50. Geb. M. 5.50.

„Auf die Vorarbeiten des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist in der neuen Auflage nicht nur überall  
hingewiesen, sondern es sind, um gedankten Wünschen entgegen zu kommen, die für die Armenverbände  
wichtigsten Bestimmungen über gütige und nichtgütige Ehen, über die rechtliche Bezeugung der Frau, von  
ihrem Manne getrennt zu leben, über eheliche und den ehelichen gleich gestellte Kinder, über die Unter-  
haltspflicht der Verwandten, der Ehegatten und des unehelichen Vaters in einem besonderen Anhang ein-  
gehend behandelt worden.“

**J. G. Cotta'sche Buchhandlung**  
Nachfolger G. m. v. H. . . . .  
in Stuttgart. . . . .



**Empfehlenswerte Bücher!**

- Edl., Sam., David Friedrich Strauß.** Geh. 4 M. 50 Pf. Eleg. geb. 5 M. 50 Pf.  
**Kellner, F., Ein Jahr in England.** Geh. 4 M. 50 Pf. Eleg. geb. 5 M. 50 Pf.  
**Kudner, Th., Geschichte des deutschen Volkes.** 2 Bände. Geh. 10 M.  
In 1 Halbfranzb. geb. 12 M.  
— — **Geschichtsphilosophie.** Einleitung zu einer Weltgeschichte seit der  
Völkerwanderung. Geh. 4 M. In Halbfranzb. geb. 5 M. 50 Pf.  
**Kener, Prof. Dr. Eduard, Handbuch des Volksbildungswesens.** Geh. 4 M.  
**Riehl, W. H., Die deutsche Arbeit.** 3. mit vielen Zusätzen vermehrte Aufl.  
5 M., geb. 6 M.  
— — **Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Sozial-**  
**politik.** 4 Bände. Geh. 20 M., eleg. geb. 24 M.  
Bd. I. Land und Leute. 10. Auflage. Geh. 5 M., eleg. geb. 6 M.  
„ II. Die bürgerliche Gesellschaft. 9. Aufl. Geh. 5 M., eleg. geb. 6 M.  
„ III. Die Familie. 11. Auflage. Geh. 5 M., eleg. geb. 6 M.  
„ IV. Wanderbuch, als 2. Teil zu „Land und Leute“. 3. Auflage. Geh.  
5 M., eleg. geb. 6 M.  
— — **Religiöse Studien eines Weltkinde.** 5. Aufl. Geh. 4 M., eleg. geb. 5 M.  
**Sinzheimer, Dr. F., Der Londoner Grasschaftsrat.** Ein Beitrag zur städtischen  
Sozialreform. Erster Band: Die Schlussperiode der Herrschaft der Mittel-  
klasse in der Londoner Stadtverwaltung. Geh. 10 M.

## Preussische Geschichte

von **Hans Pruh.** In 3 Bänden. Bis jetzt  
erschienen: Bd. 1: Die Entstehung Branden-  
burg-Preußens (bis 1655). Bd. 2: Die Grün-  
dung des preussischen Staates (1655–1740).  
Bd. 3: Der fredericianische Staat und sein  
Weggang (1740–1812). Pro Band geh.  
11. 8. —, in Halbf. geb. 11. 10. —.

## Deutschland als Industriestaat.

Von

**Prof. Dr. F. C. Huber.**

Gebietet 10 M. Elegant gebunden 11 M.

Der Verfasser schildert den Werdegang,  
sowie den heutigen Stand der deutschen Volks-  
wirtschaft, bespricht die verschiedenen wirt-  
schaftlichen Interessenströmungen, und be-  
handelt die einzelnen Industriezweige, nament-  
lich auch ihre internationale Konkurrenz-  
fähigkeit. Im Bezug auf den derzeitigen Gang  
und auf die künftige Entwicklung des Er-  
werbslebens und des Weltverkehrs, besonders  
aber auch hinsichtlich der damit zusammen-  
hängenden Fragen der Handelspolitik einer-  
seits, und der agrarischen Vertriebung  
andererseits, giebt Hubers Werk mannigfache  
Belehrung und Anregung. Das für Politiker  
und Nationalökonomien, Handelskammern,  
Konsularbeamte, Kaufleute, Industrielle usw.  
äußerst wichtige Buch bildet zugleich eine  
originelle und praktische Einführung in die  
Volkswirtschaftslehre.

## Heinrich Seidels Erzählende Schriften.

Wohlfleie Ausgabe

in 7 elegant gebundenen Bänden M. 28. —.  
Inhalt: Bd. 1: Leberrecht Bübchen.  
Bd. 2 u. 3: Vorstadtelgeschichten. Bd. 4 u. 5:  
Freimatselgeschichten. Bd. 6: Phantastelplade.  
Bd. 7: Aus meinem Leben. (Auch in 53  
Lieferungen à 40 Pf. oder in 7 gebetteten  
Bänden à M. 3. — zu beziehen.)

## W. H. Riehls Geschichten und Novellen.

Gesamt-Ausgabe.

7 elegant gebundene Bände M. 28. —.  
Inhalt: Bd. 1: Kulturgesch. Novellen.  
Bd. 2 u. 3: Geschichten aus alter Zeit. Bd.  
4: Neues Novellenbuch. Bd. 5: Aus der  
Edel. Bd. 6: Am Feierabend. Bd. 7: Lebens-  
rätsel. (Auch in 44 Lieferungen à 50 Pf.  
zu beziehen.)

**Gratis und franko:**

**Cotta'scher Klassiker-Katalog,  
Katalog neuerer Dichterwerke  
des Cotta'schen Verlages,  
Cotta'scher Musikalien-Katalog.**

Verlag von Greiner & Pfeiffer in Stuttgart. S

# Rahel Darnhagen.

Ein Lebens- und Zeitbild

von

Otto Berdrow.

Gr. 8<sup>o</sup>. IX, 460 S. mit 12 Bildnissen. Mk. 7.—, geb. in Halbfrz. Mk. 9.—.

„Das außerordentlich reiche Material, welches uns bereits seit Jahrzehnten für eine Biographie Rahels zur Verfügung steht, war bisher ebensowenig zusammenfassend und abschließend verwendet worden, wie wir ausreichende Würdigungen von Ch. v. Malb. Henriette Herz oder Bettina von Arnim begehnen: die Art, in welcher der Herausgeber der „Frauenbilder“ diese Lücke ausgefüllt hat, verpflichtet uns auf's neue zu Dank . . . Ueberall tritt uns die Gestalt Rahels selbst ebenso lebensvoll und klar entgegen wie ihrer Freunde und Freundinnen; nicht bloß dies: das dem Verfasser vorschwebende Ziel, mit dem Lebensbilde zugleich ein Zeitbild zu geben, ist vollkommen erreicht. Wir lernen die Tragik von Rahels Jugendleben kennen und ihre Liebe; wir bewundern ihren Geist und Will, aber auch ihr Gemüt, ihren Patriotismus und ihre Bedeutung für die Frauenemanzipation . . . Die dem elegant ausgestatteten Buche beigegebenen zwölf Bildnisse erhöhen ebenso seinen Wert, wie die am Ende gesammelten Aphorismen aus Briefen und Tagebüchern; in der Biographie selbst haben wir noch ausdrücklich die unparteiisch abwägende Beurteilung Varnhagens hervor . . .“

Litterarisches Centralblatt.

„Der Verfasser . . . hat sich den Dank aller Litteraturfreunde um so mehr erworben, als seine schöne Arbeit eine längst empfundene Lücke würdig ausfüllt . . .“  
Friedrich Spielhagen in der „National-Ztg.“ (Berlin).

„. . . Wir empfehlen das bedeutsame Werk den Freunden der Litteratur- und Kulturgeschichte angelegentlichst.“  
Das Pfarrhaus.

„Ein interessantes Buch . . .“

Die Welt am Montag.

„. . . Für den Leser . . . wird es ein Genuß; sein, an des Verfassers Hand den Spuren Rahels noch einmal nachzugehen und ihre reiche Einwirkung auf das geistige Leben Berlins zu verfolgen . . .“  
Vossische Zeitung.

„. . . Findet in Berdrow einen feinsinnigen Beobachter und Darsteller.“

Deutsche Revue.

J. E. B. Mohr (Paul Siebeck)

• Tübingen und Leipzig. •

## Textbibel des Alten und Neuen Testaments.

Herausgegeben von D. E. Reusch.

Das neue Testament in der Uebersetzung von D. E. Reusch. In 3 Ausgaben:

**Ausgabe A** Altes Testament mit den Apokryphen des Alten Testaments und Neues Testament.

M. 10.50, in Bindeband geb. M. 12.—

**Ausgabe B** Altes Testament ohne die Apokryphen des Alten Testaments und Neues Testament.

M. 9.—, in Bindeband geb. M. 10.50

**Ausgabe C** Altes Testament mit den Apokryphen des Alten Testaments brosch. M. 8.80

geb. M. 10.20.

**Ausgabe D** Altes Testament ohne die Apokryphen des Alten Testaments brosch. M. 7.60,

geb. M. 9.—

**Ausgabe E** Neues Testament, überlegt von E. Reusch. Großstab-Ausgabe in Ganzleinen

gebunden M. 3.—, in Ganzleinen M. 4.80.

Die Apokryphen sind nicht einzeln käuflich.

Wir denken, es sollte keinen Pfarrer irgend welcher Richtung geben, dem nicht diese mit aller

Gewissenhaftigkeit hergestellte treue Textübersetzung neben seinem Luther . . . willkommen wäre."

(Literar. Rundschau für das evang. Deutschland 1899 Nr. 11.)

Es gereicht und zur Freude, diese Textbibel zur Anzeige bringen zu dürfen als eine wertvolle

Frucht der modernen theologischen Schriftwissenschaft."

(Evang.-Luther. Kirchenzeitung 1899 Nr. 44.)

Den Herren Pfarrern wird diese Textbibel zu Geschenkzwecken besonders empfohlen.

### Die deutsche Sozialgesetzgebung.

Systematisch dargestellt von  
Conrad Bornhak.

Vierte, neu bearbeitete Auflage.

8°. 1900. M. 1.75.

### Was liest der deutsche Arbeiter?

Auf Grund einer Enquete beantwortet.

Von Dr. A. S. E. Pfannkuche.

Pastor in Cönnabrüd.

8°. 1900. M. 1.25.

### Wirtschaftlicher Fortschritt und Kulturentwicklung.

Von  
Dr. Eugen von Philippovich,  
Prof. a. d. Univ. Wien.

8°. 1892. M. 1.—. Geb. M. 1.60.

### Aus den grossen Tagen der deutschen Philosophie.

Von

Lic. S. G. H. Pfarrer in Offenbach am Main.

8°. 1901. M. 1.80. Geb. M. 2.60.

Inhalt: 1. Kant und die Erhabenheit des Geistes über die Natur. 2. Hegel und der Entwickelungsgehalt. 3. Schlegelmaacher und die Selbständigkeit der Religion.

### Lebensideale.

Von

Erich Förster, Pfarrer in Frankfurt am Main.

8°. 1901. M. 2.—. Geb. M. 3.—.

Inhalt: Einleitung. — Das Erbe der Antike — Das Lebensideal der israelitischen Religion. — Das Evangelium. — Das Lebensideal des Mittelalters. — Das Lebensideal Luther's. — Das Lebensideal der Aufklärung und des geschichtlichen Sinns. — Anmerkungen.

### Die Religion im modernen Geistesleben.

Von D. Martin Rade.

8°. 1898. M. 1.40. Geb. M. 2.—.

### Die Wahrheit der christlichen Religion.

Von D. Martin Rade.

8°. 1900. M. 1.—. Geb. M. 1.60.

### Mein Recht auf Leben.

Von Dr. Heinrich Spitta,  
Professor der Philosophie an der Universität  
Tübingen.

8°. 1900. M. 6.—.

In Vorbereitung:

### Im Lande Sathwe's und Jesu.

Wanderungen und Handlungen  
zwischen dem Hermon und der Wüste Juda.

Von Lic. Dr. Paul Roddasch.

8°. 1901. ca. M. 6.—. Geb. ca. M. 7.50.



# Der Lotse

Hamburgische Wochenschrift für deutsche Kultur.

Redaktion: Carl Mönckeberg  
für Kunst und Wissenschaft  
Dr. S. Heckscher  
für Volkswirtschaft und Politik.

Vierteljährlich 3 M. Einzelne Hefte 30 Pf.

„Mit Beimateude steht, aber nicht an der Scholle klebt und schlägt den Blick nicht vor selbst erbauten Schranken nieder der „Lose“, Hamburgische Wochenschrift für deutsche Kultur. Sie zieht alles in den Kreis des Betrachtens, was des Ansehens wert ist, und bringt aus allen Gebieten, der Politik sowohl wie der Literatur und der Kunst, feinsinnige, gediegene Aufsätze.“

(Straßburger Post.)

„Was vorliegt giebt uns den Eindruck hier geben gefühlte und feinsinnige Leute frohmütig an eine ethische Arbeit. . . Uns scheinen die Hamburger im besten Kurs gutes Wetter für ihre Fahrt!“

(S. Avenarius in „Kunstwart“).

Probehefte unberechnet und postfrei vom Verlage  
Alfred Janssen, Hamburg.

Verlag von Alfred Janssen in Hamburg.

## Versuche und Ergebnisse

der Lehrervereinigung für die Pflege der künstlerischen  
Bildung in Hamburg.

171 S. Brosch. 2 M., geb. 2,70 M.

Mit Beiträgen von Lichtwark, Brinckmann, Otto Ernst, Fr. v. Borstel,  
Götze, Dr. Spanier, Dr. Loewenberg u. a.

Dieses Buch wirkt überzeugender für die Notwendigkeit und für die Möglichkeit einer künstlerischen  
Erziehung als Vände akademischer Erörterungen über dieses Thema. (Münchener Neueste Nachrichten.)

## Horn und Farbe

VON

J. Oltmanns.

212 S. Broschiert 2 Mark.

Das Buch ist eine fuhne Weltichtung, herausgehoben aus dem Verzeisdrang eines Künstlers.  
(Straßburger Zeitung.)  
für jeden Wahrheitsfreund ist das Buch von der ersten bis zur letzten Seite ein Genuß.  
(H. Groos in der „Kilfe“.)

Mein Verlagsbericht umsonst und postfrei.

Verlag von Schmid & Francke in Bern.

# Bitzjus Predigten.

Herausgegeben von G. Hegg,  
Gymnasiallehrer in Bern.

Band I—VI.

Preis jedes Bandes broschiert Mh. 3.50, elegant gebunden Mh. 4.50.

Band I. 1. Auflage.  
Zeit und Ewigkeit.  
Band III. 2. Auflage.  
Für Herz und Haus.  
Band V.  
Neues Leben.

Inhalt

Band II. 3. Auflage.  
Das Kriegsjahr.  
Band IV. 2. Auflage.  
Für Leben und Tod.  
Band VI.  
Hohe Ziele.

Bitzjus (ein Sohn von Jeremias Gotthelf) genießt den Ruf des bedeutendsten freimüthigen evangelischen Predigers der neueren Zeit; er unterscheidet sich zu seinem Vorteil von dem andern berühmten Schweizer Reformprediger Oetli. Lang durch die Abwesenheit aller und jeder reberischen Ahrse. Schilder und einfacher, anspruchlos in der Form kann überhaupt nicht gepredigt werden, als es Bitzjus gethan hat, aber auch nicht ehrlicher, solider, eindruckvoller.

# Predigten

Neu erschienen:

von R. Heschbacher, Pfarrer an der  
Nydekkirche in Bern.

8°, ca. 300 Seiten, 1901, in Geschenkband Mh. 4.—.

Wer diese Predigten liest, fühlt sich erfüllt von der herzlichen Wärme und dem tiefen Ernst, der aus denselben spricht. Man hat den Eindruck, daß hinter dem Prediger überall der Seelforger stehe, der offenen Auges und teilnehmenden Gemüthes Welt und Menschen betrachtet und bemüht ist, ihnen mit der Kraft des Evangeliums in des Lebens Widen und Kampfen helfend beizuspringen. Das gibt den Predigten eine Frische und packende Gewalt, welche sich noch steigert durch Verbeizung von Beispielen und durch eine Sprache, die von der gewöhnlichen Kanzeltrede merklich abweicht.



# Nietzsche.



Eine psychiatrisch-philosophische Untersuchung

VON

Wilhelm Schacht.

8°, 161 Seiten. 1901. Mh. 1.60.

Viele werden Schachts Buch eine „That“ nennen, andere ein „Attentat“. Denn auf den 158 Seiten seiner Broschüre sucht der Verfasser den Nachweis zu führen, daß Nietzsche schon als Autor des Werkes „Jenseits von Gut und Böse“ geistig nicht mehr gesund war. Nur dieses eine Buch Nietzsches behandelt Schacht, es genügt ihm, den „Fall Nietzsche“ als einen psychiatrischen hinzustellen.

Wir halten es nicht für verlorene Mühe, wenn gebildete Leser Schachts Buch über Nietzsche zur Hand nehmen und studieren. Da Nietzsche selbst sich immer als gefährlichen Denker bekann hat, der voller Bosheiten stecke, kann es auch denen, die zu ihm als zu einem Verwalter der letzten Geheimnisse empfinden, nicht schaden, wenn sie das mit klaren Augen thun.

Sonntagsblatt des „Bund“.

Verlag von Schmid & Francke in Bern.



Monatsschrift für Gemüt und Geist.

Herausgeber:

**Jeannot Emil Frh. von Grotthuss.**

Vierteljährl. (3 Hefte) 4 Mk., einzelne Hefte 1 Mk. 50 Pf.

Mit Oktober beginnt der IV. Jahrgang.

Der Türmer pflegt alle Künste und Wissenschaften, er ist eine Rundschau grössten Stils über alle Gebiete des Wissenswerten und Schönen, gleichzeitig eine Heimstätte dichterischen und künstlerischen Schaffens. Nichts, was für den Gebildeten unserer Tage von Interesse und Bedeutung sein könnte, wird von ihm ausser acht gelassen.

Jedes Heft enthält eine Kunstbeilage (Photogravüre).

**Probehefte** werden gern zur Einsicht abgegeben, sowohl von jeder Buchhandlung, wie vom

Verlag Greiner & Pfeiffer in Stuttgart.

## Verlag von Eugen Diederichs in Leipzig

Das Dreigestirn  
der modernen russischen Litteratur

## Leo N. Tolstoj

Sämtliche Werke.  
Herausgegeben von  
Raphael Löwenfeld.I. Serie:  
Sozialistische Schriften.II. Serie:  
Ideologische Schriften.III. Serie:  
Dichterische Schriften.Veröffentlichungsweise:  
Serie I hat in einer Vollerungs-  
ausgabe und in einer Bands-  
ausgabe zu erscheinen begonnen.  
Serie II beginnt 1902 zu er-  
scheinen. Von Serie III liegen  
die gesammelten Novellen und  
kleinen Romane vor, weitere  
Bände folgen.  
Eine große Anzahl Schriften  
Tolstoj's sind im gleichen Verlag  
früher außerhand bei Gesam-  
tausgabe erschienen.

Man verl. Spezialverzeichnis.

## Maxim Gorjki

Ausgewählte Werke.  
Autorisierte Hebersehung.Erzählungen. Band I  
Einst im Herbst. Überlegt von  
Michael Besanoff. Mit Buch-  
schmuck von Otto Ubbelohde,  
broch. Mt. 2.—, geb. Mt. 3.—.  
Inhalt: Einst im Herbst. —  
Konowaiow. — Der Bagadund.  
— Auf den Höhen.Erzählungen. Band II  
In der Steppe. Überlegt von  
Michael Besanoff. Mit Buch-  
schmuck von Otto Ubbelohde,  
broch. Mt. 2.—, geb. Mt. 3.—.  
Inhalt: In der Steppe. —  
Malwa. — Poleski. — Ehepaar  
Crlow. — Raubheim. — Das  
Lied vom Falken.Die Drei. Roman. Überlegt  
von Michael Besanoff. Mit  
Buchschnuck von Rich. Grimm,  
broch. Mt. 4.—, geb. Mt. 5.—.

## Anton Tschechoff

Gesammelte Werke.

Autorisierte Hebersehung.

Band I: Ein bekannter Herr.  
Humoristische Geschichten. Über-  
legt von Sabimir Gumikow.  
Mit Buchschmuck von J. J.  
Brieslander, broch. Mt. 3.—,  
geb. Mt. 4.—.Band II: Das Skandalöse  
Kunstwerk. Humoristische Ge-  
schichten. Überlegt von Sabimir  
Gumikow. Mit Buchschmuck von  
J. J. Brieslander, broch. Mt.  
2.—, geb. Mt. 3.—.Band III: In der Schlafk.  
Überl. v. Sabimir Gumikow.  
Mit Buchschmuck von J. J.  
Brieslander, broch. ca. Mt.  
2.—, geb. ca. Mt. 3.—.Band IV: Dramen. (Zu in  
Vorbereitung)Schriften zum  
Studium Tolstoj'sSchmitt, Eugen, Leo Tolstoj  
und seine Bedeutung für unsere  
Kultur, broch. Mt. 5.—, geb.  
Mt. 6.—.Löwenfeld, Raphael, Leo  
N. Tolstoj, sein Leben, seine  
Werke, seine Weltanschauung I.  
broch. Mt. 4.—, geb. Mt. 5.—.Löwenfeld, Raphael, Ge-  
sprache mit und über Tolstoj,  
broch. Mt. 1.50.

## Religiöse fragen

Schmitt, Eugen, Die Kultur-  
bedingungen der christlichen  
Dogmen und unletzte Zeit, broch.  
Mt. 3.—, geb. Mt. 4.—.Leo Tolstoj hat Eugen Schmitt  
als den Menschen bezeichnet,  
der seine Lehren am besten  
verstanden hat.Emerson, N. W., Essays.  
I. Folge. Aus dem Englischen  
und mit Einleitung von W.  
Schorlemmer, broch. Mt. 3.—,  
geb. Mt. 4.—.Künstlerische  
KulturAnnowski, Lotbar von,  
Durch Kunst ins Leben.Band I: Ein Volk von Genies,  
Band II: Künstlerisches Schaffen,  
3 Bände broch. Mt. 4.—, geb.  
Mt. 5.—.Schulke-Raumburg, Paul,  
Kunst und Kunstpflege. 2 Teil  
der Händlichen Kunstpflege,  
broch. Mt. 2.—, geb. Mt. 3.—.  
Schulke-Raumburg, Paul,  
Die Kultur des weiblichen  
Körpers. Mit 133 Abbild.,  
broch. Mt. 4.—, geb. Mt. 5.—.

## John Ruskin

Gesammelte Werke.

Band I: Die sieben Leuchter  
der Baukunst, broch. Mt. 6.—,  
geb. Mt. 7.—.Band II: Selam und Lilien.  
broch. Mt. 3.—, geb. Mt. 4.—.Band III: Der Kranz von  
Olivenzweigen, broch. Mt. 3.—,  
geb. Mt. 4.—.Band IV: Vorträge über Kunst,  
broch. Mt. 3.—, geb. Mt. 4.—.Band V: Diejem Regen, (in  
Vorbereitung).

## M. Maeterlinck

Gesammelte Werke.

Man verlange ein Spezial-  
verzeichnis.Monographien zur Deutschen Kultur-  
geschichte

Herausgegeben von Dr. G. Steinhausen.

Preis pro Band broch. Mt. 4.—, geb. Mt. 5.50.

Bd. I: G. Liebe, Der Soldat. Mit 184 Holzschritten u. Kupferst.

Bd. II: G. Steinhausen, Der Kaufmann. Mit 150 Holzsch. u. Kupferst.

Bd. III: G. Peters, Arzt und Heilkunst. Mit 153 Holzsch. u. Kupferst.

Bd. IV: F. Deinemann, Richter und Rechtspflege. Mit 159 Holz-  
schritten und Kupferstichen.

Bd. V: G. Voelck, Das Kinderleben. Mit 149 Holzsch. u. Kupferst.

Bd. VI: H. Barck, Der Bauer. Mit 168 Holzsch. u. Kupferst.

Bd. VII: G. Meide, Der Gelehrte. Mit 130 Holzsch. u. Kupferst.

Bd. VIII: G. Muntenhoff, Der Handwerker. Mit 151 Holzschritten  
und Kupferstichen.Bd. IX: G. Meide, Lehrer und Unterrichtsweisen. Mit 130 Holz-  
schritten und Kupferstichen.

Bd. X: Th. Damp, Führende Leute

Bd. XI: P. Drews, Der Geistliche

Bd. XII: G. Liebe, Das Inventum

} erscheinen 1902.

Georg D. W. Callwey, Kunstwart-Verlag, München.

## Kunstwart.

Rundschau über Dichtung, Theater, Musik, bildende und angewandte Künste.

Herausgeber: **Ferd. Avenarius.**

Mit Bildern und Noten. Monatlich 2 Hefte. Preis vierteljährl. M. 3. Einzelnes Heft 60 Pf.  
Probehefte unberechnet und postfrei vom Verlage, sowie durch jede Buchhandlung.

Die „Nation“ schreibt: „Nicht bloß geistvoll und feinfühlig ist der Kunstwart geleitet, sondern auch planmäßig und energisch. . . . Es wäre wunderbar, wenn nicht diejenigen um den Kunstwart sich scharten und seine eifrigen Förderer würden, die in einer gestunden, im besten Sinne männlichen Kunst für sich und andere noch Heil und Heilung finden.“

## Meisterbilder für's deutsche Haus.

Herausgegeben vom Kunstwart.

Preis jedes Blattes in der Grösse von 27×36 cm 25 Pf.

Bis jetzt sind 18 Blätter erschienen, welche alle einzeln in jeder Buchhandlung zu haben sind. Die besten Werke von Dürer, Rembrandt, Kethel, Holbein, Cornelius, Cizian, Velasquez u. a. sind darunter vertreten. Weitere Bilder folgen serienweise.

„Die Kirche“ schreibt u. a.: „Die Ausführung dieser Blätter ist vorzüglich. Die herrlichen Werke der großen Meister empfehlen sich selbst. Sie sind nicht bloß ein Schmuck, sondern ein Erziehungsmittel für das Haus. Die Billigkeit der Blätter ist geradezu staunenswert.“

## ✿ Böcklin-Mappe. ✿

Herausgegeben vom Kunstwart.

6 Holzschnittreproduktionen der folgenden Bilder:

Dichtung und Malerei. Heiliger Hain. Schweigen im Walde. Der Überfall. Die Codtensinsel. Maria an der Leiche des Heilands.

Preis M. 1.50.

Die „Neue Züricher Zeitung“ urteilt u. a.: „Eine ähnliche Gelegenheit, sechs Reproduktionen Böcklin'scher Bilder in vorzüglichem Holzschnitt zu solch billigem Preise zu erwerben, wird sich kaum wieder bieten.“

## Der gestiefelte Kater.

Bilder von **Otto Speckter.** — Neuer Text von **Ferd. Avenarius.**

2. Auflage. 5.—14. Tausend. Kart. 60 Pf.

Die köstlichen Bilder von Speckter waren nahezu vergessen, die Radierungen waren früher zu teuer, als daß sie das hätten erreichen können, was ihnen zukommt und durch die neue Ausgabe ermöglicht wird: ein **Liedlings-Kinderbuch des deutschen Volkes zu sein.**

ferner werden folgende neue Unternehmungen voraussichtlich noch vor Weihnachten zur Ausgabe gelangen:

**Avenarius, Ferdinand: Böcklin.** ✿ ✿ ✿ ✿ ✿ ✿ ✿

Ein Führer durch seine Kunst. Mit zahlreichen Illustrationen.

— „ — : **Sausseggen deutscher Lyrik.** ✿ ✿ ✿ ✿

Mit Buchschmuck von **Fritz Philipp Schmidt.**

**Schulke-Naumburg, Paul: Kulturarbeiten.** ✿ ✿

Das Werk wird in mehreren Bänden erscheinen, von denen die ersten drei Hausbau, Dörfer, Gärten, Kirchen zc. behandeln werden.

• Buchverlag der „Hilfe“, Berlin-Schöneberg. •

Erlebnisse und Ergebnisse  
einer Orientreise

Asia

VON  
fr. Naumann.

4. unveränderte Auflage, reich illustriert, elegant ausgestattet.

Fein broschiert Mk. 3,—. Elegant gebunden Mk. 4,—.

Die erste Auflage war in 4 Wochen, die zweite in 4 Monaten, die dritte innerhalb eines Jahres vergriffen. Das Buch hat das größte Aufsehen erregt und ist in der gesamten Presse trotz aller Ueberschwemmung mit Orient-Reiseberichten eingehend besprochen worden. Die Kritik aus allen Lagern hat dieses Werk als ganz hervorragendes Litteraturergebnis anerkannt.

## Demokratie und Kaisertum

von fr. Naumann.

2. durchgesehene Auflage. Eleg. gebunden Mk. 3,—, broschiert Mk. 2,—.

Aus den mehr als hundert Leitartikeln über das Buch:

**Münchener Allgemeine Zeitung** (Prof. Lujo Brentano): Das öffentliche Leben Deutschlands hat während der letzten zehn Jahre seine Persönlichkeit hervorgebracht, die wärmeres Interesse zu erwecken geeignet wäre, als der begeisterte Ethologe dessen soziales Gemüth, zuerst von Süder erweckt, ihn zu selbständigem Studium von Politik und Volkswirtschaftslehre hintrieb, der dann, als er auf Grund dieser Studien erkannte, daß es keine Lösung der sozialen Frage gebe, außer einer solchen, welche die Arbeiter mündig mache, von Süder sich trennte, und schließlich, um ungehindert seiner gewonnenen Ueberzeugung dienen zu können, sein Pfarramt zum Opfer brachte, nicht um seinen religiösen Anschauungen zu entsagen, sondern um der Pfarrer einer größeren Gemeinde zu werden, die ihre Mitglieder im ganzen Deutschen Reiche hat, und, wie man mit Recht bemerkt hat, heute allein unter allen Parteien einen wahren Ueberfluß an jungen Talenten aufweist.

**Preussische Jahrbücher** (Prof. B. Delbrück): Jedem, der den Ablauf der Zeit einmal etwas nachdenklicher den Puls fühlen möchte, angelegentlich zu empfehlen, ja wohl unentbehrlich. Es ist nicht nur glänzend, ja, hinreichend geschrieben, sondern . . . ein wahres Lehrbuch der Politik.

Jahrbuch  
der „Hilfe“ 1901.

Patria

Herausgegeben von  
Fr. Naumann.

Elegant gebunden, reich illustriert Mk. 3,—.

Inhaltsverzeichnis: **M. Maurenbrecher**, Deutschlands Haltung im Burenkrieg; **P. Schüring**, Max Klinger; **M. Wenzl**, Geschichte der jüngeren Christlich-Sozialen und der „Hilfe“; **Fr. Naumann**, Die Politik des Bauern; **F. Feddersen**, Gedichte; **Fr. Weinhausen**, Das Beamtentum der deutschen Arbeiterbewegung; **S. von Gerlach**, Zur Frauenfrage; **G. Traub**, Politik und Sittlichkeit; **A. u. B. Bonus**, Moderne Bestrebungen im Buchverlag.

— Jedes Jahr ein neuer Band. —

## Im Vorderen Asien

Politische und andere Fahrten

VON

Lic. Dr. Paul Rohrbach.

Elegant ausgestattet, reich illustriert, Mk. 4.—.

Eine grosse Karte von Vorderasien ist beigegeben.

• Buchverlag der „Hilfe“, Berlin-Schöneberg. •

## Berliner Kämpfe

### gesammelte literarische Aufsätze

von **Erich Schlaikjer.**

**Aus dem Inhalt:** Die Jungen — Die Kunst im öffentlichen Streit — Über tendenziöse und tendenzlose Dichtung — Die Furcht vor dem Nackten — Das Unmoralische und Häßliche in der Kunst — Geistererscheinungen — Die Verührung der Litteratur mit dem Acker — Bauernkunst — Die „Poetischen“ — Ist das Drama wirklich die höchste Kunstform? — Die moderne Auffassung des Tragischen — Historische Persönlichkeiten auf der Bühne — Streitende Gedanken aus Hebbels kritischen Schriften — Theaterspekulanten — Die Tengel-Tengel-Bühnen — Sinnlichkeit, Askese, Kunst.

In dieser elegant ausgestatteten Broschüre hat der bewährte Mitarbeiter der „Zeit“ und „Hilfe“ die besten seiner Aufsätze aus den letzten Jahren gesammelt herausgegeben. Es sind Kabinettstücke schriftstellerischen Könnens und litterarischen Wertes. Die zahlreichen Freunde Schlaikjers im Leserkreis der „Patria“ werden mit Freude nach diesem Buche greifen. Durch seine vornehme Ausstattung eignet es sich auch vorzüglich zu Geschenken. 160 Seiten, M. 2.

## Nationalsoziale Broschürenlitteratur:

- Fr. Naumann, Nationalsoz. Katechismus.** 268 Fragen und Antworten. 20 Pfg.  
 — **Deutschland und Osterreich.** Eine politische Reise studie. 50 Pfg.  
 — **Flotte und Reaktion.** } Stenogramme von öffentlichen Vorträgen.  
 — **Staat und Familie.** } Je 10 Pfg.  
 — **Der Wert der Schwachen für die Gesamtheit.** 10 Pfg.  
 — **Nationaler und internationaler Sozialismus.** 10 Pfg.  
 — **Handelsverträge oder Brotwucher?** 30 Pfg.  
**Eisenwein, Die Nationalsozialen und die Bauern.** 10 Pfg.  
**L. Brentano, Reaktion oder Reform?** Ein außerordentlich wirksamer und vielbeachteter Protest gegen den Versuch, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu beschränken. 80 Pfg.  
 — **Das Freihandelsargument.** Vortrag im Soz. Wiss. Stud.-V. zu Berlin und München. 50 Pfg.  
**A. Falkenberg, Der deutsche Postverband.** Ein Versuch zur Vertiefung seiner Aufgaben. 50 Pf.  
**W. Frenkel, Wulf der Harrasmüller.** Diese elegant ausgestattete Geschenk-broschüre giebt in edler Sprache einen historischen Roman aus der Zeit der Bauernkriege, der zugleich fesselt und erschüttert. Der billige Verkaufspreis war nur darum möglich, weil der Roman vorher in der „Hilfe“ zum Erst-abdruck gekommen war. Mf. 1,50.  
**A. Damaschke, Was ist nationalsozial?** 45.—50. Tausend. 25 Pfg.  
**Fr. Weinhausen, Die christlichen Gewerksvereine.** Ein Versuch, der Entstehung, Geschichte und Bedeutung der christlichen Gewerksvereine nachzugehen. In allen beteiligten Kreisen anerkennend besprochen. 20 Pfg.  
**Protokolle der nationalsozialen Vertretertage 1896, 1898, 1899, 1900 und 1901.** Für das Studium der nat.-soz. Bewegung unentbehrlich. Je 50 Pfg.

# Die Hilfe

nationalsoziales Volksblatt

Herausgeber: Friedr. Naumann

- Die Hilfe** ist das gelesenste und beachtetste politische Wochenblatt Deutschlands
- Die Hilfe** zeichnet sich durch Reichhaltigkeit und Eigenartigkeit ihres Inhaltes aus
- Die Hilfe** erscheint jeden Sonnabend 8 Seiten stark
- Die Hilfe** kostet vierteljährlich bei Agenturbezug nur 60 Pfg. und ortsübliches Bestellgeld, bei Post und Buchhandel Mk. 1.
- Die Hilfe** bringt in jeder Nummer: Wochenschau, Politische Notizen, Politischen oder volkswirtschaftlichen Originalaufsatz, Soziale Bewegung, Gewerkschaftliches, Genossenschaftliches, Religiösen Aufsatz, Nationalsoziale Bewegung, Roman oder Novelle, Allerlei, Briefkasten.
- Die Hilfe** bestellt man bei allen Buchhandlungen und Postanstalten zum Preise von 1 M. vierteljährlich. Probenummern versendet der Verlag der „Hilfe“, Berlin-Schöneberg, jederzeit gerne umsonst.

# Die Zeit

nationalsoziale Wochenschrift

Herausgeber: Friedr. Naumann

- Seit Oktober 1901 erscheint in demselben Verlag als moderne Zeitschrift
- Ihr eigenartiger politischer und künstlerischer Inhalt und ihre vornehme, moderne Ausstattung machen zu einer hervorragenden Erscheinung unter allen gegenwärtigen Zeitschriften. Wie die „Hilfe“, so erscheint auch wöchentlich, jedoch in einer Stärke von 32 Seiten 8°. Die bekannten Mitarbeiter der „Hilfe“ haben ihre bewährten Kräfte auch für zur Verfügung gestellt. Der Preis der neuen Wochenschrift beträgt vierteljährlich M. 5.—. Bestellungen auf nehmen alle Buchhandlungen und Postämter entgegen.
- In jeder Nummer bringt Politische Notizen, politische, gewerkschaftliche und künstlerische Artikel, Kunstnotizen, Soziale Bewegung, Gemeindepolitik, Büchertisch, Briefkasten
- Der Verlag der „Hilfe“ versendet Probenummern auf Wunsch gerne kostenlos.
- Die Zeit**
- Die Zeit**
- Die Zeit**
- Die Zeit**
- Die Zeit**
- Die Zeit**
- Die Zeit**
- Der Zeit**





